

LGA-NACHRICHTEN



LG 94

*Das für die Praxis entwickelte
System der wirtschaftlichen
Lohn- und Gehaltsabrechnung*

schnell - sicher - preiswert

LG 94 bietet

*Nettolohn-Hochrechnung
Abrechnen von Sachbezügen
Kurzarbeiter-Abrechnung
alle Versteuerungsformen
Direktversicherungen
Heimarbeiter-Abrechnung
Mehrfach-Überweisungen
Lohnsteuer-Jahresausgleich
Urlaubsfortschreibung
Rückrechnung bis 11 Monate
Rechnen mit Durchschnittslöhnen
Umfangreiches Lohnartenverzeichnis
Fünf Stundensätze je Mitarbeiter
99 Krankenkassen
DÜVO*

LG 94 liefert

*Personalstammbänder
Einzelabrechnungsnachweis
Lohnjournal
Überweisungsträger
Banksammelliste
Datenträgeraustausch
Barauszahlungsliste
Krankenkassen-Beitagslisten
Lohnartenstatistiken
Kostenstellenauswertung
Lohnsteueranmeldung
Krankenkassenbeitragsnachweise
Jahreslohnkonten
Lohnsteuerbescheinigungen
Liste für Berufsgenossenschaft*

LG 94 bringt nur Vorteile...

- *wir unterstützen Sie mit gewissenhafter Einarbeitung, ausführlicher Arbeitsanleitung, übersichtlichen Formularen, ständiger Betreuung;*
- *die eigene EDV-Anlage wird bei absoluter Vertraulichkeit entlastet;*
- *Datenerfassungsgeräte und EDV-Kenntnisse sind nicht erforderlich;*
- *ausführliche Lohnunterlagen werden kostengünstig und in kürzester Zeit erstellt.*

d-v-h

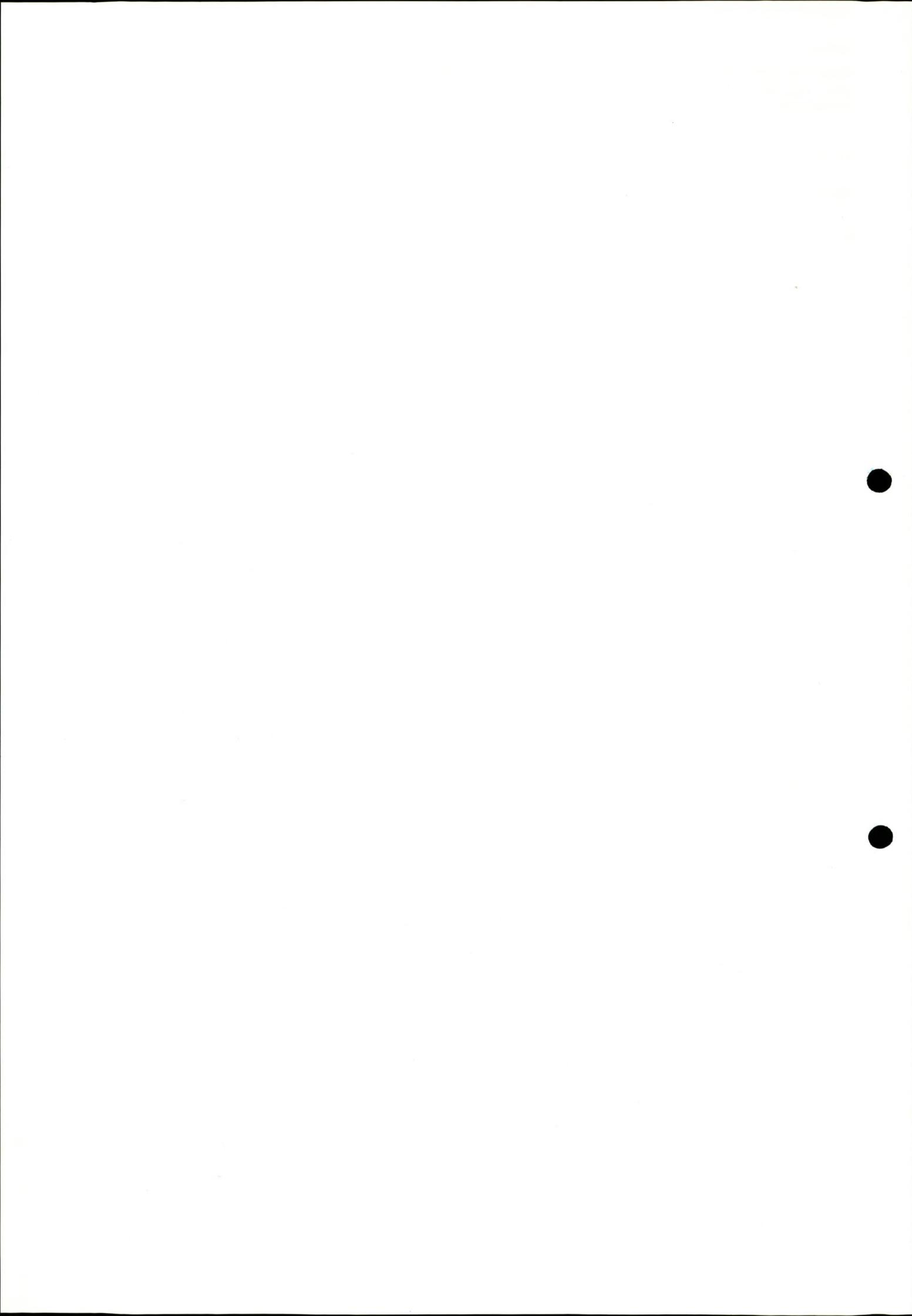
Datenverarbeitungsdienst des Handels GmbH
Königstorgraben 7, 90402 Nürnberg

Telefon (09 11) 22 47 66 und 22 51 10 · Telefax (09 11) 24 30 87

LGA-Nachrichten

INHALTSVERZEICHNIS 1994

1994 Heft Nr.	Thema	Seite	1994 Heft Nr.	Thema	Seite
1 - 6	Auf einen Augenblick	3	1	Steuer und Verkehr	
6	Zum Jahreswechsel	2	1	Erleichterung für Unternehmer des Werkverkehrs	5
6	LGA-Highlights 1994	3	1	Tauziehen um Frachttarife	6
Im Blickpunkt Groß- u. Außenhandel					
1	Neujahrsempfang des Bayerischen Handels	4	3	Neuverschuldung steigt	10
1	Großhandelsumsatz im November 1992		3	Großhandels- und Lagerei-BG an der Spitze	10
	um 2% über dem Vorjahresergebnis	5	4	Der europäische Versicherungsmarkt	6
4	German Centre in Shanghai –		6	Wiesheu: Mogelpackung ökologische Steuerreform	5
	Haus der Deutschen Wirtschaft	4	6	Neues im Wettbewerbsrecht	8
5	Strukturen in der Handels- und Dienstleistungs-Gesellschaft des 21. Jahrhunderts	4	5	EG-Binnenmarkt	
5	Großhandelsinvestitionen: Trotz starken Rückgangs noch hohes Niveau	6	5	EuroCommerce – FEWITA: 5. Europäischer Tag des Handels	12
Rechtsfragen, Arbeit und Soziales					
2	Rückzahlung von Ausbildungskosten	4	1	Welthandel	
3	Neues Entgeltfortzahlungs-Gesetz	4	1	NAFTA: Neues Freihandelsabkommen umstritten ..	6
3	Neues Arbeitszeitrechts-Gesetz	5	2	CD-ROM zur Außenwirtschaft	11
3	Lohnfortzahlung als Kündigungsgrund	5	4	Europäische Union fördert Messebeteiligungen in Japan	7
5	Umweltpolitische Herausforderungen annehmen ..	10	4	Südafrika im Handel	10
6	Förderung der Wiedereingliederung von Frauen in das Erwerbsleben	4	Firmenportrait		
6	Mehr Teilzeitarbeitsplätze anbieten	4	1	Hans Postler – Die Spielwaren- und Geschenk-Idee	8
Kurznachrichten					
2	Vorsicht vor Trickbetrügern	4	2	Wilhelm Gienger KG – Fachgroßhandel für Haustechnik	6
Berufsbildung					
2	Darlehensprogramm des Bundeswirtschaftsministeriums zur Förderung der beruflichen Weiterbildung	5	3	Kräuter-Mix – Mit Qualitätsprodukten weiter im Vorrwärtsgang	8
2	Fremdsprachenerwerb in der beruflichen Bildung – Fördermaßnahme Berufsbildung des BMBW	5	4	Nonnenmacher + Mehl – Schritt für Schritt... plus Fortschritt	8
2	Resolution – Beschäftigungspolitische Initiativen für neue Arbeitsplätze	5	5	Maier Mineralöle GmbH – Kompetenz und Partnerschaft im Tankstellengeschäft	8
2	Berufsschulen modernisieren – Ausbildungsplan ..	8	6	„Wir sehen uns bei Hassmann – im Treffpunkt“ Mit Zuversicht in die Zukunft	6
2	Unternehmens-Volontariat für EU-Beamte	8	Verbandsnachrichten		
2	Euro-Volontariat	8	1	Vizepräsident Thomas Scheuerle – 50 Jahre jung	11
3	Ausbildungsplätze bereitstellen	6	1	Wechsel in der Fachzweig-Geschäftsführung Papier-Büro-Schreibwaren	11
3	CERTQUA – Qualitätssicherung auch für die berufliche Weiterbildung	6	Branchenlexikon		
3	Positionspapier der Wirtschaft in Bayern zur beruflichen Bildung	7	2	Bundesverband Heim & Farbe	10
4	Akademie Dorfen eingeweiht	5	3	Der Zentralverband des Deutschen Früchte-Import und -Großhandels	11
4	Begabtenförderung – Berufliche Bildung zahlt sich aus	5	4	Verband des Deutschen Häute- und Fellhandels e.V.	12
6	Stellungnahme zur Reform der gymnasialen Oberstufe	4	6	Bundesverband Deutscher Fruchthandelsunternehmen e.V.	10
6	Erster Wettbewerb „Beruf und Umwelt“ an beruflichen Schulen	4	5	Unternehmensführung	
6	Behördenvolontariat	5	5	Infovoice – sprachgesteuertes Informationssystem für Hicom 200	13



INHALTSVERZEICHNIS

Auf einen Augenblick...	3
Im Blickpunkt:	
Neujahrsempfang des bayerischen Handels	4
Großhandelsumsatz im November 1992	
um 2% über dem Vorjahresergebnis	5
Steuer und Verkehr:	
Erleichterung für Unternehmer des Werkverkehrs	5
Tauziehen um Frachttarife	6
Welthandel:	
NAFTA: Neues Freihandelsabkommen	
umstritten	6
Portrait:	
Hans Postler – Die Spielwaren- und Geschenk-Idee	
Verbandsnachrichten:	
Vizepräsident Thomas Scheuerle –	
50 Jahre jung	11
Wechsel in der Fachzweig-Geschäftsführung	11
Papier – Büro – Schreibwaren	11
Personalien	12
Buchbesprechungen	

AUF EINEN AUGENBLICK

Die Rohstoffpreise scheinen langsam zu steigen und signalisieren, zunächst noch dezent, Verteuerungen und Preisanstieg spätestens für Ende 1994. Der Geldmengenumlauf der D-Mark ist in Rekordhöhen gestiegen – wenn auch erklärbar durch die Finanzierung der deutschen Einheit. Die meisten europäischen Währungen haben abgewertet und ihre internationale Wettbewerbsposition gegenüber der D-Mark damit verbessert. Und die deutsche Finanzgesetzgebung ersinnt immer neue Würgegriffe, die den Kapitalanlegern hierzulande die Da-seinsfreude erheblich trüben. Aber der Bundeskanzler soll angeblich ernsthaft in Brüssel mit einer weltweiten Zinssteuer spekulieren.

Man wird dankbar und aufmerksam zuhören und ganz bewußt ausgedehnte Diskussionen führen, denn zur Freude unserer Nachbarn wandert umso mehr Geld und Kapital ab, je länger es dauert, bis man bei uns selbst daraufkommt, daß man sich auf dem „Holzweg“ befindet.

Bleibt noch die allgegenwärtige Tarifpolitik. Es wird wenig bringen, die Zurückstellung von „Einkommenssteigerungszielen“ zu fordern, ohne die Rückführung der „beschäftigungs- und wachstumsfeindlichen Lohnzusatzkosten konkret in Angriff zu nehmen“. Wer jetzt, mit welchen Argumenten auch immer, die Lohnkostenschraube weiterdreh, belastet Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsmarkt und Standortsicherung gleichermaßen. Die zentrale Ursache unserer Standortkrise sind nun einmal die hohen Kosten.

Der Sachverständigenrat hat in seinem soeben vorgelegten Jahreswirtschaftsbericht „Selbstverpflichtung in der Standortpflege“ angemahnt. Aber ob das gerade diejenigen sich zu Herzen nehmen, die in der Lage wären, wirksame Beiträge zur Standortpflege zu leisten? Beifälliges Abnicken allein wäre zu wenig!

Ein herzliches Gruß Gott!

Die Indizien häufen sich, wenn auch spärlich, wonach es in diesem Jahr etwas besser laufen könnte als im Vorjahr. Die antiquierte These, daß in der Rezession die Hunde den Handel zuletzt beißen, trifft auf den Großhandel zumindest insoweit und allenfalls nur noch bedingt zu, als er sich zunehmend von der Produktion im Lande unabhängig zu machen versucht, teilweise sogar bereits abgekoppelt hat und mit seinem wachsenden Eigenimport gleichbedeutend neben den Industrievertreibern steht.

Und was heißt überhaupt „Industrie“? Eine geradezu beängstigend wachsende Zahl von „industriellen“ Anbietern läßt nur noch fertigen, in Polen, in Tschechien oder in Fernost, hält aber eisern am Etikett des bodenständigen Industrieadels fest. Die echten Barone haben bald Seltenheitswert.

Trotzdem werden „mit der Hoffnung auf gesellschaftlichen Frieden Subventionen in rückläufige Industriezweige gepumpt, oft auch in der auf lange Zeit irrgen Annahme, daß letztlich die Soziallasten der Arbeitslosigkeit mehr kosten als die Subventionen“. In Wirklichkeit werden auf diese Weise aber nur Umstrukturierungs- und Wachstumsprozesse behindert (Tietz).

Kein Wunder, daß im Inland, leider auch nach wie vor im Ausland, unser Staat die Zahlmeister-Rolle einfach nicht loswerden kann. Dabei sind wir schon längst selbst unter Druck geraten und unsere Entscheidungsspielräume haben sich ganz wesentlich eingeengt. Der Dollar bestimmt wo's lang geht, wie unsere Zinsentwicklung läuft und was die Bundesbank zu entscheiden hat.

Telefon München (0 89) 55 77 01/02

Telefax München (0 89) 59 30 15

Telefon Nürnberg (0 911) 20 31 80

Telefax Nürnberg (0 911) 22 16 37

IMPRESSUM

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Volksw. Mackholt (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsausbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Betschke · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Koppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint alle 2 Monate. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Max-Joseph-Straße 4. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels e.V., 80333 München, Max-Joseph-Straße 4, Telefon 557701/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 80333 München, Max-Joseph-Straße 4. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, 80333 München, Max-Joseph-Straße 4. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltung: CIAO-DESIGN, Alexander Öxler

Druck: typobiel, 80809 München, Riesenfeldstraße 56

Telefon 359 60 66-68.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtes Samtstoffpapier

*hbw
Werner Sattel*

IM BLICKPUNKT: GROSS- UND AUSSENHANDELx

NEUJAHREMPFANG DES BAYERISCHEN HANDELS

Die bayerischen Verbände des Handels, unser LGA und der Landesverband des Bayerischen Einzelhandels e.V. (LBE) haben am 12. Januar 1994 in München zum Neujahrempfang für die Bayerische Staatsregierung eingeladen.

In Anwesenheit von Prominenz aus Wirtschaft und Politik wies unser Präsident, Senator **Helmut Hartmann** trotz der allgemein schwierigen Situation doch auf einige positive Ereignisse von überragender Bedeutung der letzten Wochen hin. Hierzu zählte er insbesondere die Unterschrift von über 115 beteiligten Ländern unter den GATT-Vertrag, der hoffentlich verhindern werde, daß die Weltwirtschaft in drei mächtige Blöcke NAFTA, EU und ASEAN-Packt auseinanderfallen werde. Aber auch die Verträge von Maastricht seien ratifiziert. Die Europäische Union arbeite nun und in Frankfurt sei der Vorläufer der Europäischen Zentralbank installiert worden. Er, **Hartmann**, sei überzeugt, daß die durch die Herausforderung freier Menschen in einem freien Handel die Wirtschaft, insbesondere auch in den osteuropäischen Ländern, am schnellsten wieder zum Tragen komme. „Sinnvoll geförderter Eigennutz sei eine große Antriebskraft für den Menschen.“

Hartmann äußerte aber auch noch einen Wunschkatalog für 1994

- daß nämlich die großen Probleme nur im Sinne eines Konsenses angepackt werden können
- daß alle Politiker demokratischer Parteien, aber auch alle anderen Verantwortung tragenden Menschen sich eindeutig zu einem offenen Deutschland bekennen
- daß die Eigenverantwortung des einzelnen für sich selbst, aber auch für die Sorge um das Gemeinwohl von allen gefordert und gefordert werde. Dies gelte auch insbesondere bei der Vorsorge für die eigene Gesundheit, die in erster Linie den Menschen selbst angehe. Konkret bedeutet dies, daß die Pflegeversicherung auch an denjenigen bezahlt werden müsse, die die Pflege später beanspruchen.
- daß in der Europapolitik in Brüssel soviel gemeinsam gelöst werde, was notwendig sei, um Rahmenbedingungen zu setzen, in denen die Menschheit das 21. Jahrhundert erreiche und durchlebe. Speziell in der Umweltpolitik, in der High Tech-Ent-



Mit guter Laune ins neue Jahr: Präsident Hartmann, Staatsminister Wiesheu, Präsident Maier, CSU-Fraktionsvorsitzender Alois Glück sowie Arbeitsminister Gebhard Glück (v. l.)

wicklung, aber auch in der Sozialpolitik. Es dürfe die Angst vor Europa nicht geschürt werden, sondern die Vorteile aus dem größeren Markt verständlich gemacht werden.

- daß die Unternehmer mit den Gewerkschaften im Rahmen der Sozialpolitik tragfähige Konzepte finde. In Gesprächskreisen dürfe es keine Tabus geben.

Der Groß- und Außenhandel wisse, daß das Industriezeitalter in seiner traditionellen Form zu Ende gehe und das Zeitalter des Handels und der Dienstleistung beginne. Hierauf werde sich der Groß- und Außenhandel einstellen.

Zuvor hatte der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, **Dr. Otto Wiesheu** es als vorrangige Aufgabe der Wirtschaft bezeichnet, den Strukturwandel in der Krise voranzutreiben. Gemeinsam müßten Wirtschaft und Politik Defizite beseitigen und neue Strategien entwickeln. Die Bayerische Staatsregierung habe jedoch nicht die Absicht, von der Wirtschaft zunehmende Schnelligkeit und Beweglichkeit im Wettbewerb zu fordern und sie andererseits mit strangulierenden Auflagen zu gängeln und immer stärker in den bürokratischen Würgegriff zu nehmen. So werde die Bayerische Staatsregierung

überflüssige Hürden im Genehmigungsverfahren abschaffen, geeignete Verfahrensteile privatisieren und den Rest beschleunigen und besser koordinieren. Die Schaffung von Arbeitsplätzen solle gefördert werden, z. B. durch ein bayerisches Eigenkapitalhilfeprogramm für Existenzgründungen. Ebenso solle die Forschung und Entwicklung im Hochtechnologie-Bereich gefördert werden.

Zu Beginn der Veranstaltung hatte der Präsident des Landesverbandes des Bayerischen Einzelhandels, Senator **Erwin Otto Maier** den bayerischen Handel als wohltuendes Gegengewicht gegenüber Teilen der Industrie bezeichnet. Während manche Industriebetriebe gezwungen seien, die schwierige Wirtschaftslage durch einen massiven Personalabbau zu bewältigen, gebe es im Handel keine Massenentlassungen. Im Gegenteil: Viele Unternehmen suchten nach Arbeitskräften, die Spaß an einer qualifizierten Ausbildung hätten und sich engagieren wollten. Nicht zuletzt wies **Maier** auch auf die Notwendigkeit einer Strukturpolitik hin, die auf die Vielfalt des Handels abziele. Nur diese sei der richtige Ansatz. Nur in Zusammenarbeit von Kaufleuten, Politikern und Bewohnern könnten die Innenstädte langfristig als attraktive Standorte und liebenswerte Lebensräume mit prosperierendem Handel erhalten werden.

GROSSHANDELSUMSATZ IM NOVEMBER 1993 UM 2% ÜBER DEM VORJAHRESERGEBNIS

Nach ersten vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes setzte der Großhandel in Deutschland im November 1993 Waren im Wert von 85 Mrd DM um. Das bedeutet ein Umsatzplus von nominal 2% und real 4% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat. Dieses Ergebnis gilt ebenso für die im früheren Bundesgebiet ansässigen Großhandelsunternehmen.

Für das frühere Bundesgebiet liegen auch gesicherte Ergebnisse der Entwicklung der Umsätze im November 1993 in den einzelnen Branchen des Großhandels vor. Hier betrug der Umsatz im Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren rd. 29 Mrd DM und im Großhandel mit Fertigwaren rd. 54 Mrd. DM.

In den einzelnen Branchen des Großhandels ergaben sich folgende Umsatzveränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat – die Aufzählung der Branchen erfolgt bereichsweise nach absteigendem relativen Umsatzgewicht –:

Von Januar bis November 1993 wurden im Großhandel in Deutschland Umsätze in Höhe von rd. 895 Mrd DM erzielt. Das bedeutet einen Umsatzrückgang von nominal 2% und real 2% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Auch für die

Unternehmen im früheren Bundesgebiet sowie in den neuen Ländern in Berlin-Ost getrennt betrachtet, wurde in diesem Zeit-

raum jeweils eine Umsatzeinbuße von nominal 4% und real 2% ermittelt.

(Statistisches Bundesamt)

Großhandel mit	Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent	
	nominal	real
Rohstoffen und Halbwaren	+ 2	+ 7
darunter mit:		
festen Brennstoffen, Mineralölerezeugnissen	+ 4	+ 9
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	+ 9	+ 6
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	- 3	+ 5
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw.	- 3	+ 1
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	+ 2	+ 6
Fertigwaren	+ 2	+ 2
davon mit:		
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 7	+ 6
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	- 6	- 7
Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	0	0
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art	+ 3	+ 3
pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen	+ 5	+ 5
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+ 7	+ 6
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.	0	- 2

STEUER UND VERKEHR

ERLEICHTERUNG FÜR UNTERNEHMER DES WERKVERKEHRS

Mit Inkrafttreten des Tarifaufhebungsge setzes entfallen ab dem 1.1.1994 die Tarife im Straßengüterverkehr. Hinsichtlich der Unterscheidung zwischen Werkverkehr und gewerblichem Güterkraftverkehr ergeben sich jedoch keine Änderungen.

Hinsichtlich der Beförderungs- und Begleitpapiere sowie der Monatsübersichten durch eine Neufassung der Werkverkehrs-Verordnung GüKG, die am 1.1.1994 in Kraft getreten ist, sind Erleichterungen vorgesehen: Anstelle der bisher vorgeschriebenen Vordrucke gibt es künftig nur

noch zwei – hinsichtlich ihrer Form unverbindliche – Muster für Beförderungs- und Begleitpapiere sowie Monatsübersichten. Der Unternehmer kann selbst wählen, ob er die unverbindlichen Formblätter oder die in seinem Betrieb üblichen Unterlagen verwendet, sofern sie alle in der Werkfernverkehrs-Verordnung GüKG vorgeschriebenen Angaben enthalten.

Auch bezüglich dieser Angaben bringt die Neuregelung eine Vereinfachung für Unternehmer: nicht mehr angegeben werden müssen Fahrzeughalter, benutzer Grenzübergang sowie bestimmte technische Daten von Kraftfahrzeug und Anhänger in den Monatsübersichten. Wegen der genannten

Erleichterungen müssen Unternehmer des Werkverkehrs künftig auch nicht mehr beim Bundesamt beantragen, von Formblättern für Monatsübersichten abweichen zu dürfen. In den Unternehmen noch vorhandene Vordrucke alter Art können bis Ende 1994 weiter verwendet werden.

Ab dem 1. Januar 1994 sieht die neu gefaßte Miet- und Ersatzfahrzeug-Verordnung GüKG vor, daß Mietfahrzeuge mit einer Nutzlast ab 4 t als Ersatzfahrzeuge für ausgefallene Fahrzeuge künftig ohne zeitliche Begrenzung im Werkverkehr einsetzen dürfen. Nicht erforderlich ist, daß die Fahrzeuge auf den Mieter zugelassen sind und daß ein Mietvertrag mitgeführt wird.

TAUZIEHEN UM FRACHTTARIFE

Zum Artikel „Das Tauziehen um Frachttarife bleibt spannend“ von Dirk Müller-Thederan in der SZ vom 8.12.93:

40 Jahre lang hat die deutsche Güterverkehrspolitik der „kontrollierten Wettbewerbsordnung“ mit staatlich verordneten und überwachten Tarifen dafür gesorgt, daß im innerdeutschen Güterverkehr auf Straßen und Binnenwasserstraßen deutlich höhere Tarifentgelte gezahlt werden mußten als für vergleichbare Beförderungsleistungen im grenzüberschreitenden Verkehr. Die Tarifüberwachung kostete allein im Straßengüterfernverkehr zuletzt rund 200 Mio. DM jährlich. Ein Betrag den Industrie und Handel als Verlader zu zahlen hatten und der auch in einem erheblichen Umfang von den gewerbeeigenen Straßenverkehrsgenossenschaften als Frachtenprüfstellen vereinnahmt wurde. (Im übrigen sollte diese Politik dem Schutz der Deutschen Bundesbahn dienen. Das Ergebnis ist hinlänglich öffentlich bekannt)

Um die Umsetzung des von Bundestag und Bundesrat mit großer Mehrheit beschlossenen Tarifaufhebungsgesetzes zum 1. Januar 1994 zu verhindern, wird jetzt wieder vor allem an die Mittelstandspolitiker in den großen Parteien appelliert. Die Vordergründigkeit des Rufes nach zeitlicher Verzögerung wird deutlich, wenn derjenige Verkehrsträger mit in die Betrachtung einbezogen wird, der nicht polemisiert, sondern entschlossen handelt. Die Rede ist vom Straßengüterverkehrsgewerbe. Es handelt sich dabei um 50.000 mittelständische Unternehmer, die in einem Umkreis von 50 bis 75 km 1.200 Mio. t Güter jährlich befördern. Das entspricht jeweils dem Fünffachen (!) des „großen Bruders“ Straßengüterfernverkehr.

Das Güterverkehrsgewerbe hat gemeinsam mit der verladenden Wirtschaft in der – im Gegensatz zum Straßengüterfernverkehr – paritätisch besetzten Tarifkommission (TKN) partnerschaftlich einen fließenden Übergang von der kontrollierten Marktordnung im Güterverkehr in einen deregulierten und entbürokratisierten Güterverkehrsmarkt

beschlossen. Mit Wirkung zum 1. Januar 1993 wurden die bis dahin geltenden obligatorischen Mindest-/Höchstpreisentgelte unter Wegfall der Tarifuntergrenze in Höchstpreisentgelte umgewandelt. Dieser Entwicklung auf Bundesebene schlossen sich die Länder mit ihren Landessondertarifen für den Straßengüterverkehr an.

In einem zweiten Schritt in Richtung auf einen freien marktwirtschaftlichen Güterverkehrsmarkt gibt der Bundesverband des Deutschen Güternahverkehrs (BDN) insbesondere für die Klein- und Mittelbetriebe seines Gewerbes kostenorientierte unverbindliche Richtpreistabellen (KURT) ab 1. Januar 1994 als Mittelstandsempfehlung heraus. Damit sollen den Unternehmen des Güternahverkehrs

- der Übergang zur eigenverantwortlichen Preisbildung erleichtert,
- die Fähigkeit zur kosten- und marktorientierten Preisbildung gestärkt und
- Richtwerte zur Verbesserung des eigenen Preisbewußtseins gegeben werden.

Die vom Güternahverkehrsgewerbe verfolgte Zielsetzung ist somit ein klares Bekenntnis zu marktwirtschaftlichen Wettbewerbsstrukturen im Güterverkehrsmarkt. Sie ist auch Voraussetzung für die Umsetzung partnerschaftlicher logistischer Konzepte in der Wirtschaft, die zur Bündelung von Verkehren, zu höheren Auslastungen der eingesetzten Fahrzeuge und zur Verringerung von Leerfahrten und damit auch zu einer geringeren Belastung von Umwelt und Infrastruktur führen.

Es drängt sich deshalb die Frage auf, warum andere am Güterverkehr beteiligte Verkehrszweige und Verkehrsträger bisher keine vergleichbaren Initiativen für einen gleitenden Übergang ergriffen haben, sondern jetzt teilweise massiv die Aussetzung des mit breiter Zustimmung beschlossenen Tarifaufhebungsgesetzes vom 13.8.1993 fordern. Eine Verzögerung in dem Fahrplan für das Inkraftsetzen des Tarifaufhebungsgesetzes ist der deutschen Wirtschaft und auch wesentlichen Teilen der Verkehrswirtschaft politisch nicht vermittelbar.

NAFTA: NEUES FREIHANDELS-ABKOMMEN UMSTRITTEN

Das NAFTA-Abkommen (North American Free Trade Argreement) hat eine ganz andere Qualität als die Vereinbarungen der Europäischen Gemeinschaft. Zum einen bleibt die Intensität des Angleichungsprozesses sowohl inhaltlich als auch zeitlich hinter den EG-Regelungen zurück. Zum anderen ist die Zusammensetzung der Länder in diesem neuen Bündnis wesentlich inhomogener als in Europa. Mexiko steht in seinem wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprozeß auf der Stufe eines Schwellenlandes, während die USA und Kanada zu den am weitesten entwickelten Ländern der Welt zählen. Der intra-regionale Handel der drei Länder umfaßt bislang nur rund ein Viertel ihres gesamten Außenhandels, während er in der EG etwa zwei Drittel betrifft.

Das NAFTA-Abkommen ist ein weiterer regionaler Handelsblock, mit 360 Mio Menschen der weltgrößte. Es handelt sich um eine regionale und qualitative Erweiterung des bereits seit Januar 1989 zwischen den USA und Kanada bestehenden Freihandelsabkommens, dem nun auch Mexiko beitritt. Präsident Bush hat das Abkommen im Dezember 1992 paraphiert. Präsident Clinton hat nachträglich Zusatzabkommen zum Schutz der Umwelt und der amerikanischen Arbeiter abgeschlossen. Das US-Repräsentantenhaus hat inzwischen das umstrittene Abkommen mit einer unerwartet klaren Mehrheit angenommen (234 gegen 20 Stimmen); den Senat hat es mit 61 zu 38 Stimmen passiert. Kanadas neuer liberaler Premierminister, Jean Chrétien, fordert zwar eine Teilrevision des Vertrages (klare Definition des Begriffs „unerlaubte Subventionen“ und Regelung der Anti-Dumping-Zölle); dennoch ist das Abkommen am 1.1.1994 in Kraft getreten.

Inhalt des Vertrages

Der Vertrag regelt die Bereiche:

- Waren- und Dienstleistungshandel,
- Zugang zum Arbeitsmarkt,
- Transport, einschließlich Luftverkehr,
- Einwanderungsbestimmungen,
- Umweltschutzbestimmungen.

Beim **Warenhandel** sollen innerhalb von 15 Jahren die tarifären und nichttarifären Handelshemmnisse zwischen Kanada, Mexiko und den USA für „nordamerikanische“ Produkte sukzessiv abgebaut werden. Die Klassifizierung „nordamerikanisch“ erhalten Produkte, deren Fremd-

anteil (wertmäßig) nicht über 7% liegt. Bei Automobilen muß der heimische Anteil zwischen 55 und 62,5% liegen, ähnliche Einschränkungen gelten für Textilien. Bei sensiblen Gütern wie Agrarprodukten wird US-Produzenten eine 15jährige Übergangsfrist eingeräumt. Zur Zeit betragen die Einfuhrzölle in den USA im Schnitt 4%, in Mexiko 10%; soweit nicht Sonderregelungen vorgesehen sind, sollen die Zölle ab 1.1.1994 um 50% reduziert werden, innerhalb von 5 Jahren um durchschnittlich 65%. Beim Dienstleistungshandel verpflichten sich die Unterzeichner, die Anbieter aus den anderen NAFTA-Staaten nicht schlechter zu stellen als die eigenen Anbieter. Hiervon gibt es jedoch zahlreiche Ausnahmen, die den Luftverkehr, Telekommunikation, Energie- und Petrochemie, Werften und soziale Dienstleistungen des Staates betreffen.

Beim Zugang zum Arbeitsmarkt sieht der Vertrag eine Erhöhung des bestehenden jährlichen Kontingents von 65.000 Arbeitsbewilligungen für Mexikaner in den USA (um 5.500) vor. Das ist weniger als Mexiko erwartet hatte.

Der mexikanische Transportsektor (Busse, Bahnen, LKW-Verkehr) wird für amerikanische Firmen geöffnet. Sie erhalten die gleichen Rechte, die mexikanische Firmen in den USA genießen. Beim Luftverkehr bezieht sich die Liberalisierung nur auf Wartung und Spezialluftdienste (Kartographie, Pflanzenschutz etc.). Innerhalb von 6 Jahren sollen die Sicherheitsbestimmungen im Transportbereich aufeinander abgestimmt werden.

Die Einwanderungsbestimmungen sehen vier Personengruppen vor, die vorübergehend in einem anderen NAFTA-Staat arbeiten dürfen:

- Internationales Personal (z.B. Wissenschaftler, Marketing-, Verkaufs- und Servicepersonal),
- Händler und Investoren,
- Angestellte, die in einem ausländischen Tochterunternehmen arbeiten,
- Freiberufler (Ärzte, Anwälte etc.)

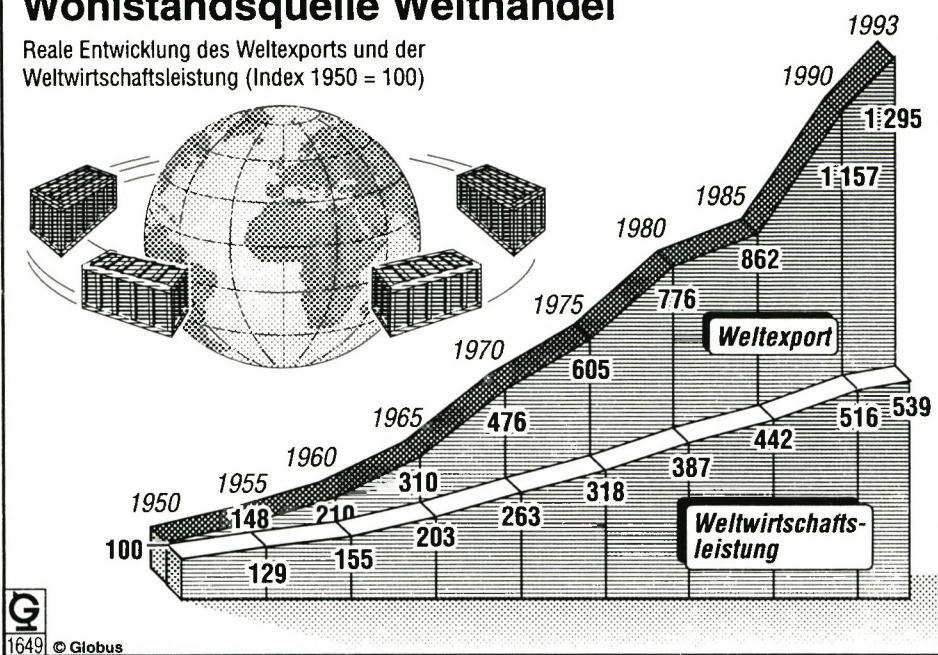
Der NAFTA-Vertrag setzt keine allgemein verbindlichen Standards, sondern gestattet jedem Land, die eigenen **Umweltschutzbestimmungen** beizubehalten; deren Einhaltung soll allerdings strenger überwacht werden.

Zusatzabkommen

Die von Präsident Clinton zum Schutz der amerikanischen Arbeitsplätze und der Umwelt geforderten Zusatzvereinbarungen wurden – noch vor der Abstimmung über

Wohlstandsquelle Welthandel

Reale Entwicklung des Weltexports und der Weltwirtschaftsleistung (Index 1950 = 100)



das gesamte NAFTA-Vertragswerk im Kon- greß – unterzeichnet. Sie umfassen wirk- same Durchsetzungsmechanismen bei Ar- beits- oder Umweltrechtsverletzungen so- wie Maßnahmen zur Abwehr „exzessiver Importströme“ (sog. safeguards). Mexiko verpflichtet sich darin gleichzeitig, die Min- destlöhne um einen nicht näher spezifizier- ten Betrag anzuheben und die künftigen Lohnerhöhungen an die Steigerung der Pro- duktivität im Land anzupassen.

Auswirkungen des Abkommens

Die USA und Mexiko profitieren auf un- terschiedliche Weise von dem gemeinsamen Wirtschaftsraum. Vor allem in den arbeits- kräfteintensiven Branchen kann Mexiko den Vorteil niedriger Löhne umsetzen und Fertigungsstätten aus den USA anlocken. Das wird zu einem Wachstum der Arbeits- plätze beitragen und konsequenterweise die Auswanderung in die USA vermindern. Des weiteren werden in vielen Industrieunter- nehmen Kostenvorteile durch den stark er- weiterten Markt erwartet. Den entspre- chenden Strukturwandel im Niedriglohnbe- reich in den USA sollen vorübergehende Schutzvereinbarungen zugunsten der ameri- kanischen Arbeitskräfte abfedern. Im Ge- genzug steht den „high-tech“ Firmen der USA ein größerer Absatzmarkt zur Verfü- gung. Insbesondere die Ausweitung von Produktionsstätten in Mexiko wird eine Nachfrage nach Investitionsgütern induzie-

ren. Der Vorteil steigender Skalenerträge wird bei US-Firmen nicht so sehr ins Ge- wicht fallen, da der heimische Markt dieser Firmen ohnehin sehr groß ist.

Das „Institute for International Economics“ schätzt, daß die USA bis 1995 zusätz- lich Waren im Wert von 16,7 Mrd US-\$ nach Mexiko exportieren werden (Steigerung um rund 25% pro Jahr gegenüber 1991) gleich- zeitig wird erwartet, daß Mexiko seine Lie- ferungen um 7,7 Mrd US-\$ erhöhen kann (+ 14%).

Durch den Abbau der mexikanischen In- vestitionsbarrieren können vermehrt ameri- kanische und kanadische Firmen „know- how“ transferieren und zum Wirtschafts- wachstum Mexikos beitragen. Auch Nicht- NAFTA-Staaten können durch Investitionen in Mexiko besseren Zugang zum US-Markt finden. Im freien Kapitalverkehr und im freien Zugang für Finanzdienstleistungen (der allerdings ebenfalls vollständig erst in 15 Jahren realisiert sein wird) wird lang- fristig eine wichtige Funktion der NAFTA gesehen.

Die Bildung von regionalen Wirtschafts- räumen steht nicht zwangsläufig im Ge- genseit zum freien Welthandel. Die Ausgestal- tung der NAFTA-Verträge sieht jedoch – insbesondere mit der Ursprungsregelung im Bereich der Automobil- und des Textilsektors – eine Abschottung gegenüber Dritt- märkten vor.

(Bayerische Vereinsbank)

FIRMENPORTRAIT

HANS POSTLER – DIE SPIELWAREN- UND GESCHENK-IDEE

Der jetzt schon weit über alle Grenzen bekannte Spruch „HP – Die Spielwaren- und Geschenkidee“ wird sicherlich noch an Bedeutung gewinnen, dessen sind sich Firmenleitung, Mitarbeiter und Kunden der Spielwarenimportfirma **Hans Postler GmbH & Co. KG** in Nürnberg sicher.

In diesen Wochen konnte HP einen runden Geburtstag feiern, denn vor genau 40 Jahren, am 1. Januar 1954 legte Hans Postler mit Gründung seiner Spielzeug-Import-Export-Firma den Grundstein zu einer eindrucksvollen Erfolgsgeschichte, die das Unternehmen zu einem der bedeutendsten Spielwaren-Importeure Europas werden ließ.

Bereits Ende der 50er Jahre begann man aus Fern-Ost zu importieren und vergrößerte damit das Sortiment, das bisher aus italienischen Produkten bestand. Plastikspielzeug, dessen Siegeszug im Kinderzimmer beispiellos verlaufen sollte, wurde jetzt auch in größerem Umfang vertrieben. Nach mehreren Lager- und Büro-Erweiterungen sind heute mit 500 qm Bürofläche und über 12.000 qm Lagerfläche die logistischen Voraussetzungen für eine europaweite Absatzstrategie hervorragend erfüllt.

Der Gründer des Unternehmens, Hans Postler, war in seiner Firma tätig bis er im Alter von 74 Jahren verstarb. Sein Sohn Peter engagierte sich bereits als Junge in der Firma seines Vaters. Nach einem Aufenthalt in Italien, wo er die Fabrikation und die Sprache lernte, kehrte er in die Firma zurück und übernahm die Geschäftsführung. Unter seiner Präsidentschaft im Bundesverband Souvenir Festival konnte diese Messe nach Nürnberg geholt werden.

Der nächste Schritt für die weiterhin auf Wachstum ausgerichtete Firmenphilosophie wurde im Frühjahr 1993 vollzogen. Die Postler SA nahm ihre Geschäftstätigkeit in Frankreich auf. Peter Postler hatte damit frühzeitig die Bedeutung des europäischen Marktes erkannt und das umfangreiche Frankreich-Geschäft verlagert.

Leider durfte er, durch seinen – für alle unfaßbar – viel zu frühen Tod die Früchte seiner Arbeit nicht mehr erleben. Sein weit-

sichtiger Entschluß erwies sich aber als brillanter Schachzug, da die freigewordenen Kapazitäten dringend für den aus den östlichen Ländern einsetzenden Nachfrageboom gebraucht wurden. Heute zählen Großhändler aus allen europäischen Ländern sowie aus vielen östlichen Nachbarstaaten zu den zufriedenen Kunden. Mit dem Ziel einer optimalen Kundenbetreuung hat man bei Postler stets richtungsweisende Pläne verwirklicht. Dies beginnt z. B. mit der

weitläufigen und lockeren Warenpräsentation im 800 qm großen Musterzimmer. Hier findet der Großhandel eines der umfangreichsten Sortimente auf dem Sektor Spielwaren und Geschenkartikel vor. Dieses Ziel beizubehalten wird auch heute noch von Frau Marianne Postler, die nach dem Tode ihres Ehemannes zusammen mit ihren beiden Töchtern Susanne und Christine die Unternehmensgeschicke leitet, mit Intensität und Überzeugung weiter verfolgt.



▲ Ein Blick auf das ansprechende Firmengebäude

Ein erfreulicher Anblick für's Auge ▼





Postler unter sich

Das Motto „Tausend und eine Spielidee“ ist keine leere Versprechung, sondern ein Hinweis auf das über tausend Artikel umfassende Gesamtangebot.

In angenehmer Atmosphäre kann sich der Großhändler seine ganz persönliche Produktauswahl zusammenstellen. Auf eine freundliche und qualifizierte Beratung der Postler-Angestellten und Reisenden darf gezielt werden. Sie halten die Kunden stets über Produktneuheiten, Sortimentsergänzungen sowie aktuelle Trends auf dem neuesten Stand. Auf den wichtigen Einkaufsmessen ist die Firma zudem mit ihrem kompletten Programm vertreten.

Auch in Zukunft wird die heutige Geschäftsleitung dem bisher so erfolgreichen Firmengrundsatz treu bleiben: Eine riesige

Produktauswahl und topaktuelle Artikel, gepaart mit einem attraktiven Preisniveau – damit will und wird man auch in Zukunft noch viele neue Kunden überzeugen.

Wir veröffentlichen regelmäßig ein „Firmenporträt“, mit dem sich eine unserer Mitgliedsfirmen vorstellen kann.

Firmen, die bereit sind, sich im Rahmen dieser Veröffentlichungsreihe zu beteiligen, wenden sich bitte an die Hauptgeschäftsstelle. Wir gehen gerne auf Ihren Vorschlag ein.

DER LGA WAR DABEI

4. Januar

Schlichtungsausschuß IHK München: *Frau Deutsch*

10. Januar

Informationsbesuch der CDH-Messe in Dortmund: *Herr Sattel, Herr Schwarz*

12. Januar

Neujahrsempfang des Bayerischen Handels für die Bayerische Staatsregierung, eine gemeinsame Veranstaltung der Landesverbände des Einzelhandels sowie des Groß- und Außenhandels

Süddeutscher Arbeitskreis Technische Chemikalien, Stuttgart, *Herr Mackholt*

Gespräch zum Altstadt-Verkehrssystem Stufe 6 „Schleifenlösung“ bei der Stadt Nürnberg, *Herr Wiedemann*

13. Januar

Mitgliederversammlung des LGA-Fachzweigs Schreib-, Papierwaren und Bürobedarf in Nürnberg unter Leitung des Vorsitzenden *Herrn Birnbeck*

Sitzung des Fachzweiges Schreib-, Papierwaren- und Bürobedarf im LGA, *Herr Sattel, Herr Wiedemann*

Geschäftsführerbesprechung der Vereinigung der Arbeitgeber-Verbände Nürnberg, *Herr Wiedemann*

14. Januar

Empfang zum 70. Geburtstag von Herrn Beisheim in der Münchener Residenz: *Präsident Hartmann, Dr. Wolfrum und Herr Sattel*

Arbeitskreis Gefahrgut, Bonn, *Herr Mackholt*

17. Januar

Neujahrsempfang der IHK Augsburg: *Präsident Hartmann* sowie die Gruppe der Augsburger LGA-Großhändler

18. Januar

Tarifgesprächsrunde Hessen/Baden-Württemberg/Bayern, Münchsmünster: *W. Frankenberger*

Sitzung des LGA-Präsidiums unter der Leitung von *Präsident Hartmann*

Arbeitskreis GVZ und Wirtschaftsverkehr, IHK München, *Herr Mackholt*

19. Januar

Landesverband des Bayer. Baustoffhandels, Bezirksversammlung der Regierungsbezirke Ober-, Mittel-, Unterfranken in Hirschaid, *Herr Wiedemann*

21. Januar
Arbeitsgruppe City-Logistik, IHK München, *Herr Mackholt*

24. Januar
Sitzung des Planungsverbandes der Region Ingolstadt, *K. Köppel*

25. Januar
Sitzung der LGA-Erfa-Gruppe Augsburg unter der Leitung von *Präsident Hartmann*

26. Januar
Vorstandssitzung des von uns betreuten Bundesverbandes Kunstgewerbe, Geschenkartikel und Wohndesign in Frankfurt: *Herr Adler, Herr Sattel, Herr Schwarz*
Jahrestreffen zwischen Verbänden und Kammer, IHK Nürnberg, *Vizepräsident Scheuerle, Herr Wiedemann*

Landesverband des Bayer. Baustoffhandels, Bezirksversammlung der Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz in Regensburg, *Herr Wiedemann*

27. Januar
Berufsbildungsausschuß LGA, *Herr Müller-Lotter, Frau Deutsch*
Berufsbildungsausschuß NAB, *Frau Deutsch*

Spielwaren-Pressekonferenz, Nürnberg, *Herr Mackholt*

28. Januar
Sitzung des LGA-Außenhandelsausschusses unter der Leitung von *Herrn Scheuerle*
Sitzung des Arbeitskreises Lohn- und Gehaltsgruppenkatalog, Nürnberg: *Herr Scheuerle, H. Frankenberger*

31. Januar
Sitzung des Arbeitsgerichts Nürnberg, *Herr Wiedemann*

1. Februar
Arbeitskreis Umwelt, Bonn, *Herr Mackholt*

3. Februar
Pressekonferenz des Spielwarenhandels anlässlich der Nürnberger Spielwarenmesse: *Herr Mackholt*

4. + 5. Februar
Klausurtagung des BGA-Präsidiums auf Burg Rheineck: *Präsident Hartmann, Herr Dr. Wolfrum, Herr Scheuerle und Herr Sattel*

8. Februar
Sitzung des LGA-Ausschusses für Betriebswirtschaft, Verkehr und Umwelt unter der

Leitung von Herrn Dr. Wolfrum in Anwesenheit der *Professoren Tietz und Greipl*

9. Februar
Vorstands- und Geschäftsführer-Sitzung des Bundesverbandes des Deutschen Exporthandels, Bremen: *Frau Büttner-Frank, Herr Scheuerle*

Gespräch mit Kultusministerium und bayerischen IHK's bezüglich der Einführung von Fremdsprachenunterricht in den Berufsschulen, *Herr Müller-Lotter, Frau Deutsch*

10. Februar
Sitzung des Bürgschaftsausschusses der Kreditgarantiegemeinschaft des Handels: *Herr Klingsohr*

11. Februar
Sitzung Öffentlichkeitsarbeits-Kreis IBW, *Frau Deutsch*

Vorstandssitzung des Bildungszentrums des Bayerischen Handels sowie Gesellschafterversammlung des Bildungszentrums Sachsen in Nürnberg: *Frau Markmiller, Herr Müller-Lotter und Herr Sattel*

17. Februar
50. Geburtstag unseres Vizepräsidenten *Thomas Scheuerle*

Europäische Bewegung Deutschland, *Frau Deutsch*

21. Februar
Mitgliederversammlung des von uns betreuten Bundesverbandes Kunstgewerbe Geschenkartikel und Wohndesign auf der Messe Ambiente in Frankfurt: *Herr Adler, Herr Sattel, Herr Schwarz*

23. Februar
Sitzung des Ausstellerbeirates der Frankfurter Messe Ambiente: *Herr Adler, Herr Sattel*

Sitzung des Garantieausschusses der Kapitalbeteiligungsgesellschaft: *Herr Sattel*

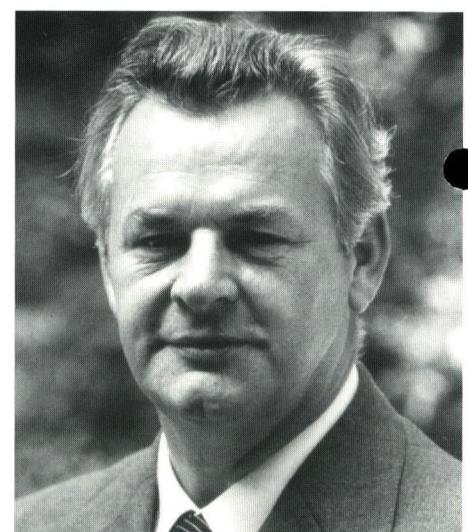
24. + 25. Februar
Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Bundesverbandes BGA in Nürnberg: *Herr Scheuerle, Herr Sattel, Herr Frankenberger*

25. Februar
Sozialgericht München, *Frau Deutsch*

28. Februar
vormittags Sitzung des LGA-Präsidiums nachmittags Sitzung des LGA-Vorstandes in München jeweils unter der Leitung von *Präsident Hartmann*

ANTON JAUMANN IST TOT

Im Alter von 66 Jahren ist am 23. Januar 1994 der frühere langjährige bayerische Wirtschaftsminister **Anton Jaumann** an den Folgen eines Herzinfarkts in München verstorben.



Anton Jaumann war 1970 als Nachfolger von Otto Schedl zum Wirtschaftsminister berufen worden. Schon früh setzte er die Schwerpunkte seiner Arbeit auf die Mittelstands- und Regionalpolitik. So förderte er die Ansiedlung zukunftsträchtiger Technologien in Bayern sowie Firmengründungen in früher industriearmen Regionen. Damit gehörte Anton Jaumann zu den prägenden politischen Gestalten des Freistaates Bayern. Der Aufstieg Bayerns von einem strukturschwachen Land zu einer der modernsten Wohlstandsregionen Europas ist mit seinem Namen verbunden.

Nach dem Studium von Theologie, Volkswirtschaft und Jura führte Jaumann von 1957 bis 1966 eine eigene Rechtsanwaltskanzlei. Gleichzeitig war Anton Jaumann Geschäftsführer unseres Landesverbandes, zuständig für die Arbeitsbereiche Arbeitsrecht und Sozialpolitik sowie Tarifpolitik. Dann holte ihn der damalige Ministerpräsident Goppel als Finanzstaatssekretär ins Kabinett.

Anton Jaumann blieb dem Groß- und Außenhandel stets nah verbunden. Seine Persönlichkeit wird uns stets unvergessen bleiben.

VERBANDSNACHRICHTEN

**VIZEPRÄSIDENT THOMAS SCHEUERLE
– 50 JAHRE JUNG**

Seinen 50. Geburtstag konnte Vizepräsident **Thomas Scheuerle** am 17. Februar 1994 feiern.

Thomas Scheuerle, der heute die Geschicke des über 100 Jahre bestehenden traditionsreichen Import-/Export-Unternehmens Alfred Graf in Nürnberg, zusammen mit seinem Bruder Rolf in der dritten Generation leitet, ist dem LGA, die Tradition von Großvater Achill und Vater Erwin fortsetzend, im Ehrenamt eng verbunden. Zwischen ist der Radius seiner Aktivitäten für seinen Berufsstand längst über den bayerischen und nationalen in den internationalen Rahmen hineingewachsen.

So ist Präsidiumsmitglied Thomas Scheuerle Vorsitzender des bedeutenden sozialpolitischen Ausschusses unseres LGA und damit auch der Leiter unserer Tarifkommission. Als Vorsitzender führt er weiterhin den LGA-Außenhandelsausschuß. Im Ausschuß für Betriebswirtschaft, Verkehr und Umwelt arbeitet er seit vielen Jahren mit.

Im Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels ist Thomas Scheuerle Mitglied des Präsidiums und stellvertretender Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses einschließlich der Koordinierungskommission, Mitglied des Außenwirtschaftsausschusses, der Europa-Koordinierungskommission und Mitglied des BGA-Finanzausschusses.

Nicht zuletzt betätigt sich Thomas Scheuerle aber auch mit Erfolg in der Region als Mitglied der Vollversammlung der IHK Nürnberg sowie durch seine Mitarbeit in der Bezirksgruppe Nürnberg-Fürth der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern.

Der Außenhandel ist für Thomas Scheuerle eine unternehmerische Leidenschaft. Im Vorstand des Bundesverbandes des Deutschen Exporthandels (BDEX), dem er seit Jahren angehört, gehört er zu denjenigen Persönlichkeiten, die besonders dem Handel mit den Oststaaten höchste Bedeutung beimessen.

Der LGA und der gesamte Berufsstand verdankt Thomas Scheuerle, so jung er auch noch ist, schon heute sehr viel. Sein Einfluß und seine Aktivitäten, seine Weichenstellungen in all den genannten Gre-

mien sind für den Groß- und Außenhandel unverzichtbar. Wir hoffen mit ihm, daß er seine Gesundheit und Spannkraft behalten möge. Glück und persönliche Zufriedenheit mögen ihm ebenfalls weiterhin erhalten bleiben. Wir wünschen ihm dies von Herzen!

▼ Thomas Scheuerle

**WECHSEL IN DER FACHZWEIG-
GESCHÄFTSFÜHRUNG
PAPIER – BÜRO – SCHREIBWAREN**

RA Alois Wiedemann (42), Leiter der LGA-Geschäftsstelle Nürnberg, trat im Rahmen der Mitgliederversammlung der bayerischen PBS-Großhändler die Nachfolge von Dipl.-Kfm. Werner Sattel als Geschäftsführer des LGA-Fachzweigs Schreib-, Papierwaren und Bürobedarf an. HGF Werner Sattel, der sich voll auf die zusätzlichen und neuen Aufgaben der Neustrukturierung des LGA konzentrieren will, wertete es als ein gutes Omen, daß die Amtsübergabe an Alois Wiedemann ausgegerechnet am 13. Januar um 13.13 Uhr erfolgte – selbstverständlich rein zufällig!

Der Fachzweigvorsitzende, Franz Birnbeck, Firma Langer, Fachgroßhandel, Teisnach, dankte Werner Sattel für seine in 18 Jahren erbrachten Leistungen im Dienste der PBS-Branche und das erfolgreiche solidarische Zusammenwirken im bayerischen Fachzweig.

Auch die Sitzung am 13. 1. 1994 brachte für die anwesenden Unternehmer wertvolle Informationen und Erkenntnisse. Der leb-

hafte Erfahrungsaustausch zur Marktsituation wurde gar noch überboten durch die hochaktuelle Diskussion über die Voraussetzungen, Inhalte und Möglichkeiten der computergestützten Außendienststeuerung im Großhandel. Hierzu hatte Dipl.-Kaufmann Richard Hartl, Unternehmensberater der verbandseigenen GfH Gesellschaft für Handelsberatung mbH, München, über die Erfahrungen aus der Anwenderpraxis und das anwenderfreundliche sowie schnittstellensichere GfH-System einer integrierten EDV-Organisation im Innen- und Außen- dienst unter Einsatz von Laptops bzw. Notebooks ein mit zahlreichen Beispielen ausgestattetes Referat gehalten.

Nächster Sitzungstermin der Mitglieder des Fachzweigs ist der 13. Juli 1994.

PERSONALIEN

WIR GRATULIEREN

Unser Vorstandsmitglied, **Herr Dr. Florian Seidl**, Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma Keller & Kalmbach GmbH in München, Schraubengroßhandlung, ist auf die Dauer von vier Jahren zum Handelsrichter am Landgericht München I ernannt worden. Wir gratulieren Herrn Dr. Seidl sehr herzlich zu dieser ehrenvollen Berufung.

WALTER LUTHER – 70 JAHRE

Anfang des Monats konnte **Walter Luther**, der Vorsitzende des Bayerischen Baustoffhandels, seinen 70. Geburtstag feiern. Der LGA ist stolz darauf, einen so vorbildlichen Unternehmer und Repräsentanten des Großhandels in seinen Reihen zu wissen und sagt ihm an dieser Stelle für seine vielen großartigen Leistungen, sein Wirken im Ehrenamt und sein verantwortungsvolles Engagement für seinen Berufsstand hohe Anerkennung und tiefen Respekt.

Dank gebührt Walter Luther auch für die vielen Jahre der fruchtbaren Zusammenarbeit mit ihm als Unternehmer sowie als höchsten Repräsentanten des bayerischen und später auch des deutschen Baustoffhandels. Eine weitsichtige Verbandspolitik und klare Beurteilung der unternehmerischen Perspektiven im Baustoffhandel so-

wie seiner frühzeitigen Erkenntnis beginnender Prozesse struktureller Wandlungen ist es im wesentlichen zu verdanken, daß der Baustoffhandel seine bestimmende Kraft behalten und gestalten konnte.

Wir wünschen Walter Luther Gesundheit, die Erfüllung vieler persönlicher Hoffnungen, Erfolg und Glück und noch viel Freude in seiner unternehmerischen Arbeit. Unsere besten Wünsche werden ihn begleiten.

HEINRICH HARTMANN – 80 JAHRE

Heinrich Hartmann, Firmengründer und Seniorchef der Papier- und Schreibwarengroßhandlung Hartmann, in Rödental, feierte am 18. Dezember 1993 seinen 80. Geburtstag im Kreis seiner Familie.

Als 8. Kind der Gutsleute Hartmann machte er bereits eine Lehrzeit im Papier- und Schreibwarengroßhandel. Er war in dieser Firma dann im Außendienst in erster Linie im Raum Thüringen tätig. So reiste man damals noch mit Fahrrad und dem Zug. Nach überstandenen Kriegsjahren und Gefangenschaft hatte er dann 1951 den Mut und die Hoffnung auf eine eigene Zukunft in der Papier- und Schreibwarenbranche und gründete seine eigene Großhandlung.

Zusammen mit seiner Frau Erika arbeiteten sie im Obergeschoß ihres Wohnhauses in 2 Zimmern am Aufbau eines Sortimentes. Dies war die Keimzelle der heute im nächsten Raum von 150 km Umkreis bekannten regionalen Verkaufszentrale für den Papier- und Schreibwarenfachhandel und deren Verkaufsstellen.

Damals wurde der Standort Rödental/ Einberg gewählt, weil man ja nun schließlich hier zu Hause ist.

Trotz Grenzland und dem aus diesen Gründen schlechten Großhandelsstandort konnte doch ein recht ansehnlicher Betrieb im Lauf der Jahre aufgebaut werden.

Sein Engagement zeigte er auch beim Aufbau und als aktives Mitglied in der Einkaufsgenossenschaft Egropa, Heilbronn, deren Geschicke er 10 Jahre lang als Aufsichtsratsvorsitzender leitete. Eine besondere Freude bereitete ihm auch die Grenzöffnung 1989/90, denn den einen oder anderen Kunden kannte er zumindest noch mit Namen und so war nun die Wahl des seinerzeitig als ungünstig angesehenen Standortes ein Positivum für die heutige Zeit.



Alle Neukunden aus Thüringen wollte er gerne persönlich sprechen, um eventuelle alte Bekanntschaften zu erforschen.

Heinrich Hartmann ist es zu verdanken, daß die Großhandlung heute unter der Leitung seines Sohnes und seiner Tochter in den 1992 wiederum erweiterten Geschäftsräumen eine überregionale Bedeutung in der Branche hat.

Auch für die örtlichen Vereine hatte er immer etwas übrig, so ist er langjähriges Mitglied beim Sportverein VFB Einberg und beim Gartenbauverein Einberg.

Unsere besten Wünsche begleiten den Jubilar auch für die Zukunft.

BUCHBESPRECHUNGEN

„LIEFERN & LEISTEN“ MIT DEN NEUEN POSTLEITZAHLEN

260 000 Firmen nach Branchen

Brandneu mit den neuen Postleitzahlen erschienen ist jetzt die 60. Ausgabe „liefern & leisten“. Dieses etablierte Branchenbuch der deutschen Wirtschaft zeigt auf knapp 1750 Seiten, was etwa 260 000 Firmen aus allen 16 Bundesländern zu bieten haben: das Produktions-, Waren- und Leistungsangebot deutscher Unternehmen nach aktuellem Stand. Rund 30% Veränderungen wurden gegenüber der Vorjahresausgabe eingearbeitet, insbesondere aus den neuen Bundesländern, außerdem konnten viele neue Telefaxnummern aufgenommen werden.

„liefern & leisten“ verzeichnet handelsregisterlich eingetragene Firmen aus Indu-

strien, Groß- und Außenhandel und dem Dienstleistungsbereich mit aktuellen Kommunikationsangaben, geordnet nach 52 Wirtschaftsgruppen und 4 500 Branchen. Die zweckmäßige Einteilung des Buches in Sachgebiete gibt zuverlässige Marktübersicht „auf einen Blick“. Ein alphabetisches Warenregister mit 25 000 Stichwörtern hilft beim schnellen Nachschlagen. Zusätzlich enthält das Buch eine Übersicht deutscher Wirtschaftsverbände und Organisationen.

Alle Daten aus diesem Buch werden vom Verlag auch auf der CD-ROM „liefern & leisten“ angeboten. Die Informationen können nach 13 Kriterien abgerufen, vielfältig selektiert, gedruckt und mit eigenen Textverarbeitungssystemen beliebig oft be- und weiterverarbeitet werden.

„liefern & leisten“, 60. Ausgabe 1994, mit circa 260 000 Firmen nach Branchen, 1750 Seiten, DIN A 4. Preis: DM 208,65 (in Europa DM 225,- außerhalb Europa DM 275,-). Erhältlich bei:

Deutscher Adressbuch-Verlag,
Arheilger Weg 17, 64380 Roßdorf
Telefon (0 61 54) 69 95-340,
Telefax (0 61 54) 69 95-490
oder über den Buchhandel.

TRANSPORTMANAGEMENT

Es handelt sich um ein neues, umfassendes Fachbuch für die Aus- und Weiterbildung im Beruf Speditionskaufmann, das die vielen wirtschaftspolitischen und verkehrstechnischen Veränderungen der letzten Zeit berücksichtigt.

Es kann für den Groß- und Außenhändler von Nutzen sein und sich oft auch in Mark und Pfennig auszahlen, über das Transportwesen und das Arbeitsgebiet eines so wichtigen Geschäftspartners besser informiert zu sein. Vor- und Nachteile der einzelnen Transportmöglichkeiten, die Kosten, Fragen der Haftung und Versicherung sind Beispiele für Themen, die behandelt werden.

Das Buch eignet sich als umfassendes Nachschlagewerk und in bestimmten Bereichen für die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter.

Jaeger/Laudel: *Transportmanagement*
Lehrbuch, 508 Seiten,
ISBN 3 88264 132 0, DM 44,80
FELDHAUS VERLAG,
Postfach 73 02 40, 22122 Hamburg,
Telefon (0 40) 6 78 00 25,
Fax (0 40) 6 78 00 51

LG A - N N A C H T | R I C H T E N



LG 94

*Das für die Praxis entwickelte
System der wirtschaftlichen
Lohn- und Gehaltsabrechnung*

schnell - sicher - preiswert

LG 94 bietet

*Nettolohn-Hochrechnung
Abrechnen von Sachbezügen
Kurzarbeiter-Abrechnung
alle Versteuerungsformen
Direktversicherungen
Heimarbeiter-Abrechnung
Mehrfach-Überweisungen
Lohnsteuer-Jahresausgleich
Urlaubsfortschreibung
Rückrechnung bis 11 Monate
Rechnen mit Durchschnittslöhnen
Umfangreiches Lohnartenverzeichnis
Fünf Stundensätze je Mitarbeiter
99 Krankenkassen
DÜVO*

LG 94 liefert

*Personalstammbänder
Einzelabrechnungsnachweis
Lohnjournal
Überweisungsträger
Banksammelliste
Datenträgeraustausch
Barauszahlungsliste
Krankenkassen-Beitagslisten
Lohnartenstatistiken
Kostenstellenauswertung
Lohnsteueranmeldung
Krankenkassenbeitragsnachweise
Jahreslohnkonten
Lohnsteuerbescheinigungen
Liste für Berufsgenossenschaft*

LG 94 bringt nur Vorteile...

- wir unterstützen Sie mit gewissenhafter Einarbeitung, ausführlicher Arbeitsanleitung, übersichtlichen Formularen, ständiger Betreuung;*
- die eigene EDV-Anlage wird bei absoluter Vertraulichkeit entlastet;*
- Datenerfassungsgeräte und EDV-Kenntnisse sind nicht erforderlich;*
- ausführliche Lohnunterlagen werden kostengünstig und in kürzester Zeit erstellt.*

d-v-h

Datenverarbeitungsdienst des Handels GmbH
Königstorgraben 7, 90402 Nürnberg

Telefon (09 11) 22 47 66 und 22 51 10 · Telefax (09 11) 24 30 87

INHALTSVERZEICHNIS

Auf einen Augenblick...	3
Rechtsfragen, Arbeit und Soziales:	
Rückzahlung von Ausbildungskosten	4
Kurznachrichten:	
Vorsicht vor Trickbetrügern	4
Berufsbildung:	
Darlebensprogramm des Bundeswirtschaftsministeriums zur Förderung der beruflichen Weiterbildung	
Fremdsprachenerwerb in der beruflichen Bildung – Fördermaßnahme Berufsbildung des BMWW	
■ solution – Beschäftigungspolitische Initiativen für neue Arbeitsplätze	
Berufsschulen modernisieren – Ausbildungsplan	
Unternehmens-Volontariat für EU-Beamte	
Euro-Volontariat	
Firmenportrait:	
Wilhelm Gienger KG – Fachgroßhandel für Haustechnik	
Branchenlexikon:	
Bundesverband Heim & Farbe	
Welthandel:	
CD-ROM zur Außenwirtschaft	
Personalien	

AUF EINEN AUGENBLICK

<i>Ein herzliches Gruß Gott!</i>	
5	Scharpings letztes Eigentor bei der Definition von Besserverdienenden und ihrer Einkommensgrenzen hat erneut und mit drastischer Deutlichkeit vor Augen geführt, welche Versuchung das Spiel mit der Steuerschraube auf Politiker jeglicher Couleur ausübt. Die ins Visier genommene Gruppe der Besserverdienenden zahlt laut Einkommensstatistik schon jetzt nahezu 50% der Lohn- und Einkommensteuern, obwohl sie zahlenmäßig einen weit geringeren Anteil ausmacht. Und das gilt erst recht für diejenigen, die mit Scharpings Traum von Spitzensteuersätzen bis angeblich 60% noch zu neuen Höchstleistungen „motiviert“ werden sollen.
11	Wie duldsam, lammfromm oder bürgerbrav sind Steuerzahler eigentlich? Schon jetzt gibt eine steigende Zahl von Gehaltsempfängern immer mehr Geld für Steuerberater aus, die dazu verhelfen, legal weniger Steuern zu zahlen. Noch ist die Zahl derer, die ihre Pflichten über das Maß des gesetzlich notwendigen hinaus erfüllen, enorm hoch. Aber wer sagt denn, daß es nicht allen irgendwann einfällt, ihr sauer verdientes Geld, statt es ständig wachsenden Steuerbegehrlichkeiten zu opfern, nicht nur für besagte und gesetzeskundige Steuerklärungsexperten auszugeben, sondern in veränderten Entlohnungsformen zu beziehen; beispielsweise: durch die Dotierung von Betriebskrankenkassen und -renten statt linearer Gehaltserhöhung.



Telefon München (089) 55 77 01/02
 Telefax München (089) 59 30 15
 Telefon Nürnberg (0911) 20 31 80
 Telefax Nürnberg (0911) 22 16 37

IMPRESSUM

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:
 Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Volksw. Mackholt (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsausbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Bethcke · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint alle 2 Monate. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Max-Joseph-Straße 4. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels e.V., 80333 München, Max-Joseph-Straße 4, Telefon 557701/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 80333 München, Max-Joseph-Straße 4. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, 80333 München, Max-Joseph-Straße 4. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltung: CIAO-DESIGN, Alexander Öxler
 Druck: typobiert, 80809 München, Riesenfeldstraße 56
 Telefon 3596066-68.
 Gedruckt auf chlorfrei gebleichtes Samtoffsetpapier

Die negative Wirkung hoher Grenzsteuersätze ist seit langem von den Wirtschaftswissenschaften erkannt und bestätigt worden. Höhere Steuersätze bedeuten auch, daß länger und mehr gearbeitet werden muß, um dasselbe Netto-Einkommen zu erzielen, was in den bestehenden Arbeitsverhältnissen kaum zu realisieren ist.

Individuelle „Ersatzlösungen“ gehen aber in aller Regel an der Steuer vorbei und außerdem zu Lasten des verteilungsfähigen Gesamtarbeitsvolumens.

Eine amerikanische Untersuchung befaßte sich damit, wie sich das zu versteuernde Einkommen bei 4.000 Amerikanern zwischen 1985 und 1988 veränderte – vor und nach der Senkung der Spitzesteuersätze auf 28%. Alle Besserverdienenden hatten Realsteigerung bei Löhnen und Gehältern zu verzeichnen, 13% die Spitzverdiener, nur 2% die Bezieher mittlerer Einkommen. Überraschend waren jedoch die Steigerungen des gesamten zu versteuernden Einkommens (einschließlich Kapitaleinkünften), und zwar um 6% bei Beziehern mittlerer Einkommen, 21% bei Beziehern hoher Einkommen und 72% bei Spitzerverdienern. Bei sinkenden Steuersätzen für Spitzerverdiener rechnete es sich eben nicht mehr, Geld und Zeit aufzuwenden, um das zu versteuernde Einkommen zu reduzieren.

Der heimliche Traum der Steuererhöhungsdogmatiker sieht freilich ganz anders aus: Die Steuerzahlung wird vereinfacht, vom nächsten Jahr an gibt jeder sein gesamtes Einkommen beim Finanzamt ab und erhält dafür 365 Essensmarken.

*h.s.
Werner Sattel*

RECHTSFRAGEN, ARBEIT UND SOZIALES

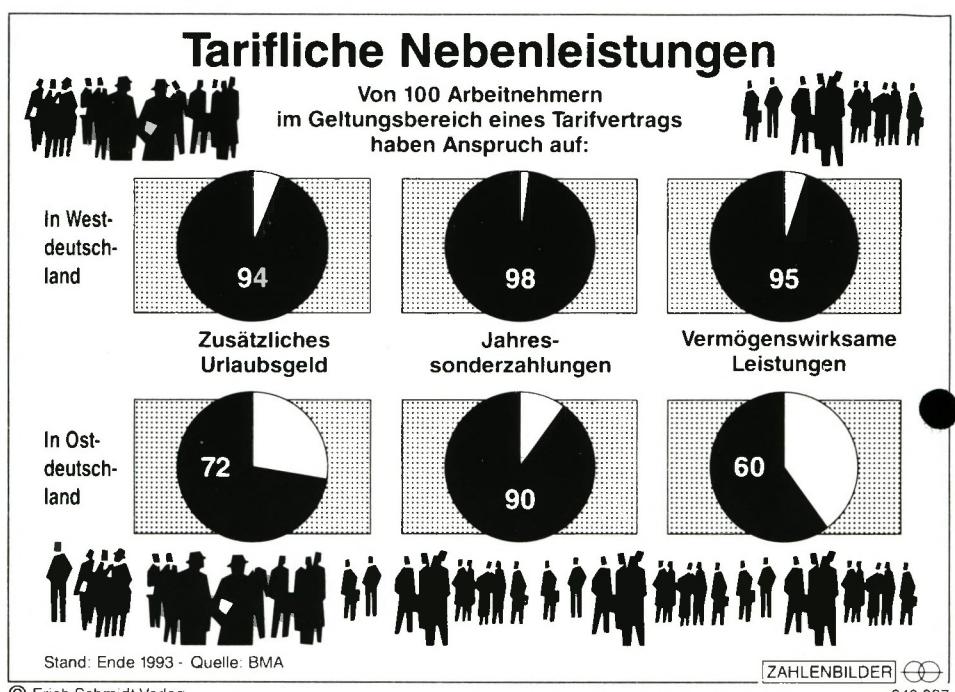
RÜCKZAHLUNG VON AUSBILDUNGSKOSTEN

Das BAG hatte erneut einen Fall der Rückzahlung von Ausbildungskosten zu entscheiden und bestätigte mit dieser Entscheidung seine bisherige Rechtsprechung.

Danach können Arbeitsvertragsparteien vereinbaren, daß Ausbildungskosten, die der Arbeitgeber für den Arbeitnehmer aufgewendet hat, von diesem zurückzuzahlen sind, wenn der Arbeitnehmer das Arbeitsverhältnis vor Ablauf bestimmter Fristen beendet. Diese Zahlungsverpflichtungen dürfen jedoch nicht gegen Treu und Glauben (§ 242 BGB) verstößen und müssen insbesondere der Wertentscheidung des Grundgesetzes für die freie Wahl des Arbeitsplatzes gemäß Art. 12 Abs. 1 GG Rechnung tragen. Aufgrund einer Güter- und Interessenabwägung nach Maßgabe des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes unter Heranziehung aller Umstände des Einzelfalls sind die für den Arbeitnehmer tragbaren Bindungen zu ermitteln. Dabei kommt es u. a. auf die Dauer der Bindung, den Umfang der Fortbildungsmaßnahme, die Höhe des Rückzahlungsbetrages und dessen Abwicklung an (BAG AP Nr. 6 zu § 611 BGB Ausbildungsbeihilfe). Der 5. Senat bestätigte mit dieser Entscheidung nochmals, daß die Zulässigkeit von Rückzahlungsklauseln auch von der Fort- und Ausbildungsdauer abhängt. Die Dauer der Fortbildung sei dabei ein starkes Indiz für die Qualität der erworbenen Qualifikation.

Der 5. Senat kam hier deshalb zu dem Ergebnis, daß bei einer Fortbildungsdauer von bis zu zwei Monaten ohne Verpflichtung zur Arbeitsleistung im Regelfall höchstens eine einjährige Bindung vereinbart werden könne. Etwas anderes könne nur dann gelten, wenn die Fortbildung dem Arbeitnehmer eine besonders hohe Qualifikation und damit verbunden überdurchschnittlich große Vorteile bringt oder der Arbeitgeber für die Fortbildung ganz erhebliche Mittel aufwendet.

Bei der Berechnung der Lehrgangsdauer kommt es auch, entgegen anderer Auffassung, nicht auf die Gesamtdauer der Einarbeitungszeit an, wenn diese keinen erheblichen Anteil der Arbeitszeit ausmacht und der Arbeitnehmer dadurch eine der Vergütung angemessene Arbeitsleistung erbringt.



EXTRAS FÜR ARBEITNEHMER

Die meisten Arbeitnehmer im Geltungsbereich eines Tarifvertrags erhalten vom Arbeitgeber Zusatzleistungen, die den eigentlichen Arbeitsverdienst aufbessern. So hatten Ende 1993 rund 94% der westdeutschen und 72% der ostdeutschen Arbeitnehmer Anspruch auf Urlaubsgeld. Mit einer Jahressonderzahlung (Weihnachtsgeld, 13. Monatsgehalt) konnten im Westen sogar 98% und im Osten 90% der Beschäftigten rechnen. Tarifvertragliche Vereinbarungen über Zuschüsse des Arbeitgebers zur Vermögensbildung waren im alten Bundesgebiet für 95% und in den neuen Bun-

desländern für etwa 60% der tarifgebundenen Arbeitnehmer in Kraft.

Wie die vom Bundesministerium vorgelegten Vergleichszahlen zeigen, hinken die ostdeutschen Arbeitnehmer bei den tariflichen „Extras“ – wie auch bei Löhnen, Arbeitszeit und Urlaubsdauer – noch hinter ihren westdeutschen Kollegen her. Der Abstand hat sich in den letzten beiden Jahren aber schon deutlich verringert und wird mit zunehmender Angleichung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch weiter schrumpfen.

KURZNACHRICHTEN

VORSICHT VOR TRICKBETRÜGERN

Trickbetrüger versuchen zunehmend, Finanzmittel von Unternehmen zu erschwindeln, dabei werden sie immer einfallsreicher. Neueste Masche: Unternehmen werden angeschrieben mit dem Hinweis, daß auf dem Konto des Absenders versehentlich ein Geldbetrag bar eingezahlt worden ist, lt. Einzahlungsbeleg jedoch an die angeschriebene Firma gehen sollte. Die Angabe der Bankverbindung wird erbeten, um den Geldbetrag entsprechend weiterleiten zu können. Zugleich werden Gründe ge-

nannt, weshalb ein telefonischer Rückruf derzeit nicht möglich ist. Zu vermuten ist, daß die Trickbetrüger darauf bauen, Briefbogen und Bankverbindung der angeschriebenen Firmen zu bekommen, um dann schriftliche Überweisungsaufträge an Ihre Bank mit gefälschter Unterschrift zu geben. Sie sollten mit Ihrer Bank vereinbaren, daß bei kopierten bzw. per Fax zugeleiteten Überweisungsaufträgen mit Firmenkopf stets ein telefonischer Rückruf zu erfolgen hat.

BERUFSBILDUNG

DARLEHENSPROGRAMM DES BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTERIUMS ZUR FÖRDERUNG DER BERUFLICHEN WEITERBILDUNG

Auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU und F.D.P. hat der Deutsche Bundestag am 10. Dezember 1993 einen Beschuß zur Förderung der beruflichen Weiterbildung gefaßt. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, „das Eigenkapitalhilfe-Programm“ ab 1. Januar 1994 im Rahmen der bewilligten Ansätze um eine Förderung der beruflichen Weiterbildung im gesamten Bundesgebiet zu ergänzen. Zu diesem Zweck soll ein Darlehensvolumen von 600 Millionen DM pro Jahr durch Zinszuschüsse verbilligt und durch eine hundertprozentige Gewährleistung des Bundes gemäß § 10 Nr. 1 des Haushaltsgesetzes 1994 abgesichert werden“.

Die Konditionen dieser Darlehen sollen sich nach dem Bundestagsbeschuß an bestimmten Eckwerten orientieren. Das Förderprogramm soll zunächst auf eine Dauer von fünf Jahren angelegt werden.

Inzwischen hat das Bundesministerium für Wirtschaft über die Einrichtung eines solchen Darlehensprogramms zur Förderung der Finanzierung von Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft sowie der Land- und Hauswirtschaft informiert. Der beigefügte **Entwurf einer Richtlinie** des Bundesministeriums für Wirtschaft, der in Zusammenarbeit mit der Deutschen Ausgleichsbank erstellt wurde, enthält Einzelheiten für die vorgesehene Ausgestaltung des Förderprogramms. Dieser Entwurf bedarf allerdings noch der **Genehmigung durch den Bundesminister der Finanzen**, so daß Änderungen zu einzelnen Punkten noch möglich sind.

Die Darlehensgewährung erfolgt durch die **Deutsche Ausgleichsbank**. Es kann bei allen Kreditinstituten in der Bundesrepublik beantragt werden. Der Zinssatz, der für die gesamte Darlehenslaufzeit fest ist und sich an den Refinanzierungskondi-

tionen der Deutschen Ausgleichsbank am Kapitalmarkt orientiert, wird in den ersten drei Jahren der Darlehenslaufzeit aus Bundesmitteln um 4-Prozent-Punkte p. a. verbilligt, höchstens jedoch auf einen Zinssatz von 4 Prozent p. a. Die Refinanzierungskonditionen der Deutschen Ausgleichsbank werden im ersten Halbjahr 1994 voraussichtlich zwischen 7,5 und 8 Prozent liegen.

Die Darlehenslaufzeit beträgt 10 Jahre, davon drei Jahre tilgungsfrei. Der Darlehensnehmer braucht keine sonst banküblichen Sicherheiten zu stellen.

Gefördert werden Fortbildungsmaßnahmen, die mit einer nach Handwerksordnung bzw. Berufsbildungsgesetz anerkannten Prüfung abschließen. Hierbei handelt es sich im Bereich der gewerblichen Wirtschaft neben den Meistervorbereitungskursen und sonstigen Fortbildungsmaßnahmen im Handwerk insbesondere um die Fortbildung zum Industriemeister/in, zum Fachwirt/in und Fachkaufmann/frau. Zu den förderfähigen Maßnahmen im Bereich der Länderzuständigkeit gehören u. a. die Abschlüsse an Fachschulen und Fachakademien zum staatlich geprüften Techniker/in, Betriebswirt/in und Wirtschafter/in.

Eine Kumulierung mit anderen individuellen Förderprogrammen (z. B. BAFÖG Landesförderungsmittel) ist ausgeschlossen. Ausnahme: Die Begabtenförderung in der Beruflichen Bildung.

Anträge können auch rückwirkend für nach dem 1. Januar 1994 bereits begonnene Maßnahmen gestellt werden. Ab 1.7.1994 ist jedoch eine Antragsstellung vor Beginn der Maßnahme erforderlich. Die Antragsformulare sollen bis etwa Mitte März 1994 bei den Kreditinstituten, Kammern, Fachschulen und Fachakademien vorliegen.

FREMDSPRACHENERWERB IN DER BERUFLICHEN BILDUNG – FÖRDERMASSNAHME BERUFSBILDUNG DES BMBW

Die Carl Duisburg Gesellschaft führt im Auftrag des Bundesministeriums verschiedene Sprachkurse in England, Frankreich, Irland, Italien und Spanien durch. Teilnehmer können Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung sein.

Bewerbungsunterlagen und weitere Hinweise erhalten Sie entweder bei der CDG-Bayern: Herrn Peter Heydrich, Schwanthalerstraße 91, 80336 München, Telefon: 0 89/5 30 92 07 oder bei der CDG in Köln.

RESOLUTION

BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHE INITIATIVEN FÜR NEUE ARBEITSPLÄTZE

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es derzeit ca. 4 Mio. Arbeitslose. Prognosen rechnen bis 1995 mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Die meisten Unternehmen können im Augenblick nur wenig neue Mitarbeiter einstellen, nicht einmal alle selbst ausgebildeten jungen Leute. Gleches gilt auch für Hochschulabsolventen, die dringend zum Erhalt der Innovationsfähigkeit gebraucht werden um Wachstumsimpulse auszulösen. Selbst hervorragende Absolventen haben Mühe, auf Anhieb unterzukommen.

Inwieweit sich die düstere Arbeitsmarktlage auch längerfristig auf den Bedarf an Ingenieuren auswirkt, kann zur Zeit nicht abgesehen werden. Die gegenwärtigen schlechten Beschäftigungsaussichten haben aber bereits zu einem starken Rückgang der Studienanfänger in der Elektrotechnik und im Maschinenbau geführt (im Vergleich zu 1990: an Universitäten minus 50%, an Fachhochschulen minus 30%).

Für diese Problematik gibt es angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation kein Patentrezept. Nur eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen kann in ihrer Summe zu einer gewissen Entlastung führen. Dazu gehört auch das vermehrte Angebot von Teilzeitarbeit, auch für Berufsanfänger von den Hochschulen. Einige Unternehmen (beispielsweise die Siemens AG) wollen hier eine beschäftigungspolitische Initiative starten und – trotz eingeschränkter Möglichkeiten – mehr jungen Leuten zu einem raschen Einstieg in ihren Beruf verhelfen.

Zur Milderung der gegenwärtigen Situation hat Teilzeitarbeit für beide Seiten Vorteile:

- Junge Ingenieure können von Anfang an in ihrem Fachgebiet arbeiten, erhalten wieder eine Perspektive und können ihre Mitarbeit flexibel mit anderen Beschäftigungsmöglichkeiten (z. B. wissenschaftlicher Mitarbeit an der Hochschule oder in Drittmittelprojekten, ggf. Promotion oder gezielter Weiterbildung) kombinieren.
- Betriebe sind bei der Besetzung relativ weniger Stellen flexibler, können mehr Nachwuchskräfte einarbeiten und bei Bedarf die Kapazität schnell ausweiten.

FIRMENPORTRAIT

WILHELM GIENGER KG – FACHGROSSHANDEL FÜR HAUSTECHNIK

Was tut ein Unternehmen, das aus allen Nähten platzt? Wenn die unbequemen Engpässe nicht nur vorübergehend und außerdem die Weichen für weiteres Wachstum gestellt sind, lautet die wohl vernünftigste Antwort: Ein neuer Anzug muß her. Einer, in dem man sich lange wohlfühlt und – ebenso wichtig – einen guten Eindruck macht. In Verbindung mit den berühmten

hatten keine entsprechende Grundstücksgröße zur Verfügung. In Markt Schwaben waren Grundstücke vorhanden, welche allerdings noch in unterschiedlichen Besitzerhänden waren. So haben langwierige Verhandlungen mit den Eigentümern dann letztendlich doch dazu geführt, daß man sich über den Kaufpreis und über die Ansiedlung verständigen konnte. Die Ge-

fügbarkeit der Artikel. Dabei erweist sich Markt Schwaben ebenfalls als Standortvorteil: Von hieraus kann die Gienger-Devise Just-in-Time zu liefern, erfüllt werden. In München blieb man oft „Just-im-Stau hängen“.

DAS GANZE

Die (bayerische) Gienger-Gruppe

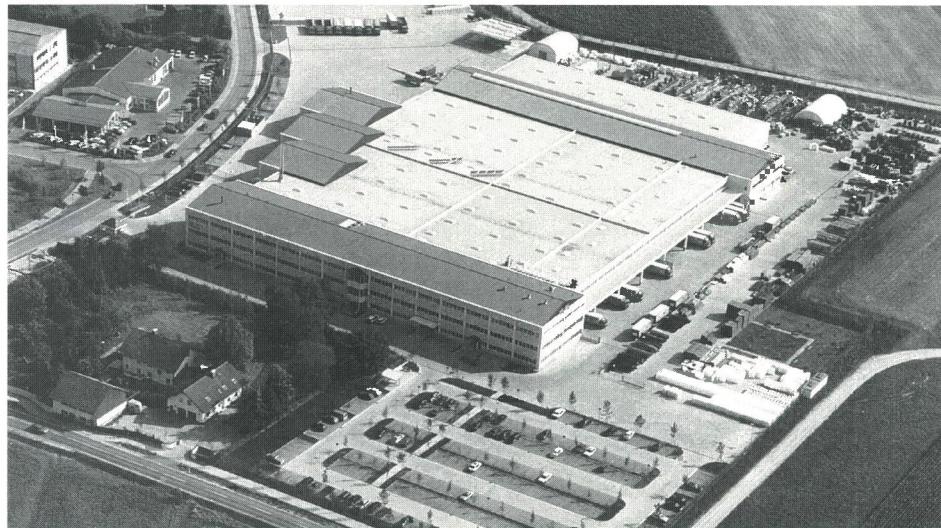
- 3 selbständige Niederlassungen
- 11 Abholläger
- 850 Mitarbeiter, davon
- 130 Auszubildende
- 4000 m² Ausstellungen
- 60 000 m² Lager
- 25 000 Lagerartikel
- 100 LKWs
- 8 Tochtergesellschaften in Österreich, Ungarn, Polen und der Tschechischen Republik

Zur Geschichte:

Ausgebombt, ohne Material-Nachschub, alle Handels- und Verkehrswägen im chaotischen Zustand; das waren im Jahr 1949 die Startbedingungen für den Neubeginn der Firma Gienger nach Kriegsende. Dennoch bestand die Vision der Firmengründer weiter, ein Handelshaus aufzubauen, das sich ausschließlich auf die Belange des verarbeitenden Gewerbes konzentriert, dadurch zur kompetenten Anlaufstelle für alle Probleme der Praxis wird und sich so den Ruf eines verlässlichen Freundes für das verarbeitende Gewerbe verdient.

In diesem Sinne wurde das partnerschaftliche Verhältnis zum Kunden stets systematisch weiter vertieft, weil Service und persönliche Kundenbetreuung bei Gienger immer an erster Stelle stand.

Neue Ideen sind gefragt. Lange bevor der Europäische Markt Wirklichkeit wurde, hatte das Gienger-Management erkannt, daß nur ein starkes Handelshaus mit internationaler Basis auch künftig als souveräner Berater bestehen kann. So entstand 1987 – unter maßgeblicher Beteiligung des Hauses Cordes & Graefe in Bremen – die Wilhelm Gienger KG in ihrer heutigen Form, mit **Heinz Wippich**, dem persönlich haf-



Blick auf das ausgedehnte Firmenareal

Sachzwängen dürften diese oder ähnliche Gedanken auch bei der jüngsten, vermutlich spektakulärsten Investition der Wilhelm Gienger KG Pate gestanden haben. Nach rund dreijähriger Planungs- und Realisierungsphase verfügt das bayerische Haustechnik-Fachgroßhandelsunternehmen nun östlich von München, in Markt Schwaben, über ein neues „Hauptquartier“.

In Markt Schwaben ist man in einer Gemeinde gelandet, die sich sehr kooperativ bei allen Fragen die eine solche große Überlegung anstelle, verhalten hat. Auf der Suche nach einem neuen Grundstück ist das Unternehmen natürlich der Stadt München bei fast allen umliegenden Gemeinden vorstellig geworden, um die Möglichkeit der Ansiedlung des Hauptbetriebes zu besprechen. Viele Gemeinden wollten kein Großhandelsunternehmen aufnehmen oder

meinde selbst hat dann alles erdenkliche gemacht, damit der Prozeß für die Errichtung des Bebauungsplanes zügig voran ging. Auch der Bauplan selbst wurde durch Gemeinde und Landkreis Ebersberg zügig und zur vollsten Zufriedenheit der Firma Gienger KG abgewickelt.

Durch die Verlagerung auf's Land hat die Mannschaft nun die notwendigen technischen, logistischen und räumlichen Bedingungen, um die in jeder Hinsicht steigenden Anforderungen zu erfüllen.

So kann Gienger heute eine georderte Ware „innerhalb von fünf Minuten auf den LKW bekommen“. Zu verdanken ist dies einer logistischen Meisterleistung in der Planung, die einen schnellen Lagerdurchgang und eine Express-Kommissionierung zuläßt. Freuen dürfen sich die rund 3500 Stammkunden auch über die schnelle Ver-

tenden, geschäftsführenden Gesellschafter an der Spitze. Er wird bei seiner Arbeit von **Frau Ingrid Graber**, die die Familie Graber vertritt und einem sehr dynamischen Führungsteam vorsteht, aktiv unterstützt. Damit bleibt Gienger bei seinem traditionell erfolgreichen Weg – immer eine Idee besser zu sein.

Im Heizungs- und Sanitärbereich ist Gienger einer der bedeutendsten Fachgroßhändler weit und breit. Mit Kontakten und Verbindungen nach allen Richtungen. Ständig werden Verbraucher-Trends und Markt-Tendenzen beobachtet. So kann beim Produzenten Einfluß auf Entwicklungen genommen werden, die für das Publikum richtig und für die Fachleute wichtig sind.

Dies gilt im übrigen nicht nur für den Sanitär- und Heizungsbereich. Zur Haustechnik gehört noch jede Menge mehr. So z.B. Klima-Lüftung, Wasseraufbereitung, Pumpen und Schwimmbecken, Krankenhausbedarf und Spenglereibedarf.

Was der Installateur vom Fachgroßhandel erwartet, ist mehr als „Ware nach Bestellung“. Da soll eine Vorauswahl der Produkte mit dem besten Preis-/Leistungsverhältnis erfolgen und die Selektion geeigneter Lieferanten aus dem In- und Ausland. Gefragt ist die sofortige Verfügbarkeit von ztausenden Artikeln und ein Bestellservice rund um die Uhr... Um solche vielfältigen Anforderungen zu erledigen, gehört einerseits eine perfekte Organisation dazu, andererseits größtmögliche Flexibilität. Gienger hat beides.

Gienger informiert aber auch Architekten und Bauherren, zeigt ihnen, was heute Sache ist, und liefert über die Fachfirmen, was alles so dafür gebraucht wird.

Aktive Verkaufsunterstützung und Werbematerial, Fachseminare und Vorträge zur Fortbildung gehören ebenfalls zum Gienger-Service, sowie die traditionelle Neuheitenschau.

Bei der letzten Neuheitenschau 1993 feierte das „Hauptquartier“ in Markt Schwaben seine Premiere.

Stets kurz nach der „ISH“, der weltgrößten Fachmesse für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik in Frankfurt wird diese Hausmesse bei Gienger durchgeführt. Sie fand im letzten Jahr zum 11. Mal statt. Rund 8000 Fach- und knapp 3000 Privatbesucher pil-

gerten nach Markt Schwaben, um sich über das aktuelle Angebot von 180 Ausstellern zu informieren. Eines der wichtigsten Vorteile für das bayerische Fachhandwerk sieht Gienger in dem „effizienten Kontaktbörsencharakter“ und in der Tatsache, daß die Produkte die von den Herstellern in Markt Schwaben ausgestellt wurden auch tatsächlich vom Handwerker eingekauft werden können.

Daß Gienger nur an den konzessionierten Verarbeiter liefert und niemals an den Endverbraucher ist bekannt. Und auch, daß die Fachberatungen in den Publikumsausstellungen in München, Rosenheim, Erl-

All das summiert sich zu einem Leistungspaket, das letztlich die Basis dafür ist, daß sich die Kunden bei Gienger wohlfühlen.

Eine schlanke Managementstruktur mit hoher Eigenverantwortung der Mitarbeiter, selbständige Niederlassungen zum Teil mit persönlich haftenden Gesellschaftern, systematische Aus- und Weiterbildungsbemühungen, ein überschaubares internationales Engagement in Österreich, Ungarn, Polen und der Tschechischen Republik, die Einbettung in die GC-Kooperation schafft ein stabiles Fundament für die weitere Gruppenentwicklung in Bayern.



Die LKW-Flotte

stätt, Memmingen und Regenstauf nur stellvertretend für Firmenkunden erfolgen.

Der flachen Hierarchie, also dem klassischen Line-Management ist im Haupteingang des Gebäudes mit der Aufschrift über dem Organigramm „Oben steht immer der Kunde“ klar, daß im zentralen Denken dieses Unternehmens der Kunde steht. Doch der gute Wille alleine macht's nicht. Organisatorisches Know how, Computer-gestützter Bestellservice, Lagerabläufe, die nicht blockieren können, Dutzende von Lieferwagen und lückenloser Tourenplan.

Und doch – bei aller Stabsplanung und Logistik – im Mittelpunkt bei Gienger steht immer der Mensch. Er ist und bleibt persönlicher Gesprächspartner mit offenem Ohr für die Wünsche und Probleme des Kunden.

Logisch, daß dabei das neue „Hauptquartier“ ebenfalls eine – wenn nicht sogar die – zentrale Rolle spielt. Logisch ist weiterhin, daß Gienger ein „qualifiziertes Wachstum“ anstrebt. Logik zum Dritten heißt schließlich, bei Leistung und Service der Beste sein zu wollen.

Wir veröffentlichen regelmäßig ein „Firmenportrait“, mit dem sich eine unserer Mitgliedsfirmen vorstellen kann.

Firmen, die bereit sind, sich im Rahmen dieser Veröffentlichungsreihe zu beteiligen, wenden sich bitte an die Hauptgeschäftsstelle. Wir gehen gerne auf Ihren Vorschlag ein.

BERUFSBILDUNG

Folgende Modelle bieten sich an:

- Teilzeit in fester oder flexibler Organisation; eine begrenzte Kapazität wird auf mehrere Stellen verteilt.
- Job Sharing oder Partnerteilzeit; zwei Mitarbeiter teilen sich eine Stelle. Diese kann daher durchgehend z.B. bis zu 50 Stunden pro Woche besetzt werden (2 x 25 Std.). Aber auch vorübergehende Auslastungsspitzen lassen sich flexibel abarbeiten, wenn die Anwesenheitszeiten der Mitarbeiter entsprechend organisiert werden.

Unabhängig von der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation kommt Teilzeitarbeit aber auch den Wünschen vieler Menschen nach individuell gestalteter Arbeitszeit entgegen.

Der VAB-Bildungsausschuß empfiehlt den Unternehmen, die in den VAB-Mitgliedsverbänden zusammengeschlossen sind, die Möglichkeit vermehrter Teilzeitbeschäftigung im eigenen Betrieb zu diskutieren und zu praktizieren.

Die Wirtschaft kann es sich nicht leisten, den wertvollen „Rohstoff Geist“ brachliegen zu lassen und das erworbene Wissen junger Hochschulabsolventen nicht einzusetzen. Auch die Arbeitgeber sind aufgerufen, in der derzeitigen angespannten Arbeitsmarktlage mit kreativen arbeitsmarktpolitischen Beiträgen Fehlentwicklungen und einer möglichen Gefährdung des sozialen Friedens vorzubeugen.

BERUFSCHULEN MODERNISIEREN AUSBILDUNGSPLAN

Nach 4 Jahren hat die Kultusministerkonferenz der Länder ihre Beratungen über eine Modernisierung des schulischen Rahmenlehrplans für die Ausbildung zum Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel wieder aufgenommen. Der BGA hatte sich 1990 mit einigen Vertretern auf eine stärkere Betonung der Handelsbetriebslehre mit den Schwerpunkten Beschaffung, Lagerhaltung und Marketing und eine Erweiterung um Finanzierungs- und Personalwirtschaftsfragen verständigt. Im Rechnungswesen sollte der vom BGA entwickelte Kontenrahmen für den Groß- und Außenhandel berücksichtigt werden.

Der jetzige Rahmenlehrplanausschuß der KMK zeigte sich gegenüber diesen Vorstellungen sehr aufgeschlossen und erkun-

digte sich nach Einsparungsmöglichkeiten insbesondere bei der allgemeinen Wirtschaftslehre. Entgegen gewerkschaftlichen Vorstellungen betonte er die Beibehaltung der Fachrichtungen Großhandel und Außenhandel, dem auch eine differenzierte Ausgestaltung der Handelsbetriebslehre entsprechen könne. Wir haben die beiden Fachrichtungen auch damit begründet, daß dem erweiterten Binnenmarkt der EU eine „Europakompetenz“, dem wichtigen Außenhandel dagegen eine „Überseekompetenz“ mit Schwerpunkten in Nord- und Südamerika sowie Fernost entspreche. Mindestens eine Fremdsprache sei dazu unerlässlich. Ein neuer schulischer Rahmenlehrplan ist für 1. 8. 95 vorgesehen.

UNTERNEHMENS-VOLONTARIAT FÜR EU-BEAMTE

Immer mehr wichtige Verordnungen und wirtschaftslenkende Maßnahmen gehen inzwischen von Brüssel aus. Es wird deshalb auch für unternehmerische Entscheidungen immer wichtiger, mehr über die Strukturen, Abläufe und Entscheidungsprozesse der EU zu wissen. Aus diesem Grunde hat das Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft für Führungskräfte in Brüssel eine in Zusammenarbeit mit dem Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr und dem Staatsministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten ein Unternehmens-Volontariat für EU-Beamte organisiert, das in diesem Jahr vom 16. - 24. Juni 1994 stattfinden wird.

Es werden ca. 15 EU-Beamte des höheren Dienstes aus Kabinetten und speziellen Generaldirektionen erwartet. Die EU-Beamten können für ihren Aufenthalt die Branche – das Unternehmen selbst auswählen. Als zusätzliche Belastung fallen für die gastgebenden Unternehmen und Verbände die Kosten für Übernachtung und Frühstück an. Interessierte Firmen wenden sich bitte an die Hauptgeschäftsstelle in München.

EURO-VOLONTARIAT

Das Euro-Volontariat ist eine anerkannte Bildungsmaßnahme für Führungskräfte aus der bayerischen Wirtschaft. Es bietet Führungskräften aus Firmen, Verbänden und Kammern die Möglichkeit, sich über Struktur, Arbeitsweise und aktuelle Ent-

wicklungen der EU-Kommission in Brüssel zu informieren. Ein Schwerpunkt ist die persönliche Kontaktaufnahme zu Ansprechpartnern der EU.

Das Euro-Volontariat findet vom **Sonntag, 9. 10. 1994 bis Donnerstag, den 13. 10. 1994** in den Orten München, Brügge, Brüssel und Luxemburg statt. Am 21. Juni 1994 findet in München ein halbtägiges Vorbereitungsseminar statt, dessen Ziel es ist, die Teilnehmer durch grundlegende Informationen über die EU auf das Volontariat vorzubereiten und mit Informationsunterlagen zu versorgen.

Die Veranstaltungskosten betragen DM 990,-, Flugkosten ca. 450,- DM, Hotelkosten ca. DM 300,- und die Essenspauschale ca. 150,- DM. Interessenten wenden sich bitte an die Hauptgeschäftsstelle in München. Sie erhalten dort das vorgesehene Programm. Es besteht zudem die Möglichkeit zu Einzelgesprächen in der EU-Kommission.

DER LGA WAR DABEI

1. März
Besprechung von Kammern und Verbänden im Wirtschaftsministerium über das neue Drittländer-Kooperations-Programm: *Herr Sattel*

2. März
Sitzung des Garantie-Ausschusses der Kapitalbeteiligungsgesellschaft: *Herr Sattel*

3. März
Treffen der drei süddeutschen Landesverbände in der „Südschiene“ Stuttgart: *Präsident Hartmann, Herr Sattel und Herr Frankenberger*

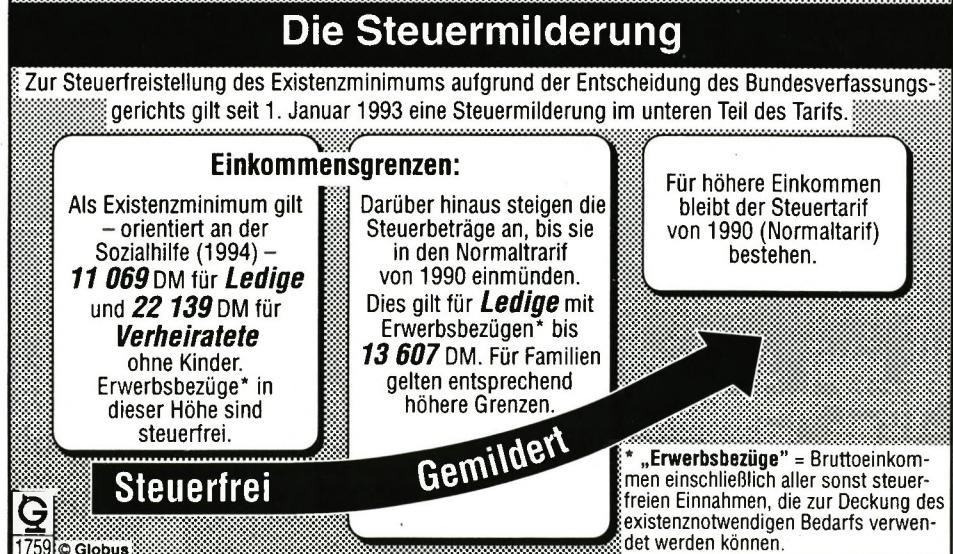
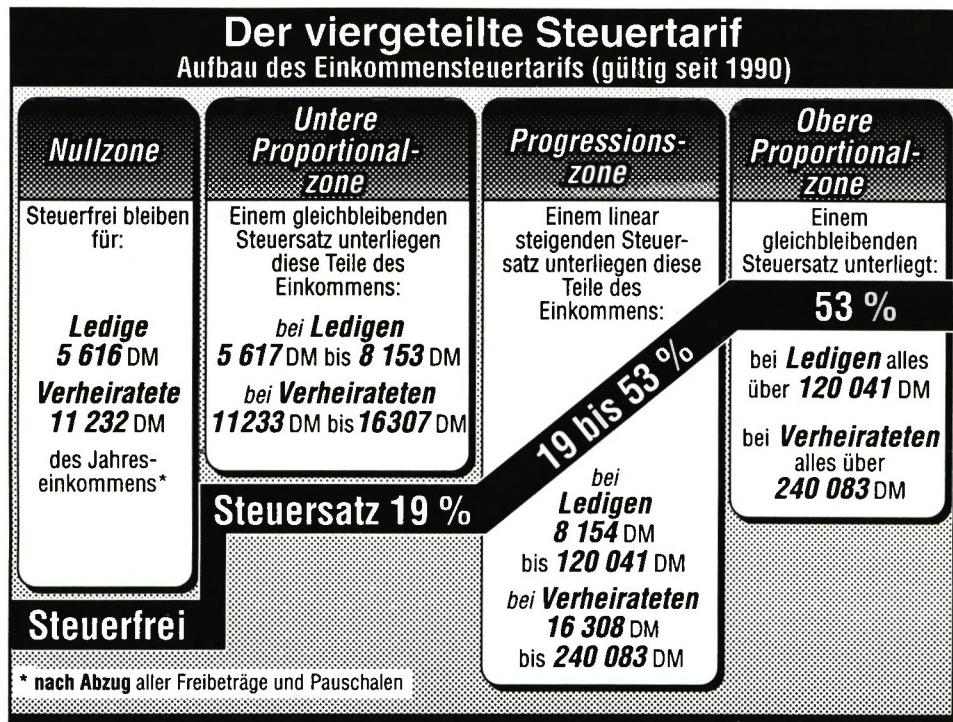
7. März
Sitzung der Tarifkommission des LGA unter dem Vorsitz von *Herrn Thomas Scheuerle*

9. März
Fortsetzung der Kooperationsgespräche mit dem TÜV Bayern/Sachsen zur Qualitäts sicherung im Großhandel: *Herr Sattel, Herr Miehler*

Süddeutscher Arbeitskreis Technische Chemikalien: *Herr Mackholt*

10. März
Sitzung des Bürgschaftsausschusses der Kreditgarantiegemeinschaft: *Herr Sattel, Herr Mackholt*

14. März
Mittelstand in Bayern, Die Grünen, Maximilianeum: *Frau Deutsch*
15. März
Ständige Tarifkommission DB (StTK), Frankfurt: *Herr Mackholt*
21. März
Europa-Treffen, IHK München: *Frau Deutsch*
23. März
Sitzung des Messeausschusses im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr: *Herr Bethcke*
24. März
BGA-Strategie-Kommission, Sitzung in Bonn über das Thema Großhandelsstrukturen der Zukunft unter Vorsitz des BGA-Präsidenten Dr. Fuchs: *Herr Sattel*
28. März
Redaktionskonferenz zur LGA-Strukturuntersuchung mit den Professoren Dr. Tietz und Dr. Greipl sowie abschließende Diskussion über die Untersuchungsergebnisse und deren Freigabe im Ausschuß für Betriebswirtschaft, Verkehr und Umwelt unter Vorsitz von *Herrn Dr. Wolfrum*
31. März
Empfang des Landesverbandes der Bayerischen Industrie: *Herr Sattel*
6. April
Zusammentreffen mit der Geschäftsführung der Frankfurter Messe zur Besprechung von Wandsatzfragen: *Herr Adler, Herr Sattel*
7. April
Aussprache über aktuelle Fragen und zur Zusammenarbeit mit der LfA: *Herr Sattel, Herr Mackholt*
8. April
Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften, Kleine Tarifkommission des LGA unter Vorsitz von *Herrn Scheuerle*
12. April
Sitzung des Handelsausschusses der IHK für München und Oberbayern unter dem Vorsitz von *Herrn Dr. Wolfrum*
- Förderkreis GVZ – Arbeitsgruppe Wirtschaftsverkehr: *Herr Mackholt*
- BGA-Sitzung des Rechtsausschusses in Bonn: *Herr Köppel*
13. April
Arbeitskreis Umwelt BGA-Bonn: *Herr Mackholt*
- 14./15. April.
BGA-Hauptgeschäftsführersitzung in Brüssel: *Herr Sattel*
- BGA-Berufsbildungsausschuß Berlin: *Frau Deutsch*
14. April
Bürgschaftsausschuß der Kreditgarantiegemeinschaft: *Herr Klingsohr*
18. April
Geschäftsführerbesprechung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände Bayern: *Herr Sattel*
20. April
Berufsschulbeiratssitzung, München: *Frau Deutsch*
- 22./23. April
Mitgliederversammlung des Sächsischen Groß- und Außenhandelsverbandes und begleitende Besprechungen: *Herr Sattel*
25. April
Sitzung des Verwaltungsrates der Kreditgarantiegemeinschaft unter Vorsitz von Herrn Dr. Wolfrum: *Herr Sattel*
- 28./29. April
BGA-Steuerausschuß, Dresden: *Herr Mackholt*
29. April
LGA-Außenhandelsausschuß, Nürnberg, unter Vorsitz von *Herrn Scheuerle*



BRANCHENLEXIKON

Dem Bundesverband Heim & Farbe e.V. gehören überwiegend Firmen an, die sich mit dem Großhandel von Bodenbelägen, Farben, Heimtextilien, Tapeten sowie deren Verarbeitungszubehör befassen. Ziel und Zweck des Verbandes ist es, die Versorgung des Handwerks und des Fachhandels in den Bereichen Bodenbeläge, Farben, Heimtextilien und Tapeten durch den Großhandel zu sichern, mit geeigneten Maßnahmen zu stützen, auszuweiten und gegenüber Beeinträchtigungen durch Dritte mit allen legalen Mitteln zu verteidigen.

Insoweit ist der Zweck des Verbandes die Standesvertretung und Förderung seiner Mitglieder. Der GHF ist ein Fachverband, der sich im wesentlichen um die fachbezogenen Aspekte des Handels mit dem vorgenannten Sortiment beschäftigt. Die arbeitsrechtliche Betreuung seiner Mitglieder überlässt er den Landesgruppen des Groß- und Außenhandels. Seine Ziele versucht der GHF durch verschiedene Initiativen und Aktivitäten auf den unterschiedlichsten Aufgabenfeldern zu erreichen:

Interessenvertretung nach außen

Vertretung der Interessen der Verbandsmitglieder gegenüber der Legislative, der Exekutive (in Gestalt von Behörden, Ämtern), Kammern und anderen öffentlich-rechtlichen Institutionen, sowie wirtschaftlichen Vereinigungen und Spitzenverbänden, insbesondere den Fachverbänden der Lieferanten und Abnehmer. Beratung der Behörden in allen Fachfragen. Außerdem Gutachtertätigkeit für Gerichte. Exemplarisch sind hier die Mitarbeit in den Fachgesprächen im Vorfeld der Entstehung von Referentenentwürfen bei bestimmten Gesetzen und Verordnungen wie z. B. der Schadstoff-Verpackungsverordnung oder Gefahrgutverordnung Straßen (GGVS) zu nennen oder die Initiativen zur Verlängerung der Gewährleistungsfrist im Kaufrecht, um sie der Gewährleistungspflicht des Handwerks nach VOB oder BGB anzupassen.

... und nach innen

Überwachung von Auswüchsen in der Werbung, Verstößen gegen die guten Sitten und den kaufmännischen Anstand durch Mitglieder des Verbandes. Ächtung

BUNDESVERBAND HEIM & FARBE

des unlauteren Wettbewerbs. In dieser Funktion stellt der Verband eine zentrale Anlauf- und Clearingstelle dar, die bestimmte Probleme lösen kann, ohne die Wettbewerbszentrale einzuschalten, wenn Mitglieder sich über bestimmte rechtlich unzulässige Verhaltensweisen anderer Mitglieder beklagen.

Öffentlichkeitsarbeit

Dazu gehören die Darstellung der Aufgabe und Bedeutung des Großhandels für die Warengruppen Bodenbeläge, Farben, Heimtextilien und Tapeten innerhalb des gesamtwirtschaftlichen Geschehens. Hierzu gehört auch die Information für die Fachpresse hinsichtlich technischer und wirtschaftlicher Veränderungen der Branche. Der Verband informiert über die Medien die Öffentlichkeit und macht auf diese Weise spezielle positive und negative Vorgänge deutlich.

Weiterbildung

Der Verband organisiert und führt Weiterbildungsveranstaltungen und Seminare (auch in Zusammenarbeit mit befreundeten Verbänden) durch, wenn sie geeignet sind, den fachlichen Ausbildungsstand der Mitarbeiter, die Effektivität der Organisation und kaufmännischen Abwicklung bei den Verbandsmitgliedern zu verbessern. Die praxisbezogene Ausbildung wird von erfahrenen Fachberatern der außerordentlichen Industriemitglieder durchgeführt.

Informationsaustausch

Wesentlich ist auch der Informationsaustausch zwischen den Verbandsmitgliedern nach Warengruppen und speziellen Aufgaben ausgerichteten Interessengemeinschaften (IG): Bodenbeläge, Farben, Tapeten, Stoffe, Informationsverarbeitung, Aus- und Weiterbildung bezüglich Problemstellungen, die alle Verbandsmitglieder des entsprechenden Warenportfolios tangieren. Wert gelegt

wird auch auf eine fachliche Zusammenarbeit mit den Organisationen und Gruppierungen der zuliefernden Industrie und den absatzseitigen Einzelhandels- und Handwerksverbänden. Beispielhaft seien hier Aktivitäten zur Übermittlung von elektronischen Informationen zwischen Farbindustrie und Großhandel genannt und Marketingmaßnahmen zur gemeinsamen Stützung der zweistufigen Distribution gegenüber konkurrierenden Vertriebsformen. Die Organisation des horizontalen und vertikalen Informationsaustausches zwischen den Mitgliedern und zwischen diesen und den Lieferanten oder Kunden ist eine der wichtigsten Verbandsaufgaben.

Statistik

Hierzu gehört die Erhebung von betriebswirtschaftlichen Kennzahlen. Hieraus ergeben sich Vergleichsmöglichkeiten der individuellen Firmendaten zum Durchschnitt der Branche und/oder der Region und damit ungefähre Orientierung hinsichtlich der individuellen Position im Markt. Ebenfalls zählt hierzu die Beurteilung der Entwicklung von Distributionsströmen einzelner Warengruppen zwischen Hersteller, Großhändler und Einzelhandel, um unternehmensstrategische Sortimentspolitik zu ermöglichen.

Die fachliche Beratung und Mitarbeit ist gefragt in Messebeiräten, DIN-Ausschüssen und Fachausschüssen anderer Verbände der Branche. Dies gilt für die Industriemessen genauso wie für die Konzeption von Marketingstrategien von Gütezeichen und anderen Produktmerkmalen.

Nicht zuletzt erfolgt die Förderung der kollegialen Verbundenheit und des fachlichen Gedankenaustausches unter den Mitgliedern auf gemeinsamen Veranstaltungen und die Förderung des unternehmerischen Nachwuchses durch eine entsprechende Junioren-Organisation.

Bedeutung beigemessen wird der Junioren-Vereinigung Heim & Farbe.

WELTHANDEL

Diese Vereinigung ist der Zusammenschluß von jungen Führungskräften und designierten selbständigen Unternehmern bis 35 Jahren, die im Bereich Großhandel mit Bodenbelägen, Farben, Heimtextilien und Tapeten tätig sind.

Sie ist eingebunden in die über 270 Großhändler des genannten Sortimentsbereichs. Über den Bundesverband selbst ist die Junioren-Vereinigung eingebunden in die Juniorenorganisation der Europäischen Konföderation des Handels mit Farben, Wand- und Bodenbelägen.

Die Ziele der Juniorenvereinigung sind die Übernahme der gemeinsamen Verantwortung für Arbeit und Umwelt, der Bearbeitung von aktuellen betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Problemen, der Förderung der persönlichen Weiterbildung und des betrieblichen Erfahrungsaustausches sowie der Intensivierung und Pflege der geschäftlichen und gesellschaftlichen Kontakte zu anderen vergleichbaren (internationalen) Vereinigungen.

Die Europäische Konföderation

Der Deutsche Bundesverband gehört zudem der Europäischen Konföderation des Handels mit Farben, Wand- und Bodenbelägen an. Ihr Zweck ist es, die nationalen Verbände zusammenzufassen, Informationen auszutauschen und Probleme aller Art zu untersuchen, die Beziehungen zwischen der Industrie und dem Handel des Lack- und Farbenhandels untereinander und im Hinblick auf eine optimale Zufriedenstellung aller zu koordinieren, den Lack- und Farbenhandel bei den internationalen Organisationen zu vertreten, auf allen geeigneten Anlässen zu repräsentieren sowie die Arbeit der Junioren der angeschlossenen nationalen Verbände besonders zu fördern.

Zur Verwirklichung dieser Ziele werden in alljährlichen Versammlungen und auf speziellen Studienreisen Kontakte aufgenommen und Informationen über die unterschiedlichen Landesgegebenheiten gepflegt. Die so über die Grenzen hinweg aufgebauten Beziehungen erleichtern den Austausch von Junioren und jungen Führungskräften zum Zwecke von Sprachstudien, offiziell Englisch, Deutsch und Französisch.

CD-ROM ZUR AUSSENWIRTSCHAFT

Die BfAI wird – beginnend ab 1. März 1994 – ihre Außenwirtschaftsinformationen der deutschen Wirtschaft auch auf CD-ROM anbieten. Die Diskette wird monatlich aktualisiert.

Die Diskette wird neben einer benutzerfreundlichen Recherche-Software etwa 85.000 aktuelle Dokumente zu allen Bereichen der Außenwirtschaftsinformation enthalten, was der gesamten BfAI-Produktion von etwa anderthalb Jahren entspricht. Informiert wird in den Dokumenten für alle wichtigen Länder der Welt über wirtschaftliche Rahmendaten, gesamtwirtschaftliche Eckwerte, über Branchen und Produktmärkte, Rechts- und Zollfragen, nichttarifäre Handelshemmisse, Entwicklungsvorhaben im Frühstadium, Geschäftskontaktwünsche ausländischer Unternehmen, Adressen von Auskunfts- und Kontaktstellen im In- und Ausland, Wirtschafts- und Patentanwälte im Ausland sowie über viele andere Bereiche, die für die deutsche Außenwirtschaft von besonderem Interesse sind.

Die CD-ROM bietet den Unternehmen vor allem folgende Vorteile:

- Die Nutzung der Diskette erfordert nur eine geringe technische Ausstattung (PC und CD-Laufwerk genügen).
- Es besteht eine jederzeitige gezielte Zugriffsmöglichkeit auf ein umfassendes elektronisch aufbereitetes Informationsangebot, ohne Notwendigkeit, vorher Leitungen zu schalten, Passworte für Fremd-Hosts zu erwerben, usw.
- Ein Schulungsaufwand für die Anwender entsteht nicht, da die benutzerfreundliche Recherche-Software auch dem Anfänger das Arbeiten mit der Diskette erlaubt.
- Die Kosten sind überschaubar. Weder Häufigkeit und Dauer der Recherche noch die Zahl der gefundenen und genutzten Dokumente haben Einfluß auf die zu zahlenden Gebühren.
- Das bisherige teure Sammeln und Archivieren von Außenwirtschaftsinformationen der BfAI kann in den einzelnen Unternehmen entfallen.

Die Erstellung einer CD-ROM als technisch anspruchsvollstes Produkt der BfAI wird dadurch möglich, daß die BfAI seit Jahren konsequent auf Nutzung der EDV gesetzt hat. Schrittweise wurde ein hoch-

integriertes EDV-System aufgebaut, das heute alle Stufen der Informationsbeschaffung und Be- und Verarbeitung sowie Verbreitung und Versendung einschließt. Es reicht von der Erstellung von Berichten durch die Korrespondenten im Ausland bis zum Druck der allein über 1.000 Einzelpublikationen p. a. in der Hausdruckerei der BfAI oder den Druckereien der BfAI Zeitungen in Wiesbaden und Berlin. Zu diesem hochkomplexen System gehört auch, daß alle bei der BfAI gesammelten und erarbeiteten Einzelinformationen seit Jahren zu Datenbanken verarbeitet werden, die bislang schon der deutschen Wirtschaft über mehrere private Datenbankenhosts für Online-Recherchen zur Verfügung standen. Diese Datenbanken stellen nunmehr auch die Basis für die angebotene CD-ROM dar.

Der Preis für die CD-ROM ZUR AUSSENWIRTSCHAFT beträgt bei 12 aktualisierten Ausgaben pro Jahr 1.150,- DM zuzüglich MwSt.

Sie kann bezogen werden bei der Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfAI)
Postfach 10 05 22, 50445 Köln
Telefon (02 21) 20 57-245
Telefax (02 21) 20 57-212 oder -262
oder -275

PERSONALIEN

WIR BETRAUERN

GERALD HEININGER

Herr Gerald Heininger, Leiter Rechnungs- und Personalwesen in unserer Mitgliedsfirma OTTO SCHÖTZ Handels-GmbH, Auto und Industrietechnik, Puchheim, ist plötzlich und unerwartet im Januar 1994 im Alter von nahezu 54 Jahren verstorben.

Herr Heiniger hat über 20 Jahre seines beruflichen Wirkens in den Dienst des Unternehmens gestellt. Er hat in all den Jahren seine Aufgabenbereiche durch sein umfangreiches Fachwissen geprägt und mit viel Umsicht und Einfühlungsvermögen für Mitarbeiter, Kollegen und Kunden geleitet.

Wir nehmen in Anerkennung und Dankbarkeit Abschied von einem kompetenten Fachmann und wertvollen Menschen. Die Lücke, die er hinterläßt, wird nur schwer zu schließen sein.

WIR GRATULIEREN

Herrn Kurt Halseband, Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma Ferdinand Flinsch GmbH, Papiergroßhandel in Garching. **Herr Halseband** ist auf die Dauer von vier Jahren zum Handelsrichter am Landgericht München I ernannt worden. Hierzu gratulieren wir ihm herzlich.

Herrn Hans-Dieter Traudt, Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma Friedrich Traudt GmbH in München. **Hans-Dieter Traudt** wurde mit Wirkung vom 28. März 1994 auf die Dauer von vier Jahren zum Handelsrichter am Landgericht München I ernannt. Ihm gilt unser herzlicher Glückwunsch.

UNTERNEHMER MIT LEIB UND SEELE HANS WEDEL WURDE 65 JAHRE

Hans Wedel, der am 28. März 1994 seinen 65. Geburtstag feiern konnte, konnte an diesem Tage auf nahezu ein halbes Jahrhundert unermüdliche und erfolgreiche unternehmerische Tätigkeit zurückblicken. Mit Geschick, Ausdauer und viel Fleiß führte er das Unternehmen aus kleinsten Anfängen zu seiner heutigen, international anerkannten Stellung.

Seine ersten Erfahrungen mit Tees und Kräutern machte er im Jahre 1952, als er nach seiner Heirat in die Vegetabilien- und Kräutergrößhandlung seines Schwiegervaters Martin Bauer eintrat.

Die Chancen, die dieser Markt demjenigen bot, der risikobereit war und sich spezialisierte, wurden von ihm schnell erkannt.

Als sein Schwiegervater, Herr Martin Bauer, 1956 zum 1. Bürgermeister der Marktgemeinde Vestenbergsgreuth gewählt wurde, übernahm Hans Wedel die alleinige Unternehmensführung.

Zielstrebig und mit der Bereitschaft zum Risiko arbeitete er an seinem großen Ziel, nämlich der Umwandlung der Kräutergrößhandlung in einen produzierenden Betrieb. In den äußerst schwierigen Aufbaujahren schaffte er es auf unkonventionelle Weise, die notwendigen Produktions- und Lagergebäude zu erstellen und erste Produktionsanlagen zu konzipieren.

Frühzeitig erkannte er den Trend von loser Ware zum Aufgußbeutel und baute darauf sein ganzes unternehmerisches Konzept auf. Auf diesem Wege waren für ihn enge, freundschaftliche und sehr persönliche Kontakte zu Kunden und Lieferanten gleich wichtig. Der Name MARTIN BAUER wurde durch ihn zu einem Markenzeichen in der Branche.

Aber viele Jahrzehnte intensiver unternehmerischer Arbeit forderten ihren Tribut. Nach einer schweren Herzoperation übertrug Hans Wedel die Führung des Unternehmens auf die nächste Generation.

Doch die vergangenen 65 Jahre des Jubilars wiesen nicht nur Erfolg und Sonnentage auf. Es gab auch dunkle Tage in seinem Leben und der größte Schicksalsschlag traf



ihn, als im Jahre 1991 seine Frau verstarb. Er verlor damit nicht nur seine Partnerin, die ihm in all den schweren Jahren des Aufbaus treu zur Seite gestanden hatte, sondern auch den Mittelpunkt seines Lebens.

Obwohl der Jubilar heute auf ein außergewöhnlich erfolgreiches Leben zurückblicken kann und stolz ist auf die vielen ihm zuteil gewordenen Ehrungen, so ist er in seinem tiefsten Inneren ein bescheidener Mensch geblieben.

So paßt es auch zu ihm, von einer Geburtstagsfeier im großen Stile Abstand zu nehmen und diesen Festtag nur im engsten Familien- und Freundeskreis zu begehen.

Der LGA gratuliert von Herzen und wünscht dem Jubilar noch viele glückliche Jahre!



VERDIENSTKREUZ 1. KLASSE FÜR MARTIN BAUER

Das ungewöhnliche Lebenswerk **Martin Bauers**, dem Gründer unserer Mitgliedsfirma Martin Bauer in Vestenbergsgreuth, wurde mit der Verleihung des Verdienstkreuzes 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland gewürdigt.

Innenminister **Dr. Günther Beckstein** wies noch einmal auf das hohe Engagement und den beispielhaften persönlichen Einsatz zum Wohle der Allgemeinheit durch **Martin Bauer** hin.

Neben dem Aufbau der Firma hat sich **Martin Bauer** viele Jahrzehnte lang als engagierter Politiker einen Namen gemacht und maßgebliche Funktionen in vielen Ausschüssen des Deutschen Heil- und Gewürzpflanzen-Verbandes verantwortungsbeauftragt übernommen. Von 1956 bis 1978 war Martin Bauer als erster Bürgermeister maßgeblich an der Aufwärtsentwicklung Vestenbergsgreuths beteiligt. Verdienste hat sich der Seniorchef, inzwischen 91 Jahre alt, auch als langjähriger 1. Vorsitzender des „Liederkranzes“ und im Verwaltungsrat der Sparkasse Höchstadt a. d. Aisch, verdienstvoll engagiert. Nicht zuletzt auch als Vorstand der Kirchengemeinde und des Gemeindevereins hat er sich hervorgetan. So wurden z. B. unter seiner Leitung die Kirche sowie das Jugend- und Gemeindehaus erbaut.

Nicht unerwähnt bleiben soll ein von 1960 bis 1990 währendes Engagement im Kreistag des Landkreises Erlangen-Höchstadt in verschiedenen Ausschüssen und Gremien.

LGA-NACHRICHTEN



LG 94

*Das für die Praxis entwickelte
System der wirtschaftlichen
Lohn- und Gehaltsabrechnung*

schnell - sicher - preiswert

LG 94 bietet

*Nettolohn-Hochrechnung
Abrechnen von Sachbezügen
Kurzarbeiter-Abrechnung
alle Versteuerungsformen
Direktversicherungen
Heimarbeiter-Abrechnung
Mehrfach-Überweisungen
Lohnsteuer-Jahresausgleich
Urlaubsfortschreibung
Rückrechnung bis 11 Monate
Rechnen mit Durchschnittslöhnen
Umfangreiches Lohnartenverzeichnis
Fünf Stundensätze je Mitarbeiter
99 Krankenkassen
DÜVO*

LG 94 liefert

*Personalstammbücher
Einzelabrechnungsnachweis
Lohnjournal
Überweisungsträger
Banksammelliste
Datenträgeraustausch
Barauszahlungsliste
Krankenkassen-Beitagslisten
Lohnartenstatistiken
Kostenstellenauswertung
Lohnsteueranmeldung
Krankenkassenbeitragsnachweise
Jahreslohnkonten
Lohnsteuerbescheinigungen
Liste für Berufsgenossenschaft*

LG 94 bringt nur Vorteile...

- wir unterstützen Sie mit gewissenhafter Einarbeitung, ausführlicher Arbeitsanleitung, übersichtlichen Formularen, ständiger Betreuung;*
- die eigene EDV-Anlage wird bei absoluter Vertraulichkeit entlastet;*
- Datenerfassungsgeräte und EDV-Kenntnisse sind nicht erforderlich;*
- ausführliche Lohnunterlagen werden kostengünstig und in kürzester Zeit erstellt.*

d-v-h

Datenverarbeitungsdienst des Handels GmbH
Königstorgraben 7, 90402 Nürnberg

Telefon (09 11) 22 47 66 und 22 51 10 · Telefax (09 11) 24 30 87

INHALTSVERZEICHNIS

Auf einen Augenblick...	3
Rechtsfragen, Arbeit und Soziales:	
Neues Entgeltfortzahlungs-Gesetz	4
Neues Arbeitszeitrechts-Gesetz	5
Lohnfortzahlung als Kündigungsgrund	5
Berufsbildung:	
Ausbildungsplätze bereitstellen	
CERTQUA – Qualitätssicherung auch für die berufliche Weiterbildung	
Positionspapier der Wirtschaft in Bayern zur beruflichen Bildung	
Firmenportrait:	
Kräuter Mix – Mit Qualitätsprodukten weiter im Vorrwärtsgang	
Steuer und Verkehr:	
Neuverschuldung steigt	
Großhandels- und Lagerei-BG an der Spitze	
Branchenlexikon:	
Der Zentralverband des Deutschen Früchte-Import und -Großhandels	
Personalien	
Buchbesprechung	

AUF EINEN AUGENBLICK

<i>Ein herzliches Gruß Gott!</i>	
6 „Chefarztskandal“, „Rentenbetrug“, „Vermietterterror“, „Steuerlüge“, Horror in allen Lebenslagen und in jedem Zusammenhang: Die „Katastrophenlastigkeit“ der Nachrichtenverbreitung steht außer Zweifel. „Bad news are good news“, das über Jahrzehnte hinweg gefällige Klischee für Schlagzeilen und Nachrichtenmacher hängt immer mehr Menschen sprachwörtlich zum Hals heraus. Man kann es nicht mehr hören, was uns die sog. intellektuelle Kritik allzu oft selbstherrlich serviert.	7
12 Es sind aber nicht die Medien schlecht-hin, von denen die „kulturelle Krankheit“ permanenter Miesmacherei ausgeht. Sie transportieren nur, was einzelne Reduzierer unserer Zukunft in die Welt setzen. Journalisten sind auch nur Menschen! Nur haben sie die Möglichkeit, das, was andere am Biertisch oder im Familienkreis unverbindlich „ablassen“, als Chefankläger der Nation in fetten Lettern oder im süffisanten Plauderton des Nachrichtenstudios in unser Bewußtsein zu blasen. Wer sich dabei in Form und Ton vergreift, mißbraucht leichtfertig seine berufliche und gesellschaftspolitische Verantwortung, verletzt diejenigen, von deren Abonnement und Gebührenzahlung er lebt und beleidigt im Grunde die Institution, für die er arbeitet.	10
12 Nein, es sind nicht die Medien und auch nicht die weit überwiegende Mehrzahl qualifizierter Medienprofis, die uns ärgern. Wir brauchen freie und unabhängige, auch unbequeme Medien und Journalisten. Aber wir können auf solche Medienhelfer verzichten, die nur kulturelles Chaos anrichten, ohne Perspektiven und Alternativen zu eröffnen oder sich ernsthaft zu bemühen, „das Glück und die Hoffnung eines besseren Bewußtseins“ aus der Betroffenheit abzuleiten, zumindest anzudeuten.	11

weiligen politischen Gegner nageln. Es kümmert sie wenig, ob die einzelne Aussage im Detail richtig dosiert ist, wenn sie nur auffällt, nach Möglichkeit im Nachrichtenblock des Abendprogramms in Rundfunk und Fernsehen oder auf Seite 1 irgendeiner Boulevardzeitung.

Es ist tröstlich, daß der einseitige Katastrophen-Stil allmählich eine Umkehr zu erfahren scheint. Ausgerechnet die Medienvielfalt trägt dazu erheblich bei. Der aufgeklärte Nachrichtenkosument ist hellhörig geworden. Kritisch wähgt er zunächst einmal ab, was ihm früher Furcht und nackte Daseinsangst einjagte. Die Menschen wollen Verantwortung für Hoffnung und Optimismus spüren. Immer mehr fordern das Positive in der Auseinandersetzung mit den Themen des Alltags und mit der Zukunft. Unter diesem Aspekt ist die Medienlandschaft offensichtlich in Bewegung geraten.

Spontaneität, Zeitnähe und Ehrlichkeit – auch begründete Kompromißlosigkeit – sind gefragt, nicht aber aufdringliche Zerrbilder des ewig Negativen.

Nachrichtenübermittlung als aktuelle Drehscheibe, als zuverlässiges Stimulans der persönlichen Meinungsbildung und als profunde Denkhilfe für das individuelle „Selbst-Konzept“. Das ist es, was den „visionären Optimismus“ nicht nur in den Medien, sondern auch in der Politik und in den kommunikativen Markt- und Unternehmensstrategien zunehmend prägen wird.



Telefon München (089) 55 77 01/02
Telefax München (089) 59 30 15
Telefon Nürnberg (0911) 20 31 80
Telefax Nürnberg (0911) 22 16 37

IMPRESSIONUM

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:
Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Volksw. Mackholt (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsausbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Betschke · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint alle 2 Monate. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Max-Joseph-Straße 4. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels e.V., 80333 München, Max-Joseph-Straße 4, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 80333 München, Max-Joseph-Straße 4. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, 80333 München, Max-Joseph-Straße 4. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltung: CIAO-DESIGN, Alexander Öxler
Druck: typobiert, 80809 München, Riesenfeldstraße 56
Telefon 359 60 68-68
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtes Samstoffsetpapier

Schlamm ist es, daß die meisten Politiker in ihrem populistischen Ehrgeiz diesen schlechten Stil einer Minderheit, zum positiven Denken unfähiger Schlagzeilenmacher übernehmen und in gleicher Weise grelle Etiketten an die Schienbeine ihrer je-

*hsw
Werner Sattel*

RECHTSFRAGEN, ARBEIT UND SOZIALES

NEUES ENTGELTFORTZAHLUNGS-GESETZ

Im Zusammenhang mit dem Pflege-Ver sicherungsgesetz (PflegeVG) ist auch das Entgeltfortzahlungsgesetz (EFZG) verabschiedet worden. Das EFZG tritt gemäß Art. 50 Abs. 4 PflegeVG bereits am **1. Juni 1994** in Kraft.

Neben der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall regelt das Gesetz auch die Feiertagsentgeltfortzahlung (§ 2 EFZG) und die wirtschaftliche Sicherung im Bereich der Heimarbeit für gesetzliche Feiertage und Krankheit (§ 10 f. EFZG).

Anwendungsbereich

Nach § 1 Abs. 2 EFZG sind Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes Arbeiter und Angestellte sowie die zu ihrer Berufsbildung Beschäftigten. Die Sonderregelungen für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall in §§ 616 BGB, 133c GewO und § 63 HGB werden außer Kraft gesetzt. Gleiches gilt für die Sonderregelungen für die neuen Bundesländer in §§ 115a, 115c bis 115e AGB-DDR und für §§ 1 bis 9 LFZG. Die §§ 10 ff. LFZG, in denen das Ausgleichsverfahren für kleinere Betriebe geregelt ist, bleiben unverändert bestehen.

Die Vorschriften des neuen EFZG gelten auch für geringfügig und kurzfristig Beschäftigte. § 1 Abs. 3 Nr. 1 und 2 LFZG entsprechende Ausnahmebestimmungen finden sich nicht mehr. Für geringfügig Beschäftigte ist dies nach den Entscheidungen des EuGH vom 13. 7. 1989 und des BAG vom 9.10.1991, die im Ausschluß der Entgeltfortzahlung für diese Arbeitnehmergruppe eine mittelbare Diskriminierung von Frauen gesehen haben, zu erwarten gewesen.

Das EFZG lehnt sich in der Ausgestaltung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall weitgehend an die bisherige Rechtslage an. Es gibt jedoch einige neue Regelungen, Anpassungen und Modifizierungen.

Neue Vorschriften

In der Sache zum Teil modifiziert, zum Teil neu geregelt worden sind die Anzeige- und Nachweispflichten. Im Gegensatz zu § 3 Abs. 1 LFZG muß die ärztliche Bescheinigung nicht mehr vor Ablauf des dritten Kalendertages beigebracht werden, sondern nach § 5 Abs. 1 Satz 2 EFZG erst, wenn die

Arbeitsunfähigkeit länger als drei Kalendertage dauert, spätestens an dem auf den dritten Tag folgenden Arbeitstag. Der Arbeitgeber ist jedoch nach § 5 Abs. 1 Satz 3 EFZG ausdrücklich berechtigt, vom Arbeitnehmer die Vorlage der ärztlichen Bescheinigung früher zu verlangen. Er kann den Nachweis somit auch gleich mit der Krankmeldung anfordern, muß dies aber dem Arbeitnehmer gegenüber kundtun.

Hält sich der Arbeitnehmer im Ausland auf, so ist er nach § 5 Abs. 2 EFZG verpflichtet, dem Arbeitgeber die Arbeitsunfähigkeit, deren voraussichtliche Dauer und die Adresse am Aufenthaltsort in der schnellstmöglichen Art der Übermittlung mitzuteilen. Die durch die Mitteilung entstehenden Kosten hat der Arbeitgeber zu tragen.

Nach § 3 Abs. 2 Satz 2 EFZG ist die Entgeltfortzahlung auch für den Abbruch der Schwangerschaft zu leisten, wenn dieser innerhalb von 12 Wochen nach der Empfängnis durch einen Arzt erfolgt, die schwangere Frau den Abbruch verlangt und dem Arzt durch seine Bescheinigung nachgewiesen hat, daß sie sich mindestens drei Tage von dem Eingriff von einer anerkannten Stelle hat beraten lassen. Das EFZG sieht somit vor, daß der Arbeitgeber Lohnfortzahlung auch im Falle einer – nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu § 218 StGB – rechtswidrigen Handlung der schwangeren Frau leisten muß.

Vereinheitlichung für verschiedene Arbeitnehmergruppen

Durch das EFZG werden bisher bestehende Unterschiede in der Entgeltfortzahlung zwischen Arbeitern und Angestellten und zwischen verschiedenen Angestelltengruppen beseitigt.

Mit dem Wegfall des § 1 Abs. 3 Nr. 1 LFZG wird der Ausschluß der Entgeltfortzahlung für kurzfristig beschäftigte Arbeiter beseitigt. Ebenso wie kurzfristig beschäftigte Angestellte haben nun auch Arbeiter Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfalle.

Gleich behandelt werden fortan die Fälle der Erkrankung vor Dienstantritt. Nach bisheriger Rechtslage und Rechtsprechung hatte ein Angestellter, der vor dem verein-

barten Dienstantritt erkrankte, Anspruch auf Entgeltfortzahlung für die Dauer von sechs Wochen ab dem Zeitpunkt, zu dem er den Dienst hätte antreten sollen. Dem Arbeiter stand in dieser Situation dagegen kein Anspruch zu. § 3 Abs. 1 Satz 1 EFZG gewährt allen Arbeitnehmern den Entgeltfortzahlungsanspruch ab vorgesehener Tätigkeitsaufnahme, auch wenn die Arbeitsunfähigkeit vorher einsetzt.

Auch im Bereich der Fortsetzungserkrankungen gab es bisher Unterschiede. Auch für Angestellte galt nach h.M., daß der Anspruch auf Entgeltfortzahlung neu entstand, wenn zwischen zwei aufeinanderfolgenden Erkrankungen mindestens sechs Monate vergingen. § 1 Abs. 1 Satz 2 LFZG sah für Arbeiter darüber hinaus aber noch eine sogenannte Rahmenfrist vor. Danach entstand der Anspruch auf Lohnfortzahlung bei Fortsetzungserkrankungen spätestens nach 12 Monaten neu. Eine entsprechende Regelung für Angestellte gab es in § 616 Abs. 2 BGB nicht, so daß diese im Falle von Fortsetzungserkrankungen nach Ablauf von insgesamt sechs Wochen der Arbeitsunfähigkeit keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung – ggf. auf Jahre hinaus – mehr hatten, sofern nicht zwischen zwei Krankheitsphasen mindestens sechs Monate vergingen. Dies ist entsprechend der günstigeren bisherigen Regelung für Arbeiter nun für alle Arbeitnehmer in § 3 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 EFZG festgeschrieben worden.

Vereinheitlicht worden sind die bereits oben erwähnten Anzeige- und Nachweispflichten. An einer gesetzlichen Nachweispflicht für Angestellte im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 LFZG fehlte es bisher. Diese hatten zwar häufig nach Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung oder Arbeitsvertrag entsprechende Belege über die Arbeitsunfähigkeit beizubringen. Eine gesetzliche Verpflichtung für alle Arbeitnehmer sieht aber erstmals § 5 Abs. 1 EFZG vor.

Eine für den Arbeitgeber nicht unbedeutende Differenzierung zwischen Arbeitern und Angestellten gab es bisher im Hinblick auf den Forderungsübergang auf den Arbeitgeber, wenn die Arbeitsunfähigkeit durch einen Dritten schuldhaft verursacht worden ist. Für den Arbeiter sah § 4 Abs. 1 LFZG einen gesetzlichen Anspruchüber-

gang vor. Für Angestellte galt insofern nach herrschender Meinung lediglich eine auf § 255 BGB gegründete Verpflichtung, die Ansprüche an den Arbeitgeber abzutreten. § 6 EFZG enthält nun einen gesetzlichen Forderungsübergang auch für Angestellte.

Begutachtung durch den medizinischen Dienst

Über die Regelungen des EFZG hinaus sind durch Art. 4 PflegeVG striktere Bestimmungen über die Begutachtung und Beratung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung insbesondere bei Zweifeln an der Arbeitsunfähigkeit in §§ 275 ff. SGB V (Krankenversicherung) eingeführt worden, die am 1. Januar 1995 in Kraft treten. Überprüfungen sind danach insbesondere fällig, wenn „Versicherte auffällig häufig oder auffällig häufig nur für kurze Dauer arbeitsunfähig sind oder der Beginn der Arbeitsunfähigkeit häufig auf einen Arbeitstag am Beginn oder am Ende

einer Woche fällt, oder die Arbeitsunfähigkeit von einem Arzt festgestellt worden ist, der durch die Häufigkeit der von ihm ausgestellten Bescheinigungen über Arbeitsunfähigkeit auffällig geworden ist“. Auch der Arbeitgeber kann in diesen Fällen verlangen, daß die Krankenkasse eine gutachterliche Stellungnahme des Medizinischen Dienstes zur Überprüfung der Arbeitsunfähigkeit einholt.

Weiterhin überprüft der Medizinische Dienst bei Vertragsärzten stichprobenartig und zeitnah Feststellungen der Arbeitsunfähigkeit. Ergeben die Prüfungen, daß ein Arzt Arbeitsunfähigkeit festgestellt hat, obwohl die medizinischen Voraussetzungen dafür nicht vorlagen, kann der Arbeitgeber, der zu Unrecht Arbeitsentgelt, und die Krankenkasse, die zu Unrecht Krankengeld gezahlt hat, von dem Arzt Schadensersatz verlangen, wenn die Arbeitsunfähigkeit grob fahrlässig oder vorsätzlich festgestellt worden ist, obwohl die Voraussetzungen dafür nicht vorgelegen hatten.

NEUES ARBEITSZEITRECHTS-GESETZ

Am 29.04.1994 hat der Bundesrat überraschend das Arbeitszeitgesetz verabschiedet, das voraussichtlich am 01.07.1994 in Kraft treten soll.

Mit diesen neuen Regelungen werden die Arbeitszeitordnungen vom 1938, die Vorschriften zur Sonn- und Feiertagsruhe der Gewerbeordnung sowie weitere 26 Nebengesetze außer Kraft gesetzt.

Folgende wesentliche Regelungen gelten durch das neue Gesetz:

Die werktägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer darf 8 Stunden (also 48 Stunden wöchentlich) nicht überschreiten. Sie kann auf bis zu 10 Stunden verlängert werden, wenn innerhalb von 6 Kalendermonaten oder innerhalb von 24 Wochen im Durchschnitt 8 Stunden werktäglich nicht überschritten werden.

Dies bedeutet, daß der einzelne Arbeitnehmer innerhalb des 24-wöchigen Ausgleichszeitraums nicht mehr als 1.152 Stunden (6 Werkstage x 8 Stunden x 24 Wochen) arbeiten darf. In 6 Monaten entspricht dies aufgrund der unterschiedlichen Längen der Monate in etwa 1.248 Stunden.

Darüber hinaus kann ohne Ausgleich die Arbeitszeit auf bis zu 10 Stunden werktäglich an höchstens 60 Tagen im Jahr verlängert werden.

Arbeitszeit von 8 Stunden werktäglich nicht überschritten wird.

An **Sonn- und Feiertagen** dürfen Arbeitnehmer nicht beschäftigt werden. Kraftfahrer und Beifahrer können jedoch bereits um 22.00 Uhr mit der Arbeit beginnen. Ausnahmsweise an Sonn- und Feiertagen erlaubt ist die Reinigung und Instandhaltung von Betriebseinrichtungen des eigenen oder fremder Betriebe sowie die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit von Datennetzen und Rechnersystemen. Ebenso erlaubt ist der Transport und das Kommissionieren von leicht verderblichen Waren sowie die Tätigkeit beim Transport und Kommissionieren von Presseerzeugnissen. Messen, Ausstellungen und Märkte sind erlaubt, wohl nicht mehr möglich sog. Hausmessen an Sonn- und Feiertagen, wenn nur ein einziger Anbieter vorhanden ist.

LOHNFORTZAHLUNG ALS KÜNDIGUNGSGRUND

Muß ein Arbeitgeber mit wirtschaftlichen Belastungen durch Lohnfortzahlungen rechnen, so ist dies ein wichtiges Argument zur sozialen Rechtfertigung von Kündigungen. Das gilt auch dann, wenn der Arbeitgeber Betriebsablaufstörungen nicht darlegt und eine Personalreserve nicht vorhält. Häufige Kurzerkrankungen der Arbeitnehmer von jährlich mehr als sechs Wochen werden regelmäßig mit weiteren betrieblichen Beeinträchtigungen verbunden sein. Auch großzügig bemessene Personalreserven können dies nicht immer ausgleichen. Personelle Überbesetzung kann einen Personalabbau aber verzögern.

Aber: Es ist eine freie Unternehmensentscheidung, wie der Arbeitgeber seine Personalreserve bemäßt: Es wäre ein indirekter Eingriff in die unternehmerische Gestaltungsfreiheit, würde man dem Arbeitgeber, der keine Personalreserve vorhält, eine krankheitsbedingte Kündigung aufgrund erheblicher Lohnfortzahlungskosten grundsätzlich verwehren, während dem Arbeitgeber mit geringer Personalreserve die Kündigung allein wegen der Lohnfortzahlungskosten erlaubt wäre. Nur bei abschließender Interessenabwägung kann berücksichtigt werden, ob und in welchem Umfang häufige Arbeitnehmererkrankungen neben Lohnfortzahlungskosten weitere betriebliche Beeinträchtigungen verursachen. So das Bundesarbeitsgericht im Urteil vom 29. Juli 1993.

Neu geregelt sind auch die **Ruhepausen**. Die Arbeit ist durch im voraus feststehende Ruhepausen von mindestens 30 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als 6 bis zu 9 Stunden und 45 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als 9 Stunden insgesamt zu unterbrechen. Die Ruhepausen können in Zeitabschnitten von mindestens 15 Minuten aufgeteilt werden. Länger als 6 Stunden hintereinander dürfen Arbeitnehmer nicht ohne Ruhepause beschäftigt werden.

Neu geregelt ist auch die **Nachtarbeit**.

Nachtarbeit ist jede Arbeit, die mehr als 2 Stunden der Nachtzeit von 23.00 bis 6.00 Uhr umfaßt.

Nachtarbeitnehmer sind berechtigt, sich vor Beginn der Beschäftigung und danach in regelmäßigen Zeitabständen von nicht weniger als 3 Jahren arbeitsmedizinisch auf Kosten des Arbeitgebers untersuchen zu lassen. Nach Vollendung des 50. Lebensjahres steht dieses Recht in Zeitabständen von einem Jahr zu. Nachtarbeitnehmer haben unter bestimmten Umständen Anspruch auf Umsetzung in einen Tagesarbeitsplatz. Die werktägliche Arbeitszeit der Nachtarbeitnehmer darf 8 Stunden nicht überschreiten. Sie kann bis auf 10 Stunden verlängert werden, wenn in einem Kalendermonat im Durchschnitt die Ar-

BERUFSBILDUNG

AUSBILDUNGSPLÄTZE BEREITSTELLEN

Ausbildung zu betreiben ist nicht nur mühsam, sondern auch teuer. Welcher unserer Ausbildungsbetriebe wüßte hier von nicht ein Lied zu singen. Wenn dann noch Konjunktur- und Strukturprobleme in der Gesamtwirtschaft und meistens damit ja auch in den einzelnen Betrieben hinzukommen, was wäre im Augenblick einfacher und billiger als die Ausbildung einzuschränken oder gar einzustellen.

Wie die Statistik bis Ende April zeigt, haben offensichtlich eine Reihe von Unternehmen Überlegungen in dieser Richtung angestellt und auch entsprechend gehandelt. Das Ergebnis ist ein Rückgang von 10% bei den Zahlen für die Auszubildenden im Groß- und Außenhandel.

Kurzfristig mag dies ein kostenträchtiger Erfolg sein für das Unternehmen – Verlierer sind in diesem Fall „nur“ die jungen Leute. Längerfristig gesehen ist die Ausbildungsblockade mit Sicherheit ein Eigentor für die Wirtschaft, weil das

Potential und die Kapazität fachgerecht ausgebildeten Nachwuchses derart ausgedünnt wird, daß leicht aus dem Lean-Management Magersucht entstehen kann. Schon heute ist aus den USA bekannt, daß kurzfristig Umsätze und Kreativität erhebliche Einbußen erleiden, langfristig aber auch die auf diese Weise verlorene Wettbewerbsfähigkeit gravierende Schäden davonträgt, die nur mit viel Aufwand an Zeit und Geld wieder hergestellt werden kann.

Das Argument für eine kontinuierlich betriebene Ausbildung bleibt auf jeden Fall richtig: der Betrieb kennt seine von ihm ausgebildeten Mitarbeiter, die Fehlbesetzungsquote wird damit minimiert und spart teure und oft a fonds perdu aufgewendete Einarbeitungskosten.

Zudem: ein bekanntes Ausbildungsbetrieb genießt auch in der Öffentlichkeit – das ist im Groß- und Außenhandel der Umkreis „um den Schornstein“

herum – hohes Ansehen. Alles das sollte nicht aus vordergründigen und kurzfristigen Überlegungen heraus aufs Spiel gesetzt werden – so richtig es ist und bleibt, daß an vielen Ecken und Kanten gespart werden muß. Aber im eigenen Interesse zuletzt am Kapital von morgen: einem fach- und sachgerecht sowie betriebsnah ausgebildeten Nachwuchs.

Nicht zuletzt bedeutet Ausbildungsbereitschaft auch Übernahme sozialer Verantwortung und Selbstverantwortung der Wirtschaft ohne Einfluß von Staat und Sozialpartnern. Überdies würde ohne Nachwuchs sehr bald eine nicht mehr zu korrigierende Überalterung Platz greifen. Dies wäre fatal, denn auch im Betrieb gilt es, eine ausgewogene Mischung in der Altersstruktur zu erhalten. Deshalb: stellen sie jetzt Ausbildungsbetriebe für den Nachwuchs bereit! Auf Dauer gesehen ist dies für alle die beste und billigste Lösung für den Fortbestand und Erfolg der Unternehmen des Groß- und Außenhandels.

CERTQUA: QUALITÄTSSICHERUNG AUCH FÜR DIE BERUFLICHE WEITERBILDUNG

(knd) Einen großen Schritt hin zur Sicherung von Qualität und Transparenz im Weiterbildungsmarkt haben die Arbeitgeber-Bundesvereinigung, der Deutsche Industrie- und Handelstag und der Zentralverband des Deutschen Handwerks mit der Gründung ihrer gemeinsam getragenen „Gesellschaft der Deutschen Wirtschaft zur Förderung und Zertifizierung von Qualitäts sicherungssystemen in der beruflichen Bildung“ – kurz CERTQUA – getan. CERTQUA bietet Trägern der beruflichen (Weiter-) Bildung die Möglichkeit, ihre Qualitätssicherungssysteme nach der internationalen Norm ISO 9000 ff. zertifizieren zu lassen.

Ausgehend von der US-amerikanischen Automobilindustrie hat ein Umdenken im Qualitätsmanagement inzwischen auch Europa erfaßt: In der produzierenden Wirtschaft wird die punktuelle Endkontrolle zunehmend von komplexen prozeßbegleitenden Qualitätssicherungssystemen abgelöst. Ein solches umfassendes Qualitätsmanagement hilft, Fehler zu vermeiden bzw. bereits

im Entstehen zu erkennen und zu beheben und dadurch Verfahrensstörungen und Fehlerkosten erheblich zu reduzieren. Gleichzeitig gewährleistet ein durchdachtes QS-System einen permanenten Verbesserungsprozeß in Produktion und Ablauforganisation.

Die Dokumentation des QS-Systems durch eine Zertifizierung nach der international anerkannten Normenreihe ISO 9000-9004 dient nicht nur der Implementation bzw. Verfeinerung eines bereits bestehenden QS-Systems im Unternehmen, sie kann auch als wirksames Marketing-Instrument gegenüber den Kunden eingesetzt werden. Diesen bietet der Nachweis eines zertifizierten QS-Systems eine hohe Sicherheit der vereinbarungsgemäßen Auftragserfüllung in puncto Termin, Service, Quantität und Qualität der Ware oder Leistung.

Viele Hersteller gehen inzwischen auch im deutschen Markt dazu über, nur noch Zulieferer mit zertifizierten Qualitätssicherungs-

systemen zu akzeptieren. Dieser Trend macht sich nun auch im Dienstleistungsbereich und in der beruflichen Weiterbildung bemerkbar. Methoden und Verfahren der Qualitätskontrolle in der beruflichen Bildung sind von jeher umstritten, beziehen sie sich doch auf eine schwer greifbare Materie – den Lern- und Vermittlungsprozeß.

Da Personalentwicklung und Qualifizierung Bestandteil von Qualitätssicherungssystemen sind, ist die Bedeutung ihrer Organisation und Effizienz noch gewachsen. Konsequent verlangt ein zertifiziertes Unternehmen auch von seinen Zulieferern, d.h. auch von externen Weiterbildungseinrichtungen als Zulieferer von Qualifikation und Know how den Nachweis eines zertifizierten QS-Systems.

Der Nutzen der Zertifizierung ist für Träger der beruflichen Bildung ein doppelter: Neben der Erhöhung der Marktchancen liegt dieser in der permanenten Verbesserung

DER LGA WAR DABEI

rung der Qualität und Paßgenauigkeit von Angeboten; die verbesserte Koordination und Dokumentation von Abläufen, Methoden und Serviceleistungen hilft, Fehlerquellen frühzeitig aufzudecken und zu beseitigen, Kosten zu senken und nicht zuletzt, die Mitarbeiter zu motivieren.

CERTQUA schließt eine Lücke im Zertifizierungsangebot, die von Weiterbildungs-

trägern und Personalverantwortlichen seit einiger Zeit zu Recht beklagt wird. CERTQUA wird ausschließlich Qualitätssicherungssysteme in der beruflichen Bildung überprüfen und zertifizieren. Durch diese Eingrenzung wird sichergestellt, daß den besonderen Anforderungen und Arbeitsbedingungen von Trägern und Kunden der beruflichen Bildung Rechnung getragen wird.

POSITIONSPAPIER DER WIRTSCHAFT IN BAYERN ZUR BERUFLICHEN BILDUNG

„Der beruflichen Bildung fällt bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben eine Schlüsselfunktion zu. Technische, wirtschaftliche und strukturelle Veränderungen erfordern eine flexible und kontinuierliche Weiterentwicklung beruflicher Qualifikationen.“ So heißt es in der Einleitung eines Positionspapiers zur beruflichen Bildung, kürzlich veröffentlicht von der Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Industrie- und Handelskammern, der Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Handwerkskammern, dem Landesverband der Bayerischen Industrie e.V. und der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern.

Die Spitzenverbände betrachten es als ein wesentliches Anliegen der bayerischen Wirtschaft, die Quantität und Qualität der beruflichen Bildung für die Zukunft zu sichern. Sie gehen von der These aus, daß die Berufsausbildung im dualen System, die unmittelbaren Berufsfähigkeit führt und gleichzeitig die Basis zu lebenslangem Lernen ist, auch in Zukunft Rückgrat der Fachkräfteausbildung sein muß. Deshalb stellen die Spitzenverbände eine Reihe von Forderungen auf:

1. System der beruflichen Aus- und Weiterbildung erhalten und ausbauen:

Die Sozialpartner müßten dafür Sorge tragen, daß bei Umfang und Inhalt der Ausbildung die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und der nachwachsenden Generation berücksichtigt werden.

2. Schullaufbahnen an Leistungskriterien orientieren, gegliedertes Schulwesen besser nutzen:

Der Zugang zu weiterführenden Schulen und Hochschulen müsse sich mehr als bisher an Leistungskriterien orientieren.

3. Schullaufbahnberatung ergänzen um Berufsbildungsberatung:

Wichtig sei eine frühzeitige und umfassende Information von Eltern und Schülern über schulische und betriebliche Bildungswege.

4. Dreigliedrigkeit des allgemeinbildenden Schulsystems erhalten, die Hauptschule stärken:

Gesamtschulexperimente außerhalb Bayerns hätten die Überlegenheit des dreigliedrigen allgemeinbildenden Schulsystems nachgewiesen.

5. Durch Berufsausbildung im dualen System die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft sichern:

Dieses Ziel sei in mittel- und langfristige Personalplanungen einzubeziehen und dürfe sich nicht an konjunkturellen Entwicklungen orientieren.

6. Durchlässigkeit des Bildungssystems verbessern

7. Berufliche Weiterbildung stärken:
Eine berufliche Erstausbildung allein reiche nicht mehr aus, um den technischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Veränderungen in ausreichendem Maß Rechnung zu tragen.

8. Struktur und hohes Niveau der beruflichen Aus- und Weiterbildung im europäischen Binnenmarkt erhalten.

Die Trägerschaft für die berufliche Weiterbildung muß nach Ansicht der Spitzenverbände primär bei der Wirtschaft selber liegen und frei von staatlichen Regelungen sein. Berufliche Weiterbildung benötige eine vergleichbare finanzielle Förderung wie z.B. ein Hochschulstudium. Mit Ausgaben der gesamten deutschen Wirtschaft für berufliche Weiterbildung von rund 40 Mrd. DM habe die Wirtschaft eine große Vorleistung erbracht, die dem einzelnen Arbeitnehmer zugute komme.

2. Mai

Teilnahme Verbandstag CDH Bayern, *Herr Sattel*

5. Mai

Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften DAG und HBV unter der Leitung von *Herrn Sahlberg*

6. Mai

Bundestagung des Deutschen Holzhandels in München, *Herr Sattel*

Teilnahme am 75jährigen Firmenjubiläum der Fa. Kräuter Mix, *Herr Wiedemann*

11. Mai

Besprechung mit Vertretern der Leipziger Messe in München, *Herr Sattel, Herr Schwarz, Herr Galinsky*

12. – 14. Mai

Verbandstag des von uns betreuten Bundesverbandes Kunstgewerbe, Geschenkartikel und Wohndesign, Bad Sassendorf

16. Mai

Mittelstandsgespräch mit Staatsminister Wiesheu, *Präsident Hartmann*

Besprechung mit der IHK München über Fragen der beruflichen Bildung, *Frau Deutsch*

17. Mai

Jahresversammlung der Lagerland AG, München, *Herr Sattel*

Treffen der ASI-Mitglieder im GSG, Duisburg, *Herr Mackholt*

18. Mai

Verbandstag der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels in München, *Präsident Hartmann, Herr Sattel*

Süddeutscher Arbeitskreis „Technische Chemikalien“, Stuttgart, *Herr Mackholt*

19. Mai

Vorstandssitzung des Bildungszentrums des Bayer. Handels, *Frau Markmiller, Herr Müller-Lotter, Herr Sattel*

Sozialgericht, *Frau Deutsch*

25. Mai

Erste Sitzung des Kooperationsbeirates TÜV/LGA/GfH München, *Herr Dr. Wolfrum, Herr Sattel, Herr Miehler*

Fortsetzung Seite 10

FIRMENPORTRAIT

KRÄUTER MIX – MIT QUALITÄTSPRODUKTEN WEITER IM VORWÄRTSGANG

Die Kräuter Mix GmbH/Abtswind, führendes Produktions- und Zulieferunternehmen für luftgetrocknete und veredelte, naturbelassene Trockengemüse, Küchenkräuter, Früchte- und Kräutertees für die Lebensmittel- und Pharmaindustrie, konnte auch 1993, im Jahre ihres 75jährigen Bestehens, ihren Umsatz trotz rezessiver Gesamtlage auf über 31 Mio D-Mark weiter

ausbauen. Dies bedeutet gegenüber 1980 mehr als eine Umsatzversechsfachung, bei einer Personalstärke von nunmehr ca. 140 Mitarbeitern.

Während das Serienprogramm für traditionelle Kräuterfachgeschäfte und „Grüne Läden“ und der Pharmabereich eher stagnierten, konnten deutliche Zuwächse in den Programmberächen Früchte- und

Kräutertees, Gemüse und Küchenkräuter verzeichnet werden. Über ein Drittel des Umsatzes entfällt hierbei auf internationale Geschäfte.

Daß die Konjunkturschwäche nicht auf das Unternehmen durchgeschlagen hat, resultiert allerdings nicht von der Preisseite her, sondern vielmehr dadurch, daß es dem mittelständischen Unternehmen gelungen ist, durch die seit 1991 eingeleiteten Maßnahmen wie Verkürzung/Optimierung von Arbeitsabläufen, Verbesserung der Logistik durch just-in-time-Produktionen und Aufgabe einer Vielzahl von Lägern zugunsten weniger Großläger (das Unternehmen muß für die Industrie die Lagerhaltungs- und Finanzierungsfunktion zum Teil bis zu 12 Monaten gewährleisten), Dreischicht-Produktionsbetrieb und Umsetzung des „Lean Management“-Gedankens, die Kosten besser in den Griff zu bekommen.

Die insgesamt positive Entwicklung des Unternehmens und sein guter Ruf resultieren in erster Linie aus einer seit Jahren konsequent praktizierten Qualitätspolitik. Kontrollierter Vertragsanbau in aller Welt, aufwendige Kontroll- und Analysesysteme vor, während und nach Produktionen, Umsetzung des HACCP-Konzepts (Hazard Analysis Critical Control Points, frei übersetzt „die Einrichtung kritischer Kontrollpunkte“, z.B. im Produktionsprozeß), immer wieder verbesserte Bearbeitungsprozesse, z.B. durch Integration neuer Reinigungstechniken, steigern die Rohstoffqualität deutlich.

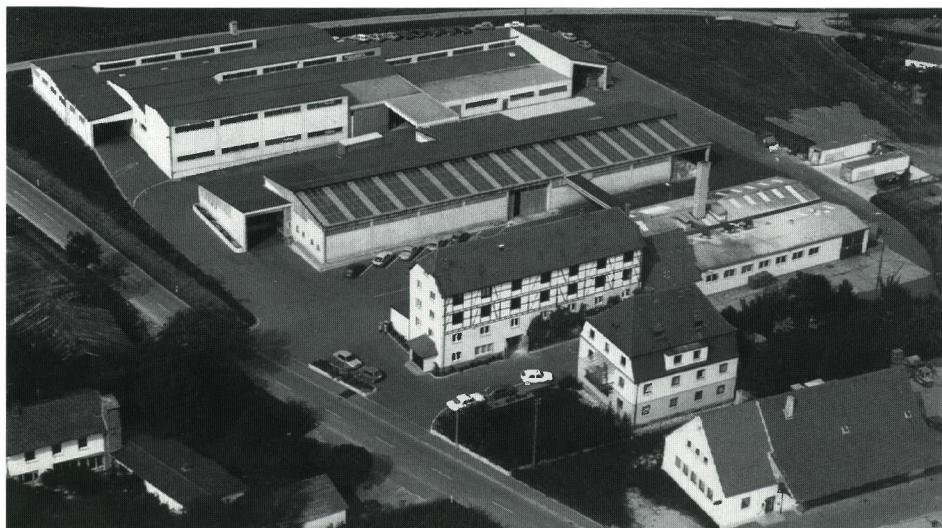
So stellte das Unternehmen anlässlich seines 75jährigen Bestehens die Ergebnisse einer neuen Wacholderbeeren-Reinigungsanlage Fachleuten vor, verbunden mit einer Garantie für Sauberkeit der Ware. Das bereits von mehreren Markenartikeln der Suppen- und Gewürzindustrie zertifizierte Unternehmen beabsichtigt 1995 die Zertifizierung nach DIN ISO 9001 zu erwerben, um die eigene, auf Qualität ausgerichtete Unternehmensphilosophie, auch nach außen hin verstärkt deutlich zu machen.

Der Qualitätsphilosophie steuert allerdings, wahrscheinlich bedingt durch die derzeitige wirtschaftliche Situation, nach Meinung des geschäftsführenden Gesellschafters Christoph Mix, die „Lopezmania“ vieler Unternehmen in der Einkaufspolitik

▼ Christoph Mix, geschäftsführender Gesellschafter der Kräuter Mix GmbH



Freigabe: Regierung v. Obb. G 4/30940



kontraproduktiv entgegen. Obwohl die Qualitätssicherungskosten ständig aufwandsbedingt steigen, versuchen manche Kundenkreise den Preishebel, teilweise unter Ausnützung der eigenen Marktmacht, massiv anzusetzen. Hier wären Anreize über Preiszugeständnisse an Produzenten dringend erforderlich, damit Qualitätsproduktionen sich mehr lohnen als die Herstellung von „08/15 Qualitäten“. Notwendig wäre es auch, den Verbraucher mehr in Richtung Qualitätsprodukte zu führen mit dem Ziel, die vielfach zu beobachtende „Salz und Pfeffer“-Einheitswürztechnik vieler Haushalte in eine „Würzkultur“ für natürliche Gewürzkräuter umzuwandeln. Auch könnte zum Beispiel durch Etablierung eines neutralen Prüfsiegels für bestimmte Mindestqualitäten bei Gewürzkräutern jedem Verbraucher die Wahl dahingehend erleichtert werden, ausgesprochene „Billig-Schrottware“ von qualitätsgesicherter Markenware unterscheiden zu können. Ohne entsprechende Hilfestellung dürften viele Verbraucher hier überfordert sein.

Der Zukunft insgesamt sieht die Geschäftsführung von Kräuter Mix zuversichtlich entgegen, hat sich doch die eigene Unternehmensphilosophie, die auf vier Hauptsäulen ruht, bislang ausgezeichnet bewährt:

1. Bei aller Technisierung steht im Unternehmen „der Mensch“ im Vordergrund.
2. Was produziert wird kommt „pur aus der Natur“. Umweltverträglichkeit ist Selbstverständlichkeit!
3. Es werden ausschließlich qualitätsgesicherte Produkte gefertigt.
4. Faire Partnerschaft mit dem Kunden.

Wir veröffentlichen regelmäßig ein „Firmenporträt“, mit dem sich eine unserer Mitgliedsfirmen vorstellen kann.

Firmen, die bereit sind, sich im Rahmen dieser Veröffentlichungsreihe zu beteiligen, wenden sich bitte an die Hauptgeschäftsstelle. Wir gehen gerne auf Ihren Vorschlag ein.

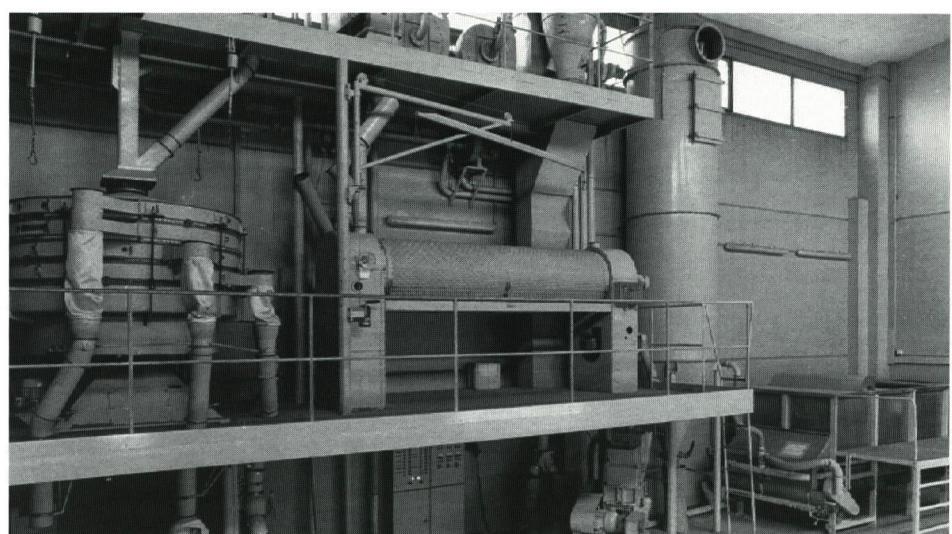


▲ Labor

Solarenergieunterstützte 5-Band-Trocknungsanlage für Frischware oder für Toastzwecke ▼



▼ Kräuter-Nachbearbeitungslinie: Aufgabeeinheit, Metallverlesung, Sichtertechnik, Rebler, Trier, Taumelsieb



DER LGA WAR DABEI

27. Mai
Sitzung des Fachzweigs Feuerwehrbedarf, München, *Herr Mackholt*
31. Mai
Ausschuß für Berufsbildung im LGA unter Leitung von *Herrn Müller-Lotter, Frau Deutsch*
1. Juni
Sitzung des Garantieausschusses der Kapitalbeteiligungsgesellschaft, *Herr Sattel*
3. Juni
Versammlung des Bundesverbandes des Deutschen Güternahverkehrs, Weimar, *Herr Mackholt*
7. Juni
Verbandstag Groß- und Außenhandel Baden-Württemberg in Baden-Württemberg, *Präsident Hartmann*
- Fachmesse für Güterverkehr, Personenverkehr, Logistik, Transporte 94, München, *Herr Mackholt*
- Verbandstag Groß- und Außenhandel Hessen, in Frankfurt, *Herr Sattel*
- Gespräch mit der Frankfurter Messe, *Herr Sattel*
9. Juni
Einweihungsfeier der Schauwerbeakademie Dorfen, *Präsident Hartmann, Herr Müller-Lotter, Frau Deutsch, Herr Sattel*
- VAB-Berufsbildungsausschuß, Kloster Seeon, *Frau Deutsch, Herr Müller-Lotter*
10. Juni
BDI-Ausschuß Luftverkehr, München, *Herr Mackholt*
13. Juni
Trauerfeier für Frau Martha Braun, Nürnberg
- Jahresempfang der IHK München und Oberbayern
14. Juni
Arbeitskreis Umwelt im BGA, *Herr Mackholt*
- Sitzung des LGA-Präsidiums unter Leitung von *Präsident Hartmann*
16. Juni
Gesellschafterversammlung Kreditgarantiegemeinschaft, *Herr Dr. Wolfrum, Herr Sattel*

16. Juni
Eröffnung Europä-Volontariat, Staatskanzlei, München, *Frau Deutsch*

20. Juni
Sommerfest des BGA in Bonn
Sitzung des BGA-Präsidiums, *Präsident Hartmann, Herr Scheuerle*

21. Juni
Mitgliederversammlung Bundesverband Deutscher Exporthandel, Bonn, *Frau Büttner-Frank, Herr Scheuerle, Herr Sattel*

PR-Arbeitskreis ibw, *Frau Deutsch*

23. Juni
Beiratssitzung Leipziger Messe CADEAUX, *Herr Adler, Herr Sattel*

Work-Shop Verbände Service, VAB, *Frau Deutsch*

29. Juni
Ausbilderarbeitskreis, IHK Nürnberg, *Frau Deutsch*

Gesellschafterversammlung Kapitalbeteiligungsgesellschaft, München, *Herr Mackholt*

30. Juni
Bundesinstitut für Berufsbildung, Neufassung Rahmenlehrpläne, Bremen, *Frau Deutsch*

STEUER UND VERKEHR

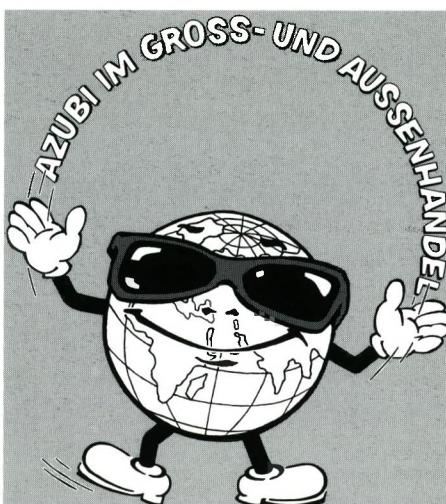
NEUVERSCHULDUNG STEIGT

Der Bundeshaushalt 1994 ist unter Dach und Fach. Die Ausgaben steigen gegenüber 1993 um 4,8 Prozent auf 480 Milliarden Mark. Den größten Einzeletat verwaltet der Bundesarbeitsminister mit 130,4 Milliarden Mark; das ist mehr als ein Viertel des Gesamtetats. An zweiter Stelle folgt der Posten „Bundesschuld“, also die Ausgaben für Zinsen und Tilgung der Kredite, mit 67,1 Milliarden Mark. Trotz aller Kürzungs- und Sparmaßnahmen ist es nicht gelungen, die Neuverschuldung zurückzufahren, denn der Bund nimmt im kommenden Jahr wegen der Rezession weniger Steuern ein als geplant. Mit 69,1 Milliarden Mark liegt die Neuverschuldung um anderthalb Milliarden Mark höher als im Jahr 1993. *Globus*

GROSSHANDELS- UND LAGEREI-BG AN DER SPITZE

Die vom BGA betraute Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft nimmt unter den 36 gewerblichen Berufsgenossenschaften nach deren neuen Rechnungsergebnissen bei Mitgliedsunternehmen (117.680) den sechsten, bei den versicherten Vollarbeitern (1894.856) den fünften, bei der Lohnsumme (91,3 Mrd.) den vierten Platz ein. Während sich die Arbeitsunfälle je 1.000 Vollarbeiter mit 29,6 unter Durchschnitt bewegen, ist das bei den Wegeunfällen mit 6,7 anders. Bei der Gesamtzahl der Renten (41.722) liegt die Berufsgenossenschaft an vierter, bei den Rentenleistungen (390 Mio. DM) an fünfter Stelle. Mit 775 Beschäftigten in acht Bezirksverwaltungen rangiert die Berufsgenossenschaft erst an sechster Stelle, hat aber die meisten technischen Aufsichtsbeamten (110).

Die Entwicklung des Unfallgeschehens 1992 war in den einzelnen Unfallarten nicht einheitlich. Ein überdurchschnittlicher Rückgang der Unfallhäufigkeit (meldepflichtige Unfälle) ist mit 6,4 Prozent bei betrieblichen Tätigkeiten am Arbeitsplatz zu verzeichnen. Überdurchschnittlich ist mit 8,6 Prozent auch die Unfallhäufigkeit bei den Nicht-Straßenverkehrsunfällen auf dem Wege zwischen Wohnung und Arbeitsplatz zurückgegangen. Dem steht allerdings ein Anstieg der Unfallhäufigkeit bei den Straßenverkehrsunfällen zwischen Wohnung und Arbeitsplatz von + 2,3 Prozent gegenüber. Grund: mehr Versicherte sind – vor allen Dingen in Ostdeutschland – von öffentlichen – auf Individualverkehrsmittel umgestiegen.



BRANCHENLEXIKON

DER ZENTRALVERBAND DES DEUTSCHEN FRÜCHTE-IMPORT UND -GROSSHANDELS

Erdbeeren im tiefsten Winter, Mangos, Papayas, tropische Früchte und Gemüse das ganze Jahr über in den Regalen der Supermärkte: Für den deutschen Verbraucher hat dieser Anblick schon lange nichts Exotisches oder Außergewöhnliches mehr an sich. Mitgliedsunternehmen des Zentralverbandes des Deutschen Früchte-Import und -Großhandels (ZV) e.V. Bonn führen jährlich rund zehn Millionen Tonnen frisches Obst und Gemüse in die Bundesrepublik ein und vermarkten sie.

Der Fruchthandel stellt damit einen gewichtigen Wirtschaftsfaktor bei der Einfuhr von Lebens- und Genußmitteln dar. Früchte und Gemüse als Frischeprodukte verlangen überschaubare, dezentralisierte Betriebseinheiten. Kapital und Geschäftsführung der Betriebe liegen deshalb in dieser Branche meist in einer oder wenigen Händen. Viele Betriebe sind reine Familienunternehmen.

Seit 45 Jahren kümmert sich der Zentralverband des Deutschen Früchte-Import und -Großhandels um die Belange der vornehmlich mittelständisch geprägten Fruchthandelsbranche. Ein Blick in die Verbandsgeschichte: Nach der Gründung am 29. September 1948 war zunächst Köln der Verbandssitz. Anfänglich fungierte der Zentralverband als Dachorganisation der Regionalverbände. Erst im Laufe der Zeit wurde die Satzung dahingehend geändert, daß auch Importeure und Großhändler Direktmitglieder werden konnten. Die Landesverbände lösten sich auf, und der Zentralverband betreute nun die Firmen unmittelbar.

Daneben aber auch die sich auf den Großmärkten bildenden losen Interessengemeinschaften. Von Köln zog der Verband im Jahr 1972 in die damalige Bundeshauptstadt Bonn. Der Regierungssitz war obendrein durch die Nähe zu einem zunehmend an Gewicht gewinnenden Brüssel attraktiv. Dort war von der EG-Kommission im selben Jahr die „Markt-

organisation für Obst und Gemüse“ verabschiedet worden. Diese für den Fruchthandel so wichtige Verordnung, ihre ständigen Nachbesserungen und sich alle daraus für den Markt ergebenden Konsequenzen sind bis heute fester Bestandteil der Verbandsarbeit.

Der Zentralverband tritt traditionell vor allem für die Freizügigkeit im Welt Handel ein. Dazu zählt in erster Linie ein erfolgreicher Abschluß der Gatt-Verhandlungen. „Die Chancen für dieses wichtige Abkommen dürfen nicht für Partikularinteressen einzelner Mitgliedsstaaten aufs Spiel gesetzt werden“, lautet die Position des Verbandes.

In Brüssel kämpft man im Rahmen dieser Philosophie gegen bürokratische und protektionistische Regelungen. ZV-Präsident Karl Dürbeck klagt: „Seit Gründung des Binnenmarktes auf EG-Ebene nehmen sie immer mehr überhand.“ Als spektakulärstes Beispiel für diese neue Entwicklung in Richtung Schutzaupolitik, die gerade dem Fruchthandel zunehmend Sorgen bereitet, hat die seit dem 1. Juli geltende EG-Bananenmarktordnung in Deutschland, wo die Krummfrucht besonders beliebt ist, viel Staub aufgewirbelt.

Der Zentralverband hatte bis zuletzt versucht, die unsinnige Verordnung zu verhindern. In den Folgemonaten folgten dann, vom Interesse einer breiten Öffentlichkeit eher vernachlässigt, Lizenzregelungen für Äpfel, Kirschen und Knoblauch.

„Angesichts der ausufernden Verordnungs- und Lizenzphantasie der Eurokraten gibt die im Jahr 1948 vorgesehene Luxussteuer für Zitrusfrüchte heute nur noch Anlaß zum Lächeln“, so Dürbeck. Zum breitgefächerten Aufgabenbereich des Verbands zählen neben der Brüsseler Agrarpolitik auf nationaler Ebene unter anderem die Gestaltung des Lebensmittelrechts und der lebensmittelrechtlichen Überwachung unter praxisnahen

Gesichtspunkten, Umweltfragen und die Verpackungsproblematik.

Selbstverständlich kommt der Betreuung und Beratung der Mitgliedsunternehmen ein besonderer Stellenwert zu. So bietet der Zentralverband Informationen und Beratung über neue Gesetze und Verordnungen, Qualitätsnormen, Agrarpolitik/Binnenmarkt, Drittlandsbestimmungen Lebensmittelrecht, wozu auch Labors gehören, die die Produkte auf Pflanzenschutzmittel untersuchen, Zollfragen/GATT, Umwelt- und Verpackungsfragen sowie eine individuelle Betreuung u.ä.

In diesem Zusammenhang gehört gezielte Nachwuchsförderung ebenso wie das Angebot branchenspezifischer Weiterbildungsmaßnahmen für den Fruchthandels- und -Großhandel. Kontakte mit deutschen und ausländischen Erzeugerorganisationen, mit Handel und Verarbeitungsindustrie sind ebenso Verbandsalltag wie der Dialog mit Bundesministerien und dem Deutschen Bundestag.

Seit der Vereinigung Deutschlands und dem damit verbundenen Zusammenschluß des Zentralverbandes mit den DDR-Früchtehändlern im Jahre 1990 unterhält man auch eine Geschäftsstelle in der Bundeshauptstadt Berlin.

Halle

Bj. 1992 in Fertigbetonbauweise, Höhe 5,5 m, 750 qm, Grundstück 3570 qm, Büroanbau in Ziegelbauweise, Sozialräume inliegend, Parkplätze, verkehrsgünstig an mittlerer Stadt in Oberfranken gelegen, für Produktion, Verkauf oder Lager geeignet.

Verkauf oder evtl. Vermietung.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an die Hauptgeschäftsstelle.

PERSONALIEN

WIR GRATULIEREN

Herrn Manfred Rautenberg, Prokurist in unserer Mitgliedsfirma METRO SB-Großmärkte GmbH & Co. IKS Handels-Kommanditgesellschaft.

Herr **Rautenberg**, dem wir zu seiner ehrenvollen Berufung herzlich gratulieren, wurde auf die Dauer von vier Jahren zum Handelsrichter am Landgericht München I ernannt.

SLATINA:
MIT POWER GEGEN DIE KRISE

Vom 7.6. bis 11.6.1994 fand in Nürnberg die 14. FAMETA (Fachmesse für Metallverarbeitung) statt. Welche Erwartungen die Schweißtechnik trotz der momentanen Flaute in die weitere Entwicklung setzt, zeigte sich auf dem diesjährigen Messestand der SLATINA SCHWEISSTECHNIK in Nürnberg.

Bezogen auf die derzeitige wirtschaftliche Situation gilt es als Signal, daß dieser Messestand mehr als doppelt so groß ist (380 qm) als bei der letzten Veranstaltung. Das Interessante daran sind die diesjährigen Mitaussteller, die das gesamte Spek-

trum der Schweißtechnik mit ihren Produkten abdecken.

So sind nicht nur die Hersteller der gängigen Schweißverfahren mit Innovationen vertreten, sondern auch Robotertechnik, die hier nicht nur die Großindustrie anspricht, sondern vor allem Klein- und Mittelbetrieben Problemlösungen im Automatisierungsbereich bietet.

Unter der gleichen Zielsetzung ist auch erstmals in der Schweißtechnik das BLZ - Bayerisches Laserzentrum auf dem SLATINA-Messestand mit praktischen Vorführungen von Schweiß- und Schneidearbeiten vertreten. Das BLZ versteht sich sozusagen als Anwender-Labor und Technologie-Transferstelle zur Optimierung von Laserstrahl-Fertigungsverfahren und bietet Beratung, Planung, Konstruktion, Software-Entwicklung bis zu Aus- und Weiterbildung. Auch im Hinblick auf die Qualitätssicherung gewinnen die Laserverfahren rapide an Bedeutung.

Um zu zeigen, daß die FAMETA nicht nur eine Investitionsgütermesse ist, werden auf dem SLATINA-Messestand mit über 20 vertretenen Herstellerwerken eine Reihe von Hilfswerkzeugen, Halbautomatisierungs-Systemen und Zubehör gezeigt.

Auch das Kunststoff-Schweißen nimmt in vielen Fertigungsbereichen mehr und mehr Raum ein. Bereits in der Ausbildung von Metall- und Sanitärberufen sowie Kfz-Technik werden diese Verfahren bereits unterrichtet. Ein breites Spektrum dieser Geräte und Anwendungsbeispiele ist auf dem Messestand vertreten.

In der heutigen Zeit ist keine Branche mehr ohne das Thema Umwelt denkbar. In der Schweißtechnik bedeutet das: Absaug-Geräte für Schweiß- und Lötrauch. Sie sind von den Institutionen Gewerbeaufsichtsamt und Berufsgenossenschaften vorgeschrieben.

Ein noch wenig bekanntes Verfahren bietet hier das Hochvakuum-Absaugsystem mit überraschenden und vielseitigen Anwendungsmöglichkeiten.

Auch Sonderlösungen für die Entsorgung von Problem-Arbeitsplätzen werden auf dem SLATINA-Messestand gezeigt.

Damit die Technik nicht allzu trocken gerät wird auch eine Brücke geschlagen von Kommerz zur Kunst: An einigen Tagen der Messe arbeitet ein Metallbildhauer an seinen Werken auf dem SLATINA-Messestand.

BUCHBESPRECHUNG

**UNTERNEHMERISCHE
PERSONALPOLITIK**

Analyse der Arbeitsbedingungen und personalpolitische Schwerpunktaufgaben

Hrsg: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

4., überarbeitete Auflage 1993, broschiert, ca. 340 Seiten, ISBN 3-89172-260-5

Einzelpreis DM 49,80

Wirtschaftsverlag Bachem GmbH
Postfach 10 03 52, 50443 Köln

In der Arbeitswelt von morgen ist der Mensch der entscheidende Leistungsträger und Wettbewerbsfaktor. Damit steigt die Bedeutung der unternehmerischen Personalpolitik. Sie hat die Aufgabe, Bedingungen im Unternehmen so zu gestalten, daß die Mitarbeiter ihre Leistung zum Erreichen der Unternehmensziele voll entfalten können. Verstärkt wird sie deswegen nach ihrem konkreten Beitrag zur Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens gefragt werden. Wirtschaftlicher Strukturwandel und gesellschaftliche Entwicklun-

gen, wie etwa die Wiedervereinigung Deutschlands, haben die Arbeitswelt nachhaltig verändert. Den daraus erwachsenden Herausforderungen gilt es zu begegnen.

Konzepte einer effizienten Unternehmens- und Arbeitsorganisation, die gegenwärtig unter dem Stichwort „Lean Management“ diskutiert werden, bleiben ohne eine gezielte personalpolitische Begleitung auf der Modellebene stecken.

Orientierungshilfen für eine strategische Positionseinschätzung und Zukunftspannung bietet die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit ihrer Veröffentlichung „Unternehmerische Personalpolitik“ in der nunmehr vierten, völlig überarbeiteten Auflage. Sie enthält neben einer grundsätzlichen Standortbestimmung unternehmerischer Personalpolitik eine umfassende Analyse der Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland sowie konkrete Empfehlungen zu den Schwerpunktaufgaben der Zukunft. Sie stützt sich auf die Beratungen und Arbeitsergebnisse des Ausschusses Betriebliche Personalpolitik der Bundesvereinigung.

Im einzelnen werden die folgenden Inhalte aufgegriffen und erläutert:

- **Aufgaben und Bedeutung unternehmerischer Personalpolitik**
 - Arbeitsanforderungen
 - Arbeitsorganisation
 - Arbeitszeit
 - Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz
 - Arbeitsentgelte/Personalzusatzleistungen
 - Soziale Beziehungen
 - Aufstiegschancen, Aus- und Weiterbildung
 - Beschäftigung und Arbeitsmarkt
- **Schwerpunktaufgaben**
 - Personalplanung
 - Gestaltung der Arbeitsanforderungen
 - Gestaltung der Arbeitsentgelte und Zusatzleistungen
 - Personalführung
 - Personalentwicklung
 - Besondere Mitarbeitergruppen

LGA-NACHRICHTEN



Wir haben ab 6./7. Oktober eine neue Adresse:

Nymphenburger Str. 1, 80335 München, Tel. 0 89/55 77 01/02, Fax 0 89/59 30 15



LG 94

*Das für die Praxis entwickelte
System der wirtschaftlichen
Lohn- und Gehaltsabrechnung*

schnell - sicher - preiswert

LG 94 bietet

*Nettolohn-Hochrechnung
Abrechnen von Sachbezügen
Kurzarbeiter-Abrechnung
alle Versteuerungsformen
Direktversicherungen
Heimarbeiter-Abrechnung
Mehrfach-Überweisungen
Lohnsteuer-Jahresausgleich
Urlaubsfortschreibung
Rückrechnung bis 11 Monate
Rechnen mit Durchschnittslöhnen
Umfangreiches Lohnartenverzeichnis
Fünf Stundensätze je Mitarbeiter
99 Krankenkassen
DÜVO*

LG 94 liefert

*Personalstammbänder
Einzelabrechnungsnachweis
Lohnjournal
Überweisungsträger
Banksammelliste
Datenträgeraustausch
Barauszahlungsliste
Krankenkassen-Beitragslisten
Lohnartenstatistiken
Kostenstellenauswertung
Lohnsteueranmeldung
Krankenkassenbeitragsnachweise
Jahreslohnkonten
Lohnsteuerbescheinigungen
Liste für Berufsgenossenschaft*

LG 94 bringt nur Vorteile...

- wir unterstützen Sie mit gewissenhafter Einarbeitung, ausführlicher Arbeitsanleitung, übersichtlichen Formularen, ständiger Betreuung;
- die eigene EDV-Anlage wird bei absoluter Vertraulichkeit entlastet;
- Datenerfassungsgeräte und EDV-Kenntnisse sind nicht erforderlich;
- ausführliche Lohnunterlagen werden kostengünstig und in kürzester Zeit erstellt.

d-v-h

Datenverarbeitungsdienst des Handels GmbH
Königstorgraben 7, 90402 Nürnberg

Telefon (09 11) 22 47 66 und 22 51 10 · Telefax (09 11) 24 30 87

INHALTSVERZEICHNIS

Auf einen Augenblick...	3
Im Blickpunkt: German Centre in Shanghai – Haus der Deutschen Wirtschaft	4
Berufsbildung: Akademie Dorfen eingeweiht Begabtenförderung – Berufliche Bildung zahlt sich aus	5
Steuer und Verkehr: Der europäische Versicherungsmarkt	6
Welthandel: Europäische Union fördert Messe- teiligungen in Japan Sudafrika im Wandel	7
Firmenportrait: Nonnenmacher + Mehl – Schritt für Schritt... plus Fortschritt	10
Branchenlexikon: Verband des Deutschen Häute- und Fellhandels e.V.	12
Personalien	13
Buchbesprechungen	14



Telefon München (089) 55 77 01/02
Telefax München (089) 59 30 15
Telefon Nürnberg (0911) 20 31 80
Telefax Nürnberg (0911) 22 16 37

IMPRESSIONUM

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:
Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Volksw. Mackholt (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsausbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Bethcke · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint alle 2 Monate. Verleger: Wirtschaftstheater des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Max-Joseph-Straße 4. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels e.V., 80333 München, Max-Joseph-Straße 4, Telefon 557701/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 80333 München, Max-Joseph-Straße 4. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, 80333 München, Max-Joseph-Straße 4. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltung: CIAO-DESIGN, Alexander Öxler
Druck: typobiel, 80809 München, Riesenfeldstraße 56
Telefon 3596066-68.
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtes Samtoffersetpapier

AUF EINEN AUGENBLICK

Ein herzliches Gruß Gott!

Es geht ruhig, beinahe gemächlich zu auf der Bühne des „Sommertheaters“ 1994. Liegt es an der Vorwahlzeit, – die doch eigentlich von emsiger Betriebsamkeit geprägt sein müßte –, liegt es an den unwägbar gewordenen Gewichten der Wählergunst, die doch schon fest verteilt zu sein schienen oder liegt es einfach daran, daß die Drehbücher zu früh geschrieben worden sind und jetzt samt Rollenspiel umgearbeitet werden müssen?

Im Grunde kann es uns recht sein, wenn die Konzentration auf das Wesentliche gerade jetzt nicht durch läppisches „Hopsasa“ und „Haut den Lukas“ gestört wird. Die wirtschaftliche Stabilisierung, das zarte Pflänzchen, entwickelt sich langsam zu einer robusten Wachstumspflanze, wengleich die Wachstumsspender in Ost- und Westdeutschland verschieden sind. Was dort die Inlandsnachfrage bei immer noch stagnierenden Industrieexporten schaffen muß, bewirken hier deutlich effizienter die Expansion im verarbeitenden Gewerbe und insbesondere der Export. Wie immer es auch sei, die Prognose für das gesamtdeutsche Wirtschaftswachstum konnte von 1,5 auf 2,0% korrigiert werden. In der Schule würde man für diese zwei sogar eher noch 2+ notifizieren.

Möglicherweise ist das Sommertheater aber auch deshalb so zurückhaltend, weil die Akteure wie wir das dumpfe Gefühl nicht loswerden, daß es wohl Aufhellungen am Konjunkturhimmel gibt, daß aber die dicken Strukturwolken immer noch Sturm und Hagelschlag verheißen können, wenn der durch die wirtschaftliche Entwicklung gottlob erzwungene Prozeß der Umgestaltung schon in schwacher Konjunktursonne nicht mehr mit vollem Dampf gefahren wird. Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Tarifpolitik bedürfen neuer Inhalte, die nur auf einem langen Weg definiert und umgesetzt werden können.

Die Arbeitslosigkeit und hier insbesondere die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, und zwar nicht nur bei uns, sondern in allen Industriestaaten, erfordert beschäftigungspolitisch höchste Priorität. „Fiskalisch teure, expansive Programme können dabei allenfalls einen Strohfeuereffekt haben, beeinträchtigen jedoch angesichts des in den einzelnen Ländern ohnehin schon erreichten Niveaus der Staats-, Verschuldungs- und Abgabenquoten die marktwirtschaftlichen Wachstumsfundamente“. Die Bundesregierung hat die große Chance, in ihrer EU-Präsidentschaft während der zweiten Jahreshälfte 1994 die Stärkung der Marktkräfte durch eine darauf ausgerichtete Wachstums- und Beschäftigungspolitik innerhalb der EU nachhaltig zu fördern.

Die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland muß das Kernanliegen einer erfolgreichen und zukunftsorientierten Bundes- und Landespolitik bleiben. Alle damit zusammenhängenden Flexibilisierungsmaßnahmen, Gesetzesüberlegungen, Deregulierungsvorhaben, Konsolidierungsbestrebungen, ökonomischen und ökologischen Aktivitäten verdienen kritische Aufmerksamkeit und Unterstützung von uns allen. Diese Themen – ob mit oder ohne Sondergutachten – eignen sich nicht für Inszenierungen des Sommertheaters. Und deshalb könnten wir heuer wenigstens einmal darauf verzichten.

Werner Sattel

IM BLICKPUNKT: GROSS- UND AUSSENHANDEL

GERMAN CENTRE IN SHANGHAI – HAUS DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Der internationale Wettbewerb verstkt sein Engagement auf dem bedeutendsten Zukunftsmarkt: China.

Die deutsche Wirtschaft, besonders ihr agiler Mittelstand, erkennt die Zeichen der Zeit und will hier nicht weiter ins Hintertreffen geraten. Deshalb wurden, auch aufgrund des großen Erfolges des ersten chinesisch-deutschen Wirtschaftstreffens, weitere Kontakte geknüpft.

Ab dem 12. Juli 1994 wurde deshalb deutschen Unternehmen im German Centre – Haus der Deutschen Wirtschaft in Shanghai – vielfältige Hilfestellung geboten. An diesem Tag wurde das vom Landesverband der Bayerischen Industrie (LBI) initiierte Centre in Anwesenheit des Bayerischen Wirtschaftsministers Dr. Otto Wiesheu, feierlich eröffnet. Der Präsident unseres Landesverbandes, Senator Helmut Hartmann, vertrat bei dieser Gelegenheit den Bayerischen Groß- und Außenhandel und sprach anllich der Eröffnung ein Grußwort.

„Als Präsident des Bayerischen Groß- und Außenhandels und zugleich als Vizepräsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels freue ich mich, an der Eröffnung des Service-Centers im Haus der Deutschen Wirtschaft teilnehmen zu können und im Namen der Grohandelsverbnde zu sprechen.“

Deutschland ist einer der wichtigsten Handelspartner Chinas, der deutsche Groß- und Außenhandel ist mit rund 38% des gesamten Exports sogar der wichtigste europäische Handelspartner der Volksrepublik China.

China ist ein eindeutiger Zukunftsmarkt für deutsche Produkte – die Exporte nach China nahmen insgesamt gesehen um 67% zu, speziell im Werkzeugmaschinenbau.

Für mich als Reprsentant des Groß- und Außenhandels ist es allerdings selbstverlich, daß, wer exportieren will, auch Importe des Partners ermöglichen muß, denn erst der Import von Waren eines Landes ermöglicht auch den Export hochwertiger Güter in dieses Land.



Schlüsselübergabe durch Staatsminister Otto Wiesheu. Links hinter ihm: Präsident Helmut Hartmann

Ich hoffe, daß die Volksrepublik China möglichst bald dem Welthandelsabkommen beitreten wird, so daß die derzeitigen Handelshemmnisse nicht mehr stattfinden können.

Meine Damen und Herren, darf ich bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß ein großer Teil Industrieller, die hier in diesem boomenden Markt Produkte oder Teilprodukte für ihr Unternehmen einkaufen wollen, in Wirklichkeit damit Grohandelsfunktionen ausuben. Eine Studie belegt ganz eindeutig die Zukunftsperspektive des Groß- und Außenhandels.

Der Bayerische und Deutsche Groß- und Außenhandel übernimmt zuverlassig die Funktion der Drehscheibe und eines Systemkopfes in der Neuorientierung von Produktions- und Vertriebssystemen weltweit.

Wir freuen uns deshalb, daß mit Hilfe dieses Hauses der Wirtschaft in Shanghai Perspektiven eröffnet werden, auch für den bayerischen Kollegen, der nicht die Möglichkeit hat wie unsere großen Häuser, mit Milliardenumsatzen Teilhaber zu werden an diesem boomenden Markt in China, und daß auch wir unseren Anteil leisten, nicht nur das Haus der Wirtschaft mit Leben zu erfllen, sondern auch beizutragen, die

heute schon sich lebhaft entwickelnden Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China weiter zu fördern.“

Weitere Auskünfte von der German Centre – Haus der Deutschen Wirtschaft in Shanghai GmbH, erhalten Sie in:
80333 München, Telefon: 0 89/55 05 334
Fax: 0 89/55 82 62.



Ein Blick auf das German Centre

BERUFSBILDUNG

AKADEMIE DORFEN EINGEWEIHT

Die neue Akademie Dorfen mit ihrem speziellen Angebot für Merchandising, Warenpräsentation und Schauwerbung konnte Anfang Juni in Dorfen bei Erding in

das Interesse des Handels an dieser Gründung hervor: das gestaltende Verkaufen habe große Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit des Handels, aber auch für das Gesicht der Städte und damit für die Einkaufs- und Erlebnisqualität des Kunden.



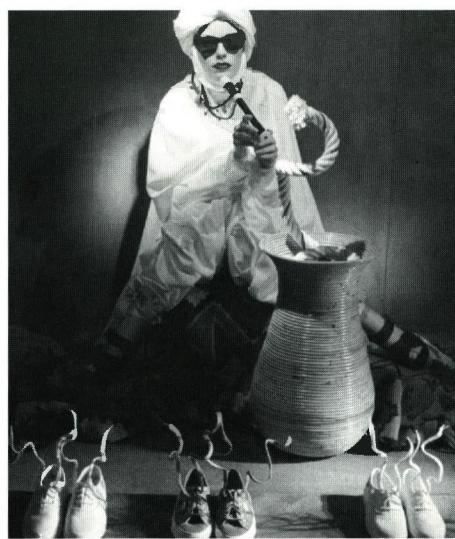
Beim angeregten Gespräch: Staatsminister Wiesheu (r.) und Präsident Hartmann (l.)

Anwesenheit unseres Präsidenten, Senator Helmut Hartmann, eingeweiht werden. Sie erschließt eine Marktlücke in der Fortbildungslandschaft. Träger der neuen Akademie ist das Bildungszentrum des Bayerischen Handels, das der LGA zusammen mit dem LBE und den Handelsvertretern trägt. Die Akademie Dorfen ist nicht nur eine bayerische Einrichtung: ihr Angebot wendet sich an Interessenten und Handelsfirmen in ganz Deutschland und im deutschsprachigen Ausland, denn es gibt sonst keine vergleichbare Einrichtung.

Mit Unterstützung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums, des Bundeswirtschaftsministeriums und der Bundesanstalt für Arbeit wurde ein ehemaliges Schulgebäude so umgebaut, daß Übungsräume für Dekoration, eine große Außenschaufensterzeile, ein Showroom für Übungen zur Warenpräsentation und Ladengestaltung, dazu Werkstätten (Schreinerei, Malerei, Werbetechnik) und natürlich ein Requisitenlager entstand. Die Akademie Dorfen ist so optimal ausgestattet für praxisnahen Unterricht.

Die Akademie wurde in einem feierlichen Festakt eingeweiht. In seiner Begrüßung dankte Senator Erwin Otto Maier, der Vorstandsvorsitzende des Bildungszentrums des Bayerischen Handels allen Beteiligten für ihre wertvolle Hilfe. Dabei hob er

Staatsminister Dr. Otto Wiesheu betonte in der Festansprache, daß dieses Projekt trotz haushaltsmäßiger Schwierigkeiten gefördert worden sei. Daraus ließe sich ermessen, welch hohen Stellenwert man dieser Initiative des bayerischen Handels zumesse. Es sei eine echte „Hilfe zur Selbsthilfe“. Der unternehmerische Mut, in schwierigen Zeiten Neuland zu betreten, sei



bewundernswert. Der Handel als Vermittler, Versorger und Gestalter übernehme Aufgaben, die wichtiger Teil unserer Lebensqualität seien.

BEGABTENFÖRDERUNG BERUFLICHE BILDUNG ZAHLT SICH AUS

Überdurchschnittliche Selbständigkeit und eine außergewöhnlich hohe Leistungsbereitschaft haben Wissenschaftler den Stipendiatinnen und Stipendiaten der Begabtenförderung berufliche Bildung bescheinigt. Bei Vorgesetzten gelten sie durchweg als geschätzte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die man im Betrieb halten will. Das sind Ergebnisse eines Workshops, an dem Vertreter des Forschungsverbundes Begabtenförderung berufliche Bildung und des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft (BMBW) teilnahmen.

Durch unabhängige Forscher wird bestätigt, daß die Begabtenförderung berufliche Bildung einen wichtigen Beitrag zur Sicherung eines qualifizierten Fachkräfte- nachwuchses leistet. Sie trägt im übrigen zur Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung bei.

Die Forschungsergebnisse belegen, daß die Stipendiatinnen und Stipendiaten auf anspruchsvolle Arbeit besonderen Wert legen. Sie sind bereit, sich auch außerhalb der offiziellen Arbeitszeiten zu engagieren; Überstunden sind für sie kein Problem. Ihnen wird auch eine besonders hohe Berufstreue bescheinigt.

Das Förderprogramm ermutigt die jungen Leute, Karriere und persönlichen Erfolg im erlernten Beruf anzustreben. Sie erhalten drei, in Ausnahmefällen sogar vier Jahre lang bis zu 3.000,- DM jährlich für die Teilnahme an berufsbegleitender Weiterbildung. Dabei werden schwerpunktmaßig Intensivkurse zum Erlernen von Fremdsprachen und Maßnahmen aus den Bereichen EDV, Kommunikation, Technik und Persönlichkeitsbildung gewählt.

Die Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern betreut derzeit 327 Stipendiatinnen und Stipendiaten. Auch für 1994 können wieder junge Absolventinnen und Absolventen der Berufsausbildung in die Begabtenförderung berufliche Bildung aufgenommen werden.

Folgende Aufnahmeveraussetzungen sind zu erfüllen:

Der/die Antragsteller/-in muß

- im erlernten oder in einem anderen Beruf stehen;
- eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf abgeschlossen haben;
- eine besondere Leistungsfähigkeit nachgewiesen haben.

STEUER UND VERKEHR

Die Leistungsfähigkeit liegt vor,

- a) wenn die Berufsabschlußprüfung besser als „gut“, d.h. mit einem Ergebnis nicht schlechter als Note 1,9 bestanden wurde;
- b) die Bewerberinnen und Bewerber besonders erfolgreich an einem überregionalen beruflichen Leistungswettbewerb teilgenommen haben oder
- c) vergleichbare Leistungen auf andere Weise nachgewiesen haben,
- d) jünger als 25 Jahre sind.

Teilzeitbeschäftigte und Arbeitssuchende, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, gelten im Sinne der Richtlinien des BMBW ebenfalls als berufstätig.

Gefördert wird die Teilnahme an Maßnahmen zum Erwerb von beruflichen Qualifikationen, soweit sie besonders anspruchsvoll sind, sowie an Bildungsmaßnahmen, in denen fachübergreifende und allgemeine berufliche Kompetenzen erworben werden und bei denen Persönlichkeitsbildung und Erwerb der Mitwirkungsfähigkeit im Beruf im Vordergrund stehen.

Förderfähig sind die Kosten, die für die Weiterbildung entstehen, wie Teilnahmegebühren, Fahrtkosten, Kosten für besondere Arbeitsmittel. Von den Gesamtkosten muß die/der Geförderte einen Eigenanteil von 20% der förderfähigen Kosten, höchstens jedoch den Betrag von 200,- DM je Maßnahme tragen.

Nähere Informationen: Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, Max-Joseph-Straße 2, 80333 München, Tel. 089/5116-383 oder 5116-326.

STELLENGESUCH

Diplom-Kaufmann, 27, Holländer, mit abgeschl. Masch.-Bau Studium, 1 J. Frankr.-Aufenth. mit Studium Int. Handel, Sprachen: Deu, Eng, Fr, Holl, insges. 2 J. Prakt. Erf., sucht Tätigkeit im Bereich Vertrieb/Export von technischen Gütern.

Angebote senden Sie bitte an die Hauptgeschäftsstelle.

DER EUROPÄISCHE VERSICHERUNGSMARKT

Ab Mitte Juli 1994 tritt in der Bundesrepublik Deutschland der Binnenmarkt für Versicherungen endlich in Kraft. Damit ist eine zeitnahe Umsetzung der Dritten EU-Versicherungsrichtlinien in nationales Recht – der magische Stichtag war der 1. Juli '94 – dem Gesetzgeber doch noch gelungen.

Der BGA begleitete im Rahmen der nationalen und internationalen Handelsverbände die Gesetzgebung für einen europäischen Versicherungsbinnenmarkt in fast 25 Jahren kritisch. In Deutschland war der BGA – insbesondere über den GVH Gesprächskreis Versicherungswesen des Handels, dessen Sprechergremium er angehört – an den Problemlösungen in Beiräten/Anhörverfahren der Bundesministerien (BMF, BMJ, BMWi) und im Versicherungsbeirat beim Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) mit seinem Sachverständigenrat beratend beteiligt. Im Interesse seiner Mitglieder wurde Einfluß auf die Gestaltung und Gesetzgebung des künftigen europäischen Versicherungsmarktes genommen. So wurden bereits 1970 in Brüssel bei der EG-Kommission die handelsspezifischen Interessen und Forderungen – speziell zum Schutze der kleineren und mittleren Unternehmen des Handels – eingebracht. Es gilt, dem Schutzbedürfnis der mittelständischen Wirtschaft unter dem Gesichtspunkt des Allgemeininteresses und des Verbraucherschutzes auch in einem liberalisierten Versicherungsmarkt in Deutschland Rechnung zu tragen. Versicherung ist eine unsichtbare Ware und ein erklärbungsbedürftiges Produkt. Die mittelständischen Unternehmen des Handels verfügen in der Regel über keinen Versicherungsexperten und sind daher auf einen Mißbrauchsschutz und die Finanzaufsicht über die in Deutschland tätigen Versicherer durch das BAV angewiesen. Andererseits mußten gleiche Wettbewerbsbedingungen auch für ausländische Versicherer in Deutschland gewährleistet werden, wie sie umgekehrt für deutsche Versicherungsgesellschaften im Ausland bestehen.

Die „neue Zeitrechnung“ des europäischen Binnenmarktes im Versicherungswesen in vier Sätzen

- Die staatliche Zulassung eines Versicherungsunternehmens im Herkunftsland gilt künftig für die gesamte Europäische Union.
- Die Finanzkontrolle wird nur noch von der Aufsichtsbehörde im Herkunftsland ausgeübt.
- Alle Anbieter von Versicherungspolicen genießen Produkt- und Preisfreiheit.
- Die Versicherungsnehmer erhalten Zugang zu einer weit größeren Palette von Versicherungsprodukten.

Vollendung des Versicherungsbinnenmarktes – eine Frage von Information, Wettbewerb und Versicherungsaufsicht

Die weitreichende Liberalisierung des Versicherungswesens wird sich auch auf den deutschen Markt auswirken. Die wichtigste Neuerung für die hiesigen Versicherer und ihre Kunden ist die Öffnung des deutschen Versicherungsmarktes für alle in der Europäischen Union zugelassenen Gesellschaften. Der deutsche Markt wird jedoch zunächst nur für wenige ausländische Versicherer lukrativ sein – dies gilt insbesondere für das sogenannte Massengeschäft –, da sie in der Regel über keine nennenswerten Vertriebskapazitäten in Deutschland verfügen. Die ausländischen Versicherer müssen die Standards ihres Heimatlandes einhalten. Bei auftretenden Mißbräuchen muß sich die Aufsichtsbehörde (BAV) in Deutschland mit der Aufsichtsbehörde des Herkunftslandes des ausländischen Anbieters in Verbindung setzen. Darüber hinaus muß das BAV die Zahlungsfähigkeit der Versicherungsunternehmen mit Sitzland in der Bundesrepublik Deutschland sicherstellen sowie die dauernde Erfüllbarkeit der Verträge beachten. Ein Anspruch des Versicherungskunden auf Information und Beschwerde in Deutschland besteht weiter.

Fazit: Der Kunde muß sich künftig besser informieren. Im Gegensatz zu dem bisherigen deutschen Versicherungsmarkt wird auch die Sicherheit der Versicherungsgesellschaft sein. Die Frage muß also künftig lauten: Wie sicher ist mein Versicherer beim Abschluß meiner betrieblichen Versicherungen? Klaus H. Rathjen

Regelmäßige Wirtschaftssendungen im deutschen Fernsehen*

• ARD und ZDF

ARD/ZDF

- Wirtschaftsblock im Frühstücksfernsehen (nur ZDF-Woche)
- Börse
- Börsenblock mit Mittagsmagazin

mo. bis fr. gegen 6.15 Uhr, 6.40 Uhr
7.40 Uhr und 8.50 Uhr
börsentäglich, gegen 11.05 Uhr
börsentäglich, gegen 13.25 Uhr

ARD

- Wirtschafts-Telegramm
- Plusminus
- Ratgeber Geld

börsentäglich, 13.45 Uhr
di., 21.30 Uhr, alle 14 Tage
so., 17.00 Uhr, 10mal pro Jahr

ZDF

- WISO

do., 21.15 Uhr bzw. 21.00 Uhr

• Dritte Programme

B1

- Wochenmarkt
- Made in Germany (Übernahme)

mo., 20.15 Uhr
mi., 23.00 Uhr

• Privatveranstalter

n-tv

- news and business
- n-tv-Telebörse

mo. bis sa., zwischen 11.00 Uhr und 14.00 Uhr
mo. bis fr., zwischen 19.00 Uhr und 20.00 Uhr
sowie zwischen 22.00 und 23.00 Uhr

SAT 1

- Wirtschaftsforum
- Rund um's Geld

sa., 10.30 Uhr
di. und do., gegen 7.25 Uhr

• Satellitenkulturprogramm

3sat

- 3satBörse
- Geldbörse

fr., 18.00 Uhr
do., 19.30 Uhr, alle 14 Tage

• Auslandsfernsehen

DW Fernsehen**

- Made in Germany

di., 18.30 Uhr (Weltzeit)

* ohne Lokal-/Regional-TV sowie ausländische Angebote; ** in Deutschland nur über eine spezielle Antennenanlage zu empfangen
Medienspiegel-Zusammenstellung

WELTHANDEL

EUROPÄISCHE UNION FÖRDERT MESSEBETEILIGUNGEN IN JAPAN

„Gateway to Japan“ ist eine von der Europäischen Kommission auf drei Jahre (1994–96) angelegte Exportförderungskampagne zur Unterstützung europäischer Betriebe ausgewählter Branchen auf dem japanischen Markt. In Weiterführung vergangener Exportförderungsprogramme will die Kommission wettbewerbsstarke Exportindustrien bei ihren Beteiligungen an entsprechenden Messen unterstützen.

Konzeption und Umsetzung dieser Kampagne liegen in den Händen der Dachorganisation für die europäischen Handelskammern EUROCHAMBRES und des Beratungsunternehmens Roland Berger.

Während in der ersten Phase (1994/95) Mittelständler aus den Bereichen Materialhandhabung, Werkzeugmaschinen, Medizintechnik und Möbel Zielgruppe der Initiative sind, konzentriert sich die zweite Phase unter anderem auf die Bereiche Bau- und -ausrüstungen, Verpackungsmaschinen, Abfallbeseitigungs-technologie und Baumaterial.

Die für die erste Phase anvisierten Messen in Japan sind bei der Materialhandhabung LOGIS-TECH TOKYO (18.–22.10. 1994), für Werkzeugmaschinen die Japan International Machine Tool Fair (JIMTOF) in Osaka (26.10.–3.11.1994), für Medizin-

technik die Jetro Import Fair Health Care '95 in Tokyo (März 1995) sowie für Möbel die International Furniture Fair (voraussichtlich November 1995). Im Anschluß an die Messebeteiligungen ist die Entsendung von Handelsmissionen vorgesehen, bei der die Teilnehmer Gelegenheit erhalten, ihre zuvor geknüpften Kontakte auszubauen beziehungsweise neue Gesprächspartner zu finden.

Die am 18.10. bis 22.10.1994 in Tokyo stattfindende Fachmesse LOGIS-TECH in Tokyo ist die erste Gelegenheit für europäische Firmen in den Genuß der Messeförderung zu kommen. Die Höhe der Förderung beläuft sich auf 50% des Quadratmeterpreises von 410 ECU. Zusätzlich soll für Fortsetzung Seite 10 ▶

FIRMENPORTRAIT

NONNENMACHER + MEHL – SCHRITT FÜR SCHRITT... PLUS FORTSCHRITT

Information und Beratung werden bei Nonnenmacher + Mehl, Fachhandel für Bau- und Industriebedarf, großgeschrieben. Die Projektabteilung berät Architekten, Bauämter und Handwerker. Eine beratende Tätigkeit wird auch ausgeübt bei Ausschreibungen. Nonnenmacher und Mehl plant und koordiniert alles, was mit Innenausbau zu tun hat – mit Schwerpunkt auf Bau- und Möbelbeschlägen, Schließ- und Garderobenanlagen und vorbeugendem Brandschutz. Des Weiteren ist Nonnenmacher + Mehl bei der Planung der Schreiner-Werkstatt von der Heizung bis zum Schraubenzieher behilflich.

Service besteht nicht nur aus der persönlichen Beratung. Mit dem Fuhrpark liefert Nonnenmacher schnell und flexibel in kürzester Zeit ins Haus.

Die Firma, im 6. Jahrzehnt ihres Bestehens, wurde 1937 von Richard Nonnenmacher und Walter Mehl gegründet. Beide Herren waren „Vollblut-Eisenwarenhändler“, angestellt bei der renommierten Ulmer Eisenwarenhandlung J. H. Wolff. Beide wollten selbstständig sein, mit eigenem Geschäft. Was lag nun näher, als dieses Vorhaben zusammen zu verwirklichen?

Am 1. April 1937 gründeten sie deshalb eine kleine Eisenwarenhandlung in Ulm. Der Anfang stand allerdings unter keinem guten Stern. Der deutschen Wirtschaft wurde eben um diese Zeit ein sog. „Vier-Jahres-Plan“ übergestülpt. D.h., ab 1. 4. 1937 wurden alle Waren kontingentierungspflichtig, konnten also nur noch mit Bezugsschein erworben werden. Mit Kriegsbeginn verschlimmerte sich die Lage noch zusehends bis hin zur Zerstörung der Städte. Am 17. Dezember 1944 standen beide Herren vor einem Trümmerhaufen im wahrsten Sinne des Wortes. Die Bomben hatten wirklich ganze Arbeit geleistet. In den Trümmern war kaum noch etwas „Verkaufbares“ zu finden.

Nach der Zerstörung der Geschäftsräume Kornhausgasse 7 konnte 1945 im Haus Kornhausgasse 2 eine Notunterkunft bezogen werden. Nun begann die Zeit der Kompensationsgeschäfte, d.h., Waren wurden vornehmlich gegen Waren getauscht.



Ein Blick auf das Firmengelände aus der Vogelperspektive

Die wertvollste Währung war in den ersten Nachkriegsjahren Lebensmittel. Unvorstellbar, wie viel Schlosser und Schrauben für einen Sack Mehl oder Kartoffeln zu bekommen waren!

Die Währungsreform im Juni 1948 setzte der vorausgegangenen Not ein Ende und es kam wieder Zuversicht ins Geschäftseleben. Bald war die Notunterkunft zu klein geworden.

1952 ergab sich die Gelegenheit, größere

Räume in der Bockgasse 3 anzumieten, allerdings unter der Bedingung, die bis darin untergebrachte Flachglasfassade und Glasschleiferei mit zu übernehmen. Diese neue Warengruppe passte sehr gut in das Vorhaben der beiden Herrn Nonnenmacher und Mehl, ein Spezialgeschäft für Baubeschläge und sämtliche Artikel für den Innenausbau zu führen. Bald kamen auch die ersten Maschinen für die Holzbearbeitung hinzu.

Gegen Ende der 50er Jahre war die Zahl

der Mitarbeiter, rasch steigend, auf 28 angewachsen. Damals ließ die notwendige Erweiterung des Warenangebots den Raum wieder zu eng werden, und der Wunsch nach eigenen größeren Räumen kam auf.

Am 1. Juni 1962 konnte die Geschäftsleitung das Grundstück und die Gebäude der ehemaligen Galvanisieranstalt Salzer an der Finninger Straße in Neu-Ulm erwerben. Vieles mußte im Laufe der nächsten Jahre um- und neugebaut werden, bis Nonnenmacher + Mehl zu dem wurde, was es heute darstellt. Chefs und ca. 80 Mitarbeiter vertieften in der Folgezeit mit viel kaufmännischem Geschick und einer schon sprichwörtlichen Hilfsbereitschaft den guten Ruf des Hauses. Im Jahre 1970 trat Herr Günter Markmiller, Schwiegersohn von Herrn Mehl, in die Geschäftsleitung ein und übernahm als Geschäftsführer die Verantwortung. Richard Nonnenmacher, inzwischen 80 Jahre alt, er starb 1975 und Walter Mehl, 68 Jahre alt, gestorben 1976, fühlten sich für den Ruhestand noch zu rüstig und man sah beide Herren nahezu täglich an ihrem altmodischen Doppelschreibtisch wirken oder im lebhaften Gespräch mit den Kunden.

Zielstrebig führte Günter Markmiller zusammen mit fachlich gut ausgebildeten Mitarbeitern das Unternehmen zu seiner Größe und seinem Ansehen. Besonders lag ihm daran, den Verkauf von Maschinen und Werkzeugen für die Bearbeitung von Holz und Kunststoff im Hause zu fördern, um auch in diesem Bereich die Leistungsfähigkeit der Firma zu beweisen. Unfaßbar für alle, daß er im September 1985 aus dem Leben gerissen wurde.

Sofort übernahm Frau Sigrid Markmiller, geb. Mehl, die Geschäftsleitung, um den Bestand der Firma und der Arbeitsplätze zu sichern.

Unter Wahrung der Tradition aber in Verbindung mit allem gebotemem Fortschritt führte sie das Unternehmen in die Zukunft.

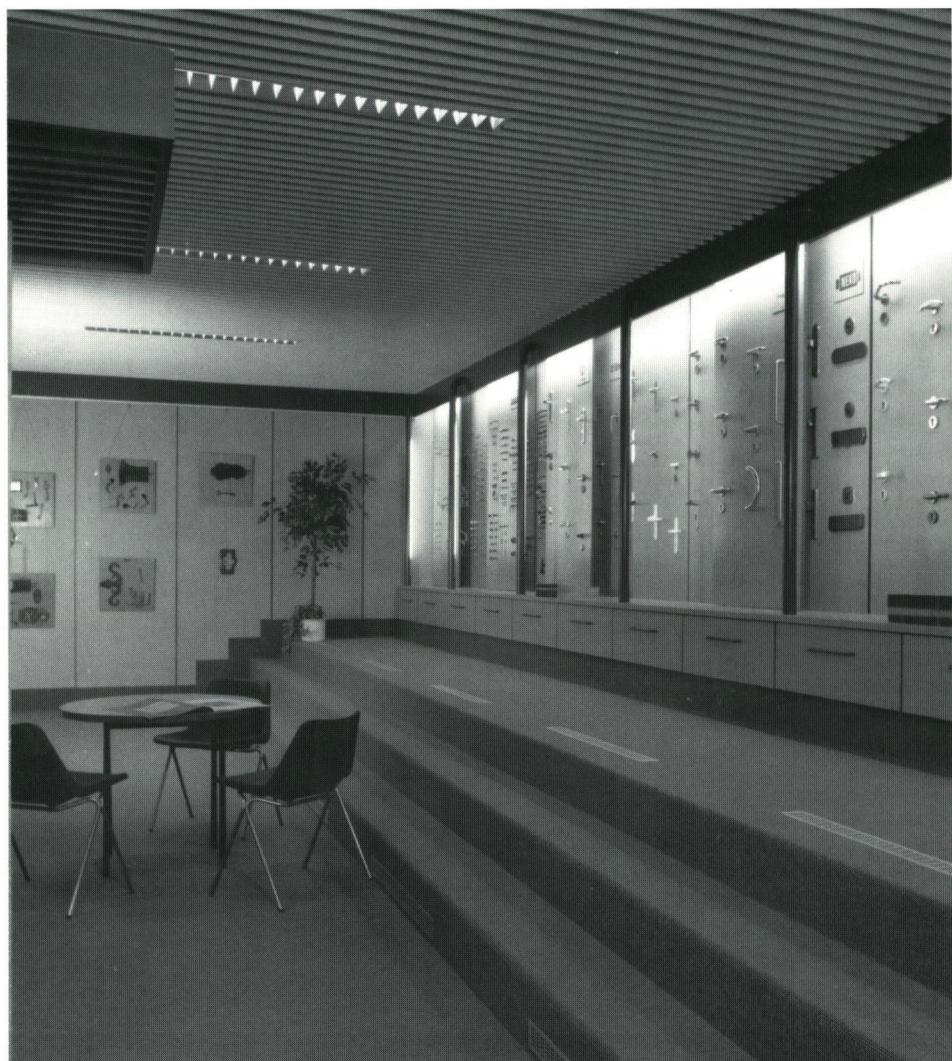
Seit dem Jahr 1992 ist Herr Herbert Halder, ein echter Vollblut-Baubeschlaghändler, als 2. Geschäftsführer in der Geschäftsleitung tätig.

Nonnenmacher + Mehl ist folgenden Fachverbänden und Einkaufsgruppen angegeschlossen:

Eumacop – Europäische Maschinencooperation eG., NORDWEST Handel AG, IBAU Baubeschlaggroßhändler GmbH.

Nonnenmacher + Mehl bietet fachlich alles was gebraucht wird. Auch ausgefallene Artikel und kleine Stückzahlen werden unter fachkundiger Beratung geliefert.

Wir veröffentlichen regelmäßig ein „Firmenportrait“, mit dem sich eine unserer Mitgliedsfirmen vorstellen kann.



Beschläge: übersichtlich ausgestellt

nonnenmacher
+ **mehl** Fachhandel für Beschläge + Maschinen

Bau- und Möbelbeschläge
Eisenwaren - Bauelemente
Fax 7 07 82 81

eumacop
Europäische Maschinen Cooperation

Werkzeuge und Geräte
Maschinen und Anlagen
zur Holz- und Kunststoffbearbeitung
Fax 7 07 82 82



WELTHANDEL

alle europäischen Teilnehmer ein preisgünstiges Pauschalarrangement für die Anreise nach Japan angeboten werden. Auf dem EU-Gemeinschaftsstand, wo die europäischen Teilnehmer plaziert werden sollen, stehen fünf kostenlose Dolmetscher (englisch/japanisch) zur Verfügung. Das Servicepaket schließt auch die Veröffentlichung der Firmenprofile der Teilnehmer in englischer und japanischer Sprache in einem speziellen EU-Katalog ein, der auf der Messe präsentiert werden soll. Zusätzlich können die Unternehmen an Fachseminaren, Pressekonferenzen und Empfängen teilnehmen. Anmeldeschluß für die LOGIS-

TECH ist der 31. Mai 1994.

Das Beratungsunternehmen Roland Berger wird europäischen Firmen über dessen Tokyoter Büro vor der Messe eine Kontaktliste übermitteln, die potentielle Gesprächspartner enthält.

Interessierte deutsche Firmen haben die Möglichkeit in einem bundesweiten Informationsseminar, das am 17. Mai 1994 in der Handelskammer Hamburg stattfinden wird, sich über „Gateway to Japan“ zu informieren. Das ganztägige Seminar umfaßt unter anderem branchenorientierte Arbeitskreise für die Bereiche Materialhand-

habung, Medizintechnik und Möbel. Zu diesen drei Branchen werden den Seminarteilnehmern ausführliche Marktstudien von der Beratungsfirma Roland Berger ausgehändigt.

Die IHK-Gesellschaft zur Förderung der Außenwirtschaft und der Unternehmensführung mbH ist der nationale Koordinator des Programms. Die Anschrift lautet:

IHK-Gesellschaft zur Förderung der Außenwirtschaft und der Unternehmensführung mbH, Adenauerallee 148, 53113 Bonn, Ansprechpartner: Herr Yiannis Neophytou, Telefon 02 28/10 41 65, Fax 02 28/10 42

SÜDAFRIKA IM WANDEL

von DANIEL G. M. FOURIE, GENERALKONSUL DER REPUBLIK SÜDAFRIKA

Man sieht hierzulande oft nicht, daß die politische Wende in Südafrika durchaus so tiefgreifend (wenn nicht bedeutender), wie in Deutschland war. Nicht nur in dem Sinne, daß eine weiße Minderheitsregierung durch ein freiheitlich gewähltes, vielrassiges Parlament ersetzt wurde, sondern auch in bezug darauf, daß Südafrika sich von einem Dritt Welt-Land mit Erstwelt Eigenschaften, in den mächtigsten schwarz-dominierten Staat der Welt gewandelt hat.

Praktisch über Nacht ist Südafrika in der UNO wieder voll vertreten, wieder Mitglied des Commonwealth geworden, mit Beifall in die Organisation der Afrikanischen Einheit aufgenommen worden und die Mitgliedschaft in der Entwicklungskoordinierungskonferenz des südlichen Afrika angeboten worden.

Dieser immense Wandel ist nicht problemlos gewesen. Zwar spricht man kaum mehr von einem schwarz-weiß Konflikt, doch nun hat sich eine andere, wirtschaftliche Schwierigkeit herauskristallisiert – die zwischen den „Habenden“ und den „Nicht-habenden“. Die Habenden stellen das kleinere Problem, das sie dabei sind, sich fast vollkommen zu integrieren. Die Unternehmensvorstände berücksichtigen zunehmend die ethnische Verschiedenheit des Landes. In den unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Bereichen bemüht man sich durch Gleichstellungsaktionen, die entsprechenden Änderungen auf eine Art und Weise vorzunehmen, die Recht geschehen lassen, ohne aber Fachkenntnis und Kontinuität preiszugeben.

Das Ausmaß der Probleme auf der Ebene der Nichthabenden wird jedoch deutlich, wenn man in Betracht zieht, daß mehr als 50% aller Südafrikaner aus schwarzen Jugendlichen unter dem Alter von 15 Jahren besteht. Diese Mehrheit hat bisher fast nur Versprechungen erhalten und muß so schnell wie möglich vom neuen Südafrika etwas Handfestes bekommen.

Es ist deswegen von Bedeutung, daß Herr Mandela sofort nach seiner Amtsübernahme als Präsident, das „Reconstruction and Development Program (RDP)“ (ein umfassendes Entwicklungs- und Aufbauprogramm) ins Leben gerufen und als Eckstein seines politischen Programms bezeichnet hat. Dieses Programm ist mit leichten Änderungen vom „Government of National Unity“, das heißt von allen Parteien im Kabinett, gebilligt worden und wird nun, soweit es die finanziellen Ressourcen zulassen, umgesetzt werden. Die Regierung der Nationalen Einheit hat für die Finanzierung des RDP ca. 105 Milliarden südafrikanische Rand, über einen Zeitraum von fünf Jahren vorgesehen. Herr Mandela hat das RDP bereits in die Wege geleitet, indem er vom diesjährigen Budget 2,5 Milliarden südafrikanische Rand dafür beansprucht hat, was eine drastische Kürzung der übrigen Staatsausgaben voraussetzt. Weitere finanzielle Unterstützung ist ihm bereits in Form von Spenden, Fördermitteln und Entwicklungshilfe vom Ausland zugesagt worden.

Entscheidend ist auch, daß die Veränderungen in Südafrika von Befürchtungen, daß extreme Randgruppen zunehmend un-

regierbar, und für Zielsetzungen von Seiten der Regierung unzugänglich werden könnten, beeinflußt waren. Die südafrikanischen Verhandlungspartner erachteten es daher als ungemein wichtig, alle Parteien in den Veränderungsprozeß mit einzubeziehen. Dies hat zwar den gesamten Prozeß erschwert, ist aber aller Wahrscheinlichkeit nach der Hauptgrund für die schlagartige Abnahme des Ausmaßes an Gewalt während und nach der Wahl gewesen.

Viele politische Beobachter in Südafrika sind der Meinung, daß das Land mit zw „Wundern“ gesegnet wurde: Erstens, daß es den Parteien gelungen ist, trotz gravierender Differenzen, zu einem funktionsfähigen Konsens zu gelangen und zweitens, daß die Wahlen in einer solch erstaunlich friedlichen Atmosphäre abgelaufen sind. Der Rückgang der Gewalttätigkeiten seit den Wahlen und die darauffolgende besondere Stimmung von gegenseitigem Wohlwollen, hat die Weltöffentlichkeit in Erstaunen versetzt und steht in starkem Kontrast zu den anhaltenden ethnischen Kriegen in Europa und dem Nahen Osten. Zudem widerspricht diese Entwicklung einem Stereotyp, das Südafrika hierzulande oft in Hinblick auf Jugoslawien vorgehalten wurde, nämlich daß „man nicht diverse ethnische Gruppen in einen Einheitsstaat zusammenfügen kann“.

Ende 1992 veröffentlichte eine südafrikanische Wirtschaftszeitschrift einen Artikel unter der Überschrift „Warum kann der südafrikanische Wirtschafts-Phönix nicht fliegen?“ Es wurde darin ausgeführt, daß

die Wirtschaftsindikatoren so positiv seien, daß Südafrika eigentlich boomen sollte. Die Tatsache, daß ein Boom nicht eingetreten ist, wurde mangelndem politischen Vertrauen zugeschrieben. Politische Stabilität ist inzwischen erreicht worden und man erwartet mit Zuversicht eine wirtschaftliche Wachstumsrate von mindestens 3% für dieses Jahr.

In Südafrika erhofft und braucht man ein drittes „Wunder“, genauer gesagt ein Wirtschaftswunder, um den Bedürfnissen der unteren Einkommensgruppen gerecht zu werden. Die Wirtschaftsindikatoren des Landes sind nach wie vor sehr gut und nun besteht eine reelle Chance, den Eckpfeiler zu zementieren, auf dem starkes Wirt-



Generalkonsul Daniel G. M. Fourie

schaftswachstum beruht. Präsident Mandela hat wiederholt mit Wort und Tat bewiesen, daß er es versteht, den Wiederaufbau von Südafrika mit finanzieller und wirtschaftlicher Disziplin zu verbinden. Dieses Vorhaben ist von Vizepräsident de Klerk während seiner Deutschlandreise wiederholt in den hiesigen Wirtschaftskreisen bekräftigt worden.

In Südafrika selber herrscht seit der Wahl ein bisher ungekannter politischer und wirtschaftlicher Optimismus. Es gibt zwar kleine Fehler und Mängel, wie es bei jeder neuen Regierung der Fall ist, aber man spürt sehr wohl, daß die neue Regierung der Nationalen Einheit funktioniert und das die politischen Auseinandersetzungen zwischen den konstituierenden Parteien über den Weg des Konsenses weitgehend beseitigt werden. Dies läßt sich anhand eines Auszugs einer Rede von Herrn

Bobby Godsell, Executive Director: Wirtschaftliche Beziehungen und Öffentlichkeitsarbeit bei der Anglo American Corporation, anlässlich der Alan Paton Gedenkfeier darstellen (übersetzt):

„Die Liberalen sollten sich mit ihren südafrikanischen Landsleuten zusammen tun, um unsere nationale Errungenschaft zu feiern, welche vielleicht die größte Errungenschaft der Menschheit unseres Jahrhunderts ist. Wenn Sie Zweifel an der Bedeutung dieser Leistung haben, so sollten Sie sich einen Teil unserer Geschichte ansehen. Lesen Sie einige der Berge von Abhandlungen, welche über die Tragödie von Südafrika geschrieben worden sind. Dann, falls Sie immer noch nicht überzeugt sind, lesen Sie die Stapel von Expertenmeinungen über die unheilvolle Zukunft, welche uns das Schicksal sowie die Politologie vorausgesagt hat. Und dann? Nun, wie bei vielen Wundern, hat auch dieses eine Weile gebraucht. Aber etzten Endes haben wir es geschafft. Es ist eine großartige Errungenschaft. Es ist ein Triumph der Hoffnung über die Angst, der Großzügigkeit über die Gier, der Freiheit über die Eroberung. Die Südafrikaner haben allen Grund zu feiern. Während sie sich darauf vorbereiten ein neues Millennium zu beginnen, sagen sie: Bringen Sie uns Ihre Zyniker und Endzeitpropheten, bringen Sie uns jene, welche die Unversöhnbarkeit der Völker predigen, bringen Sie uns alle, die behaupten, daß die Menschen und Politiker sich nicht aus Ihrem engen Gefängnis der Eigeninteressen befreien können. Bringen Sie uns all diese Leute, damit sie lernen, daß hier etwas Neues geschehen ist unter der grellen, afrikanischen Sonne.“

Andererseits muß man natürlich diesen Optimismus mit der Realität in Südafrika in Verbindung bringen. Die Realität ist, daß viel noch getan werden muß und wir werden unsere Ziele nicht ohne gelegentliche Rückschläge erreichen können. Die Welle der Versöhnung in Südafrika ist eine gute Voraussetzung, die auch von einem sich anbahnenden Wirtschaftsaufschwung gestärkt wird. Südafrika bietet zur Zeit eine Wirtschafts- und Infrastruktur, sowie eine Finanzstruktur und ein Management know-how, das durchaus mit der Ersten Welt zu vergleichen ist. Darüber hinaus ist die geostategische Lage des Landes solcher Art, daß das ganze südliche Afrika von Südafrika aus wirtschaftlich zugänglich ist.

Zusätzlich sind sowohl Südamerika als auch Südostasien über gut entwickelte Schiff- und Flugverbindungen wirtschaftlich erreichbar.

Südafrika hat sich von einem der größten weltpolitischen Problemfälle, entgegen aller Erwartungen, in eine der wenigen Erfolgsgeschichten gewandelt. Das Land ist dabei, dies mit einer soliden Wirtschaftsentwicklung zu verbinden, braucht aber dazu Auslandsunterstützung. Diese Unterstützung muß nicht unbedingt, wie es so oft der Fall ist, in Barzahlung oder Entwicklungshilfe gegeben werden. Wir verstehen es für unseren Wohlstand zu arbeiten. Wir brauchen Investitionen, damit wir unseren Arbeitslosen Arbeit geben können und unsere Wirtschaft kräftig wachsen lassen können. Präsident Mandela, Vizepräsident de Klerk, sowie die restliche Führungsschicht in Südafrika, verstehen dieses Konzept durchaus und haben wiederholt versichert, daß ein Auslandsinvestor zweifelsfrei annehmen kann, daß seine Investition in Südafrika vollkommen sicher sein wird.

DER LGA WAR DABEI

1. Juli
Rahmenlehrplan-Diskussion in Bremen, *Frau Deutsch*
5. Juli
Sitzung des LGA-Vorstandes in Nürnberg unter der Leitung von *Präsident Hartmann*
6. Juli
Sitzung des Arbeitskreises Qualitätssicherung im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr: *Herr Mackholt*
7. Juli
Mitgliederversammlung des Landesverbandes der Bayerischen Industrie: *Präsident Hartmann, Herr Sattel*
9. - 18. Juli
Zweites Chinesisch-Deutsches Wirtschaftstreffen in Hongkong, Shanghai und Jinan: *Präsident Hartmann*
13. Juli
Mitgliederversammlung des Fachzweigs Schreib-, Papierwaren und Bürobedarf in Nürnberg unter der Leitung des Vorsitzenden: *Franz Birnbeck*
14. Juli
Gespräch Deutsche Bahn AG, Trassenpreispolitik, Frankfurt: *Herr Mackholt*
- Sitzung des Bürgschaftsausschusses der Kreditgarantiegemeinschaft: *Herr Klings-ohr, Herr Sattel*

BRANCHENLEXIKON

VERBAND DES DEUTSCHEN HÄUTE- UND FELLHANDELS e.V.

Der Verband des Deutschen Häute- und Fellhandels hat laut Satzung die Aufgabe, die gemeinsamen ideellen und wirtschaftlichen Fachinteressen seiner Mitglieder gegenüber nationalen und internationalen Behörden und den übrigen Verbänden der gewerblichen Wirtschaft unter Ausschluß aller parteipolitischen Gesichtspunkte wahrzunehmen sowie seine Mitglieder in nationalen und internationalen Wirtschaftsverbänden zu vertreten. Der Verband mit Sitz in Stuttgart ist seit Jahrzehnten leistungsfähiger Lieferant der deutschen und europäischen Lederindustrie. Der deutsche Häute- und Fellhandel genießt dank seiner reichen Marktkenntnisse, seiner Flexibilität im Bezug auf die sich häufig schnell ändernden Grundbedingungen des Marktes und seiner weltweiten Verbindungen bei seinen Partnern großes Vertrauen und einen ausgezeichneten Ruf. Häute und Felle sind ein knappes Gut. Ihre Verfügbarkeit in erstklassiger Qualität wird immer knapper. Der Deutsche Häute- und Fellhandel hat damit eine wichtige Versorgungsfunktion zu erfüllen, gilt es doch weltweit Häute und Felle mit einem hohen Qualitätsstandard aufzuspüren und die dafür in Betracht kommenden Abnehmer zu kennen.

Die Firmen des deutschen Häute- und Fellhandels erfassen 85% der einheimischen Häuteerzeugung, welches einem

jährlichen Umschlag von über 5 Mio. Rinderhäuten und Kalbfellen entspricht. Seine unerlässliche Aufgabe nimmt der Häutehandel durch Erfassung, Standardisierung, Konservierung und Verteilung der Häute und Felle wahr.

Die deutsche Rohware zählt im weltweiten Vergleich zu den überdurchschnittlichen Qualitäten und verzeichnet eine dementsprechend hohe Nachfrage. Bei Rinderhäuten und Kalbfellen besteht in der Bundesrepublik Deutschland ein Überangebot. Umgekehrt muß die Nachfrage nach Kleintierfellen (Schaf-Ziegenfelle) fast ausschließlich durch Importe gedeckt werden. Dem Ausgleich dieser unterschiedlichen Nachfrage- und Angebots situation werden die Firmen des deutschen Häute- und Fellhandels durch ihre bewährten Verbindungen zu den weltweiten Häute-, Fell- und lederwirtschaftlichen Märkten gerecht.

Der VDH ist mit 61 Mitgliedsfirmen die mitgliedsstärkste Häute- und Fellhandelsorganisation in Europa. Auf internationaler Ebene ist er Mitglied im International Council of Hides and Leather Traders Associations (ICHSLTA), London und in der Union Européenne des Négociants en Cuirs et Peaux Brutes (UENCPB), Paris. Diese Organisationen haben sich in ihrer Arbeit – speziell im Kontraktwesen – stets für ein liberalisiertes Angebot auf

dem europäischen Markt für einen weltweiten freien Häute- und Fellhandel eingesetzt. Mit den von ihnen entwickelten und herausgegebenen Kontrakten haben sie maßgeblich dazu beigetragen, den weltweiten Rohwarenhandel auf der Basis einheitlicher vertraglicher Regelungen zu ermöglichen.

Im nationalen Bereich wahrt der VDH die gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Interessen seiner Mitglieder und engagiert sich in zahlreichen lederwirtschaftlichen Gremien und Institutionen.

Durch sein Engagement an der Westdeutschen Gerberschule Reutlingen unterstützt der VDH tatkräftig die Bemühungen um ökologisch verbesserte Konservierungsformen und effizientere Vermarktungssysteme.

Als einer der Trägerverbände der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Qualitäts haut (ADH), Frankfurt, leisten die Firmen des deutschen Häute- und Fellhandels einen aktiven Beitrag zur Absicherung und Verbesserung der einheimischen Rohwarenqualität, um auch langfristig die steigenden Anforderungen der Leder hersteller an dem Rohstoff Haut befriedigen zu können und einem Qualitätsabfall infolge der geänderten Strukturen in der landwirtschaftlichen Tierproduktion entgegenzuwirken.

DER LGA WAR DABEI

Sozialrichter-Seminar in München: *Frau Deutsch*

Diskussion über geplante Berufsschul-Sprengel bei der IHK München: *Frau Deutsch*

18. Juli

Sitzung des Arbeitsgerichts Nürnberg: *Herr Wiedemann*

19. Juli
Präsidentenwechsel Bundesamt für Güterverkehr, Köln: *Herr Mackholt*

20. Juli
Sitzung des Garantie-Ausschusses der Kapitalbeteiligungsgesellschaft: *Herr Sattel*

Mitgliederversammlung des Bildungswerks der Bayerischen Wirtschaft, *Herr Müller-Lotter, Frau Deutsch*

Gespräch mit BGA-Verkehrsausschuß-Vorsitzenden Riemann, Essen: *Herr Mackholt*

21. Juli
Sitzung des Handelsausschusses der IHK Nürnberg mit Vorträgen von *Professor Greipl* und *Herrn Sattel* unter der Leitung von *Herrn Müller-Lotter*

Förderkreis Güterverkehrszentren und Arbeitskreis Wirtschaftsverkehr, IHK, München: *Herr Mackholt*

Einweihung des neuen Firmengebäudes der Fa. August Hoff, Nürnberg: Die Herren *Sattel, Schwarz, Wiedemann*

22. Juli

Vorstandssitzung des von uns betreuten

Bundesverbandes Kunstgewerbe, Geschenkartikel & Wohndesign in Nürnberg unter der Leitung von *Herrn Adler*

Sitzung des LGA-Außenhandelsausschusses in Erlangen unter der Leitung der neuen Vorsitzenden *Frau Büttner-Frank*

25. Juli
Gesellschafterversammlung der Mediengesellschaft der Bayerischen Wirtschaft: *Herr Sattel*

26. Juli
Sitzung des LGA-Präsidiums in München

unter der Leitung von *Präsident Hartmann*

27. Juli
Koordinierungsgespräch im Kooperationsbeirat von LGA und TÜV: Die Herren *Dr. Wolfrum, Sattel* und *Miehler*

28. Juli
Gedankenaustausch mit der Geschäftsführung der Frankfurter Messe: *Herr Adler, Herr Sattel*

3. August
Süddeutscher Arbeitskreis Technische Chemikalien, München: *Herr Mackholt*

10. August
Sitzung des LGA-Ausschusses für Berufsbildung in Dorfen unter der Leitung von *Herrn Müller-Lotter*

16. August
Vorpressekonferenz der Messe Leipzig CADEAUX: *Herr Adler, Herr Sattel*

31. August
Sitzung des Aussteller-Beirates der Internationalen Frankfurter Herbstmesse: *Herr Adler, Herr Sattel*

PERSONALIEN

WIR BETRAUERN

KONSUL HANS HARTWIG

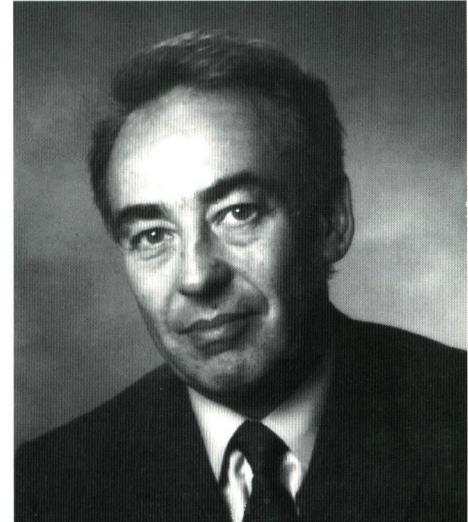
Konsul Hans Hartwig, Ehrenpräsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V. (BGA), ist am 15. 7. 1994 im Alter von 78 Jahren verstorben. Herr Konsul Hans Hartwig war von 1977 bis 1984 Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels und seit 1984 Ehrenpräsident des BGA.

Konsul Hans Hartwig war überzeugter Verfechter marktwirtschaftlicher Prinzipien und hat die Interessen des deutschen Groß- und Außenhandels auf nationaler und internationaler Ebene mit Energie und Tatkraft vertreten. Er hat in der Nachkriegszeit den Bundesverband wesentlich mit aufgebaut und durch sein unermüdliches Engagement überzeugend geprägt. Mit Konsul Hans Hartwig hat der BGA eine Persönlichkeit verloren, der er sehr viel zu verdanken hat. Sein Weitblick, seine Überzeugungskraft und seine Ausstrahlung wurden weit über den Verband hinaus anerkannt und geschätzt. Sein gesellschaftspolitisches Engagement ist durch zahlreiche hohe nationale und internationale Auszeichnungen gewürdigt worden. Der BGA wählte Konsul Hartwig 1984 zu seinem Ehrenpräsidenten.

Wir werden Konsul Hans Hartwig nicht vergessen und ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

WOLFRAM JAHN

Nach schwerer Krankheit verstarb am 9. 5. 1994 im Alter von nur 60 Jahren Herr **Wolfram Jahn**, Gesellschafter und Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma Wolfgang Jahn GmbH, Nürnberg.



Wolfram Jahn hat die Firma nach der Übernahme von seinen Eltern, zu einem der bedeutendsten Handelsunternehmen Deutschlands auf dem Gebiet Feuerlöschgeräte und -schutzbedarf ausgebaut. Gernade die letzten Jahre sind Dank seines unermüdlichen Einsatzes von einer starken Expansion gekennzeichnet.

Trotz des großen Verlustes durch den viel zu frühen Tod von Wolfram Jahn ändert sich nichts an der bisher so erfolgreichen Geschäftspraxis der Firma. Die Ehefrau des Verstorbenen, Frau Renate Jahn, die 30 Jahre an der Seite ihres Mannes den Betrieb mitgeleitet hat, wird sein Lebenswerk zusammen mit dem engagierten Mitarbeiterstab in gewohnter Weise fortführen.

Unser Landesverband wird dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

WIR GRATULIEREN

KARL-FRIEDRICH MÜLLER-LOTTER WIEDER IM VORSTAND DES BBW

Das bbw hat unseren bildungspolitischen Sprecher und Vorstandsmitglied **Karl-Friedrich Müller-Lotter**, zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Wir gratulieren Herrn Müller-Lotter sehr herzlich zu dieser ehrenvollen Wahl.

Herrn **Helmut Böttcher**, Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma Glaszentrum Rhein-Main GmbH in Aschaffenburg. Herr Böttcher wurde mit Wirkung vom 1. 6. 1994 an auf die Dauer von vier Jahren zum ehrenamtlichen Richter beim Sozialgericht Würzburg berufen.

Wir gratulieren sehr herzlich zu dieser ehrenvollen Berufung.

BUCHBESPRECHUNGEN

MANAGEMENT UND MARKT

Unternehmensführung und gesamtwirtschaftlicher Rahmen

Herausgegeben von Ulrich Rohr

1994

XII. 506 Seiten. Kartoniert: DM 19,90

ISBN: 3 406 38527 3

VERLAG C. H. BECK, MÜNCHEN

Dieser Band zeigt die Mechanismen des Marktes und die unternehmerischen Handlungsmöglichkeiten in leichtverständlicher Form. Großer Wert wurde auf die Verzahnung gesamtwirtschaftlicher und einzelwirtschaftlicher Themen gelegt, wobei der Band auch auf die besondere Situation im vereinten Deutschland eingeht:

- Merkmale der Sozialen Marktwirtschaft (u. a. Wirtschaftsordnung, Markt und Preisbildung, Stabilität, das „Wirtschaftswunder“, Probleme der neuen Bundesländer)
- Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen (u. a. Kartellrecht, Strukturpolitik, Steuersystem, Lohnpolitik, Sozialpolitik, Geld- und Währungspolitik, Geld- und Kapitalmärkte, Umweltpolitik, europäische Wirtschaftsintegration)
- Unternehmerische Handlungsfelder (u. a. Unternehmensziele, Strategisches Management, Marketing, Produktionswirtschaft, Materialwirtschaft, Investition und Finanzierung, Personalmanagement, Unternehmensorganisation, Unternehmensformen)
- Systeme der Unternehmensführung (u. a. Rechnungslegung und Jahresabschluß, Steuern des Unternehmens, Betriebsanalyse, Kostenrechnung, Liquiditätsplanung, Controlling)
- Unternehmen und Ethik

Dieses Werk vermittelt fachübergreifend die Grundlagen des Wirtschaftswissens. Es eignet sich für Studium und Ausbildung.

DAS JAHRBUCH FÜR DEN GMBH-GESCHÄFTSFÜHRER 1994

Von Dr. F. Grätz, A. Pott, Dr. M. Roemer, R. Weyand, M. Wissmann.

11. Jahrgang 1994. 400 Seiten mit Leder-Einband DM 95,-, im Abonnement DM 95,-. INFORMATION VERLAG, FREIBURG
Best.-Nr.: 61.15

Der Freiburger Information Verlag hat sich auf alle Belange von GmbH-Geschäftsführern spezialisiert. Mit der Zeit entstand so – neben einer Vielzahl von Fachbüchern zu allen denkbaren GmbH-Themen – ein Instrument zur perfekten, übersichtlichen und gezielten Planung: „Das Jahrbuch für GmbH-Geschäftsführer“.

Der Kalender informiert in fünf übersichtlichen Kapiteln über die persönliche Termingeschichte, durch Branchenvergleich über GmbH-Geschäftsführer-Gehälter und über das sehr persönliche Thema Krisen-Management (Schlagworte: Haftungsfragen, Überschuldung, Abberufung/Kündigung). Eine spezielle Rubrik liefert notwendige Steuer-Infos.

Wichtige Adressen, die ein Geschäftsführer ständig zur Hand haben sollte, sind bereits vorgedruckt, individuelle Anschriften können in ein spezielles Register eingetragen werden. Protokollvordrucke, Checklisten, Übersichten und Tabellen werten den Nutzen des repräsentativen Arbeitsmittels auf.

Das Jahrbuch ist aus der täglichen Praxis von GmbH-Geschäftsführern entstanden und deshalb ganz auf den Bedarf dieser speziellen Zielgruppe abgestimmt.

PERSONALANPASSUNG IN KRISENZEITEN

Von Dr. Hans-Eduard Hille, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht.

1994 – kartoniert – 136 Seiten – DM 41,80
ISBN 3-08-314701-5
Stollfuß Verlag, Postfach 2428, 53014 Bonn

Nur wenige Unternehmer, die mehr als 20 und weniger als 60 Arbeitnehmer beschäftigen, wissen, daß die annähernd gleichzeitige Entlassung von mehr als fünf Arbeitnehmern bereits eine Massenentlassung im Sinne des Arbeitsförderungsgesetzes und des Kündigungsschutzgesetzes darstellt. In diesem Fall sind besondere Verfahrensregeln zu beachten.

Der Ratgeber vermittelt einen Überblick über die Rechtslage und hilft, die abstrakten Regeln in konkrete Maßnahmen umzusetzen.

Die typischen Anlässe für Personalabbau werden zunächst dargestellt, z. B.

- Rationalisierung
- Reorganisation
- lean management

- Betriebseinschränkung
- Betriebsstilllegung.

Es schließen sich Erläuterungen zu den Grundzügen der betriebsbedingten Kündigung an. So werden die einschlägigen Regelungen des Kündigungsschutzrechts erörtert und sämtliche Kriterien für die soziale Auswahl der zu kündigenden Mitarbeiter angesprochen.

Wichtige Fragen zum Thema „Massenentlassung in Betrieben mit Betriebsrat“ werden beantwortet, z. B. welche Inhalte und Vereinbarungen sind im Interessenausgleich geregelt? Wie kann eine Einigung über einen Sozialplan erreicht bzw. erzwungen werden? Wie hat die ordnungsgemäße Durchführung des Anhörungsverfahrens mit dem Betriebsrat zu erfolgen?

Die zweite Hälfte des Ratgebers ist der Darstellung eines praktischen Beispiels von Personalabbau in einem mittelständischen Unternehmen gewidmet. Schritt für Schritt wird hier der korrekte Ablauf eines solchen Verfahrens geschildert.

MITARBEITER EINVERNEHMlich FÜHREN

Von Prof. Dr. Dr. Hans Gerd Lobscheid
IX, 189 Seiten. Kartoniert: DM 14,90
ISBN: 3 406 38457 9
VERLAG C. H. BECK, MÜNCHEN, 1994

Kernkompetenz jedes Managers ist die Führung von Mitarbeitern. Im Arbeitsalltag helfen dafür entwickelte Theorien oft nicht weiter.

Dieser neue Ratgeberband gibt dem Praktiker im Unternehmen und in der öffentlichen Verwaltung operative Regeln für die Führung verschieden gearteter Mitarbeiter unter Berücksichtigung der jeweiligen Aufgabenstruktur an die Hand.

Gerade in der Situation hoher Arbeitskosten verlangt die Führungsaufgabe, neue Wege der Mitarbeitermotivation zu beschreiten: Teilhabe an kreativen Entscheidungen und innovatives Denken sind gefordert. Mitarbeiter drängen auf berechenbare Führungsleitlinien, weshalb auf deren Inhalte besonders eingegangen wird.

Lean Management in privaten und öffentlichen Unternehmen sowie in der Verwaltung kann nur funktionieren, wenn die Mitarbeiter voll hinter ihrer Aufgabe stehen.

KÖRPERSCHAFTSTEUER-ERKLÄRUNG 1993

Von Ewald Dötsch, Oberamtsrat im Bundesministerium der Finanzen, Werner F. Jost, Senatsverwaltung für Finanzen Berlin, Kurt Thielemann, Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg und Rainer Wehner, Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt.

11. Auflage 1994 – DIN A 4 – 474 Seiten – DM 72,- – ISBN 3-08-317593-0

Stollfuß Verlag, Postfach 2428, 53014 Bonn

Der Ratgeber gibt eine Anleitung für die Handhabung der komplizierten Erklärungsvordrucke zur Körperschaftsteuer und zur gesonderten Feststellung nach § 47 KStG.

Einzelheiten zur Körperschaftsteuer-Erläuterungen aller amtlichen Erklärungsvordrucke mit Eintragungsbeispielen ermöglichen das.

Typische Fragen zur Körperschaftsteuer-Erläuterungen finden eine Antwort, z.B.

- welche Vordrucke sind bei welchen Sachverhalten auszufüllen?
- wie stehen die Erklärungsvordrucke zur Körperschaftsteuer mit den Formularen zur Eigenkapitalgliederung in Verbindung?

Dargestellt werden neben der Bemessung der Gewinnausschüttung auch die Auswirkung der Körperschaftsteuer auf Buchführung und Bilanz.

Der abschließende Teil des Ratgebers enthält auf Vordrucken gelöste Gesamtlösungen.

BUNDES-TELEFONBUCH 1994 IST ERSCHIENEN

Das nach den amtlichen Unterlagen der Deutschen Bundespost Telekom aktualisierte BUNDES-TELEFONBUCH 1994 liegt jetzt vor. Ca. 40% der insgesamt 2 Millionen gewerblichen und institutionellen Telefonteilnehmer mußten für die neue Ausgabe auf den neuesten Stand gebracht werden.

Das in Zusammenarbeit mit der Deutschen Telekom Medien GmbH herausgegebene BUNDES-TELEFONBUCH ist das einzige bundesweite Fernsprechbuch, das nach den amtlichen Unterlagen der Deutschen Bundespost Telekom erstellt wird.

Die insgesamt 7 Bände beinhalten neben dem ortsalphabetisch gegliederten Hauptteil ein internationales Vorwahlverzeichnis sowie einen Bezugsquellenteil mit einem

breiten Spektrum leistungsfähiger Produzenten und Dienstleister.

Zu beziehen ist das BUNDES-TELEFONBUCH zum Preis von DM 590,- über den Verlag Paul Aug. Hoffmann GmbH & Co KG, Postfach 10 07 53, 64207 Darmstadt, Telefon 0 61 51/36 61-0, Fax 0 61 51/31 48 79.

DER GABELSTAPLERFAHRER

Diese, für den Fahrer bestimmte Broschüre gibt mit kurzen Texten und vielen Abbildungen alle wesentlichen Erläuterungen, wie ein Gabelstapler zu bedienen ist. Übersichten und Checklisten ergänzen die einprägsamen Hinweise für den sicheren Fahrbetrieb. Diese Information ist wichtig für alle diejenigen, die im Betriebsablauf mit einem Stapler zu tun haben. Sie trägt ferner dazu bei, Unfälle zu vermeiden.

Die Broschüre ist erschienen im Verlag Dr. Ingo Resch GmbH, Gräfelfing, im Format DIN A 5, 31 Seiten, Preis 15,- DM.

WER IST WO IN DEUTSCHLAND?

„Das Deutsche Firmen-Alphabet“ mit den neuen Postleitzahlen jetzt erschienen.

Die Frage „Wer ist wo in Deutschland?“ beantwortet „Das Deutsche Firmen-Alphabet“, das jetzt für 1994 vorliegt, zuverlässig. Die soeben veröffentlichte 34. Ausgabe wurde wieder auf den neuesten Stand gebracht und ergänzt. Rund 30% Veränderungen mußten eingearbeitet werden, insbesondere auch aus den neuen Bundesländern. Viele Telefaxnummern wurden neu aufgenommen. Für die Kommunikation im überregionalen Geschäftsverkehr stehen somit wieder die aktuellsten Daten zur Verfügung – selbstverständlich mit den neuen Postleitzahlen.

„Das Deutsche Firmen-Alphabet“ verzichtet als einziges Nachschlagewerk deutsche Unternehmen aus allen 16 Bundesländern ausschließlich alphabetisch nach der Firmierung. Auch wenn Sie nur den Namen wissen, finden Sie schnell, wie in einem Lexikon, die Anschrift mit Kommunikationsangaben, Branche und, wenn vorhanden, die „bbn-Nummer“ von etwa 260 000 handelsregisterlich eingetragenen Unternehmen aus Industrie, Groß- und Außenhandel, Dienstleister und Wirtschaftsorganisationen. Zusätzlich enthält das Buch ein „Marken- und Bezugsquellen-

Alphabet“ mit 9000 Wortmarken und Empfehlungen leistungsfähiger Unternehmen sowie ein „Messe-Alphabet“ großer deutscher Messen mit internationaler Beteiligung.

„Das Deutsche Firmen-Alphabet“, 34. Ausgabe 1994:

Etwa 260 000 handelsregisterlich eingetragene Unternehmen aus Industrie, Groß- und Außenhandel und dem Dienstleistungsbereich von A-Z.

1450 Seiten, DIN A 4, Preis: DM 169,06 (Exportpreis: DM 188,-)

Zu beziehen bei:
Deutscher Adressbuch-Verlag,
Arheilger Weg 17, 64380 Roßdorf
Telefon (0 61 54) 69 95-340,
Telefax (0 61 54) 69 95-490
oder über den Buchhandel

DAS EXPORTGESCHÄFT BEGINNT IN EUROPA!

Im Rahmen der Europäischen Integration fallen die Zoll- und Handelsschranken. Trotz noch zu überwindender Hindernisse entsteht hier mittelfristig mit über 350 Mio. Einwohnern die größte Wirtschaftsgemeinschaft der Welt. Vor diesem Hintergrund wird es auch für kleine und mittlere Unternehmen unerlässlich, gesamteuropäisch zu denken und vielleicht noch bestehende Skepsis gegenüber Exportgeschäften abzubauen. Hilfestellung bei der Erschließung europäischer Märkte können die BfAI-Serien „Verkaufen in ...“ und „Tips zur Handelsvertretersuche in ...“ geben.

Die Serie „Verkaufen in ...“ vermittelt allgemeine geschäftspraktische Hinweise. Besonderheiten bei Verkauf und Lieferung, beim Zahlungsverkehr und im Bankwesen werden abgehandelt. Ratschläge für Geschäftsreisende und das Verhalten gegenüber Geschäftspartnern, aber auch für mehrjährige Aufenthalte in dem jeweiligen Land runden die Berichte ab.

Bisher sind Beiträge über folgende Länder erschienen: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz und Spanien.

In der Serie „Tips zur Handelsvertretersuche in ...“ werden konkrete Fragen, die bei der Auswahl von Handelsvertretern für die systematische Erschließung neuer Auslandsmärkte auftauchen, behandelt:

Genügt ein Vertreter zur Bearbeitung des italienischen, des französischen, des britischen Marktes? Sollte ihm das Alleinvertretungsrecht überlassen werden? Ist unter regionalen Aspekten nicht eher ein Handelsvertreternetz notwendig? Mit welchen Kosten ist zu rechnen? Wie sind die rechtlichen Rahmenbedingungen?

In dieser Reihe gibt es bisher folgende Veröffentlichungen: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz und Spanien.

BfAi –
Bundesstelle für Außenhandelsinformation
Postfach 10 05 22, 50676 Köln
Telefax (02 21) 20 57-212

KULLMANN/PFISTER PRODUZENTENHAFTUNG

Ergänzbares Handbuch zur gesamten Produkthaftpflicht für die juristische Praxis sowie für Hersteller, Händler, Importeure und Exporteure mit Erläuterungen und den einschlägigen Vorschriften und Entscheidungen im nationalen, supranationalen und internationalen Bereich.

Ergänzbare Ausgabe, einschließlich 33. Lieferung, 3.114 Seiten, DIN A 5, einschließlich 2 Spezialordner, DM 196,-. Das Werk wird mit Folgelieferungen ausgebaut und auf dem Stand der Entwicklung gehalten.

ERICH SCHMIDT VERLAG
33602 Bielefeld · Viktoriastraße 44 a

In dem Werk werden alle Aspekte der Produkthaftung kommentiert, und zwar in einer umfassenden Darstellung das gesamte materielle Produkthaftungsrecht Deutschlands (Vertragshaftung, Deliktshaftung, Haftung nach dem Arzneimittel- und dem Produkthaftungsgesetz) sowie in Kurzdarstellungen das Produkthaftpflichtrecht der wichtigsten europäischen Industrieländer und der USA, die Produkthaftpflicht im Steuerrecht, die Versicherbarkeit der Produktrisiken sowie Maßnahmen der staatlichen Verwaltung zur Vermeidung von Produktgefahren.

In einem weiteren Abschnitt enthält das Handbuch ein umfassendes Verzeichnis der in der Bundesrepublik Deutschland ergangenen Entscheidungen zur Produzentenhaftung (mit Fundstellen). Ein umfangreiches Stichwortverzeichnis bietet den praxisnahen Zugriff und gewährleistet die effektive Auswertung des Handbuchs.

53. Auflage 1994 – 309 Seiten – DM 38,- ISBN 3-08-317193-5 – Stofffuß Verlag Bonn

In der Anleitung zur Einkommensteuer-Erläuterung 1993 finden Steuerzahler und steuerliche Berater für jede Zeile der Steuererklärung eine Erläuterung.

Sowohl der Einkommensteuervordruck als auch die folgenden möglichen Anlagen werden erklärt:

- Anlage für Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit
- Anlage für Einkünfte aus Kapitalvermögen und sonstige Einkünfte
- Anlage für Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
- Anlage FW „Förderung des Wohnungseigentums“
- Anlage für Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft
- Anlage für ausländische Einkünfte und Steuern
- Anlage E für Angaben zu Erwerbsbezügen

Auf wichtige Steuerersparnismöglichkeiten wird hingewiesen. Zudem liefert der Ratgeber zahlreiche gewerbesteuerliche Einzelfragen grundsätzlicher Art, beispielsweise die Voraussetzungen der Gewerbesteuerpflicht oder die Besonderheiten der Gewinnermittlung beim Gewerbeertrag.

Die Umsatzsteuer-Erläuterung 1993 erschließt sich auf gleichem Wege. Zeile für Zeile werden die amtlichen Vordrucke erläutert.

Die Umsatzsteuer-Richtlinien und die neueste Rechtsprechung sind berücksichtigt.

Auch zur Umsatzsteuer werden viele Grundsatzfragen beantwortet, z.B.

- zur Besteuerung des Eigenverbrauchs
- zum Ort der Lieferung und zu sonstigen Leistungen
- zur Rechnungsausstellung
- zum Vorsteuerabzug
- zur Berichtigung des Vorsteuerabzugs
- zur Mindestbemessungsgrundlage
- zur Besteuerung von Kleinunternehmen

Der Anhang enthält die amtlichen Vordrucke.

EINKOMMENSTEUER-ERKLÄRUNG 1993

Von Dr. jur. Helmut Stuber, Oberfinanzpräsident a.D. und Adolf Oppolzer, Regierungsdirektor bei der OFD Stuttgart.

IHK-FIRMENHANDBÜCHER NEU AUFGELEGT

Die IHK-Firmenhandbücher „Industrie“, „Einzelhandel“ und „Großhandel“ sind in aktualisierter Auflage (Stand: Januar 1994) erschienen. Auf insgesamt etwa 1800 Seiten enthalten diese drei Bände Informationen über mittelfränkische Firmen, die im Handelsregister eingetragen sind. Aufgeführt sind u.a. Anschrift, Rechtsform, Beschäftigtenzahl und Wirtschaftszweig der Unternehmen.

Die Handbücher können bei der IHK Nürnberg, Abteilung Bezugssquellennachweis, Hauptmarkt 25/27, Tel. 09 11/13 35-367 oder -370 zum Preis von 65,- DM (plus Porto und Verpackung) bezogen werden.

LGA-NACHRICHTEN



Der LGA hat eine neue Adresse:

**Landesverband des
Bayerischen Groß- und Außen-
handels e.V.**

**Nymphenburger Straße 1
80335 München**

**Telefon: 0 89/55 77 01-02
Fax: 0 89/59 30 15**

**Wir bitten alle unsere Mitgliedsfirmen
um freundliche Beachtung**

INHALTSVERZEICHNIS

Auf einen Augenblick...	3
Im Blickpunkt:	
Strukturen in der Handels- und Dienstleistungs-Gesellschaft des 21. Jahrhunderts	4
Großhandelsinvestitionen: Trotz starken Rückgangs noch hohes Niveau	6
Firmenportrait:	
Maier Mineralöle GmbH – Kompetenz und Partnerschaft im Tankstellengeschäft	8
Rechtsfragen:	
Umweltpolitische Herausforderungen annehmen	10
Binnenmarkt:	
EuroCommerce – FEWITA: 5. Europäischer Tag des Handels	12
Unternehmensführung:	
Infovoice – sprachgesteuertes Informations-System für Hicom 200	13
Personalien	14
Buchbesprechungen	16

AUF EINEN AUGENBLICK


Telefon München (089) 55 77 01/02
Telefax München (089) 59 30 15

Telefon Nürnberg (0911) 20 31 80
Telefax Nürnberg (0911) 22 16 37

IMPRESSUM

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:
Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Volksw. Mackholt (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsausbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Betschke · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint alle 2 Monate. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Nymphenburger Str. 1. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels e.V., 80335 München, Nymphenburger Str. 1. Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 80335 München, Nymphenburger Str. 1. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, 80335 München, Nymphenburger Str. 1. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltung: CIAO-DESIGN, Alexander Öxler
Druck: typobiert, 80809 München, Riesenfeldstraße 56
Telefon 3596066-68.
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtes Samtoffsetpapier

Ein herzliches Gruß Gott!

Der LGA ist umgezogen. Zwischen Umgangskisten, Materialschachteln und in einem völlig neuen Arbeitsklima entstand diese Ausgabe unserer LGA-Nachrichten. Bitte haben Sie deshalb Verständnis für die eine oder andere Unzulänglichkeit und das etwas verspätete Erscheinungsdatum. Wir danken Ihnen auch für Ihre Nachsicht dafür, daß wir einige Tage telefonisch nicht erreichbar waren. Nun aber geht es wieder voll zur Sache, auch in unserer Nachrichtenübermittlung.

Soeben veranstaltete der LGA sein „Strukturpodium“ in München, mit dem zentralen Inhalt einer neuen Standortdefinition der Großhandelsfunktion als bestimmendes und beherrschendes Element der postindustriellen Handels- und Dienstleistungsgesellschaft. Es war unser Bestreben in dieser Veranstaltung und es muß unser aller Bestreben bleiben, den Umstrukturierungsprozeß „in die Köpfe der Leute“ zu bringen.

Natürlich beharrt die Industrie auf ihrer wirtschaftspolitischen Überposition, aus der heraus sie aufgrund ihrer dominierenden Rolle über gut 100 Jahre hinweg bestimmen konnte, wohin sich Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftspolitik einschließlich Statistik und Außenhandel zu bewegen haben. Aber diese Perspektive ist „out“. Sie sollten den Kopf hochhalten, wenn Sie unversehens in die Rolle des wirtschaftspolitischen Trendsetters geraten. Sie sollten sich nicht beeindrucken lassen von der These, der Großhandel befindet sich auf dem Rückzug. Diese These ist falsch, gefährlich falsch, weil sie Tatbestände und Begriffe vermischt. Richtig ist, daß der institutionelle Großhandel als reiner Warenverteiler mit teilweise erheblichen Einbußen und Abstrichen rechnen muß. Richtig – und wichtig – ist aber auch, daß die Großhandelsfunktion zum bestimmenden Element des beginnenden 21. Jahrhunderts werden wird, eingebettet in das Umfeld der dann herrschenden Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft.

Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, daß der traditionelle Großhandel einen Prozeß der Anpassung und Neuorientierung auf der unveränderten Basis seiner angestammten Funktion durchläuft. Nicht wir nähern uns den anderen Wirtschaftsbereichen an, sondern sie uns. Das eröffnet ungeahnte, geradezu historische Chancen in der Unternehmenspolitik. Wer glaubt, in diesem Prozeß allein gelassen zu sein, der sollte uns, seinen Verband in die Pflicht nehmen, gemeinsam neue Orientierungspunkte zu erkennen und zu definieren. Schließlich waren wir es, die der Diskussion über die funktionssektorale Betrachtung im Dienstleistungsgewerbe und über die angebrachte Kurskorrektur vieler „Industrieanbieter“ zum Durchbruch verholfen haben.

Jetzt können wir nicht auf halbem Weg stehenbleiben. Wir müssen unser Haus renovieren und neue „Hausgenossen“ bei uns aufnehmen. Synergie, Partnerschaft und Interessenbündelung, das sind unsere gemeinsamen Ziele und Leistungsinhalte. Der LGA hat nicht nur ein neues Haus bezogen, er hat neue Perspektiven, einen neuen Aufgabenrahmen und einen erweiterten politischen Auftrag. Das alles zu bewältigen, dazu bedarf es der Solidarität und aktiven Unterstützung aller Mitglieder. Helfen Sie uns, Ihren Verband seinen neuen Herausforderungen gewachsen sein zu lassen. Das Marschtempo der Zukunft wird von uns, von Ihnen bestimmt, wenn Sie sich nur dazu bekennen, daß Großhandel ebensowenig „großer Handel“, wie „Zwischenhandel“ oder „Warenverteilung“ bedeutet, sondern leistungs- und servicebewußte unternehmerische Initiative, zentraler Bezugspunkt der Handels- und Dienstleistungsgesellschaft oder ganz einfach: Drehscheibe der Wirtschaft!

Werner Sattel

IM BLICKPUNKT: GROSS- UND AUSSENHANDEL

STRUKTUREN IN DER HANDELS- UND DIENSTLEISTUNGSGESELLSCHAFT DES 21. JH.

Unter diesem Titel hat der LGA am 18. 10. 1994 zu einem Gespräch im Expertenkreis eingeladen.

Prof. Dr. Bruno Tietz, Direktor des Handelsinstituts an der Universität des Saarlandes, stellte die Podiumsteilnehmer vor:

Dr. Michael Fuchs, Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels,

Frau Bärbel Brockmann, Fa. Microsoft GmbH,

Helmut Hartmann, MdS, Präsident unseres Landesverbandes,

Dr. Manfred Scholz, dem Präsidenten des Landesverbandes der Bayerischen Industrie und

Karl Jörg Wohlhüter vom Bayerischen Rundfunk

Es entwickelte sich eine außerordentlich lebhafte Podiumsdiskussion der Teilnehmer untereinander und im Verlauf der Diskussion auch mit dem Auditorium.

Zunächst aber führte **Prof. Dr. Tietz** in das Thema ein. Nach seinen Worten steigt der Anteil des tertiären Sektors ständig. Im Zuge dieser Entwicklung sieht **Tietz** hervorragende Chancen für den Großhandel durch die Öffnung der Märkte nach Osten. Auch auf den Erfolg Japans wies er hin und meinte, der Erfolg Japans ließe sich auch darauf zurückführen, daß Japan nie vergessen habe, eine Händlernation zu sein.

Die Serviceprofilierung und Marktbearbeitungsprofilierung im Großhandel nehme stark zu. Zur Zukunft der Hersteller- und Handelsbeziehungen meinte **Tietz**, daß sich das Verhältnis zwischen Industrie und Handel ändern werde. Die Folge würde sein, daß sich Produktion, Handel und Vertrieb teils weiter spezialisieren, aber auch eine weitere Integration erfahren müßten. Die bisherige Statistik und Zurechnung zum Großhandel sei falsch. Eine Neugliederung der Wirtschaftssektoren sei notwendig. Dies habe enorme verbands- und wirtschaftspolitische Auswirkungen, auch auf Gewerkschaften, Ministerien und Ausschüssen in den Parteien. Er schloß mit der Bemerkung, daß der Großhandel sehr viel mehr Bedeu-

tung in der postindustriellen Gesellschaft erhalten werde. Wir würden wieder – wie Jahrtausende lang geschehen – eine Händlergesellschaft.

Unbestritten sei, daß der tertiäre Sektor in der Bundesrepublik Deutschland sich verstärke. Trotzdem würden wir keine Händlergesellschaft. Dies sei mit unserer



Präsident Hartmann begrüßt das hochkarätig besetzte Podium

Prof. Tietz moderierte ebenfalls die Diskussion. **Herr Wohlhüter** als Vertreter der Medien fragte, ob diese Entwicklung überhaupt bei uns organisatorisch möglich sei. Technisch seien wir zwar sehr weit, es komme jedoch darauf an, die Kommunikationsmittel zu nützen, z.B. Teleshopping. Wir müßten uns auch darüber im klaren sein, daß wir von der Seite des ökologischen Wertewandels größere Herausforderungen bewältigen müßten, vor allem im Verkehrs- und Transportgewerbe. **Herr Dr. Scholz** widersprach **Prof. Tietz** in einigen basics heftig. Er stellte die Frage in den Raum, wo wir heute in der Bundesrepublik stünden. Er war der Auffassung, daß vor der Wahl des Deutschen Bundestages die Konjunktur teilweise schöngeredet wurde. Wir seien noch lange nicht über den Berg. Insbesondere seien auch die Strukturprobleme noch lange nicht gelöst. Die Strukturkrise werde weitere Arbeitslosigkeit bedingen, eine Entwicklung, die auch durch weitere Deregulierungen und Privatisierungen verstärkt werde.

Wirtschaftsstruktur nicht darstellbar. Ge-wisse Entwicklungen seien in verschiedenen Branchen nicht zu leugnen, wie z.B. der Textilindustrie mit ihrer Auslandsfertigung. Dies sei aber im Maschinenbau nicht denkbar. In der Industrie wurden zudem immer mehr Gesamtsysteme entwickelt, um weltweit die Wettbewerbsposition der Bundesrepublik zu stärken.

Frau Brockmann führte in ihrem Beitrag aus, daß die Firma Microsoft GmbH die Entwicklung im Prinzip ähnlich sehe wie **Prof. Tietz**. In ihrer Firma werde sogar der Einzelhandel in die Vermarktungsstrategie mit einbezogen. Der Großhandel übernehme inzwischen Aufgaben für die Hardware-Hersteller. Der Handel habe sich über Jahre hinweg eine logistische Kompetenz aufgebaut.

Dr. Fuchs widersprach **Herrn Dr. Scholz** insofern, als er meinte, die Deregulierung vernichte nicht nur Arbeitsplätze, sondern schaffe auch neue Freiräume. Es sei unbestritten, daß bestimmte industrielle Bereiche abwandern. Auch der Handel sei

dabei Systemköpfe zu entwickeln. Für ihn stelle sich die Frage wie viel Händlergesellschaft wir uns in der Bundesrepublik leisten können, oder aber anders herum gefragt, wieviel industrielle Wertschöpfung wir erhalten müßten. An dieser Stelle griff Herr Prof. Tietz mit der Bemerkung in die Diskussion ein, daß wir sogar eine höhere industrielle Wertschöpfung brauchten als bisher – und trotzdem eine Händlergesellschaft würden.



Ein interessiertes und diskussionsfreudiges Publikum

Dr. Fuchs plädierte dann insbesondere dafür, die in Deutschland vorhandene Technikfeindlichkeit abzuschaffen. Als Beispiel nannte er die Gen-Technologie oder die Energiegewinnung. Herr Dr. Scholz pflichtete ihm insofern bei, als auch er der Meinung ist, daß wir in Deutschland einen Energiekonsens brauchten. In diesen Bereichen lägen die Arbeitsplätze der Zukunft. Allein über die Tarifpolitik sei die Deregulierung arbeitskräftemäßig nicht zu verkraften. Von Bedeutung sei auch die Frage der Umsetzung der Forschungsergebnisse in marktgängige Produkte. Diese Umsetzung funktioniere in Deutschland nicht. Die Frage sei dann aber, so Dr. Fuchs, welches die Gründe hierfür seien. Seiner Meinung nach gehörte u.a. auch die in Deutschland, z.B. im Vergleich zu Japan, doch sehr reduzierte Arbeitszeit.

Herr Wohlhüter gab den Diskussionsteilnehmern insofern recht, als die Debatte eine insgesamt richtige Bestandsaufnahme erbringe. Aber es müsse doch gefragt wer-

den: wo Wirtschaft eigentlich stattfinde? Man müsse sich wieder viel bewußter mit dem Kapitel Wirtschaft befassen.

Präsident Hartmann führte zurück zum Thema mit der Bemerkung, wir müßten Wege finden, verbandlich und organisatorisch für diejenigen Firmen, die nicht mehr produzierten, sondern vertreiben, klarzumachen, daß Händlerfirmen nicht „schlechter“ seien als produzierende Unternehmen. Es komme darauf an, mit anderen Partnern

Bayern, gab zu bedenken, daß diese Art von öffentlicher Diskussion auch der Tod der Dienstleistung sein werde. Unbestritten denke der Handel anders als die Industrie. Grundsätzlich schließe sich doch hier die Frage an, was sei denn eigentlich Handel, was sei denn eigentlich Industrie?

Prof. Tietz meinte, durch mehr kommerzielle Kompetenz könnten sowohl die Produktivität als auch das Wachstum stärker werden. Durch Vernetzung werde eine andere Ganzheitlichkeit möglich werden. Hinzu komme, daß wir eine bessere Internationalisierung brauchten. Wir brauchten ebenso eine permanente Effizienzsteigerung, um auf Dauer die hohen Löhne in der Bundesrepublik Deutschland tragen zu können.

Herr Dr. Wolfrum wies in seinem Beitrag darauf hin, daß keine Rivalitäten zwischen Industrie und Handel aufgebaut werden sollten. Die Wirtschaft sei eine gemeinsame Sache.

Herr Harbauer von der DAG bekundete sein Interesse an starken Verbänden. Es sei nicht im Sinne der Gewerkschaften, immer weniger Arbeitnehmer dadurch zu erreichen, daß die Unternehmungen aus den Verbänden austreten. Auch Herr Putz, Präsident des CDH, zeigte sich an einer Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen interessiert. Ein Stichwort, das Präsident Hartmann in seinem Schlußwort aufgriff: Das Thema betreffe uns alle. Keine Konfrontation brächte uns weiter und Erfolg, sondern eine Zusammenarbeit, damit wir im 21. Jahrhundert weiterhin eine starke Wirtschaftsnation bleiben könnten.

enger zusammenzuarbeiten. Herr Prof. Tietz glaubt, daß die Schnittstellen in Zukunft fließend sein würden. Es werde mehr und mehr durchvertikalierte Betriebe geben. Zudem müßten neuartige Vernetzungen gefunden werden.

Dr. Spary, Hauptgeschäftsführer des BGA, warf einen Blick in die Wirtschaft und sprach teilweise Großunternehmen wie Thyssen und Mannesmann an. Die Entwicklung in diesen Unternehmen zeige, daß nicht in der Produktion, sondern im Handel das Geld verdient werde. Dr. Scholz griff die Frage auf, mit der Bemerkung, ob diese Firmen (die Großindustrie) in Zukunft Mitglieder sein sollten beim Groß- und Außenhandel statt im Bundesverband der Deutschen Industrie? Über die Verbandszugehörigkeit und Anbindung, so Dr. Scholz, müsse im Endeffekt doch jede Firma selber entscheiden. Selbstverständlich würden auch diese Fragen im BDI heftig diskutiert.

Karl Bayer, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in

Trotz aller Verfeinerung der Methoden ließen sich Erfolg oder Mißerfolg einer Kampagne nie exakt vorhersagen. Warenhauskönig John Wanamaker sagte dazu: „Ich weiß genau, daß die Hälfte meiner Werbung zum Fenster hinausgeworfen ist. Ich weiß nur nie genau, welche Hälfte.“

IM BLICKPUNKT: GROSS- UND AUSSENHANDEL

GROSSHANDELSINVESTITIONEN: TROTZ STARKEN RÜCKGANGS NOCH HOHES NIVEAU

1993: Investitionsboom abrupt beendet

Der Umsatzrückgang im deutschen Großhandel setzte sich 1993 verstärkt fort. Sowohl im Osten (-3,8%) wie im Westen (-3,2%) mußten die Unternehmen ein nominales Minus hinnehmen, real ergab sich ein Umsatzrückgang von 1,3%. Verantwortlich hierfür waren einerseits die Rezession und andererseits der Wegfall der Sonderkonjunktur in Folge der Wiedervereinigung. In den neuen Bundesländern kam noch der anhaltende Strukturwandel hinzu.

Die Großhandelsunternehmen paßten ihre Beschäftigtenzahl dem Umsatzrückgang an. Bei den am ifo Investitionstest beteiligten Firmen verminderte sich der Personalbestand auf der Basis von Vollbeschäftigen (Teilzeitbeschäftigte sind auf die tarifliche bzw. branchenübliche Wochenarbeitszeit umgerechnet) gegenüber 1992 um 3%. Die Geschäftsflächen wurden um rund 1% reduziert.

Die Rezession und das Auslaufen der Expansionsphase in den neuen Bundesländern beendeten den seit 1986 anhaltenden Investitionsboom im Großhandel abrupt.

Nach den Ergebnissen des neuesten ifo Investitionstests reduzierte der deutsche Großhandel seine Investitionsausgaben im Jahre 1993 um gut 24% auf 17,2 Mrd. DM, was preisbereinigt ein Minus von rund 26% bedeutet. Dieser spektakuläre Rückgang sollte jedoch nicht überinterpretiert werden, denn die Investitionsquote, also der Anteil der Investitionsausgaben am Umsatz ist mit 1,4% (1992: 1,8%) immer noch wesentlich höher als in den achtziger Jahren. Außerdem sind die von den Unternehmen nicht selbst bilanzierten, sondern von Leasinggesellschaften, Immobilienfonds etc. getätigten Investitionen noch gar nicht berücksichtigt. Diese Mietinvestitionen sind zwar 1993 ebenfalls zurückgegangen – vor allem bei den Immobilien – aber bei weitem nicht in dem Umfang wie die bilanzierten Anlagenkäufe.

Im Jahre 1993 verminderten alle bedeutenden Bereiche des Großhandels ihre Investitionsausgaben. Die Spanne reicht von -12% im Landhandel bis -40% im Nahrungs- und Genußmittelhandel. Innerhalb der verschiedenen Umsatzgrößenklassen differierten die Minuszahlen nur gering-

fügig. Zu den wenigen Großhandelsbranchen, die 1993 mehr investierten (zwischen 5 und 25%) zählen: Flachglas, Baustoffe, Installationsmaterial, Brennstoffe, Lacke, Farben und Tapeten, Krankenpflege- und Laborbedarf sowie Uhren und Schmuck.

Hoher Anteil der Bauinvestitionen

Der Anteil der Baumaßnahmen an den Gesamtinvestitionen des Großhandels in der Bundesrepublik stieg 1993 von 41 und 44% und erreichte damit ein so hohes Niveau, wie zuletzt in den siebziger Jahren. Ein beträchtlicher Anteil der Bauinvestitionen entfiel auf Projekte in den neuen Bundesländern. Auch die Ausgaben für Betriebs- und Geschäftsausstattungen einschließlich Maschinen und Anlagen fielen mit einem Anteil von 40% nur wenig unter den Rekordwert von 1992 (42%) zurück. Weiter auf Talfahrt blieb hingegen der Anteil der Kraftfahrzeuge an den Gesamtinvestitionen der Großhandelsunternehmen; mit 16% (1992: 17%) erreichte er einen Tiefstand. Diese Entwicklung ist zum einen auf das weiterhin expandierende Fahrzeug-Leasing und zum anderen auf eine verstärkte Ko-

TENDENZEN DER INVESTITIONSPLANUNG IM GROSSHANDEL FÜR 1994

Branche bzw. Bereich	Tendenz a) für 1994	Branche bzw. Bereich	Tendenz a) für 1994
Gemischtes Sortiment	-	Sonstige Fertigwaren	+
Nahrungs- und Genußmittel	-	Pharmazeutika	+
Textilwaren, Heimtextilien, Schuhe	+	Krankenpflege, Laborbedarf, Körperpflege und Reinigungsmittel	-
Textilwaren, Heimtextilien	+	Technische Bedarfssortikel	+
Schuhe, Lederwaren	=	Lacke, Farben und Tapeten	=
Rohstoffe und Halbwaren	-	Papierwaren, Schul- und Büroartikel	-
Technische Chemikalien, Kautschuk	-	Bücher und Zeitschriften	=
Flachglas	-	Möbel und kunstgewerbliche Erzeugnisse	+
Holz	-	Feinkeramik, Glaswaren,	
Baustoffe	-	Metall- und Kunststoffwaren	+
Installationsmaterial für Heizung, Gas, Wasser	-	Elektroerzeugnisse	-
Eisen und Stahl	-	Feinmechanik und Optik,	
NE-Metalle	=	Uhren, Schmuck und Spielwaren	+
Altwaren, Reststoffe	-	Kraftfahrzeuge, Fahrräder,	
Brennstoffe, Mineralölprodukte	+	Kraftfahrzeugzubehör und -ersatzteile	+
Textile Rohstoffe, Leder und Häute	-	Büromaschinen	-
Landhandel	-	Landmaschinen	+
Einzelwirtschaftlicher Großhandel	-	Werkzeugmaschinen und Werkzeuge	+
Großhandel insgesamt	-	Baumaschinen	=
a) Zeichenerklärung: + Zunahme, - Abnahme, = nahezu unverändert.		Genossenschaftlicher Großhandel	-
		Gewerbliche Genossenschaften	
		und Einkaufsvereinigungen	=
		Landwirtschaftliche Genossenschaften	-

BUNDESVERDIENSTKREUZ ERSTER KLASSE FÜR PRÄSIDENT HARTMANN

Der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, Dr. Otto Wiesheu, hat am 15. September 1994 unserem Präsidenten Senator Helmut Hartmann das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse überreicht. In seiner Laudatio unterstrich Staatsminister Wiesheu die besonderen Verdienste Hartmanns um den Groß- und Außenhandel, die mittelständische Wirtschaft und insbesondere auch seine Aktivitäten auf sozialem Gebiet. Damit hat der Herr Bundespräsident die vorbildlichen Leistungen Helmut Hartmanns erneut gewürdigt. Wir freuen uns mit unserem Präsidenten über diese erneute Auszeichnung.



operation mit dem Transportgewerbe zurückzuführen.

1994: Investitionsausgaben mit leichtem Minus – Investitionsquote bleibt auf hohem Niveau

Es erscheint für den deutschen Großhandel auch für das Gesamtjahr 1994 ein nominales Plus von etwa 1% erreichbar. In diesem konjunkturellen Umfeld und wegen des Auslaufens der Expansionsphase in Ostdeutschland planen die Großhandelsunternehmen in der Bundesrepublik für 1994 moderate Abstriche an ihren Investitionsbudgets.

Nach den Plänen der am ifo Investitions- test beteiligten Großhandelsfirmen werden die Investitionsausgaben im laufenden Jahr nominal um gut 4% geringer ausfallen als 1993. Nach Abzug der voraussichtlichen Preissteigerungen für Bauten und Ausrüstungsgüter würde sich das Minus auf rund 6% belaufen. Mit einer Investitionssumme von 16,4 Mrd. DM würde die Investitionsquote im laufenden Jahr – mit knapp 1,4% – auf dem relativ hohen Niveau von 1993 verharren. Trotz des erneuten Rückgangs der Investitionsausgaben ist die Investitionstätigkeit im Großhandel noch immer rege. Immerhin ist die geplante Investitionssumme für 1994 mehr als doppelt so hoch wie 1986 und die Investitionsquote ist mit 1,4% deutlich höher als in den achtziger Jahren. Dabei sind die zusätzlichen Anlagegüter, die sich die Unternehmen bei Leasinggesellschaften, Immobilienfonds etc. besorgen, noch gar nicht berücksichtigt.

Nunmehr steht das Erweiterungsziel sicherlich nicht mehr im Vordergrund der Investitionsaktivitäten der Großhandelsunternehmen, sondern die Rationalisierung sowie die Optimierung von Unternehmensgrößen und Betriebsabläufen im Rahmen moderner Logistikkonzepte. Denn als Mittler zwischen den Wirtschaftsbereichen ist der Großhandel natürlich besonders davon betroffen, wenn etwa der Einzelhandel oder die Industrie beständig bestrebt sind, ihre eigenen Lager zu verkleinern und die Lagerfunktion auf andere Wirtschaftsbereiche zu übertragen.

Um den anhaltenden Ausschaltungstendenzen zu begegnen, müssen die Unternehmen des Groß- und Außenhandels ständig ihre Kompetenz in den Bereichen Transport, Logistik und Beratung stärken. Dies zieht wiederum einen entsprechenden Investitionsbedarf nach sich.

Zudem ist die Orientierungsphase im ostdeutschen Großhandel noch nicht abgeschlossen. Für die weitere Entwicklung der dortigen Distributionswirtschaft kommt den selbständigen Großhandelsfirmen in den neuen Bundesländern eine große Bedeutung zu. Um in dem intensiven Wettbewerb, vor allem mit der Großhandelsstufe der Verbundgruppen, bestehen zu können, werden diese Unternehmen weiterhin rege investieren müssen.

Bei den Investitionsplänen für das Jahr 1994 überwiegen zwar noch dienjenigen Großhandelsbereiche, die weniger investieren wollen als 1993, es gibt jedoch zwei, die ihre Budgets aufstocken. Das sind der

Großhandel mit Textilien, Heimtextilien, Lederwaren und Schuhen (+20%) sowie mit sonstigen Fertigwaren (+10%). Kürzungen ihrer Investitionsausgaben zwischen 10 und 15% erwarten hingegen der Großhandel mit Waren verschiedener Art, mit Nahrungs- und Genußmitteln, mit Rohstoffen und Halbwaren sowie der Landhandel. Auch auf Fachzweigebene überwiegen diejenigen Branchen, die 1994 weniger investieren wollen als im Vorjahr oder gleichviel. Es gibt aber auch eine Reihe von Budgetanhebungen, insbesondere im Fertigwarenbereich (vgl. Tab.).

Weniger Projekte zurückgestellt

Die Rangfolge der Begründungen für Zurückstellungen von Projekten hat sich gegenüber 1993 nicht geändert. Nach dem traditionellen Spitzenreiter „schlechte Ertragslage bzw. Gewinnerwartungen“ mit 68% (1993: 70%) folgte auf dem zweiten Platz „eingetretene oder erwartete Nachfrageschwächung“ mit 43% (1993: 61%), gefolgt von „Finanzierungsschwierigkeiten“ mit 17% (1993: 20%) sowie „sonstigen Gründen“ mit 13% (1993: 6%). Bei letzteren dominierten wieder die Angaben über Probleme bei der Standortsuche, beim Grundstückserwerb sowie bei Bauplanungen und -genehmigungen.

Arno Städler, unter Mitarbeit von Joachim Schweiger

gekürzt entnommen aus:
IFO SCHNELLDIENST 24/94

FIRMENPORTRAIT

MAIER MINERALÖLE GMBH – KOMPETENZ UND PARTNERSCHAFT IM TANKSTELLENGESCHÄFT

75 Jahre ist sie nun alt geworden, die Firma Maier in Vilshofen. Im Januar 1919 übernahm der Firmengründer Josef Maier einen Betrieb, der mit Öl, Petroleum, Fetten, Kerzen, Farben und anderen Gütern für den Hausgebrauch und das ländliche Gewerbe handelte. 1929 wurde die erste Benzinzapfsäule Vilshofens installiert. 1938 traten die beiden Söhne Oskar und Erich in das Geschäft ein. Anfang der 50er Jahre wurde das Heizölgeschäft aufgenommen und ein flächendeckendes Netz mit Straßentankstellen aufgebaut. Seit 1953 arbeitet Maier eng mit der „alten“ DEA, der Deutschen Erdöl AG, zusammen, die 1966 von TEXACO übernommen wurde. Nach der Übernahme durch den deutschen Energie-Konzern RWE firmiert der Partner wieder unter dem traditionsreichen Namen DEA. Die herausragende Unternehmerspersönlichkeit Oskar Maier schuf, nach dem Tode des Bruders Erich, ein modernes Mineralölunternehmen. Er verstarb im 75. Jubiläumsjahr des Unternehmens. Bereits 1987 trat aber mit Alexander Maier bereits die dritte Generation in das Familienunternehmen ein.

Die Firma Maier ist sich bewußt, daß nur wenige Wirtschaftszweige unser mobiles und komfortables Leben in ähnlicher Weise bestimmen wie die Mineralölwirtschaft. Dabei ist sich Maier aber auch bewußt, daß die Herstellung und Verwendung dieser Produkte die Frage nach der Umweltverträglichkeit herausfordern.

Maier arbeitet seit den 30er Jahren im Tankstellengeschäft und versteht sich als Garant für gereiftes und kompetentes Tankstellen-Know-how, wovon 150 Tankstellen-Unternehmer profitieren. Die individuelle Betreuung geht dabei von der Tankstellenplanung bis hin zum Tagesgeschäft. Unterstützung erhalten die Partner in Fragen der gesetzlichen Vorschriften, der Planung und Ausführung sowie des Umweltschutzes. Besonderes Augenmerk wird hierbei auf den Schutz von Luft, Wasser und Boden nach den neuesten Erkenntnissen gelegt. Zum Beratungsprogramm gehört auch die Planung und Auswahl modernster Autowaschanlagen. Zum Thema Müllvermeidung gehört auch die „DEA Öltheke“. Dieser

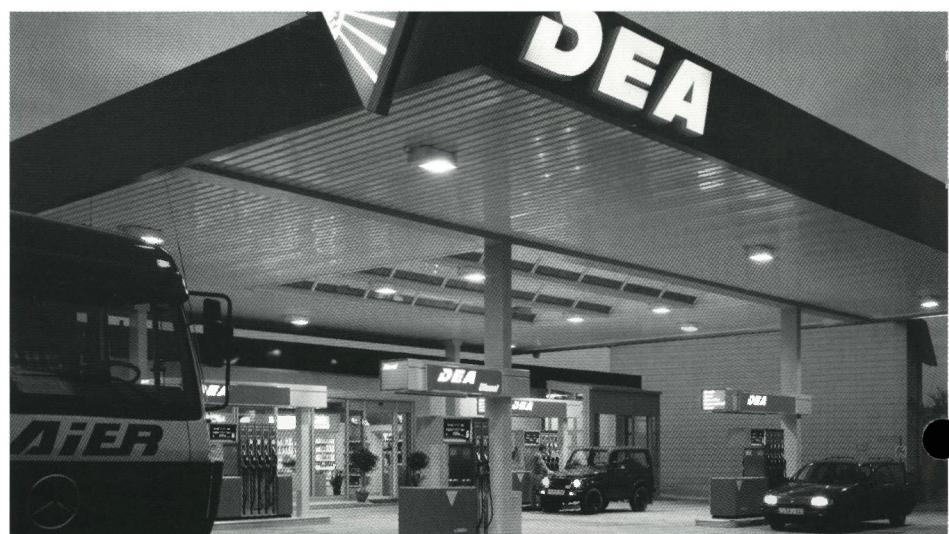
leicht zu handhabende Self-Service ist außerdem für den Kunden eine saubere Sache.

Raffinierte Ideen aus Öl

Rasante technische Neuerungen im Motoren- und Maschinenbau erfordern besondere Anstrengungen bei der Forschung und

Entwicklung von Schmierstoffen. Maier Mineralöle bietet eine entsprechend hochwertige, umfassende Produktpalette für Schmierstoffe. Selbstverständlich gehört hierzu auch eine individuelle Kundentreuung, die Lösungen für jeden Anwendungsfall bietet. Dabei setzen sich zunehmend biologisch abbaubare Produkte

Eine saubere Sache: die Tankstellen...



...und ihre Shops



durch, die bei unbeabsichtigtem Austreten der Verlustschmierung die Umwelt nicht belasten.

Die Befüllung durch geeichte Spezialtankwagen macht Schluß mit der Gebinde-Entsorgung, Schwundmengen und Ölverschmutzungen. Es schont die Umwelt und senkt die Kosten. Durch den Transport auf der Schiene entlastet es zudem spürbar die Straße. Dieses Qualitätsbewußtsein findet seinen Ausdruck in der Zertifizierung nach der international gültigen Norm DIN ISO 9002.

Wärme, Service, Wohlbehagen

Maier verkauft seit Jahrzehnten den noch immer zeitgemäßen Brennstoff Heizöl. In modernen Heizanlagen verfeuert, gilt dieses Produkt unter allen Energieträgern als das wirtschaftlichste. In absehbarer Zukunft wird der Schwefelgehalt des Heizöls um 75% gesenkt werden können. Damit steht dieses Produkt auch ökologisch gesehen anderen fossilen Energieträgern in nichts nach. Prompter Lieferservice und die individuelle DEA-Energie-Spar-Berechnung per Computer garantieren günstige Kosten und Komfort.

Dienstleistung und Technik

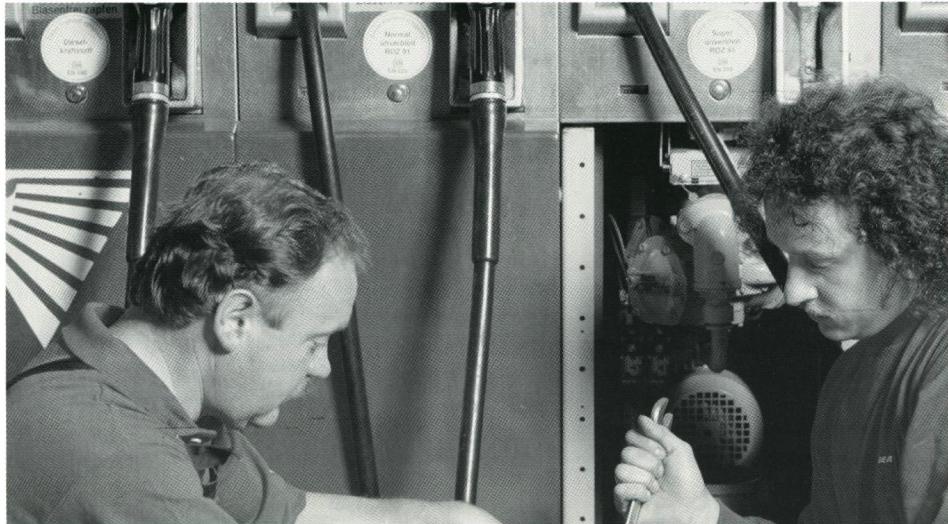
Ein eingespieltes Team steht im Außen- und Innendienst den Kunden in allen Fragen zur Seite. Erfahrene Ingenieure finden auch Lösungen für komplexe Anwendungsfälle. Insgesamt wird auf Ausbildung und Schulung des Mitarbeiterteams sowie firseneigene Fortbildung größtes Augenmerk gerichtet – zum Nutzen der Partner. Die Wünsche der Kunden sind, so Maier, nur mit kompromißloser Qualität zu erreichen.

In Kürze wird das Leistungsspektrum umfassen:

- Bauplanung, -beratung und -leitung,
- Montage, Reparatur und Wartung von Tank- und Ölabbageanlagen
- Beratung bei der Anwendung von Umweltvorschriften zum Gewässer-, Boden- und Emissionsschutz.

Wir veröffentlichen regelmäßig ein „Firmenporträt“, mit dem sich eine unserer Mitgliedsfirmen vorstellen kann.

Firmen, die bereit sind, sich im Rahmen dieser Veröffentlichungsreihe zu beteiligen, wenden sich bitte an die Hauptgeschäftsstelle. Wir gehen gerne auf Ihren Vorschlag ein.



Technik und Beratung...



...auf hohem Niveau im Dienste der Kunden



RECHTSFRAGEN

UMWELTPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN ANNEHMEN

von DR. UWE SCHWARTING, STELLV. HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER DES BUNDESVERBANDES DES DEUTSCHEN GROSS- UND AUSSENHANDELS (BGA)

Die auslaufende XII. Legislaturperiode war gekennzeichnet durch zahlreiche umweltpolitische Vorstöße und Vorschläge, die unmittelbar auch den Groß- und Außenhandel betreffen, bzw. – wie im Falle der Verpackungsverordnung – auch getroffen haben. Mit dem nunmehr verabschiedeten Kreislaufwirtschaftsgesetz kommen weitere Rechtsverordnungen, deren mögliche Auswirkungen schon jetzt analysiert werden müssen. Auch die EU wird zunehmend im Bereich Umweltpolitik aktiv, was die Diskussion um die EU-Verpackungsrichtlinie belegt.

Verpackungsnovelle noch nicht in Sicht

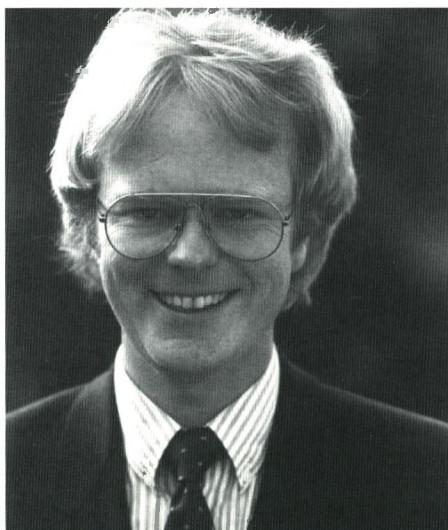
Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen vom Mai 1994 aus dem Hause des Bundesumweltministers Prof. Dr. Klaus Töpfer: die Novelle der Verpackungsverordnung aus dem Jahr 1991 kommt nicht mehr in dieser Legislaturperiode. Offenbar aus Sorge, daß die Novelle im Bundesrat von den Ländern in wichtigen Punkten weiter verschlechtert werden könnte, wurde das Vorhaben vorerst verschoben.

Diese kurzfristige Absage des Novellierungsvorhabens kann nicht gut geheißen werden, denn nach wie vor weist die bestehende Verpackungsverordnung rechtliche Mängel auf.

Die bestehende Fiktion der generellen Rücknahmeverpflichtung über den Handel sollte vielmehr aufgegeben werden; sie ist ökologisch und ökonomisch nicht sinnvoll und wird im Erzwingungsfall technische, hygienische und finanzielle Probleme in erheblichem Ausmaß für alle Beteiligten mit sich bringen.

Sinnvoll – da allein effektiv und verbraucherfreundlich – ist die verbrauchernahe Einsammlung von ausgedienten Verpackungen bei der Anfallstelle, und zwar sowohl von Verkaufs- als auch von Transportverpackungen.

Der Groß- und Außenhandel lehnt es ferner ab, daß Hersteller und Vertreiber, also auch der Importhandel, völlig undiffe-



Dr. Uwe Schwarting

renziert sowohl der Rücknahme als auch der Verwertungspflicht unterworfen werden. Es ist unverhältnismäßig, wenn dem Handel pauschal die gleichen Verwertungspflichten auferlegt werden wie den Herstellern.

Kreislauf-Wirtschaftsgesetz verabschiedet

Am 23. Juni 1994 haben sich Bundesrat und Bundestag im Rahmen des hierfür eingesetzten Vermittlungsausschusses auf eine gemeinsame Position zum Kreislaufwirtschaftsgesetz geeinigt. Dies war – entgegen sämtlicher Prognosen – möglich, da die Bundesregierung dem Bundesrat in einigen wichtigen Punkten entgegengekommen war:

1. Es wurde eine Anpassung an die Begriffe des europäischen Abfall- und Umweltrechts vorgenommen (waste = Abfall/disposal = Beseitigung).
2. Der Vermeidungsvorrang wurde ausdrücklich in § 1 aufgenommen.
3. Die Kommunen erhalten gegenüber der ursprünglichen Fassung erweiterte Mitspracherechte über die Art und Weise der Einsammlung vor Ort.

4. Der Hersteller erhält eine besondere Produktverantwortung.

Wie sehen nun die Eckwerte des Kreislaufwirtschaftsgesetzes aus:

■ Abfälle sind nicht mehr länger solo Sachen, deren sich der Besitzer „entledigen“ will. Künftig sind Abfälle auch solche Produkte und Reststoffe, die weder „zielgerichtet produziert noch zweckentsprechend eingesetzt“ werden können. Hierzu zählen z. B. Metallspäne aus der Industrieproduktion ebenso wie alte Autos und Zeitungen.

■ In zentralen Bereichen von Produktion wird die „Pflicht zur Abfallvermeidung“ festgelegt. Einerseits müssen Abfälle – etwa durch integrierte Kreislaufführung von Einsatzstoffen, Ölen und Lösemitteln – bereits im Produktionsverfahren soweit wie möglich vermieden werden; andererseits sind durch die gesetzliche Produktverantwortung auch die Produkte so zu gestalten, daß bei ihrer Herstellung und ihrem Gebrauch Abfälle verringert werden, bzw. nach dem Gebrauch eine umweltverträgliche Verwertung und Beseitigung sichergestellt ist. Produkte sollen daher „mehrfaç verwenbar, technisch langlebig, reparaturfreundlich und schadstoffarm“ sein. Rechtlich erzwingen läßt sich die Produktverantwortung allerdings nur durch – je nach Produktbereich differenzierte – „Rechtsverordnungen“. Gerade der Importhandel muß hier vor unverantwortbar hohen ökologischen Standards geschützt werden, denn ökologische nichttarifäre Handelshemmnisse sind genauso abzulehnen wie ökonomisch begründete nichttarifäre Handelshemmnisse.

■ Nicht vermeidbare Abfälle sind künftig umweltverträglich zu verwerten. Dabei sind „stoffliche Verwertung“ und „energetische Verwertung“ gleichermaßen zugelassen. Vorrang hat aber immer die „umweltverträglichste“ Verwertungsart. Einen generellen Vorrang der stofflichen Verwertung „um jeden Preis“ gibt es also nicht. Die Bundesregierung wird für einzelne Abfallarten

künftig den „Vorrang der Verwertungsart“ durch Rechtsverordnungen festlegen, z.B. durch stoffliche Verwertungsquoten, wie beim Altpapier etc.

Soweit eine Verordnung noch nicht vorliegt, können Abfälle stofflich oder energetisch verwertet werden. Die energetische Verwertung setzt allerdings voraus, daß die Abfälle einen Heizwert von 11.000 Kilojoule pro Kilogramm haben und die Verwertungsanlage einen Feuerwirkungsgrad von 75 Prozent erzielt und die gewonnene Wärme selbst genutzt oder an Dritte abgegeben wird. Damit wird auch klar, daß die ~~konventionelle Abfallverbrennung, insbesondere von Hausmüll~~, keine energetische Verwertung im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ist.

■ In den künftigen Diskussionen um die Rechtsverordnungen wird man darauf achten müssen, inwieweit überzogene Standards den Groß- und Außenhandel behindern. Hilfreich können dabei die Formulierungen in § 5 Abs. 4 sein, denn dort heißt es: „...die Pflicht zur Verwertung von Abfällen ist einzuhalten, soweit dies technisch möglich ist und wirtschaftlich zumutbar ist...“. Vor allen Dingen bei der wirtschaftlichen Zumutbarkeit muß darauf geachtet werden, daß die für den Groß- und Außenhandel wichtigen Logistikkosten (Kosten der Sammlung von Abfällen und Systemgestaltung sowie Zuführung zu den Verwertungsanlagen) in dieses Bewertungskriterium mit einfließen.

Einen anderen Ansatzpunkt bietet der § 22 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, der die Produktverantwortung definiert. Dabei fällt auf, daß die Produktverantwortung nicht mehr völlig undifferenziert Herstellern und Vertreibern zugewiesen wird. Zwar treffen den Handel immer noch außerordentlich starke Verpflichtungen:

1. Der Handel bleibt in der allgemeinen Produktverantwortung „zur Erfüllung der Ziele der Kreislaufwirtschaft“ (§ 22 Abs. 1).
2. Der Groß- und Außenhandel erhält als Vertreiber eine Mitverantwortung, da er nur noch „bestimmte“ Produkte, (mehr-fachverwendbar, technisch langlebig etc.) vertreiben darf (§ 22 Abs. 2 Nr. 1). Außerdem hat der Handel die Rücknahme- und Verwertungs-Beseitigungs-pflicht für gebrauchte Produkte.

Es wird aber auch im Rahmen der Produktverantwortung verdeutlicht, daß der

Vertreiber nicht für sämtliche Ausflüsse der Produktverantwortung auf eine Stufe mit dem Hersteller gestellt werden kann. Diese Neuerung ist ausdrücklich (§ 22 Abs. 2 Nr. 2) bzw. erkennbar (§ 22 Abs. 2 Nr. 3 u. 4) nur den Herstellern zugewiesen.

Völlig neu wurde in diesem Zusammenhang in den Verhandlungen zwischen Bundesrat und Bundestag der Abs. 4 im Rahmen der Produktverantwortung des § 22 aufgenommen. Danach muß im Rahmen der Rechtsverordnung die Produktverantwortung so gestaltet werden, daß die jeweiligen Verpflichtungen genau zugewiesen werden müssen. Abs. 4 schafft damit die Möglichkeit, den Handel bei bestimmten Verordnungen aus seinen Rücknahmeverpflichtungen auszunehmen. Andererseits droht die Gefahr, daß bei bestimmten Produkten der Handel noch stärker als bisher verpflichtet wird. Hier gilt es, ein genaues Augenmerk bei den Beratungen über die kommenden Rechtsverordnungen zu haben.

EU-Richtlinie über Verpackung und Verpackungsabfälle noch in der Beratung

Um die unterschiedlichen Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Bereich der Verpackungs- und Verpackungsabfallbewirtschaftung zu harmonisieren und das Funktionieren des Binnenmarktes ohne Handelshemmnisse und Beschränkungen zu gewährleisten, wird derzeit eine EU-Verpackungsrichtlinie erarbeitet.

Die Eckpunkte dieser EU-Richtlinie seien wie folgt aus:

1. Unter den Begriff der Verpackung fallen
 - Verkaufsverpackungen oder Erstverpackungen,
 - Umverpackungen oder Zweitverpackungen und
 - Transportverpackungen oder Drittverpackungen.
2. Verwertung und stoffliche Verwertung: Spätestens fünf Jahre nach dem Zeitpunkt, zu dem diese Richtlinie in innerstaatliches Recht umgesetzt sein muß, müssen zwischen mindestens 50 und höchstens 65 Gewichtsprozente der Verpackungsabfälle verwertet werden.

Innerhalb dieses Verwertungsziels und innerhalb der gleichen Frist werden zwischen mindestens 25 und höchstens 45 Gewichtsprozent des gesamten Verpackungsmaterials, das in Verpackungsabfällen enthalten ist, und mindestens 15 Gewichts-

prozent jedes einzelnen Verpackungsmaterials stofflich verwertet.

Griechenland, Irland und Portugal können aufgrund ihrer besonderen Situation niedrigere Zielvorgaben erfüllen. Auf der anderen Seite können Nationen wie die Bundesrepublik Deutschland über die Zielvorgaben hinausgehen, wenn sie angemessene Verwertungskapazitäten (einschließlich der stofflichen Verwertung) bereitstellen, Verzerrungen des Binnenmarktes vermieden und andere Mitgliedstaaten nicht daran gehindert werden, dieser Richtlinie nachzukommen. Insofern ist davon auszugehen, daß durch die EU-Verpackungsrichtlinie kein entscheidender Druck auf die deutsche Verpackungsverordnung ausgeht.

Gemeinsam mit anderen Mitgliedsstaaten hat Belgien von der Sperrminorität Gebrauch gemacht und die Verabschiedung der EU-Richtlinie blockiert. Der Hintergrund liegt in einer Äußerung des Europäischen Parlaments, in der es heißt, daß die von den Mitgliedsstaaten verabschiedeten marktwirtschaftlichen und fiskalischen Maßnahmen keinerlei Wettbewerbsverzerrungen hervorrufen, den freien Warenverkehr nicht gefährden und eingeführte Güter nicht diskriminieren dürfen. Diese Forderung des EP unterstützt die Kritiker der belgischen Ökosteuer auf Verpackungen bei eingeführten Waren. Es ist also zu erwarten, daß sich die Verabschiedung der „EU-Richtlinie über Verpackungsabfälle“ weiter verzögern dürfte.

Fazit:

Umweltthemen haben und werden die Wirtschaft zunehmend belasten. Die Industriegewerkschaft Chemie/Papier/Keramik sprach im Zusammenhang mit dem von der SPD im August 1993 vorgestellten Umweltprogramm „Reform für eine dauerhafte Entwicklung“ schon von einer „Öklastigkeit“ der Diskussion in Deutschland. Bei aller Notwendigkeit für mehr Umweltschutz darf nicht aus den Augen verloren gehen, daß Ausgangspunkt eine gesunde ökonomische Basis sein muß, die erst die Sozial- und Umweltorientiertheit ermöglicht. Man mag darüber in der Theorie streiten, die Praxis und Erfahrung des täglichen Erlebens zeigen aber, daß erfolgreiche und anspruchsvolle Sozial- und Umweltpolitik nur dort zu finden sind, wo zunächst eine gesunde ökonomische Grundlage besteht.

Denkschrift der Arbeitgeber: UMBAU DES SOZIALSTAATES

Die Politik der kommenden vier Jahre wird entscheiden, ob es gelingt, Staatsquote, Abgabenlasten und Neuverschuldung des Staates wieder auf dauerhaften Kurs nach unten zu bringen. Standortnachteile der deutschen Wirtschaft zu beseitigen, bedeutet zu allererst, die hohen Lohnzusatzkosten zu senken. Die Arbeitgeber fordern hierzu einen Umbau des Sozialstaates. Das bedeutet bei neuer Prioritätensetzung auch Abbau von einzelnen Leistungen.

1993 wurden in Deutschland 1062,6 Milliarden Mark für Sozialleistungen aufgewendet; das entsprach 34 Prozent des Bruttosozialprodukts. Auf jeden Kopf der Bevölkerung entfielen damit im Schnitt 13 083 Mark. Der Sozialstaat expandiert auf Kosten der Zukunft unserer Gesellschaft. Während 1970 der Wert für Anlageinvestitionen und der Sozialaufwand noch nahe beieinander lagen, übertrafen die Sozialleistungen die Anlageinvestitionen 1993 bereits um die Hälfte.

Die Beitragssätze zur Sozialversicherung summieren sich heute im Westen im Schnitt auf 39,1 Prozent. Allein aufgrund der demographischen Entwicklung würde der Gesamtsozialversicherungs-Beitragssatz bis zum Jahr 2030 auf deutlich über 50 Prozent ansteigen. Die arbeitgeber-Bundesvereinigung hat ihre Vorschläge und Forderungen für den Umbau des Sozialstaates in einer Denkschrift zusammengefaßt.

Soziale Sicherung kann keine Vollsicherung mehr für alle Risiken des Lebens sein. Steigende Einkommen, wachsender Wohlstand auf der einen Seite und ein immer engmaschigeres Sozialnetz auf der anderen Seite sind ein Widerspruch in sich. Der Umfang der Sozialleistungen muß stärker als bisher an den Aufgaben orientiert und auf die wirklich Bedürftigen konzentriert werden.

In Zukunft wird der einzelne mehr in eigener Verantwortung Vorsorge treiben müssen. Dies ist mit stärkeren Anreizen für eine verantwortungsbewußte Inanspruchnahme von Leistungen zu verbinden. Dem würde vor allem ein durchgängiger und steuernder Selbstbehalt der Versicherten bei allen Krankheitskosten dienen, also auch bei der ambulanten Behandlung. Die Versicherten sollten ihren Versicherungsschutz auf ein Kernleistungspaket be-

schränken können, der Wettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung durch neue Gestaltungsmöglichkeiten auf der Leistungs- und auf der Finanzierungsseite erweitert werden.

Die Arbeitgeber fordern eine Reform im System der beitragsfinanzierten Sozialversicherung, nicht den Umsturz der Systeme. Deshalb werden steuerfinanzierte Grund- und Mindestsicherungssysteme für das Alter abgelehnt. Das Rentenniveau von heute rund 70 Prozent und der derzeitige Rentenanpassungsmodus, die Nettoanpassung, dürfen nicht tabu sein. Steigende Eigenvorsorge schafft auch hier Raum zur Rückführung der kollektiven Sicherungssysteme und damit zur Entlastung der Arbeitsplatzkosten.

Damit sich Leistung lohnt, muß ein deutlicher Abstand zwischen Sozialeinkommen und verfügbaren Einkommen aus Arbeit bestehen. Das gilt für das Lohnabstandsgebot der Sozialhilfe, aber auch für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfalle. Deshalb wird ein prozentualer Abschlag von der Krankenlohnzahlung der Betriebe in den ersten zwei Wochen einer Arbeitsunfähigkeit vorgeschlagen.

Ein wichtiger Grundsatz ist die systemgerechte Finanzierung von Sozialleistungen. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben müssen auch von allen Bürgern insgesamt über Steuern getragen werden. Die versicherungsfremden Leistungen belaufen sich in der Sozialversicherung auf etwa 170 Milliarden Mark. Davon werden heute rund 100 Milliarden Mark systemwidrig von den Beitragsszahlern, den Versicherten und den Arbeitgebern, finanziert. Dies entspricht etwa sieben Beitragssatzpunkten. Die Übertragung versicherungsfreiem Leistungen vom Beitragssatz auf die Steuerzahler darf jedoch nicht zu Steuererhöhungen führen. Der Finanzbedarf hierfür muß vielmehr durch Einsparungen und Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten aufgebracht werden.

Die Denkschrift „Sozialstaat vor dem Umbau – Leistungsfähigkeit und Finanzierbarkeit sichern“ enthält Vorschläge und Forderungen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu allen Bereichen der sozialen Sicherungspolitik. Die Broschüre ist bei der arbeitgeber-Bundesvereinigung, Gustav-Heinemann-Ufer 72, 50968 Köln, Frau Rink, Fax: 02 21/37 95-296 kostenlos erhältlich.

Eugen Müller

EUROCOMMERCE – FEWITA: 5. EUROPÄISCHER TAG DES HANDELS

Eine überzeugende Demonstration der Geschlossenheit und Entschlossenheit des Handels in Europa wird der 5. Europäische Tag des Handels, zu dem unsere europäischen Spitzenorganisationen EuroCommerce und FEWITA gemeinsam mit dem BGA einladen für den 10. November 1994, Brüssel.

Diese Konferenz bietet eine in ihrer Art einzigartige Gelegenheit, Rolle und Funktionen des Handels in Europa zu erörtern sowie seine Geschlossenheit, seine wirtschaftliche Stärke und Dynamik aufzuzeigen. Der 5. Tag des Europäischen Handels im Conrad-Hotel in Brüssel wird Anlaß zum Meinungsaustausch mit Vertretern der EU-Kommission und dem neu gewählten Europäischen Parlament sein. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen u. a. Verbraucherfragen, neue Zahlungssysteme für den Handel sowie die Bedeutung und Auswirkung neuer Technologien.

Einziger Deutscher unter den bislang zwölf Hauptrednern wird BGA-Präsident Dr. Michael Fuchs sein, der im Sitzungsabschnitt I über den Binnenmarkt und seine Auswirkungen auf den Handel sprechen wird.

Lebhafte Diskussion

Insgesamt werden hochrangige Vertreter des deutschen und europäischen Einzel-, Groß- und Außenhandels sowie Repräsentanten der EU-Kommission und auch der Industrie referieren. Jede der 90-minütigen Diskussionsrunden wird mit einem Eröffnungsreferat beginnen und durch weitere Statements von Fachleuten ergänzt. Die Gestaltung der Referate ist kurz und prägnant vorgesehen, so daß es zu einer lebendigen ausgewogenen Debatte kommen wird. Für Fragen und Beiträge aus dem Publikum ist genügend Zeit reserviert.

Vier Themenschwerpunkte

Vier Themenschwerpunkte stehen im Mittelpunkt des 5. Europäischen Tags des Handels und zwar:

1. Der Binnenmarkt und seine Auswirkungen auf den Handel – Harmonisierung der indirekten Steuern, Subsidiarität und Selbstregulierung.
2. Entwicklung neuer Zahlungsmittel – Diskussion mit Vertretern der EU-Kommission, der Banken und des Handels.

UNTERNEHMENSFÜHRUNG

INFOVOICE – SPRACHGESTEUERTES INFORMATIONSSYSTEM FÜR HICOM 200

Für den Einsatz in Unternehmen oder Organisationen der verschiedensten Branchen eignet sich Infovoice, eine neue Anwendungs Lösung für das ISDN-Kommunikationssystem Hicom 200, von Siemens. Infovoice ist ein Informations- und Bestellsystem, das durch die gesprochenen Worte des Anrufers gesteuert wird und in natürlicher Sprache antwortet. Damit werden Mitarbeiter von Routineauskünften entlastet und ein „Rund um die Uhr“-Dienst erreicht.

Einsatzfelder für Infovoice sind zum Beispiel Fremdenverkehrsbüros, Reiseunternehmen und Fluggesellschaften, um freie Hotelzimmer, Last-Minute-Angebote oder Flugzeiten durchzugeben. Bei Theatern und Kinos lassen sich Spielpläne, Plätze oder Karten abfragen. Im Autohandel können Auskünfte über Gebrauchtwagen gegeben werden, in der Immobilienbranche Informationen über Grundstücke, Häuser, Wohnungen. Der Groß- und Versandhandel informiert per Sprachsystem über Lieferprogramme und Sonderverkaufsaktionen, oder nimmt Bestellungen auch außerhalb der Dienstzeiten an. Banken und Versicherungen wickeln über Infovoice Kurs- und Wertpapieranfragen oder Formularanforderungen ab. Zahlreich sind auch die Einsatzbeispiele für Öffentliche Dienste und Verwaltungen: Straßenzustands- und Wetterberichte, Öffnungszeiten für Museen und Ausstellungen, Umweltschutz-, Medikamenten- und Giftberatung, Fahrplanauskünfte für Bus und Bahn usw. usw.

Infovoice für das ISDN-Kommunikationssystem Hicom 200 gibt es in drei Standardausführungen: für den Auskunfts-, den Bestell- und den Vermittlungsdienst. Der Auskunftsdiensst eignet sich zum Beispiel für Reisebüros: Nach der Begrüßung wird der Anrufer gebeten, seine Auswahl zwischen zwei bis drei Rubriken – etwa Fernreisen, Europa oder Schnäppchen – zu treffen. Durch die Worte des Anrufers „Weiter“ oder „Stop“ wird die Sprachausgabe der einzelnen Angebote gesteuert und auch beliebig oft wiederholt. Möchte der Anrufer anschließend gleich buchen, wird er automatisch mit einem Sachbearbeiter verbunden. Dieser ist dann schon entsprechend informiert, denn das System hat ihm

DER LGA WAR DABEI

3. Auswirkungen der Verkehrspolitik auf die Versorgung im Handel und Zugang zu den Innenstädten. Wie sieht die Rolle des Handels in den Städten von morgen aus?
4. Die Perspektiven des europäischen Handels angesichts der technologischen Revolution – welche Rolle spielt EDI, welche Zukunft hat das „Home-Shopping“?

11. Oktober LGA-Erfa-Gruppe Augsburg unter der Leitung von *Präsident Hartmann*
12. Oktober Besprechung mit dem TÜV über Fragen des Fuhrparkmanagements: *Herr Sattel, Herr Mackholt*
13. Oktober Bürgschaftsausschuß der Kreditgarantiegemeinschaft: *Herr Sattel*
- Sitzung des Arbeitskreises Qualitätsicherung im Wirtschaftsministerium: *Herr Mackholt*
17. Oktober Sitzung der Präsidien und Hauptgeschäftsführer der süddeutschen Landesverbände Bayern, Hessen und Baden-Württemberg unter der Leitung von *Präsident Hartmann*
18. Oktober Sitzung der Strategie-Kommission des BGA in München: *Herr Hartmann, Herr Sattel*
- Podiumsveranstaltung zur Strukturuntersuchung von Prof. Tietz in München
19. Oktober Sitzung Gesellschafterversammlung der Bundesbetriebsberatungsstelle in Bonn: *Herr Sattel*
20. Oktober Messeausschuß des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr, München: *Herr Bethcke*
20. – 22. Oktober Verbandstag des Gesamtverbandes des Deutschen Spielwaren-Groß- und Außenhandels in Kassel: *Herr Mackholt*
21. Oktober Besprechung mit der Messe Leipzig in München: *Herr Sattel, Herr Schwarz*
25. Oktober Empfang aus Anlaß des 65. Geburtstags von Präsident Hartmann mit Staatsminister Dr. Otto Wiesheu und Senatspräsident Prof. Dr. Schmitt Glaeser
- Seminar „Transeuropäische Verkehrsnetze“, IHK-München: *Herr Mackholt*
- 26./27. Oktober Tagung des Bundesverbandes des Deutschen Exporthandels in Würzburg: *Herr Sattel*
28. Oktober Geschäftsführerbesprechung der Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel: *Herr Sattel*
- Arbeitsgemeinschaft Güterverkehrszentren in Bayern, München: *Herr Mackholt*

1. September Symposium des Bayer. Wirtschaftsministeriums zum Thema: EU-Beitritt Österreichs, Freilassing: *Herr Frankenberger*
6. September BGA-Umweltausschuß: *Herr Schumacher, Fa, Graen, München, Herr Mackholt*
14. September Süddeutscher Arbeitskreis „Technische Chemikalien“, Stuttgart: *Herr Mackholt*
15. September Sitzung des Bürgschaftsausschusses des KGG: *Herr Sattel*
16. September 75jähriges Firmenjubiläum der Fa. Mineralöl Meier, Vilshofen: *Herr Frankenberger*
17. – 19. September Messe CADEAUX Leipzig mit Pressekonferenz: *Herr Adler, Herr Galinsky*
20. September BGA-Hauptgeschäftsführerkonferenz, Bonn: *Herr Frankenberger*
27. September Sitzung des BGA-Finanzausschusses, Berlin
28. September BGA-Pressekonferenz Verkehrspolitik, Bonn: *Senator H. Hartmann, Herr Mackholt*
- 6/7. Oktober Umzug des LGA in das neue Büro in der Nymphenburger Straße 1, 80335 München
- Jahresversammlung Fachzweig „Heim und Farbe“ in Münsterschwarzach/Ufr.: *Herr Mackholt, Herr Schröter, GfF*
- Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses und der Koordinierungskommission des BGA, Koblenz: *Herr Scheuerle, Herr Frankenberger*

mitgeteilt, welches Angebot zuletzt gehört wurde. Sind alle Bearbeiter besetzt, hat der Anrufer wiederum die Möglichkeit, auf der Sprachbox eine Nachricht zu hinterlassen, um ihn zurückrufen zu können.

Bei der zweiten Infovoice-Ausführung, dem Bestelldienst, wird der Kunde vom System gebeten, seinen Namen mit Adresse und die Bestellung – Artikel, Menge etc. – zu nennen. Abschließend wird ihm die aufgesprochene Nachricht nochmals vorgespielt; Korrekturen bzw. eine Wiederholung des Bestellvorganges sind möglich. Möchte der Kunde mit einem Sachbearbeiter verbunden werden, kann er dies wiederum durch einen gesprochenen Befehl selbst steuern. Die Eingabefolge der Bestellung ist vom Anwender beliebig festzulegen und kann, um die Datentypistinnen zu entlasten, zum Beispiel der hauseigenen EDV-Eingabemaske angepaßt werden.

Die dritte Standardausführung, der sprachgesteuerte Vermittlungsdienst, läßt sich innerhalb eines Kommunikationssystems zur Entlastung des zentralen Vermittlungsplatzes einsetzen. Der Anrufer kann zwischen den einzelnen Abteilungen wie etwa dem Einkauf oder Verkauf, der Service- oder Vertriebsabteilung auswählen. Hat er mit seiner Spracheingabe eine Abteilung ausgesucht, werden ihm die Namen der Mitarbeiter genannt. Will der Anrufer mit einem der genannten Mitarbeiter sprechen, sagt er dies und wird dann automatisch weitervermittelt. Findet er nicht den gewünschten Ansprechpartner, wird er mit der Vermittlung verbunden.

Neben den drei Standardprogrammen können auch individuelle Programme und Sonderlösungen angeboten werden. Ansonsten kann der Anwender das sprachgesteuerte System Infovoice weitgehend selbst bedienen – z.B. die Ansagen aufsprechen, oder neue Steuerungswörter in beliebiger Sprache einführen und trainieren.

Gesetzliche Feiertage

im Dezember 1994 und Januar 1995

Sonntag 25. 12. 94

Montag 26. 12. 94

Sonntag 1. 1. 95

Freitag 6. 1. 95

PRÄSIDENT SENATOR HELMUT HARTMANN WURDE 65

Seinen 65. Geburtstag feiern konnte der Präsident des Landesverbandes des Bayerischen Groß- und Außenhandels, Senator Helmut Hartmann. Senator Hartmann wurde am 25. Oktober 1929 in Augsburg geboren. Nachdem er in der Schweiz das Abitur abgelegt hatte, trat er mit 19 Jahren in das väterliche Unternehmen Hartmann & Mittler ein, wobei er während der Lehrzeit besonders seinen Vater tatkräftig unterstützte. Nach dem Tod des Vaters führte er gemeinsam mit seinem Bruder das Unternehmen weiter.

Weitblickend begann er mit der Umwandlung des Unternehmens. Die Gründung der Firma Roteck, zusammen mit einem westdeutschen Kollegen, wurde zu einem der bedeutendsten Hersteller von Lernmitteln in Deutschland. Gleichzeitig wird der Bereich des Großhandels zu einer der führenden Feinpapiergroßhandlungen ausgebaut.

Der kommende gemeinsame europäische Markt veranlaßte ihn, sich schon sehr frühzeitig mit dem holländischen Konzern Bührmann-Tetterode zu verbinden, um aus dem traditionellen Firmenunternehmen eine Großhandlung in europäischen Maßstäben zu konzipieren.

Früh schon engagierte sich Helmut Hartmann in ehrenamtlichen Tätigkeiten. Heute gilt seine Arbeit in erheblichem Umfang sozialen Belangen.

So wurde Helmut Hartmann 1966 in den Vorstand des Landesverbandes des Bayerischen Groß- und Außenhandels gewählt, fünf Jahre später als Vizepräsident in das Verbandspräsidium aufgenommen. 1976 war er zudem in den Vorstand des Bundesverbandes des Deutschen Papiergroßhandels gewählt worden, dessen Vorsitzender er 1981 wurde. In Bayern leitete er viele Jahre als Vorsitzender die Fachgruppe „Papier und Pappe“.

1989 trat Helmut Hartmann dann als Präsident an die Spitze des LGA. Es folgten die Aufnahme in das Präsidium des BGA (Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels) in Bonn, dessen Vizepräsident er heute ist und in das Präsidium der

deutschen Gruppe der Internationalen Industrie- und Handelskammern sowie in den Vorstand der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern (VAB).



1990 war bereits die Berufung in den Bayerischen Senat ergangen.

Die Fülle und Bedeutung der ehrenamtlichen Tätigkeiten wurde öffentlich mit der Verleihung des Bayerischen Verdienstordens und des Verdienstkreuzes I. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland gewürdigt.

Helmut Hartmann hat sich in starkem Maße sozial engagiert. 1988 gründete er den gemeinnützigen Verein BRUNNENHOF e.V. zur Unterstützung und Führung von Kindern und Jugendlichen in geistiger, seelischer Not. Aus diesen Anfängen wurde später die Brunnenhof-Sozialprojekt GmbH gegründet. Diese gemeinnützige Gesellschaft beschäftigt heute ca. 50 Langzeitarbeitslose und geistig behinderte Menschen. Dieses Projekt soll seinen Intuitionen nach weiter ausgebaut werden, um diesen Schwächsten der Gesellschaft nachhaltig zu helfen.

Hinzu kommt eine weitere Tätigkeit: Helmut Hartmann hat sich engagiert als Sprecher der FILL, des Forums für Interkulturelles Leben und Lernen zur Integration von in Deutschland lebenden Ausländern.

PERSONALIEN

WIR BETRAUERN

DR. RUDOLF FRANK

Plötzlich und unerwartet verschied am 29.07.94 der Senior-Gesellschafter der Firma Staub & Co Chemiehandelsgesellschaft mbH in Nürnberg, Herr **Dr. Rudolf Frank** im Alter von 69 Jahren.

Geboren wurde Dr. Rudolf Frank am 25.12.1925. Als Kriegsteilnehmer bei der Marine erhielt er eine Ausbildung zum Schiffsmaschineningenieur. Nach der Entlassung aus der Gefangenschaft im Jahr 1945 begann seine Arbeit bei der Firma Staub & Co, mit Schutt schaufeln. Dem Abitur 1947 folgte das Studium Dipl.-Kfm. an der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg, abgeschlossen mit der Promotion zum Dr. rer. oec. 1956.

Tätig war Herr Dr. Rudolf Frank als geschäftsführender Gesellschafter bei den Firmen Staub & Co Chemiehandelsges. mbH, Staub GmbH & Co KG und Ferdinand Kreutzer Sabamühle GmbH. Die Zusammenführung der Häuser Staub & Co Chemiehandelsges. mbH und Brenntag AG in Bayern, zum 1. Juli 1994, gestaltete er als Beirat und alleiniger Geschäftsführer der Frank Verwaltungs GmbH aktiv mit, so daß heute die Staub & Co Chemiehandelsges. mbH zu den führenden Chemiehandelshäusern in Süddeutschland zählt.

Ehrenamtlich war er u.a. bei der Bundesanstalt THW von 1962 bis 1978 als stv. Auftragsbeauftragter tätig. Lange Zeit war er dienstältester Finanzrichter beim Finanzgericht Nürnberg. Bei der IHK war er Mitglied des Steuerausschusses und der Einnigungsstelle für Wettbewerbsstreitigkeiten. Besondere Verdienste erwarb er sich um den sicheren Gefahrguttransport, da er beim TÜV Nürnberg und beim Verband Chemiehandel in der Gefahrgut- und Tankwagenfahrerausbildung tätig war. Bei der Stadtsparkasse Nürnberg war er bis zuletzt Mitglied im Verwaltungsrat.

Wir werden Herrn Dr. Rudolf Frank ein bleibendes Andenken bewahren.

WIR GRATULIEREN

Frau Ingrid Gruber, Diplom-Volkswirtin, München, Geschäftsführerin der Firma Wilhelm Gienger, Küchen- und Einrichtungs GmbH. Frau Gruber ist mit Wirkung vom 4. Oktober 1994 an auf die Dauer von vier Jahren zum Handelsrichter am Landgericht München I ernannt worden.

Unsere Glückwünsche gelten ebenfalls Herrn **Alfons Müller**, Diplom-Ingenieur, Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma BTM Krückl & Müller GmbH in Gauting-Stockdorf. Herr Müller wurde ebenfalls auf die Dauer von vier Jahren von Oktober 1994 an zum Handelsrichter am Landgericht München I berufen.

Herrn **Wilhelm Peter**, den persönlich haftenden Gesellschafter unserer Mitgliedsfirma Christof Peter OHG in Schwebheim. Herr Peter wird auf die Dauer von vier Jahren zum Handelsrichter am Landgericht Schweinfurt mit Wirkung vom 20. November an ernannt. Wir gratulieren Herrn Peter sehr herzlich zu dieser ehrenvollen Berufung.

125 JAHRE ERNST L. DITTMAR

Im Jahre 1869 gründete Herr **Ernst Ludwig Wilhelm Dittmar** in Nürnberg unter dem Firmennamen Ernst L. Dittmar ein Handelshaus für Messingwaren aller Art.

Den Grundstock des damaligen Sortiments bildeten in erster Linie die Erzeugnisse der Nürnberger Gelb- und Rotgießer. Es handelte sich hierbei um Glocken aller Art, Messing-Gewichte, Messing-Hähne, Messing-Mörser, Messing-Pfannen, Messing-Ketten usw.

Die Glocke mit der Namensabkürzung ELD wurde als Firmenemblem gewählt und ist heute beim gesamten Fachhandel der Branche als Markenzeichen bestens bekannt. Das Sortiment wurde mit Messing und Eisenwaren ständig erweitert und die Firma gewann immer mehr treue Stammkunden beim Eisenwarenhandel. Im Jahre 1914 wurde deshalb in der Nähe des Nürnberger Hauptbahnhofes ein modernes Geschäftshaus errichtet um eine reibungslose Erledigung der Aufträge zu gewährleisten. Durch Bombenangriff am 2. Januar 1945 wurde dieses Geschäftshaus völlig zerstört und in verschiedenen Bauabschnitten nach Beendigung des Krieges wieder aufgebaut.

Durch Herausgabe neuer Kataloge und das Engagement von zusätzlichen, versierten Reisenden nahmen die Geschäfte eine hervorragende Entwicklung.

Das damalige bereits umfangreiche Sortiment in Kleineisenwaren wurde Anfang der 60er Jahre durch ein fachmännisch zusammengestelltes Lieferprogramm in vorverpackten Kleineisenwaren zum Zwecke der Selbstbedienung erweitert.

Dieses doppelte Warenangebot aus einer Hand wurde im gesamten Eisenwarenfachhandel sehr schnell zu einem festen Begriff.

Durch die Sortimentserweiterung und die erfreulichen Umsatzsteigerungen wurde es notwendig, neue größere Büros und Lagerräume zu schaffen. Der Geschäftsleitung gelang es, in Wendelstein bei Nürnberg ein großes Grundstück von ca. 15000 qm zu erwerben. Im Jahre 1991 erfolgte der Umzug von Nürnberg nach Wendelstein. Moderne Büros und Lagerhallen bieten hier die Voraussetzung für einen reibungslosen Ablauf der Geschäfte. Durch ein neues EDV-Warenwirtschafts-System, unter gleichzeitigem Einsatz einer elektronisch gesteuerten Kommissionieranlage, wurden die Weichen für die Zukunft gestellt. Die Erledigung der Aufträge für die geführten, umfangreichen Lieferprogramme, kann dadurch schnellstens erfolgen.

Die Firma Ernst L. Dittmar beliefert als leistungsfähiger Lieferant den Eisenwarenfachhandel sowie Bau- und Heimwerkermärkte im gesamten Bundesgebiet. Die Waren sortimente umfassen heute: Eisenwaren, Beschläge, Schrauben und Artikel der Befestigungstechnik.

Die Warenpräsentation und der Verkauf beim Handel erfolgt je nach gewünschtem System + Sortiment über einen kassenfähigen - losen Einzelverkauf bzw. über vorverpackte Eisenwaren.

Sämtliche verwendeten Verpackungen sind umweltfreundlich recyclebar, mit dem grünen Punkt und EAN-Code versehen.

Genaue Artikelbezeichnungen, Mengeninhalte, Material und Maßangaben auf den Etiketten informieren die Verbraucher.

Das Unternehmen befindet sich heute in der 4. Generation in Familienbesitz. Die reiche Tradition des Familienunternehmens war für die Inhaber stets verpflichtend bei der Personalführung. Treue, zuverlässige und hochqualifizierte Mitarbeiter haben wesentlich dazu beigetragen, dem Unternehmen durch permanente, flexible Anpassung an die sich wandelnden Anforderungen seine heutige Marktposition zu erringen.

Der besondere Dank der Firma Ernst L. Dittmar gilt an dieser Stelle sämtlichen Mitarbeitern, den treuen Kunden sowie den guten Lieferanten des Hauses.

Diese starken Aktivposten bilden auch in Zukunft die Voraussetzung für eine weitere erfolgreiche Aufwärtsentwicklung des Unternehmens.

BUCHBESPRECHUNGEN

VERBANDSMARKETING

Matthias Mono

Ausgestaltung der Marketing-Instrumente von Wirtschaftsverbänden

1994, XIX, 260 Seiten

Broschur DM 98,-/ÖS 765,-/SFr 98,-

Reihe: GABLER EDITION WISSENSCHAFT

ISBN 3-8244-6013-0

Unzufriedenheit, Beschwerden, schlechte Zahlungsmoral und in letzter Konsequenz Austritte von Mitgliedern treten in vielen Verbänden immer häufiger auf. Zudem müssen sich Verbände mit ihrem Dienstleistungsangebot zunehmend am Markt gegenüber anderen Anbietern durchsetzen.

Matthias Mono zeigt detailliert und anhand zahlreicher Beispiele aus der Praxis, daß Marketing auch für Verbände ein umfassendes und erfolgversprechendes Führungskonzept darstellt. Die Einflußgrößen der Verbandsarbeit werden ausführlich analysiert und mögliche Marketingziele und -strategien vorgestellt. Anschließend werden die klassischen Instrumente Produkt, Preis, Distribution und Kommunikation konkret und praxisgerecht ausgestattet.

**SCHWAN/SEIPEL
PERSONALMARKETING FÜR MITTEL-
UND KLEINBETRIEBE**

Von Dipl.-Vw. Dr. Konrad Schwan und Dr. Kurt G. Seipel

1994, XII, 284 Seiten

Kartoniert: DM 16,90

ISBN 3 406 38458 7

Personalwesen als reine Personalverwaltung ist „out“. Gefordert ist heute ein Umdenken in Richtung einer wesentlich breiter ausgelegten und vorausschauenden Personalorganisation, Personalentwicklung und Personalwirtschaft. Dieses Personalmarketing mit

- Personalplanung und -beschaffung,
- Nutzung von Arbeitsmärkten,
- Personalkosten und Entgeltgestaltung,
- Wegen zum Bewerber,
- Personalauswahl, Arbeits- und Sozialrecht, Leistungsentfaltung sowie
- Fragen des Personalabbaus

wird in diesem Band von erfahrenen Autoren für Personalverantwortliche und Führungskräfte aller Unternehmen umsetzbar beschrieben.

**ZEITARBEIT
FLEXIBEL ARBEITEN
UND BESCHÄFTIGEN**

Von Werner Then und Gert Denkhaus

1994

IX, 102 Seiten, Kartoniert: DM 12,90

ISBN 3 406 38083 2, Beck-Wirtschaftsberater im dtv, Band 5851

Immer mehr Betriebe in Wirtschaft und Verwaltung nutzen die Dienstleistung Zeitarbeit. Jährlich werden in der Zeitarbeit schätzungsweise 300 000 Arbeitnehmer kürzer, länger oder dauerhaft beschäftigt und rund 4 Mrd. DM umgesetzt. Die Zahlen haben sich allein in den letzten Jahren fast verdoppelt.

Damit steigt die Nachfrage nach Information über Zeitarbeit.

Was sind ihre Vorteile und Rechtsgrundlagen, wie funktioniert Zeitarbeit? Welche Rechtsvorschriften sind für Unternehmen und Arbeitnehmer wichtig? Dieses Buch gibt darauf knappe, konkrete und praktische Antworten sowie einen Überblick über die Arbeitsweise von Zeitarbeitunternehmen und ihren Beziehungen zu Mitarbeitern und Kunden.

**DAS NEUE KÖRPERSCHAFT-
STEUERRECHT
GESAMTDARSTELLUNG**

Von Dipl.-Kaufmann Dr. Peter Knief, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

1994 – kartoniert – 352 Seiten – DM 48,-

ISBN 3-08-213101-8 – Stollfuß Verlag

Für alle, die sich mit den Unternehmensformen GmbH oder AG befassen, ist die Kenntnis des Körperschaftsteuerrechts und des damit verbundenen Anrechnungsverfahrens im Einkommensteuerrecht wichtig.

- Der Ratgeber bietet eine systematische Darstellung des gesamten Körperschaftsteuerrechts unter Berücksichtigung des Standortsicherungsgesetzes und des Mißbrauchsbekämpfungs- und Steuerbereinigungsgesetzes. Erörtert wird beispielsweise die
- Neuregelung der Gesellschafter-Fremdfinanzierung
 - die Senkung des Körperschaftsteuersatzes für thesaurierte Gewinne
 - die Senkung des Körperschaftsteuerausschüttungssatzes.

Viele Beispiele und Berechnungen veranschaulichen die neue Rechtslage und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen.

Die beispielhafte Darstellung einer GmbH – von der Gründung über mehrere Jahre bis hin zu ihrer Liquidation – vermag die wichtigsten Regelungen des Körperschaftsteuerrechts noch einmal praxisnah zu vermitteln.

In der Anlage sind die für das Gesamtverständnis des Körperschaftsteuerrechts wesentlichen Gesetzesbestimmungen und Erlasse abgedruckt.

**DAS EXPORTGESCHÄFT BEGINNT
IN EUROPA!**

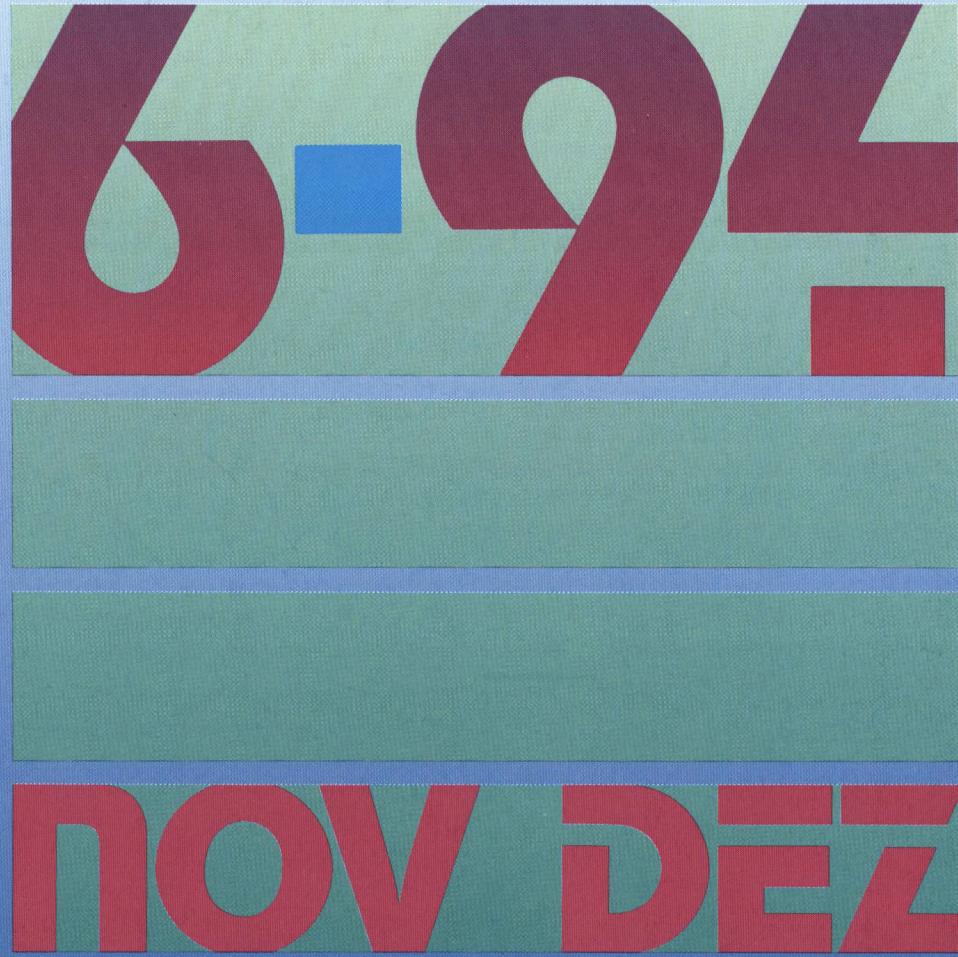
Im Rahmen der Europäischen Integration fallen die Zoll- und Handelsschranken. Trotz noch zu überwindender Hindernisse entsteht hier mittelfristig mit über 350 Mio. Einwohnern die größte Wirtschaftsgemeinschaft der Welt. Vor diesem Hintergrund wird es auch für kleine und mittlere Unternehmen unerlässlich, gesamteuropäisch zu denken und vielleicht noch bestehende Skepsis gegenüber Exportgeschäften abzubauen. Hilfestellung bei der Erschließung europäischer Märkte können die BfAI-Serien „Verkaufen in ...“ und „Tips zur Handelsvertretersuche in ...“ geben.

Die Serie „Verkaufen in ...“ vermittelt allgemeine geschäftspraktische Hinweise. Besonderheiten bei Verkauf und Lieferung, beim Zahlungsverkehr und im Bankwesen werden abgehandelt. Ratschläge für Geschäftsreisende und das Verhalten gegenüber Geschäftspartnern, aber auch für mehrjährige Aufenthalte in dem jeweiligen Land runden die Berichte ab.

In der Serie „Tips zur Handelsvertretersuche in ...“ werden konkrete Fragen, die bei der Auswahl von Handelsvertretern für die systematische Erschließung neuer Auslandsmärkte auftauchen, behandelt: Genügt ein Vertreter zur Bearbeitung des italienischen, des französischen, des britischen Marktes? Sollte ihm das Alleinvertretungsrecht überlassen werden? Ist unter regionalen Aspekten nicht eher ein Handelsvertreternetz notwendig? Mit welchen Kosten ist zu rechnen? Wie sind die rechtlichen Rahmenbedingungen?

BfAI –
Bundesstelle für Außenhandelsinformation
Postfach 10 05 22, 50676 Köln
Telefax (02 21) 20 57-212

LGA-NACHRICHTEN



ZUM JAHRESWECHSEL

Im Rückblick auf 1994 steht aus der verbandspolitischen Sicht trotz vieler anderer wichtiger Ereignisse und Entscheidungen zweifellos das von uns mit den Professoren Dr. Tietz und Dr. Greipl vorgelegte Gutachten über die strukturellen Perspektiven des Groß- und Außenhandels im Brennpunkt. Die in dieser Untersuchung gemachten Aussagen werden – das ist sicher nicht übertrieben – unsere Planungen und Weichenstellungen in unternehmens-, wirtschafts- und verbandspolitischer Sicht maßgeblich bestimmen. Die Chancen und Aufgaben des Großhandels werden wachsen und die Großhandelsfunktion wird zu einer bestimmenden Größe in der postindustriellen Handels- und Dienstleistungsgesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts.

Die eigentliche Herausforderung für uns liegt in der Umsetzung der Neustrukturierung, in der Definition und Realisierung aller damit zusammenhängenden Maßnahmen. Alle damit im Zusammenhang stehenden Aktivitäten werden die Arbeit des Verbandes auf landes- und bundespolitischer Ebene bestimmen. Unsere Organisation muß diesen Zielen angepaßt werden und wir alle sind aufgerufen, in der Gemeinschaft des Verbandes Erneuerungen zu „verkraften“, die uns eine zielführende Kompetenz zuweisen.

Natürlich besitzen in der Gesamtbetrachtung die staatspolitischen Veränderungen und Entwicklungen einen höheren Stellenwert. Während wir aber unsere eigenen Belange selbst gestalten können und müssen, sind wir im politischen Geschäft in der Rolle der Berater, Multiplikatoren und Interessenvertreter. Vor diesem Hintergrund beunruhigt uns natürlich die Frage, ob das „Schiff BRD“ überhaupt noch steuerungsfähig ist. Leben wir in den nächsten Jahren in der Zwei-Drittel-Gesellschaft? Müssen wir mit einer Überforderung von Leistungswillen und Leistungskraft des Einzelnen durch Staat und Gesellschaft leben? Können wir das wirklich auf Dauer verkraften? Wird es uns gelingen, eine soziale Reform durchzustehen?

Das alles sind bewegende Fragen an der Schwelle zum Eintritt in ein neues Jahr und alsbald in ein neues Jahrtausend. Wir haben Vorschläge und Konzepte in vielen Bereichen entwickelt und auf dem letzten Unternehmertag des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels, am 22. November 1994, in beeindruckender Weise vor aller Öffentlichkeit dargestellt.

Wir müssen uns allerdings ernsthaft fragen, inwieweit wir in Deutschland in den nächsten Jahren überhaupt noch eigenständige Entscheidungen treffen können. In Brüssel mehren sich Anzeichen dafür, daß die Eurobürokratie zunehmend Versuche unternimmt, das Prinzip der Subsidiarität in der Gemeinschaft der Mitgliedstaaten zu unterlaufen. Ministerpräsident Dr. Stoiber kann man nur beipflichten, wenn er den „bayerischen und deutschen Weg in Europa“ als unverzichtbar reklamiert. Die Gefahren für unseren Außenhandel, für unser Arbeitsrecht und für unsere Gesellschaftspolitik, um nur einige Bereiche herauszugreifen, sind schon jetzt unübersehbar.

Trotz der strukturellen Faktoren, die unsere Konjunkturentwicklung beeinflussen, hat sich in weiten Bereichen die alte Regel bewahrheitet, wonach der Handel Konjunkturentwicklungen vorgelagerter Stufen zeitversetzt nachvollzieht. Aus dieser Sicht ist für uns das Konjunkturtal noch nicht bewältigt. Erfreulicherweise gibt es einige Branchen, in denen der Aufschwung bereits spürbar geworden ist, während wir von einer Phase der vollen Reife noch meilenweit entfernt sind. In diesem belastenden Abschnitt hat sich aber stärker als je zuvor gezeigt, daß insbesondere diejenigen Unternehmen und Branchengruppen von der Rezession am stärksten betroffen sind, deren Bewegungsspielraum begrenzt ist. Nicht immer allerdings ist der eigene Bewegungsspielraum unbeeinflußbar. Flexibilität im Wettbewerb, die Internationalisierung der Märkte und die Verbesserung der betrieblichen Organisation sind wichtige Elemente der eigenen Widerstandskraft. Wir haben uns stets und intensiv darum bemüht, unseren Mitgliedsfirmen mit Rat und Tat gerade in diesen Anstrengungen zur Seite zu stehen. Unsere Beratungsprojekte, unsere sozial- und bildungspolitische Arbeit, unsere arbeitsrechtliche Betreuung, unsere Initiativen in der Verkehrs- und Umweltpolitik und nicht zuletzt unsere Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenwirken mit unserem Bundesverband in Bonn entfalten vielfältige Wirkung und Erfolge.

Als erster Landesverband haben wir uns damit befaßt, wie wir unseren Firmen helfen können, das 1993/94 zu einer unerwartet hohen Bedeutung gewachsene Problem der Qualitätssicherung zu bewältigen. Wir haben unsere verbandseigenen Betriebsberater intensiv geschult und im Laufe des Jahres eine Kooperation mit dem TÜV vereinbart, mit deren Hilfe wir nicht nur die Umsetzung der ISO Norm 9000 ff für unsere Groß- und Außenhandelsbetriebe zugänglich machen, sondern auch die damit verbundenen Kosten im kleinstmöglichen Rahmen halten wollen. Trotzdem werden es beachtliche Investitionen sein, die auch der Groß- und Außenhandel für die Qualitätssicherung aufbringen muß und zu denen er durch den Wettbewerb einfach gezwungen wird.

Wir haben ein bewegendes Jahr hinter uns und ein nicht minder bewegendes vor uns. Wir werden einander brauchen, mehr als je zuvor, um unsere neuen Positionen zu sichern, um die Früchte unseres Vordenkens zu ernten und im Wandel der Strukturen die Nase vorn zu behalten. Lassen Sie uns bleiben was wir immer waren: Eine starke Gemeinschaft – Partner im LGA.

Wir wünschen Ihnen, Ihren Familien und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern frohe und gesegnete Weihnachten sowie ein gesundes, erfolgreiches und glückliches Jahr 1995.

DER PRÄSIDENT



Helmut Hartmann MdS

DER HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER



Werner Sattel

INHALTSVERZEICHNIS

Zum Jahreswechsel	2
LGA Highlights 1994	3
Rechtsfragen, Arbeit und Soziales:	
Förderung der Wiedereingliederung von Frauen in das Erwerbsleben	
Mehr Teilzeitarbeitsplätze anbieten	4
Berufsbildung:	
Stellungnahme zur Reform der gymnasialen Oberstufe	
Erster Wettbewerb „Beruf und Umwelt“ an beruflichen Schulen	4
Behördenvolontariat	5
Wasser und Verkehr:	
Wiesheu: Mogelpackung ökologische Steuerreform	5
Neues im Wettbewerbsrecht	8
Firmenportrait:	
„Wir sehen uns bei Hassmann – im Treffpunkt“	
Mit Zuversicht in die Zukunft	6
Branchenlexikon:	
Bundesverband Deutscher Fruchthandelsunternehmen e.V.	10
Personalien	
Buchbesprechungen	11
	12

LGA HIGHLIGHTS 1994

- 12. JANUAR** _____ Neujahrsempfang des Handels für die Bayerische Staatsregierung
- 17. – 26. FEBRUAR** _____ Berufskundliche Ausstellung in München
- 24./25. FEBRUAR** _____ Sozialpolitischer Ausschuß des BGA in Nürnberg
- 14./15. APRIL** _____ Europadiskussion im BGA – Hauptgeschäftsführerkreis in Brüssel
- 9. JUNI** _____ Einweihung der Akademie Dorfen, Merchandising, Warenpräsentation, Schauwerbung
- 6./7. OKTOBER** _____ Umzug in die neuen Räume des LGA, Nymphenburger Straße 1
- 18. OKTOBER** _____ Erste öffentliche Diskussion über die Ergebnisse unserer Strukturuntersuchung in München und Sitzung der BGA-Strategiekommission
- 26./27. OKTOBER** _____ Tagung Bundesverband des Deutschen Exporthandels in Würzburg
- 22./23. NOVEMBER** _____ Unternehmertag in Bonn mit einer Diskussionsrunde zum Strukturwandel
- 1. DEZEMBER** _____ Allgemeinverbindlicherklärung unserer Tarife, damit Geltung für den gesamten Groß- und Außenhandel in Bayern

IMPRESSUM

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:
 Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Volksw. Mackholt (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsausbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberg (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Betschke · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint alle 2 Monate. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Nymphenburger Str. 1. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels e.V., 80335 München, Nymphenburger Str. 1, Telefon 557701/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 80335 München, Nymphenburger Str. 1. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, 80335 München, Nymphenburger Str. 1. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltung: CIAO-DESIGN, Alexander Öxler
 Druck: typobiert, 80809 München, Riesenfeldstraße 56
 Telefon 3596066-68.
 Gedruckt auf chlorfrei gebleichtes Samtoffsetpapier

RECHTSFRAGEN, ARBEIT UND SOZIALES

FÖRDERUNG DER WIEDER-EINGLIEDERUNG VON FRAUEN IN DAS ERWERBSLEBEN

Vor kurzem informierte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung über ein „Modellprogramm zur Förderung der Wiedereingliederung von Frauen in das Erwerbsleben“, mit dem das Bundesministerium für Frauen und Jugend Berufsrückkehrerinnen unterstützt.

Unternehmen, die sich am Modellprogramm beteiligen, indem sie Frauen nach einer beruflichen Unterbrechungsphase einstellen, können einen Einarbeitungszuschuß von 1.200,- DM monatlich beantragen, sofern eine Vollzeitbeschäftigung geplant ist. Bei einer Teilzeitarbeit von mindestens 50 Prozent der regelmäßigen Arbeitszeit wird der Zuschuß anteilig gewährt, zuzüglich eines Sockelbetrages von monatlich 200,- DM.

Gefördert werden Maßnahmen zur Einarbeitung und zur Qualifikationsanpassung bei Frauen ab 40 Jahren, die arbeitslos sind oder ihre Berufstätigkeit aus familiären oder anderen Gründen unterbrochen haben.

Die folgenden Voraussetzungen müssen erfüllt sein:

- Die Berufsrückkehrerinnen dürfen seit zwei Jahren in keinem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis gestanden haben,
- die Einstellung muß unbefristet und sozialversicherungsrechtlich voll abgesichert sein,
- der Einarbeitungszeitraum muß mindestens zwei und maximal sechs Monate betragen,
- neben der betrieblichen Einarbeitung ist eine begleitende externe Qualifizierung vorzusehen,
- der Abschluß des Arbeitsvertrages darf erst nach Erhalt des Förderbescheides vom Bundesministerium für Frauen und Jugend erfolgen.

Eine Informationsbroschüre über das Modellprogramm mit den Antragsformularen kann kostenlos angefordert werden beim

**Bundesministerium
für Frauen und Jugend
Referat 114
53107 Bonn.**

MEHR TEILZEITARBEITSPLÄTZE ANBIETEN

Für ein höheres Angebot an sozial abgesicherten Teilzeitarbeitsplätzen haben sich der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Dr. Klaus Murmann, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dieter Schulte und der Vorsitzende der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Roland Issen, in Köln ausgesprochen.

In einer gemeinsamen Erklärung betonten sie: „Innovative Teilzeitmodelle ermöglichen den Beschäftigten eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Zugleich eröffnen sie den Unternehmen die Chance, über eine verbesserte Arbeitsorganisation Produktivitätsgewinne zu erzielen.“ Teilzeit kann, so heißt es in dem verabschiedeten Papier, „einen Beitrag zu mehr Flexibilität und zur Beschäftigungsicherung und -förderung“ leisten. Sie ist „kein Allheilmittel zur Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt“.

Arbeitgeber, DGB und DAG werden gelungene Beispiele betrieblich praktizierter Teilzeitmodelle sammeln und verbreiten.

BERUFSBILDUNG

STELLUNGNAHME ZUR REFORM DER GYMNASIALEN OBERSTUFE

Die Spitzenverbände der bayerischen Wirtschaft – die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Industrie- und Handelskammern, die Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern (VAB) und der Bayerische Handwerkstag – begrüßen es, daß nach dem Willen der Kultusministerkonferenz in der gymnasialen Oberstufe künftig wieder mehr Wert auf die Vermittlung von Grundlagenwissen und Allgemeinbildung gelegt werden soll, um so eine bundesweit vergleichbare allgemeine Hochschulreife zu erreichen.

In einem Schreiben an den Bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Dr. h. c. Hans Zehetmair, begrüßen die Wirtschaftsorganisationen den Vorschlag des Philologenverbandes, daß künftig alle Schüler die Fächer Deutsch, Mathematik und eine Fremdsprache belegen und dazu die Abiturprüfung ablegen müßten. Physik müsse als weiteres Pflichtfach belegt werden. Auch Geschichte und Religion müßten bis zum Abschluß des Gymnasiums verpflichtende Fächer bleiben.

Neben den Kernfächern als nicht abwählbare Pflichtfächer sollte die Wahl von weiteren Fächern möglich sein. Die Struktur von Grund- und Leistungskursen wäre zu Gunsten dieser neuen Struktur der Wahl- und Pflichtfächer abzuschaffen. Ein sog. Seminarfach könnte Team-, Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit fördern.

Die bayerischen Wirtschaftsorganisationen sehen die Vorschläge der Kultusministerkonferenz und des Philologenverbandes als Möglichkeit, die Qualität des Abiturs zu erhöhen und auf die ökonomischen Anforderungen zu reagieren.

ERSTER WETTBEWERB „BERUF UND UMWELT“ AN BERUFLICHEN SCHULEN

In den Schuljahren 1994/95 und 1995/96 wird ein Wettbewerb „Beruf und Umwelt“ durchgeführt, zu dessen Teilnahme alle Klassen beruflicher Schulen aufgerufen sind. Ausgeschrieben wird dieser Wettbewerb vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst.

Auftragssachbearbeiterin

25 Jahre, flexibel, zuverlässig, ungebündigt, engagiert, sucht zum 1.4. neue eigenverantwortliche Aufgaben im Bereich

Customer-Service

in München Zentrum oder westlicher Stadtrand. Sehr gute Kenntnisse in Lager/Warenwirtschaft, EDV, Auftragsabwicklung, Englisch. Tätig in den Bereichen Elektroinstallation und Baustoffe.

Chiffre (Hauptgeschäftsstelle)

STEUER UND VERKEHR

Ziel des Wettbewerbs ist es, den Schülern entsprechend ihrer Berufsausbildung

- das Verständnis für die Belange des Umweltschutzes zu wecken,
- die Einsicht in gesamtökologische Zusammenhänge zu vertiefen,
- die Bereitschaft für eigenverantwortliches umweltbewußtes Verhalten zu stärken und
- die Fähigkeit zur Erkennung möglicher Umweltschäden und die Kreativität bei der Suche nach Lösungsansätzen für Umweltprobleme zu fördern.

Zur Teilnahme an dem Wettbewerb sind alle Klassen an beruflichen Schulen aufgerufen. Die Anmeldung muß erfolgen bis 30. November 1994 bei der jeweiligen Regierung, wobei dem Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung, Abt. berufliche Schulen, Arabellastraße 1, 81925 München, ein Abdruck zu übermitteln ist. Für die Sieger ist eine Preisverteilung vorgesehen.

BEHÖRDENVOLONTARIAT

Das nächste Behördenvolontariat, das vom Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft (bbw) seit 14 Jahren angeboten wird, findet bei den bayerischen Unternehmen und Verbänden alljährlich großes Interesse. Das nächste Behördenvolontariat wird vom **6. – 17. März 1995** stattfinden. Die Teilnahme wird vor allem Führungskräften der oberen Führungsebene empfohlen, die Außenkontakte und Kenntnisse über das gesellschaftspolitische Umfeld für ihre Arbeit benötigen. Sollten Sie an einer Teilnahme interessiert sein, so wenden Sie sich bitte an das Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft in München, Telefon: 0 89/29 99 26-0, Telefax: 0 89/29 00 26-55. Eine Vorbesprechung für dieses Programm findet statt am **Dienstag, dem 17. Januar 1995 um 10.00 Uhr**, im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr.

Das nächste Wirtschaftsvolontariat wird vom **20. März bis 7. April 1995** stattfinden. Firmen, die bereit sind, einen Tag einen Beamten durch die Firma zu führen, melden sich bitte bei der Hauptgeschäftsstelle. Wir werden dann den erforderlichen Kontakt herstellen.

WIESHEU: MOGELPACKUNG ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

In den Vorstellungen zur ökologischen Steuerreform sieht Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu eine akute Gefährdung von Arbeitsplätzen in der bayerischen Wirtschaft. Die Vorstellungen der Verfechter der Steuerreform zielen darauf ab, sowohl den Energie- als auch den Material-einsatz zu verteuern und damit energie- und materialschonende Verfahren zu forcieren und gleichzeitig die Lohnzusatzkosten zu reduzieren. Wiesheu: „Diese Rechnung geht nicht auf“.

Ein nationaler Alleingang wie von SPD und Grünen beabsichtigt, bringt letztlich einzig und allein eine gewaltige Bedrohung der Arbeitsplätze in den von der Verteuerung von Energie- und Rohstoffeinsatz in Folge einer ökologischen Steuerreform betroffenen Branchen. Minister Wiesheu bezifferte die betroffenen Arbeitsplätze für Bayern auf insgesamt etwa 360 000: Rund 89 000 Arbeitsplätze im Ernährungsgewerbe, 64 000 in der Chemischen Industrie, 57 000 in der Kunststoffindustrie, 45 000 im Bereich Steine und Erden, 44 000 Arbeitsplätze in der Metallindustrie, 34 000 im Bereich Textil, 15 000 in der Glasindustrie und 9 000 in der Holz- und Zellstoffindustrie. Diese Branchen sind besonders energie- und rohstoffeinsatzintensiv. Da die firmeninternen Einsparpotentiale weitgehend ausgeschöpft sind, muß nun jede willkürliche Kostensteigerung verhindert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit dieser Branchen zu erhalten.

„Einen größeren Gefallen kann man unseren internationalen Konkurrenten kaum

tun, als gerade unsere exportorientierten Branchen – die Autobauer, die Maschinenbauer und die Chemie – mit zusätzlichen Steuern zu belasten; von den regionalen Verwerfungen und den sozialen Spannungen, die uns ins Haus stünden, ganz zu schweigen“, meinte Wiesheu.

Gerade in der derzeitigen Situation:

- Frühe Phase des konjunkturellen Aufschwungs,
- immer noch unbefriedigende Lage am Arbeitsmarkt,
- schmerzhafte Strukturanpassungen und sich weiter verschärfender Konkurrenzkampf mit den USA, Japan, den kleinen Tiger- und Drachenstaaten sowie unseren osteuropäischen Nachbarn,

könnten wir uns solche Experimente nicht leisten, warnte der Wirtschaftsminister.

Kritik übte Wiesheu auch an dem Gutachten, das das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag von Greenpeace erarbeitet hat: Daß hier positive Beschäftigungseffekte einer ökologischen Steuerreform abgeleitet wurden, sei nicht weiter verwunderlich. Entgegen den Annahmen des Gutachters werde es aber bei diesem Modell der ökologischen Steuerreform zu einer drastischen Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen Wirtschaft kommen. „Das DIW geht von einer idealisierten Modellwelt aus, die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Ich kann im Interesse des Wirtschafts- und Beschäftigungsstandorts Deutschland vor diesen relativ simplen Rechnungen nur warnen“, bemerkte Minister Wiesheu.

*Der LGA
wünscht allen seinen Lesern
ein gesegnetes Weihnachtsfest
und ein glückliches
neues Jahr*

FIRMENPORTRAIT

„WIR SEHEN UNS BEI HASSMANN – IM TREFFPUNKT“ MIT ZUVERSICHT IN DIE ZUKUNFT

Ein Unternehmen im oberfränkischen Hof macht Furore: Es ist 94 Jahre alt, heute aber jünger und agiler denn je. Noch vor 40 Jahren war der Betrieb eine Eisenwarenhandlung – derzeit ist er einer der führenden Großhändler Nordbayerns für Küche, Bad und Sanitäreinrichtungen. Erwirtschaftet werden mit rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern rund 130 Millionen Mark Umsatz.

Nicht ohne Grund hat das Unternehmen heute diese Marktstellung: Sehr mutig und risikobewußt investierte die Familie Haßmann bereits in den 80er Jahren etliche Millionen in ein neues Logistik-Zentrum zur schnellen und optimalen Betreuung der Kunden.

Anfang der 90er Jahre kam dann der „Knüller“ hinzu: der „Treffpunkt Bad + Küche“. und dieser „Treffpunkt“ ist fast schon einmalig in Deutschland: Hier ordnen nicht nur die direkten Kunden des Unternehmens – die Fachhändler und Verarbeitungsbetriebe. Hier treffen sich auch die potentiellen Kunden dieser Handwerksunternehmen, um sich ihre Wunschküche oder ihr Wunschbad auszusuchen.

Bad + Küche zum Anfassen und Anschauen

Denn was HASSMANN bietet, überzeugt jeden, der baut oder sein Bad/seine Küche neu gestalten möchte: Fast 100 Ideen für Bäder, zwei Dutzend komplette Einbauküchen und rund 1000 verschiedene Fliesen sind im Angebot.

Und das alles in einem höchst anspruchsvollen, architektonisch interessanten Ausstellungsgebäude, das in Oberfranken seinesgleichen sucht.

In lichtdurchfluteten Räumen kann sich jeder Interessent davon überzeugen, was Wohn- und Lebensqualität in Bad + Küche bedeuten.

Hier trifft man sich: Handwerker und Interessenten mit den versierten HASSMANN-Beraterinnen und -Beratern, Kunden mit ihren kompetenten Handwerks-Fachleuten, HASSMANN-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter untereinander. Es ist ein Treffpunkt mit einem ganz eigenen Ambiente.

HASSMANN-Kunden kommen aus ganz Oberfranken, aus Sachsen und Thüringen – denn nach der „Wende“ erwiesen sich die mutigen Investitionen in das vorbildliche Logistik-Zentrum und in den „Treffpunkt“ als die richtige Strategie. Was damals ein Risiko war, blieb auch eines – aber mit anderem Hintergrund.

Hof/Saale wurde plötzlich zu einem wichtigen Zentrum des vereinigten Deutschlands – HASSMANN profitierte davon.

**TREFF
PUNKT
HASSMANN
BAD
+
KÜCHE**

Leopoldstraße 50
95030 Hof/Saale
Telefon 0 92 81/608-344
Telefax 0 92 81/608 247

Sprunghaftes Umsatzwachstum

Die Umsätze schnellten in die Höhe – ebenso die Zahl der Mitarbeiter.

Das erforderte neue Unternehmensstrategien und setzt – gerade heute – ein langfristiges unternehmerisches Denken voraus. Aber auch daran mangelt es in diesem zukunftsorientierten Betrieb nicht: Die künftige Firmenchefin, Birgit Haßmann, hat zusätzlich zu ihrem Betriebswirtschaftsstudium das Unternehmertum „von der



Das Lager

Pike auf“ gelernt. – Wenn man es überhaupt „lernen“ kann und sich nicht dazu berufen fühlt.

Die heute 26jährige Prokuristin wird im Jahr 2000 den HASSMANN-Betrieb übernehmen. Sie ist sich ihrer Verantwortung bewußt und weiß: „Ich werde es schaffen!“

Es wäre für Oberfranken gut, gäbe es noch mehr solcher auf die Zukunft ausgerichteter Unternehmen.

Wir veröffentlichen regelmäßig ein „Firmenportrait“, mit dem sich eine unserer Mitgliedsfirmen vorstellen kann.

Firmen, die bereit sind, sich im Rahmen dieser Veröffentlichungsreihe zu beteiligen, wenden sich bitte an die Hauptgeschäftsstelle. Wir gehen gerne auf Ihren Vorschlag ein.



▲ Das Unternehmen – aus der Luft gesehen



▲ Moderne Küchen – auch ein Augenschmaus

Spieglein, Spieglein an der Wand... ▼



DER LGA WAR DABEI

4. November
Außenhandelsausschuß in Erlangen unter der Leitung von *Frau Büttner-Frank* mit *Herrn Präsident Hartmann*
8. November
Branchen-Pressekonferenz Spielwaren (GSG) Nürnberg, *Herr Mackholt*
9. November
Bürgschaftsausschuß der Kreditgarantiegemeinschaft und Garantieausschuß
Verbände-Gespräch Berufsbildung: IHK Nürnberg, *Frau Deutsch*
10. November
Süddeutscher Arbeitskreis Technische Chemikalien, München, *Herr Mackholt*
11. November
Interne Einweihungsfeier der neuen Büroräume des LGA und Sitzung des LGA-Präsidiums unter Leitung von *Präsident Hartmann*
12. November
Sitzung von Vorstand und Hauptgeschäftsführerkreis der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Freising
Sitzung Fachzweig Feuerwehrbedarf, Nürnberg, *Herr Mackholt*
14. November
Verwaltungsrat der KGG unter dem Vorsitz von *Prof. Dr. Greipl*, dazu *Herr Sattel*
15. November
Landessozialgericht München, *Herr Köppel*
21. November
Jahresversammlung des VEG Landesgruppe Bayern im Intercity-Hotel, München, *Herr Frankenberger*
22. November
Unternehmertag des Groß- und Außenhandels in Bonn, auf dem Podium zum Thema Neustrukturierung *Prof. Dr. Greipl*, *Herr Sattel*
BGA-Berufsbildungsausschuß, Bonn, *Frau Deutsch*
23. November
Mitgliederversammlung des BGA in Bonn mit der Wiederwahl von *Herrn Senator Hartmann* als BGA-Vizepräsident und den Herren *Dr. Wolfrum* und *Scheuerle* in das BGA-Präsidium

DER LGA WAR DABEI

25. November
Sitzung des Kooperations-Beirates
TÜV/LGA, *Herr Dr. Wolfrum, Herr Sattel, Herr Miehler*

28. November
Erarbeitung Positionspapier „Fachkräftebedarf“, VAB, *Frau Deutsch*

29. November
Vorstandssitzung des Bundesverbandes
Kunstgewerbe, Geschenkartikel und Wohn-
design in Hamburg unter der Leitung von
Herr Adler, dazu Herr Sattel und Herr Schwarz

Sozialgericht München, *Frau Deutsch*

Sitzung des Themenarbeitskreises „Tele-
konzept mittelständische Wirtschaft“ im
Bayerischen Staatsministerium für Wirt-
schaft, Verkehr und Technologie, *Herr Mackholt*

1. Dezember
Verhandlung über den Antrag auf Allge-
meinverbindlichkeitserklärung des Mantel-
tarifvertrages, des Lohn- und Gehaltstarif-
vertrages 1994, *Herr Frankenberger*
- Sitzung des Arbeitskreises Lohn- und Ge-
haltsgruppenkatalog, *Herr Frankenberger*
- Gespräch Handel/Industrie GSG, Nürnberg,
Herr Mackholt
2. Dezember
Vorstandssitzung Bildungszentrum des
Bayerischen Handels: *Frau Markmiller, Herr Müller-Lotter, Herr Sattel*
5. Dezember
Sitzung des LGA-Präsidiums in München
- Jahresabschlußfeier des LBE Mittelfranken,
Nürnberg, *Herr Wiedemann*
- Sitzung des Verwaltungsrates des Solida-
ritätsfonds
8. Dezember
Bürgschaftsausschuß der Kreditgarantiege-
meinschaft und Garantiausschuß: *Herr Klingsohr, Herr Sattel*
12. Dezember
Sitzung des Handelsausschusses der IHK
Nürnberg, *Herr Wiedemann*
13. Dezember
LGA-Vorstandssitzung in München
14. Dezember
Förderkreis Güterverkehrszentren, IHK
München, *Herr Mackholt*
15. Dezember
Sitzung des Messebeirates in Leipzig: *Herr Adler, Herr Sattel*
- Arbeitskreis Bahn/Wirtschaft, Frankfurt,
Herr Mackholt
16. Dezember
Einweihungsfeier des Logistik-Zentrums
der Firma Stahlgruber in Sulzbach-Rosen-
berg, *Herr Frankenberger*
19. Dezember
Wirtschaftsbeirat
- Strategiegespräch BGA-Verkehrsausschuß,
Duisburg, *Herr Mackholt*
21. Dezember
Gemeinsame Weihnachtsfeier der beiden
LGA-Geschäftsstellen in München

STEUER UND VERKEHR

NEUES IM WETTBEWERBSRECHT

Der Bundestag hat am 24. Juni 1994 das Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb („kleine UWG-Novelle“) beschlossen, das am 1. August 1994 in Kraft getreten ist. Mit dieser Novelle werden einige überwiegend an den Einzelhandel gerichtete Verbote aufgehoben, die sich in der Praxis als überflüssig, schwer handhabbar oder gar hinderlich erwiesen haben. Zum anderen soll dem Treiben von Abmahnvereinen, die mit der massenweisen Verfolgung läppischer Bagatellverstöße lediglich Kasse machen wollen, ein Riegel vorgeschoben werden.

Mengenmäßige Beschränkungen zulässig

Als erste Deregulierungsmaßnahme wurde der Verbotstatbestand der öffentlichen Werbung im Zusammenhang mit mengenmäßigen Beschränkungen (§ 6 d UWG) ersatzlos aufgehoben. Es darf also künftig wieder mit Hinweisen wie „Abgabe nur in haushaltsüblichen Mengen“ oder „Keine Abgabe an Wiederverkäufer“ geworben werden.

Aber Vorsicht: Das Verbot des „übertriebenen Anlockens“, das die Rechtsprechung im Rahmen von § 1 UWG entwickelt hat, gilt nach wie vor, ebenso das Verbot von Sonderveranstaltungen (§ 7 Abs. 1 UWG). Somit ist die Werbung mit übertriebenen geringen Abgabemengen, insbesondere in Verbindung mit preislich besonders attraktiven Angeboten gefährlich. Hier droht nach wie vor eine Abmahnung. Gleichermaßen droht auch dann, wenn die Sonderangebots-Werbung nichts von einer Abgabebeschränkung verlauten läßt. Denn nach wie vor gilt das Verbot der irreführenden Werbung gemäß § 3 UWG.

Preisgegenüberstellungen sind erlaubt

Das erst 1987 in das Wettbewerbsrecht aufgenommene Verbot der Werbung mit Preisgegenüberstellungen (§ 6 e UWG) wurde gleichfalls ersatzlos gestrichen. Bereits der Europäische Gerichtshof hat das deutsche Recht in dieser Frage für unvereinbar mit dem Binnenmarktprinzip erklärt. Damit ist jetzt wieder zulässig, daß auch in den

Verkaufsräumen wieder blickfangmäßig auf Werbetafeln – und nicht nur auf dem Preisetikett wie bisher – der durchgestrichene alte Preis dem niedrigeren Preis gegenübergestellt werden kann.

Einschränkungen, die sich aus dem allgemeinen Irreführungsverbot des § 3 ergeben, gelten aber weiterhin. So darf es sich bei dem höheren alten Preis nicht um einen „Mondpreis“ handeln. Er muß vielmehr über einen angemessenen Zeitraum hinweg tatsächlich ernsthaft verlangt worden sein.

Irreführend sind Preisgegenüberstellungen ferner dann, wenn es sich bei dem vermeintlich reduzierten Preisen gar nicht um eigene Preise des Werbenden handelt. Grundsätzlich erlaubt sind dagegen Vergleiche mit der unverbindlichen Preisempfehlung bei Markenware. Die unverbindliche Preisempfehlung muß aber als solche deutlich gekennzeichnet werden. Abkürzungen, die unverständlich sind, sind unzulässig, außerdem muß die Preisempfehlung noch aktuell sein.

Zeitliche Begrenzung von Sonderangeboten zulässig

Nach der bisherigen Fassung von § 7 Abs. 2 UWG durften Sonderangebote für einzelne, nach Güte oder Preis gekennzeichnete Waren in der Werbung nicht zeitlich begrenzt werden. Dieses Verbot der zeitlichen Begrenzung von Sonderangeboten, das im Recht der Europäischen Union einzigartig ist, wurde nunmehr aufgehoben. Es steht somit den Unternehmen frei, wie bisher ohne zeitliche Begrenzung, aber auch mit einer solchen Begrenzung für Sonderangebote zu werben. Die allgemeinen Grundsätze des Wettbewerbsrechts gelten aber unverändert und sind zu beachten: Je kürzer die angekündigte Befristung und je attraktiver das beworbene Sonderangebot ist, desto größer ist die Gefahr, daß die Rechtsprechung eine solche Werbung als unzulässiges „übertriebenes Anlocken“ oder auch als verbotene Ankündigung einer Sonderveranstaltung wertet.

Mißbräuche bei Verfolgung von Wettbewerbsverstößen eingeschränkt

Sowohl bei Wettbewerbern als auch bei sogenannten Wettbewerbsvereinen ist mit der Neufassung des UWG die Klagebefugnis eingeschränkt worden.

Mitwettbewerber konnten bisher bereits dann klagen, wenn sie Waren oder gewerbliche Leistungen gleicher oder verwandter Art vertrieben. Es reichte also ein abstraktes Wettbewerbsverhältnis aus.

Die Neufassung des § 13 Abs. 2 Nr. 1 UWG setzt nunmehr voraus, daß die klagebefugten Gewerbetreibenden Waren oder gewerbliche Leistungen gleicher oder verwandter Art auf demselben Markt vertrieben und daß die Handlung des Verletzers geeignet ist, den Wettbewerb auf diesem Markt wesentlich zu beeinträchtigen.

Mit dem Merkmal „auf demselben Markt“ ist vor allem der örtliche Markt gemeint, so daß von dem Erfordernis einer gewissen Beeinträchtigung der gewerblichen Betätigung des Mitwettbewerbers und einer räumlichen Beschränkung des Abmahnungsbereiches auszugehen ist.

Das zweite Merkmal, den Wettbewerb „auf diesem Markt“ wesentlich zu beeinträchtigen, dient dem Zweck, die Klagebefugnis im Allgemeininteresse künftig auf solche Wettbewerbsverstöße zu beschränken, deren Auswirkungen auf das Wettbewerbsgeschehen so erheblich sind, daß die Interessen der Allgemeinheit ernsthaft betroffen sind.

Schranken für Abmahnvereine

Wer schon einmal von selbsternannten Wettbewerbshütern abgemahnt wurde, wird es bestätigen können: Die unseriösen Abmahnvereine sind zu einer Plage geworden. Ihnen geht es nicht so sehr um die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, sondern sie stellen vielmehr darauf ab, mit möglichst wenig Aufwand massenhaft Bagatellverstöße zu verfolgen, um Abmahngebühren zu kassieren und sich Vertragsstrafeversprechen für den Fall eines neuerlichen Verstoßes erteilen zu lassen.

Mit § 13 Abs. Nr. 2 UWG gibt es jetzt Voraussetzungen für die Klagebefugnis. So müssen einem solchen Abmahnverein oder Abmahnverband eine erhebliche Zahl von Gewerbetreibenden angehören, die Waren oder gewerbliche Leistungen gleicher oder verwandter Art auf demselben Markt vertreiben. D.h. die Mitglieder müssen selber klagebefugt sein.

Die Abmahnvereine selber müssen nach ihrer personellen, sachlichen Ausstattung imstande sein, ihre satzungsgemäßen Auf-

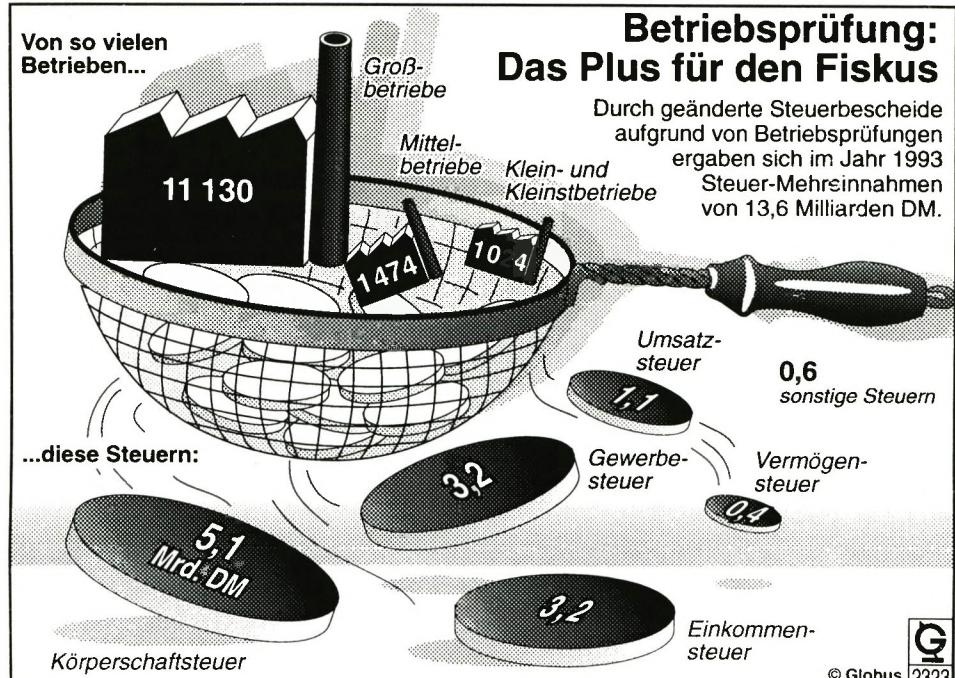
gaben bei der Verfolgung gewerblicher Interessen tatsächlich wahrzunehmen.

Schließlich sind, wie bereits bei der Klagebefugnis von Mitbewerbern ausgeführt, als Voraussetzung für die Klagebefugnis die Merkmale „Tätigkeit auf demselben Markt“ und „Eignung des Wettbewerbsverstoßes zur wesentlichen Beeinträchtigung des Wettbewerbs“ vorgeschrieben.

Zusätzlich wurde noch in § 24 Abs. 2 Satz 2 UWG die Wahl des Gerichtsstandes eingeschränkt. Abmahnvereine müssen die gerichtlichen Klagen ab sofort am Wohn- bzw. Geschäftssitz des Gegners erheben. Damit soll die bisherige Praxis eingeschränkt werden, daß Abmahnvereine vielfach ihre Klagen bei solchen Gerichten beantragt haben, deren Rechtsprechung für sie günstig war oder die weit ab von der Niederlassung des Beklagten lagen, so daß dessen Verteidigung erheblich erschwert wurde. Die „sogenannten fliegenden Gerichtsstände“, die bei wettbewerbswidrigen Werbungen in Druckschriften gerne gewählt wurden, sind somit künftig nicht mehr möglich.

Betriebsprüfung: Das Plus für den Fiskus

Durch geänderte Steuerbescheide aufgrund von Betriebsprüfungen ergaben sich im Jahr 1993 Steuer-Mehreinnahmen von 13,6 Milliarden DM.



© Globus 2323

BELEGE UNTER DER LUPE

Es lohnt sich, dem einen oder anderen Unternehmer genauer in die Bücher zu schauen – zumindest für die Finanzämter. Im Jahr 1993 haben sich mehr als 8000 Betriebsprüfer in rund 175 000 Betrieben näher umgesehen. Sie haben Belege unter die Lupe genommen, Konten studiert, Bilanzen gelesen. Das Ergebnis: Steuernachforderungen von 13,6 Milliarden Mark – knapp zwei Prozent des gesamten Steueraufkommens 1993. Die größten Beträge ergaben sich bei der Körperschaftsteuer mit 5,1 Milliarden Mark, gefolgt von Gewerbe- und Einkommensteuer mit jeweils 3,2 Milliarden Mark. Diese Nachforderungen kommen vor allem deshalb zustande, weil die Betriebsbuchhalter und ihre Steuerberater steuerliche Tatbestände anders bewerten als die Finanzämter. Rückschlüsse auf strafrechtliche Steuerhinterziehungen können daraus nicht generell abgeleitet werden.

BRANCHENLEXIKON

BUNDESVERBAND DEUTSCHER FRUCHTHANDELSUNTERNEHMEN e.V.

Knapp 9 Mio Tonnen Obst und Gemüse mit einem Warenwert von ca. 14 Mrd. DM wurden 1992 nach Deutschland eingeführt. Dahinter steht eine Branche, die durch täglich neue Rahmenbedingungen gefordert ist, sich flexibel den Wünschen ihrer Kunden nach Bananen, Erdbeeren, Ananas, Kiwis usw. das ganze Jahr über anzupassen und den Verbrauchern beste Qualität und Frische anzubieten.

Größte Interessenvertretung für diese Branche ist der Bundesverband Deutscher Fruchthandelsunternehmen e.V. (BVF).

Der Bundesverband Deutscher Fruchthandelsunternehmen e.V. (BVF) entstand 1990 aus der Bundesarbeitsgemeinschaft Deutscher Verbände des Frucht-Import- und -Großhandels (BAF), die vor fast 40 Jahren als übergeordnete Interessenvertretung und Serviceeinrichtung für den Handel mit frischem Obst und Gemüse gegründet wurde. Derzeit zählt der BVF über 450 Mitgliedsunternehmen, die in 7 Korporativ-Verbände bundesweit organisiert sind. Damit vertreibt der Bundesverband ca. 75% der Fruchtimporteure und -Großhändler. Neben den traditionell großen Verbänden in München, Hamburg und Berlin mit dem Bayerischen Frucht-Import- und -Großhandelsverband, dem Verband des Hanseatischen Frucht-Import- und -Großhandels und dem Verband des Berliner Frucht-Import- und -Großhandels stellen der Landesverband Baden-Württemberg des Früchte-Import- und -Großhandels in Stuttgart, der Landesverband Niedersachsen des Früchte-Groß- und Importhandels in Hannover, der Verband mittelständischer Fruchtgroßhändler Sachsen in Dresden und der Fruchthandelsverband Nord in Jork die Basis des BVF dar. Somit ist der BVF auf allen wichtigen Handelszentren und Großmärkten in Deutschland vertreten.

Zusätzlich unterstützen noch Direktmitglieder und fördernde Mitglieder die umfangreiche Arbeit des Bundesverbandes. Zu den fördernden Mitgliedern

gehören zahlreiche führende Unternehmen und Institutionen aus den verschiedensten Wirtschaftszweigen. Damit verfügt der Verband über eine breite Basis, die er als kompetenter Repräsentant und engagierter Interessenvertreter für die vielfältigen Belange der Branche zur Lösung der anstehenden Aufgaben braucht.

In einer Zeit wirtschaftlicher Strukturveränderungen, des Zusammenwachsens der Märkte in Europa und Übersee, zunehmender Konzentration im Bereich der großen Handelsgruppen über alle Grenzen hinweg, beweist sich die Notwendigkeit einer starken berufsständischen Vertretung des Fruchthandels mehr denn je. Die immer engere politische und wirtschaftliche Verflechtung machen es notwendig, die Interessen auf allen Ebenen durch intensive Verbandsarbeit zu vertreten und durchzusetzen.

Deshalb ist der BVF auch sowohl auf regionaler als auch auf nationaler Ebene aktiv, um sich jeweils dort als kompetenter Ansprechpartner zu beweisen. National wird der BVF durch seine Korporativverbände in allen wichtigen Handelszentren der alten und neuen Bundesländer repräsentiert. Auf nationaler Ebene steht der BVF im engen Dialog mit Ämtern, Behörden und Ministerien und leistet mit seinem fachlichen Rat einen wichtigen Beitrag zur Lösung vieler Sachfragen und Probleme, z.B. im Bereich Umweltschutz und auch bei der Schaffung neuer Marktstrukturen. Der BVF ist international tätig, so beratend bei der Gesetzgebung der europäischen Union und bei der Mitarbeit zur Weiterentwicklung dieser Union, insbesondere bei Verordnungen und Richtlinien, die unsere Branche betreffen.

Der Verband engagiert sich für die Verwirklichung eines liberalen Weltmarkts als Voraussetzung für ein stetiges und marktgerechtes Warenangebot. Daß es der Branche nicht immer leicht gemacht wird, beweist die gemeinsame Marktordnung für Bananen, die zum 1. Juli 1993 in Kraft trat und durch die diskriminierende und ungerechte Rege-

lungen die deutschen Fruchthandelsbranche in starke Bedrängnis gebracht hatte. Der Verband war maßgeblich bei der Klagevorbereitung der Bundesregierung vor dem EuGH beteiligt und hat auch für die deutsche Seite wichtige Sachargumente mit in das Feld geführt. Leider konnte sich in diesem Fall die Bundesregierung gegenüber den Interessen anderer EU-Mitgliedsstaaten nicht durchsetzen. Dennoch wird das Thema Bananen ein Dauerthema bleiben und auch den Verband auf seiner Arbeit stetig mitbegleiten.

Aber auch der Grüne Punkt für die Verkaufsverpackungen, wie er nach der sog. Töpfer-Verordnung zwingend gefordert ist, ist eines der Hauptthemen für den Verband. Des weiteren versteht sich der BVF auch als Serviceeinrichtung für seine Mitglieder und hilft ihnen, sich in der Fülle von Verordnungen und Gesetzesänderungen zurechtzufinden. Er bietet Hilfestellung in einem ständig im Wandel befindlichen Markt. Durch einen aktuellen Rundschreibendienst, Informationen über Zollwerte, Ausgleichsabgaben und dgl. wird diese Hilfestellung abgerundet.

Daneben wirkt der BVF als aktives Mitglied in den einschlägigen nationalen und internationalen Dachverbänden mit. Herauszuhoben sind hierbei die Mitgliedschaft beim Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde BLL in Bonn, dem Europäischen Handelsinstitut EHI in Köln und der Union Européenne du Commerce de Gros, d'Expedition, d'Importation et d'Exportation en Fruits et Legumes EUCOFEL in Brüssel und daneben noch ist der BVF Gesellschafter der Centralen Marketinggesellschaft der Deutschen Agrarwirtschaft CMA in Bonn.

Aus dieser Stärke heraus wird der Bundesverband Deutscher Fruchthandelsunternehmen auch für die Zukunft seine Bedeutung und seine Berechtigung haben, um die Interessen der Fruchtbanche auch zum Wohle des Verbrauchers und einer immer täglich frischen Versorgung zu wahren.

STICHWORT: GELDMARKTFONDS

Deutschlands Späher bekommen ein neues Anlageinstrument: Durch das Zweite Finanzmarktförderungsgesetz wurde die rechtliche Grundlage dafür geschaffen, daß Kreditinstitute nun auch hierzulande reine Geldmarktfonds auflegen dürfen. Damit hat die Bundesrepublik zu den anderen EU-Mitgliedstaaten aufgeschlossen, die schon bisher eine solche Anlageform zuließen. Allerdings müssen die deutschen Kreditinstitute die Aktivität auf diesem Feld noch bis September/Oktober zügeln. Für diesen Zeitpunkt wird die offizielle Genehmigung durch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen erwartet.

Geldmarktfonds bestehen aus kurzfristig fälligen Geldmarktpapieren, also beispielsweise aus Bankanleihen und Schuldverschreibungen großer Unternehmen sowie der öffentlichen Hand. Sie werden von Kreditinstituten als Portefeuille gehalten. Interessenten, die Geldmarktpapiere in Deutschland kaufen möchten, müssen gegenwärtig noch mindestens 20.000 DM anlegen. Für den Durchschnittssparer stellt das sicher eine Hürde dar. Doch wird der Wettbewerb unter den Banken dieses Hindernis mit der Zeit abbauen und zu Bedingungen führen, wie sie bereits heute in vielen europäischen Ländern und in den USA üblich sind. Dort können schon Papiere in Höhe von umgerechnet wenigen hundert Mark erworben werden.

Geldmarktfonds haben gegenüber anderen Anlageformen diese Vorteile:

① **Minimales Kursrisiko.** Der Fonds wird ausschließlich mit Geldmarktpapieren gespeist, die eine relativ kurze Restlaufzeit haben. Das macht die neue Anlageform auch für risikoscheue Späher interessant.

② **Attraktive Verzinsung.** Die Rendite richtet sich nach dem Niveau des Drei-Monatszins-Bankengeldes (Fibor, Libor). Das sind die Zinsen, die im internationalen Finanzhandel gezahlt werden. Sie liegen in der Regel um rund einen halben Prozentpunkt über der Verzinsung der Termingelder.

③ **Hohe Liquidität.** Der Anleger kann Geldmarktpapiere täglich zurückgeben – zum börsentäglichen Kurs. Damit verhelfen Geldmarktfonds-Anteile zu sehr viel höherer Liquidität als beispielsweise Termin-

PRÄSIDENT HARTMANN WIEDER INS BGA-PRÄSIDIUM GEWÄHLT

Die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) hat am 23. November 1994 in Bonn satzungsgemäß das BGA-Präsidium neu gewählt.

Das Präsidium wählte aus seiner Mitte **Dr. Michael Fuchs** für weitere drei Jahre zum Präsidenten. Zum Vizepräsidenten wiederum berufen wurde der Präsident unseres Landesverbandes Senator **Helmut Hartmann**, Augsburg. Als Mitglied des Präsidiums bestätigt wurden außerdem die Vizepräsidenten unseres Landesverbandes, **Thomas Scheuerle**, Nürnberg, sowie **Dr. Dieter Wolfrum**, Garching. Neu in das Präsidium aus Bayern gewählt wurden **Max Schierer** aus Cham und **Michael Hagemann**, Eichstätt.

Ebenfalls zu Vizepräsidenten berufen wurden **Karl-Günther Cloos**, Wetzlar, **Ass. Frank Hartwig**, Dortmund, **Konsul Dr. Dieter Lorenz-Meyer** aus Hamburg, **Dirk Malmédi**, Köln und Rechtsanwalt **Gundolf Praast**, Schenefeld. Ehrenpräsident ist **Konsul Klaus Richter**, Lübeck.

Allen Herren gelten unsere herzlichen Glückwünsche zu ihrer Wahl.

geldanlagen. Hier muß sich der Käufer für mindestens einen Monat binden.

④ **Geringe Anlagekosten.** Die Ankaufs- beziehungsweise Verkaufsgebühren sowie die Depotgebühren sollen nach Angaben der Banken niedriger sein als bei anderen Anlageformen.

Die Banken rechnen sich für Geldmarktfonds in Deutschland sehr große Markttchancen aus. Fachleute erwarten ein Marktpotential in Höhe von insgesamt rund einer Billion DM – ein ehrgeiziges Ziel. Immerhin hat eine deutsche Großbank über einen in Luxemburg aufgelegten Geldmarktfonds bereits in der ersten Woche rund eine Milliarde DM eingesammelt.

PERSONALIEN

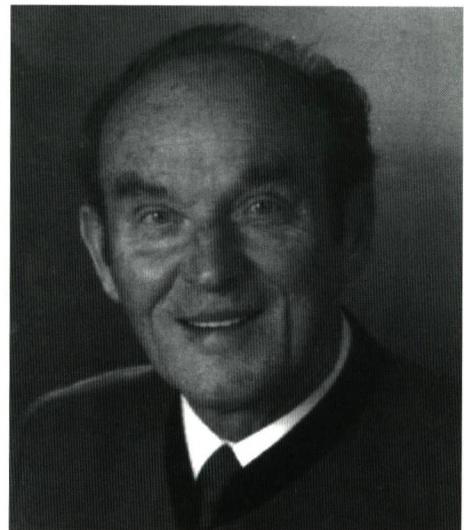
WIR GRATULIERN

MÜLLER-LOTTER GEWÄHLT

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Berufsbildung unseres Bundesverbandes gewählt wurde in der letzten Sitzung am 22. November 1994 unser bildungspolitischer Sprecher und Vorstandsmitglied, **Karl-Friedrich Müller-Lotter**.

MAX MICHL – 85 JAHRE

Auf einen durchaus ungewöhnlichen Lebenslauf kann Max Michl, am 1.11.1994 85 Jahre alt geworden, zurückblicken. Bei volliger Gesundheit geht er nach wie vor



täglich in die Firma Michl, Autoteile und Industrie-Bedarf und besucht auch gelegentlich noch wichtige Kunden.

Max Michl ist einer der wenigen Bayern, die das Chinesische beherrschen. Aber nicht nur das: er fing bereits mit 14 Jahren an, Englisch und Französisch zu lernen, anhand von amerikanischen Autoersatzteil-Katalogen eignete er sich die englischen Fachausdrücke an. Mit 20 Jahren durfte er in England volontieren, bei der Europa-Lizenzträger-Firma der Lockheed-Ölhydraulik-Corporation. 1938 machte er sich selbstständig, nahm aber weiter Konversationsstunden in Englisch und lernte auf die Art und Weise Engländer und Amerikaner kennen, was seinem Englisch sehr förderlich war. Am Ende des 2. Weltkriegs bewährte

sich auch sein amerikanisches Idiom. So reiste er mit Amerikanern durch Frankreich. Bei seiner Rückkehr wurde er von der Hitler-Gestapo vorgeladen, weil er an seinem Wagen in Frankreich keine Hakenkreuzfahne hatte. Noch heute pflegt er den Kontakt mit amerikanischen Freunden.

Das Unternehmen war inzwischen so bedeutend, daß es von den Wehrmachtsbehörden abgesichert wurde. Als ein englischer Freund berichtet, daß sein Chef schließen müsse und interniert werde, fuhr Max Michl sofort zu der Militärdienststelle. Die Internierung konnte auf die Art und Weise vermieden werden. Nach einem Luftangriffsschaden 1943 zog Max Michl mit wichtigen Betriebsteilen nach Tegernsee. 1945 wurde er vom Leiter der amerikanischen Militärregierung in Miesbach empfangen, der ihn mit seinem Einverständnis zum Chef Dolmetscher des neu eingesetzten Landrates machte. Der amerikanische Major bat ebenfalls, den Vorsitz einer Berufungskammer für die angelaufene Endnazifizierung zu übernehmen.

Herr Dr. Höllerer, der erste Hauptgeschäftsführer unseres LGA, bat ebenfalls, auch in München bei den Amerikanern zu dolmetschen, damit der Verband wieder weitergeführt werden konnte, ebenso die Industrie- und Handelskammer. Mit den Ausweisen der Militärregierung im Landkreis Tegernsee-Miesbach konnte er bei den Amerikanern wesentlich leichter etwas erreichen. Durch die Amerikaner bekamen Max Michl und seine Frau sog. amerikanische Interims-pässe, so daß eine Auslands-tätigkeit für den Export wieder möglich war.

Max Michl bereiste 70 Länder. 1956 bat Herr Dr. Höllerer Max Michl zur Anbahnung von Handelsbeziehungen nach China zu reisen. Schon auf der Schiffspassage fing Max Michl an, Chinesisch zu lernen, so daß er bei der Ankunft in China bereits einige Worte Chinesisch sprechen konnte. Nach einer weiten Reise wieder daheim, setzte Max Michl seine chinesischen Sprachstudien fort. Dies tat Max Michl so intensiv, daß er in den Jahren um 1980 vom chinesischen

Minister Mo Song-Nien den staatlichen Freundschaftsorden am Band für seine Übersetzungsarbeiten bekam. 1983/84 wurde ihm der Hon. Dr. of Philosophy der chinesischen Kultur-Universität überreicht. Seine sämtlichen Übersetzungsarbeiten sind von der chinesischen Staatsbibliothek in Tai-Wan aufgenommen worden. Chinesisch lernen, so Max Michl, ist eine Arbeit ohne Ende. Es gibt 45.000 Schriftzeichen, mit denen man niemals fertig wird. An der Peking-Universität werden seine Arbeiten eingesetzt mit dem Bemerkern, daß die fortgeschrittenen Studenten der Deutschen Sprache die Bücher Max Michls sehr lieben, weil sie damit nicht nur gut Deutsch lernen, sondern auch Chinesisch, weil sie die langen Schriftzeichen zeigen und nicht die gekürzten.

Wir wünschen Max Michl, der in seinem Leben noch nie eine Minute krank im Bett verbracht hat, ein weiterhin so fruchtbare, interessante und zufriedenstellendes Leben. Wir gratulieren ihm an dieser Stelle sehr herzlich.

BUCHBESPRECHUNGEN

LEXIKON DES PERSONALMANAGEMENTS

von Prof. Dr. Fred G. Becker – 1994

448 Seiten, Kartoniert:
DM 24,90/ÖS 194,-/SFR 25,90
ISBN: 3-406-38774-8

Beck-Wirtschaftsberater im dtv, Band 5872,
Postfach 40 03 40, 80703 München

Dieses Lexikon bietet eine umfassende und in sich konsistente Darstellung des gesamten betrieblichen Personalmanagements. Die Stichwortwahl basiert auf einem recht weiten Verständnis personalwirtschaftlich relevanter Fragen. So finden sich Stichworte mit motivations-, führungs- und organisationstheoretischen Aspekten über vielfältige Instrumente und Methoden der betrieblichen Personalarbeit bis hin zu arbeitsrechtlichen Fragen.

Dadurch ist gewährleistet, daß die Zielgruppen des Lexikons, v.a. Studenten der Betriebswirtschaftslehre an Universitäten wie Fachhochschulen und Personalverantwortliche in Betrieben, aber auch sonstige an personalwirtschaftlichen Problemen Interessierte (in der Fortbildung u.ä.) einen ersten Einblick in alle personalwirtschaftlich relevanten Fragen erhalten.

NOCH BESSER TELEFONIEREN

Von ROLF LEICHER.

2., neubearbeitete Auflage 1994,
147 Seiten, 17 Abbildungen und Tabellen,
kartoniert DM 29,-/ÖS 226,-/SFR 30,-
ISBN 3-7938-7113-4

Taschenbücher für die Wirtschaft, Band 54
I. H. Sauer-Verlag GmbH, Heidelberg

Das Telefon ist heute das vielleicht wichtigste Kommunikationsmittel, doch die Kunst des effektiven Telefonierens will gelernt sein. Wer in schwierigen Gesprächssituationen überzeugen möchte, muß bewährte Gesprächsstrategien nutzen und darf nichts dem Zufall überlassen. Spielregeln des Telefonierens gekonnt einsetzen kostet kein Geld und macht nicht viel Mühe.

Die zweite Auflage von „Noch besser telefonieren“ bringt noch mehr Praxisnähe und berücksichtigt auch aktuelle Fragen des Telefonverhaltens. Das Buch zeigt dem Leser neue Gesprächsstrategien, mit denen er in kurzer Zeit überzeugender am Telefon wirkt, es bietet erfolgreiche Regeln die helfen, besonders in schwierigen Gesprächssituationen noch wirksamer zu reagieren, und es bringt praktische Beispiele, wie man auch bei ungünstiger Ausgangs-

lage doch noch einen Erfolg am Telefon erzielen kann.

Das Buch repräsentiert die Erfahrungen, die der Autor auch als Telefontrainer in seinen Seminaren sammeln konnte und richtet sich vor allem an Mitarbeiter im Innendienst, die nicht ausschließlich verkaufen, sondern auch abwicklungstechnische Dinge am Telefon klären müssen.

Wer täglich Telefonkontakt mit dem Kunden hat, findet hier eine Fülle guter Anregungen, die sofort am Arbeitsplatz übertragen werden können.

M. Eberhardt/M. Weckbach GESETZES- UND TEXTSAMMLUNG FÜR DEN GROSS- UND AUSSENHANDEL

192 Seiten, 1. Auflage, 1994
ISBN 3-8045-3414-7 – 22,80 DM
Winklers Verlag, Gebrüder Grimm
Postfach 11 15 52, 64230 Darmstadt

Diese preiswerte Neuerscheinung enthält alle Texte (36), die für die Ausbildung zum Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel benötigt werden.

Auch Bedingungen wie z.B. Incoterms 1990 und ERA 500 sind enthalten.